

Stand: 21.04.2026 10:28:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4008

"Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024/2025
(Nachtragshaushaltsgesetz 2025 - NHG 2025)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4008 vom 02.12.2024
2. Schriftliche Stellungnahmen im Gesetzgebungsverfahren vom 02.12.2024 - [Landesverband der beamteten Tierärzte Bayerns e.V. \(DEBYLT0315\)](#)
3. Plenarprotokoll Nr. 37 vom 11.12.2024
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5926 des HA vom 25.02.2025
5. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5935 des HA vom 25.02.2025
6. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5933 des HA vom 26.02.2025
7. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5924 des HA vom 26.02.2025
8. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5927 des HA vom 10.03.2025
9. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5931 des HA vom 12.03.2025
10. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5928 des HA vom 12.03.2025
11. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5922 des HA vom 13.03.2025
12. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5929 des HA vom 13.03.2025
13. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5925 des HA vom 13.03.2025
14. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5923 des HA vom 17.03.2025
15. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5930 des HA vom 18.03.2025
16. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5934 des HA vom 18.03.2025
17. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5932 des HA vom 20.03.2025
18. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/6189 des HA vom 03.04.2025
19. Beschluss des Plenums 19/6296 vom 09.04.2025
20. Beschluss des Plenums 19/6284 vom 09.04.2025
21. Beschluss des Plenums 19/6285 vom 09.04.2025
22. Beschluss des Plenums 19/6286 vom 09.04.2025
23. Beschluss des Plenums 19/6287 vom 09.04.2025
24. Beschluss des Plenums 19/6288 vom 09.04.2025
25. Beschluss des Plenums 19/6289 vom 09.04.2025
26. Beschluss des Plenums 19/6290 vom 09.04.2025
27. Beschluss des Plenums 19/6291 vom 09.04.2025
28. Beschluss des Plenums 19/6292 vom 09.04.2025
29. Beschluss des Plenums 19/6293 vom 09.04.2025
30. Beschluss des Plenums 19/6294 vom 09.04.2025
31. Beschluss des Plenums 19/6295 vom 09.04.2025
32. Beschluss des Plenums 19/6297 vom 09.04.2025
33. Beschluss des Plenums 19/6198 vom 09.04.2025
34. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 09.04.2025
35. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 30.04.2025



Gesetzentwurf

der Staatsregierung

**zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024/2025
(Nachtragshaushaltsgesetz 2025 – NHG 2025)**

Der Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes sowie der Nachtragshaushaltsplan mit den Einzelplänen sind unter folgendem [Link](#) abrufbar.

Schriftliche Stellungnahmen im Gesetzgebungsverfahren vom 02.12.2024 - Landesverband der beamteten Tierärzte Bayerns e.V. (DEBYLT0315)

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Staatsminister Albert Füracker

Abg. Andreas Jurca

Abg. Marina Jakob

Abg. Patrick Grossmann

Abg. Claudia Köhler

Abg. Martin Huber

Abg. Björn Jungbauer

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Volkmar Halbleib

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Michael Hofmann

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Tim Pargent

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Maximilian Böttl

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die Tagesordnungspunkte 9 a und 9 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz

(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2025) (Drs. 19/4007)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024/2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025 - NHG 2025) (Drs. 19/4008)

- Erste Lesung -

Das Wort hat Herr Staatsminister Albert Füracker. Bitte schön.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Schönen guten Morgen! Ich freue mich, dass wir uns heute schon zu so früher Stunde über so wichtige Dinge wie unseren Nachtragshaushalt, unser Nachtragshaushaltsgesetz und das Finanzausgleichsgesetz unterhalten. Weichenstellungen in der Politik werden vor allen Dingen im Haushalt dokumentiert und abgebildet.

Ich darf etwas ganz Persönliches sagen. Ich darf jetzt seit fast sieben Jahren Minister im Finanz- und Heimatministerium dieses schönen Freistaats Bayern sein. Wahrscheinlich stelle ich hier schon den achten Haushalt vor, und wahrscheinlich erzähle ich mindestens zum siebten Mal von Krisen: Corona, Ukraine, Energie, Naher Osten, Rezession, Regierungskrise in Berlin, Regierungskrise in Paris, keine Regierung in Österreich, möglicherweise Wahlwiederholung in Rumänien. Ich wünsche mir echt, es wäre anders. Das sage ich ganz ehrlich und in aller Sachlichkeit. Die Realität kann man nicht verleugnen; man muss sie annehmen, wie sie ist. Das machen wir auch in diesem Haushalt.

Die Realität bedeutet für Deutschland: Wir sind in der Wirtschaftskrise, meine Damen und Herren, wir können uns als Freistaat Bayern nicht von dem abkoppeln, was deutschlandweit geschieht. Eine Krise wie jene im Moment ist für einen Finanzminister natürlich eine wirkliche Krise; denn die Auswirkungen auf den Haushalt sind gravierend. Die Aussichten sind nicht so, dass wir sagen könnten, nächstes Jahr wäre alles wieder gut.

Wir liegen im internationalen Vergleich mit Blick auf die G20 bezüglich der Wachstumserwartungen auf Platz 19. Das macht mir Sorgen; denn offensichtlich ist die Lage nicht überall so schlimm wie bei uns. In aller Sachlichkeit möchte ich sagen, dass die Ampel in Berlin in den letzten Jahren keine Probleme gelöst hat. Die Rahmenbedingungen für Finanzminister sind im Moment, um einen steuerlichen Ausdruck zu verwenden, sicher nicht vergnügungsteuerpflichtig.

Was tun? Eine Möglichkeit wäre, einer Krise auszuweichen. Henry Kissinger hat es einmal so formuliert: Nächste Woche kann es keine Krise geben; mein Terminkalender ist schon total voll. – Es hilft aber nicht: Wir müssen uns dieser Krise stellen, und Bayern kann Krise. Sie wissen, dass ich nicht zu Eigenlob neige. Ich glaube aber, dass man schon sagen kann, dass wir die Krisenbewältigung der letzten Jahre ganz gut hinbekommen haben. Deshalb machen wir in der Krisenbewältigung auch weiter. Wir haben uns dazu entschlossen, für Bayern das Beste zu geben. Das ist ganz entscheidend, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen auch an dieser Stelle mein Dank an alle, die es ermöglichen, dass diese Krisenbewältigung stattfindet: Arbeitnehmer wie Unternehmen, Verwaltungen, Berater, Leistungserbringer im sozialen Bereich, in der Schule, in der Kita, in der Pflege, die Bauern, das Handwerk, all jene, die für unsere Sicherheit sorgen. Meine Damen und Herren, ich danke allen, die unser Land in dieser Weise tragen, also Bauern, Bürgermeistern, Busfahrern, Beamten, einfach allen. Ich danke allen Steuerzahlerinnen und

Steuerzahlern – ich danke den Erwirtschaftern; denn eines ist auch klar: Wir können nur verteilen, was vorher erwirtschaftet wurde, meine Damen und Herren. Viel zu oft unterhalten wir uns über die Frage: Wer könnte noch etwas brauchen? Wir müssen auch immer an die Menschen denken, die mit harter Arbeit dafür sorgen, dass es überhaupt etwas zum Verteilen gibt. Danke dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir strengen uns an: als Staatsregierung, als politische Verantwortliche, als Abgeordnete, als Ministerium. Wir wollen die Leistungen der Menschen in kluge Politik umsetzen und somit die Menschen auch unterstützen und unser Land funktionsfähig halten. Der Anspruch dabei ist nicht, meine Damen und Herren – davon müssen wir uns verabschieden –, dass wir jedes Problem lösen können. Der Anspruch ist nicht, dass wir es schaffen, dass sich alle Menschen in der Krise mit null Sorgen beschäftigen müssen. Es ist nicht so, dass wir versprechen könnten, eine heile Welt zu schaffen.

Eines steht doch ohnehin fest: Die Menschen glauben mittlerweile am meisten dem Politiker, der am wenigsten verspricht; denn es ist sinnlos zu glauben, man könne mit irgendwelchen Dingen, mit irgendwelchen Erklärungen oder Behauptungen oder mit dem Diskreditieren anderer die Situation per se verbessern. Nicht die einfachsten Lösungen sind für komplizierteste Herausforderungen die erfolgversprechendsten. Das wissen die Menschen auch.

Deswegen müssen wir uns bemühen, trotz großer Krisen Stabilität zu gewährleisten: durch harte Arbeit, aber auch durch Kompromiss. Wir müssen immer das Ziel "das Beste für Bayern" im Blick haben, meine Damen und Herren. Das ist unser Ziel, das wir im Blick haben. Die Grundlage dieser Politik in Bayern ist im Moment der Doppelhaushalt 2024/2025.

Warum sage ich das? – Weil wir einen Haushalt für 2025 haben. Darauf bin ich stolz; denn in Berlin ist die Koalition daran gescheitert, dass man sich nicht mehr auf einen Haushalt für 2025 verständigen konnte. Wir in Bayern haben diesen längst. Ich möch-

te sagen, dass wir diese Stabilität in der Krise auch dadurch gewährleisten, dass wir uns zusammenraufen und Dinge beschließen, auf die sich die Menschen auch verlassen können.

Beim Doppelhaushalt waren die Herausforderungen schon groß. Ich will nur daran erinnern: schwache Konjunktur, hoher Tarifabschluss, sehr stark gestiegene Kosten für Asyl und Integration, das schwierige geopolitische Umfeld und natürlich das Haushaltschaos in Berlin. Unsere Antwort darauf in Bayern war und ist dieser Doppelhaushalt.

Die Steigerungen sind deutlich. Zur Erinnerung: 2024 73,2 Milliarden Euro, 2025 75,8 Milliarden Euro; die Investitionen sind auf Rekordniveau, die Investitionsquote beträgt 15,1 %, 22,4 Milliarden Euro. Wir haben einen Zukunftshaushalt ohne Kreditermächtigungen.

Meine Damen und Herren, weshalb sage ich das? – Weil manchmal darüber diskutiert wird, es würde gespart; manche sagen, es würde an falschen Stellen gespart. Ganz ehrlich: Wir haben in diesem Doppelhaushalt überhaupt nirgendwo gespart. Die Steigerungen in diesem Doppelhaushalt deuten darauf hin, dass wir uns massiv anstrengen, den Herausforderungen gerecht zu werden. Obwohl es erwartbar weniger zu verteilen gibt, haben wir uns miteinander organisiert, dass dieses Land auf die Krise gut reagieren kann. Mit der von uns getroffenen Konjunkturvorsorge haben wir auch Weitblick bewiesen. Damit können wir nun wenigstens teilweise die neuen prognostizierten dramatischen Steuermindereinnahmen abdecken.

Warum machen wir trotzdem einen Nachtragshaushalt für 2025? Nicht nur aus Tradition, sondern weil sich seit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes vieles wieder erneut verändert hat, leider nicht zum Positiven, sondern wir haben weitere sehr negative Entwicklungen, die nun abgebildet werden müssen.

Im Nachtragshaushalt müssen wir uns jetzt eben auf die Dinge fokussieren, die sich seit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes in deutlicher Dynamik verschlechtert haben. Wir müssen also punktuell nachjustieren und uns ausschließlich um zwingen-

de Dinge kümmern, nicht um neue Ideen, nicht darum, was alles noch schön wäre zu haben. Sondern jetzt müssen wir uns auf die Dinge konzentrieren, die zwingend sind, sowohl aufseiten der Einnahmen als auch im Bereich der Ausgaben.

Wir brauchen auch strikte Ausgabendisziplin. Das ist etwas, was in Krisenzeiten möglicherweise eine Binsenweisheit sein mag. Aber wir haben uns in den letzten Jahrzehnten in den westlichen Demokratien ja angewöhnt, Krisenbewältigung nicht nur mit Ausgabendisziplin zu gestalten, sondern insbesondere mit neuen Schulden. Die werden das Problem alleine nicht lösen können. Ich werde das später noch erklären.

Deswegen brauchen wir Ausgabendisziplin und müssen Prioritäten setzen. So wollen wir als Reaktion auf die Entwicklung der letzten Monate im Nachtragshaushalt noch einmal eine Steigerung für das Jahr 2025 organisieren, nämlich auf 76,7 Milliarden Euro, was noch einmal 1,2 % mehr ist, als im Stammhaushalt für 2025 vorgesehen war. Wir gehen den bewährten Weg weiter:

Wir haben 11,6 Milliarden Euro für Investitionen vorgesehen. Wir stocken die Investitionsquote noch einmal auf, auf 15,2 %. Die Bildung bleibt mit 27 Milliarden Euro der größte Block. Es sind 8,7 Milliarden Euro für die innere Sicherheit und Rechtsfragen, 1,8 Milliarden Euro für Gesundheit und 0,55 Milliarden Euro für die Hightech Agenda vorgesehen. Das sind alles Dinge, die weiter gelten. Nichts davon wird in diesem Nachtragshaushalt infrage gestellt.

Aber was sind die gravierenden Veränderungen, die uns Sorgen machen, die wir zwingend abbilden müssen? – Zum einen ist das natürlich der Bereich Asyl und Integration. Das sage ich völlig ohne Emotion, ganz wertneutral, weil es so ist. Wir müssen seriös mit rund 500 Millionen Euro zusätzlichen Ausgaben in 2025 planen. Wir müssen dafür berücksichtigen, dass wir den Kommunen – dazu sage ich dann auch noch etwas – zum Beispiel die Unterbringungskosten zu 100 % nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erstatten. 500 Millionen Euro mehr!

Wir haben die Hochwasserherausforderung zu bewältigen. Wir müssen mit knapp 140 Millionen Euro zusätzlich kalkulieren, was bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts noch nicht bekannt war.

Das Gravierendste ist natürlich, dass Deutschland in der Rezession steckt und sich das in der Steuerschätzung für den Oktober und November abbildet, meine Damen und Herren. Diese Steuerschätzung sagt uns, dass wir – nachdem wir nun im zweiten Jahr in Folge in der Rezession sind – mit 1,3 Milliarden Euro weniger Einnahmen in 2025 kalkulieren müssen, als noch im Doppelhaushalt vorgesehen war. Das ist ein echter Schlag ins Gesicht für jeden, der Haushaltsplanung machen muss.

Es kommt noch etwas hinzu, was ich persönlich immer nur mit großem Unverständnis kommentieren kann: Das ist die Entwicklung beim sogenannten Zensus. Dort stellt man also fest, dass abweichend von dem, was die Einwohnermeldeämter über Jahre festgestellt haben, der Freistaat Bayern offensichtlich nicht so sehr gewachsen ist, wie es bisher angenommen wurde. Das Ganze führt nun dazu, dass wir nach Bundesverordnung 500 Millionen Euro an andere Bundesländer erstatten müssen. Ich muss das kalkulieren. Jeder, der mitrechnet, kommt mit mir zum Ergebnis, dass das rund 2,5 Milliarden Euro sind, die seit dem Doppelhaushalt nicht mehr in der Weise zur Verfügung stehen bzw. als Mehrausgaben geplant werden müssen.

Im Übrigen wird uns der Zensus noch weiter beschäftigen: Wir bekommen jetzt jedes Jahr 300 Millionen Euro weniger, als bislang in den mittelfristigen Finanzplanungen kalkuliert war. Das sind in Krisenzeiten enorme Summen. Das heißt, die Spielräume werden kleiner, jährlich kleiner, täglich kleiner, und trotzdem müssen wir diese Krise meistern.

Wir haben sie gemeistert, weil wir konstruktive Verhandlungen geführt haben. All das ergab Einigungen. Ich möchte danken. Meine Damen und Herren, ich möchte mich bei allen bedanken, die hier guten Willens sind. Es war lange nicht mehr so kompliziert, Haushaltsplanung zu machen, wie in diesem Jahr. Danke an die Ministerien, an meine

Kolleginnen und Kollegen im Kabinett für die Bereitschaft, auch einzusehen, dass nicht alles möglich ist, was man sich wünscht. Natürlich danke ich auch meinem Ministerium als haushaltsplanendem Ministerium. Hier wird hervorragende Arbeit geleistet. Die entscheidenden Damen und Herren sind heute auch da, aber viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen sie dabei. Ich danke den Fraktionen, die diese Staatsregierung tragen, den Haushaltsausschussvorsitzenden, Herrn Zellmeier und Herrn Pohl als Stellvertreter, allen, die mithelfen, den Sprechern der unterschiedlichsten Haushalte. Wir haben hart gerungen, und wir können feststellen, dass wir in krisenhaften Bedingungen ein gutes Ergebnis erzielt haben, nämlich das Beste für Bayern, was im Moment möglich ist. Das ist für mich entscheidend.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt noch einen ganz großen Bereich, der zusätzlich zu dem, was ich ansprach, gelöst werden muss. Das ist der kommunale Finanzausgleich. Das ist ein Thema, das uns alle in den letzten Monaten intensiv beschäftigt hat. Ich bin ja dankbar für jeden Rat, den ich zwischendurch bekommen habe, mit dem ich darauf hingewiesen wurde, wie die Situation in den Kommunen ist, ob das der Finanzminister überhaupt weiß. Nun, ich bin selbst 30 Jahre lang Gemeinderat einer kleinen ländlichen Gemeinde gewesen und bin jetzt im 35. Jahr Kreisrat. Ich war lange stellvertretender Landrat und zweiter Bürgermeister. Ich kenne auch viele Bürgermeister in meinem Stimmkreis. Ich kenne Kommunalpolitiker, ich habe da täglich Kontakt. Ja, der Finanzminister Bayerns ist ein Kommunaler. Der weiß genau, wo die kommunalen Herzen schlagen, und er hat ständig Kontakt. Nur kann der Finanzminister Bayerns eines nicht, was in diesen Zeiten natürlich gut wäre: Wunder wirken kann auch er nicht.

Deswegen mussten wir uns auch ganz intensiv damit beschäftigen. Die Kommunen und der Freistaat Bayern sitzen in einem Boot. Wir alle haben weniger Steuereinnahmen, als wir bräuchten, viel weniger, als mal prognostiziert war. Es gibt zusätzliche Vorschriften und Aufgaben en masse, was alles der Staat, die Kommunen machen sollen. Dieses allgemeine Lamento will ich heute gar nicht anstimmen. Aber das ist

etwas, was uns allen Sorgen macht. Wir können nicht immer so tun, als könnte der Staat als Generalproblemlöser alles an sich ziehen und den Kommunen sozusagen per Indoktrination verordnen, was sie zu tun haben. Das wird nicht funktionieren. Das ist auch nicht das Ziel. Wir haben dennoch dramatische Ausgabensteigerungen.

Deshalb ist es ganz objektiv richtig so, dass wir uns auch hier mit der Bundespolitik beschäftigen müssen. Wir dürfen nicht immer Anreize setzen, und am Schluss kommt dann dramatisch weniger Geld. Ich habe das bei der Schuldigitalisierung, ich habe das bei der Glasfaser: Es waren drei Milliarden Euro für Deutschland angekündigt. Jetzt gibt es eine Milliarde Euro. Meine Damen und Herren, dass das auch in Bayern Auswirkungen hat und dass es für unsere Kommunen immer komplizierter wird, die Dinge zu organisieren, ist ja logisch.

Auf der anderen Seite sieht man, wie Geld ausgegeben wird für Dinge, die es nicht unbedingt bräuchte. Ich gönne ja jedem das Deutschlandticket, wirklich jedem, der das nutzt, dem gönne ich das. Da es das gibt, wären die Leute ja dumm, würden sie es nicht nutzen. Aber es sind Dinge, die wir uns einfach nicht leisten können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen in dem Land unterscheiden. Wir müssen unterscheiden, was wünschenswert ist und was notwendig ist. Notwendig bedeutet im Wortsinn, was "Not wendet". Ich glaube nicht, dass ein Deutschlandticket eine Not wendet.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Aber die PR-Abteilung von Markus Söder brauchen wir schon?)

– Das wendet auch keine Not, wenn Sie plärren.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

So haben wir viele Dinge, die dazu beitragen müssen, dass wir uns überlegen: Muss das sein?

Wir haben vom Bund in diesem Jahr noch etwa 300 Millionen Euro an Zuschüssen im Bereich Asyl zu erhoffen. Im letzten Jahr waren es fast 600 Millionen Euro. Ich habe aber 500 Millionen Euro zusätzliche Ausgaben. Alleine der Bereich hat also, wenn ich zusätzliche Ausgaben und Einnahmen, die ich nicht mehr bekomme, addiere, ein Delta von 800 Millionen Euro. Ich will das einfach bloß mal sagen, weil es so ist.

Die Ganztagsbetreuungsfrage, die Eingliederungshilfe und die völlig unzureichende Krankenhausfinanzierung sind alles Dinge, die die Kommunen zu Recht beklagen. Die sagen dann mir: Füracker, wir sagen es dir, hilf du uns; denn in Berlin hört uns keiner zu. Nur wenn ich dann auf die Zuständigkeiten verweise, sagt natürlich mittlerweile jeder im Land: Weißt du was, Füracker, wer zuständig ist, ist uns mittlerweile egal. Helft uns! – Und wir helfen, aber wir können nicht alles, was durch Finanzierungsdefizite seitens des Bundes oder fehlender Steuereinnahmen auf kommunaler Seite geschieht, einfach mal so schnell ausgleichen.

Was der Bund nicht mehr macht oder verbockt, ist für uns nicht mehr zu stemmen. Trotzdem haben wir es wieder geschafft. Wir haben monatelange Verhandlungen geführt. Jetzt habe ich gelesen: Wir brauchen eine Kommunalmilliarde. Wir haben uns mit den Kommunen auf Kommunal-608,6-Millionen geeinigt. Die Kommunen bekommen im Jahr 2025 zusätzlich 608,6 Millionen Euro. Das haben wir konsensual verhandelt. Gerade habe ich davon gesprochen, dass der Nachtragshaushalt um 1,2 % steigt. Der kommunale Finanzausgleich steigt um 5,3 %. Wir sind nun bei 11,98 Milliarden Euro. Ein vernünftiger Finanzminister hätte 12 Milliarden Euro gesagt, aber ich will korrekt bleiben. Ich weiß, die Kommunen können es nicht mehr hören, wenn ich sage, dass das so viel ist wie nie. Das ist faktisch aber wahr.

Ich weiß aber auch, dass damit nicht alle Probleme der Kommunen gelöst sind. Meine Damen und Herren, so gescheit bin ich schon. Es sind nur 608 Millionen Euro mehr.

Im letzten Jahr waren es 212 Millionen Euro mehr. In der größten Krise organisieren wir Zuwächse, die sonst nirgendwo im Staatshaushalt möglich sind. Die Kommunen haben diesmal Wert darauf gelegt, die Verwaltungshaushalte zu steigern. Das haben wir auch getan.

Dann gibt es eine ewige Debatte um den großen allgemeinen Steuerverbund – Erhöhungen auf 13 %, auf 15 %, wer bietet mehr? Meine Damen und Herren, es gibt in Bayern vier Verbände im kommunalen Finanzausgleich. Ich sage das nur denjenigen, die jetzt gleich wieder sagen werden: In anderen Bundesländern ist der Verbund höher. Der allgemeine Steuerverbund wird jetzt von 12,75 auf 13 % erhöht. Dieser beläuft sich dann auf 6,7 Milliarden Euro. Es gibt den Kfz-Steuerverbund mit 1,1 Milliarden Euro. Es gibt den Grunderwerbsteuerverbund mit knapp 680 Millionen Euro und den Einkommensteuersatz mit knapp 800 Millionen Euro. Das ist nicht ein Verbund, es sind vier Verbände. Wenn man diese vier Verbände addiert, brauchen wir uns mit gar niemandem in dieser Republik negativ vergleichen zu lassen. Wir sind kommunalfreundlich. Wir tun für die bayerischen Kommunen, was immer möglich ist. Meine Damen und Herren, wir tun auch hier das Beste für Bayern. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Schlüsselzuweisungen steigen auf 4,85 Milliarden Euro um 409 Millionen Euro. Das ist eine Steigerung von 9,2 %. Die Zuweisungen an die Bezirke steigen um 120 Millionen Euro. Das ist eine Steigerung um 16,7 %. Wir entlasten damit natürlich die Bezirksumlagenzahler. Wir entlasten auch mittelbar die Kreisumlagenzahler. Die bayerischen Kommunen haben nach wie vor im Hinblick auf das Investitionsniveau vergleichsweise zu allen anderen Bundesländern die deutlich besten Voraussetzungen.

Noch einmal: Ich weiß, dass damit nicht alle Probleme gelöst sind. Die bayerischen Kommunen haben im Haushalt eine Investitionsquote von 23,4 %, die Flächenländer

West von 16 % und Nordrhein-Westfalen von etwa 12 %. Das heißt, dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen im Verhältnis nur halb so viel Geld aus dem Haushalt für Investitionen zur Verfügung haben wie die bayerischen Kommunen. Das muss doch wenigstens einmal Anerkennung finden! Man kann nicht dauernd so tun, als würde die Bayerische Staatsregierung den Kommunen etwas vorenthalten, was ihnen zusteht. Das Gegenteil ist der Fall. Wir strengen uns an und unterstützen die bayerischen Kommunen in dieser Krise so gut, wie es nur irgendwie geht. Dazu zählen die Hochbauförderung mit über 1 Milliarde Euro und die bedarfsgerechte Krankenhausförderung in Höhe von 800 Millionen Euro.

Hier wird auch immer behauptet, wir würden zu wenig Geld in die Krankenhausinvestitionen geben. Vor Kurzem haben wir die Mittel, die in diesem Jahr aufgrund der Dynamik an unterschiedlichen Baustellen nicht gebraucht wurden, an andere Baumaßnahmen gegeben, die schon etwas weiter sind. An dieser Stelle danke ich meiner Kollegin Judith Gerlach. Mit diesen 800 Millionen Euro sind wir im Hinblick auf die Abfinanzierung bedarfsgerecht unterwegs. Es gibt keinen Abfinanzierungsstau bei den Kommunen. Die Kommunen erkennen das auch an. Wir haben uns im Rahmen des Finanzausgleichsgesprächs ausdrücklich auf diesen Betrag geeinigt, der für 2025 passgenau ist.

Wir haben eine Investitionspauschale in Höhe von 446 Millionen Euro. Warum sage ich das? – Wir haben beim kommunalen Finanzausgleich immer wieder das Thema: Gebt doch den Kommunen das Geld einfach pauschal, dann können sie selber entscheiden. Meine Damen und Herren, 75 % der Landesleistungen des kommunalen Finanzausgleichs sind pauschale Zuweisungen an die Kommunen. Sie können selber entscheiden, was sie damit tun. Die Hochbauförderung in Höhe von 1 Milliarde Euro sowie die Krankenhausförderung in Höhe von 800 Millionen Euro sind kluge Förderprogramme, weil insbesondere kleine Kommunen mit nur pauschalen Zuweisungen wahrscheinlich 30 Jahre lang sparen müssten, bis sie ihr Schulhaus sanieren können. Deshalb ist das sehr gut und sehr ausgewogen. Wir haben mit den kommunalen Spit-

zenverbänden erneut über dieses Thema gesprochen. Erneut war das Ergebnis: Die Abwägung zwischen pauschalen Mitteln und investiven Fördermitteln, wie wir es machen, ist in Ordnung.

Wir fördern die RZWas – ein toller Begriff, Abwasser und Wasser – und gewähren Stabilisierungshilfen in Höhe von 100 Millionen Euro. Mittlerweile haben wir weit über 1 Milliarde Euro an Entschuldung vorgenommen für Kommunen, die in Bayern strukturell große Schwierigkeiten haben. In den beiden Regionen Nordost-Oberpfalz und Oberfranken profitieren die Kommunen sehr von den Stabilisierungshilfen, weil es sich um einen grenznahen Bereich handelt. Diese Kommunen haben im Hinblick auf die strukturellen Herausforderungen die größten Schwierigkeiten. Wenn wir dort keine Entschuldungen vorgenommen hätten, wäre es wirklich schwer geworden. Ich sage das nur denjenigen, die immer erklären, wir müssten der Altschuldenübernahme durch den Bund als Freistaat Bayern endlich zustimmen. Meine Damen und Herren, praktisch würden die strukturschwächsten Kommunen in Bayern nicht von der Altschuldenübernahme des Bundes profitieren, weil man sich dort ausschließlich auf Kassenkredite konzentriert. Selbst die Kommunen in Bayern, denen es schlechter geht, haben fast keine Kassenkredite. Insofern ist auch das ein Erfolgsrezept. Wir entschulden auch Kommunen, denen es strukturell schlecht geht. Das ist im Finanzausgleich 2025 wieder vorgesehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb sage ich auch an dieser Stelle Danke an die Kommunen für die konstruktiven Verhandlungen und den fairen Kompromiss. Noch einmal der Zuruf: Ja, ich weiß, es sind nicht alle Probleme gelöst. Wir bleiben im Gespräch. Aber dieser kommunale Finanzausgleich ist wirklich ein enormer Kraftakt. Und auch an dieser Stelle die Feststellung: Wie wir ihn jetzt vereinbart haben, ist er das Beste für Bayern.

Die Kommunen haben im Hinblick auf die Aufgabenzuschnitte Sorgen, die wir ernst nehmen müssen. Wir überprüfen Aufgaben und Standards. Wir können nicht immer

nur darüber streiten, wer was bezahlt. Wir müssen auch darüber diskutieren, was wir wirklich brauchen. Wünschenswert oder notwendig – darum geht es. Das wollen wir in einer Arbeitsgruppe tun. Notwendig ist zum Beispiel ein Radweg an einer Straße, auf der am Tag 10.000 oder 12.000 Autos fahren. Wünschenswert wäre ein Radweg dort, wo von einem Dorf zum anderen nur wenig Autoverkehr stattfindet und es schön wäre, dort aus touristischen Gründen einen Radweg zu errichten. Ich habe nichts gegen Radwege, aber dieses Beispiel zeigt, dass wir uns alle miteinander überlegen müssen, wofür wir das knapper werdende Geld ausgeben. Diese Arbeitsgruppe wird bei der Staatskanzlei angesiedelt und geführt werden.

(Tim Pargent (GRÜNE): Setzt bei der Staatskanzlei einmal an!)

– Herr Pargent, hören Sie zu. Das ist ganz wichtig. Außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs können wir noch einmal 10,2 Milliarden Euro an die Kommunen geben. Damit geben wir auch im Jahr 2025 mehr als 22 Milliarden Euro unseres Haushalts, fast 30 %, ausschließlich an die Kommunen. Wir müssen uns die Frage stellen: Wie ist das machbar? Auf der einen Seite stehen 2,5 Milliarden Euro, die man zwangsläufig ausgeben muss, und auf der anderen Seite 608 Millionen Euro mehr für die Kommunen. Wer rechnen kann, sieht, dass das riesige Anstrengungen sind. Die Mathematik ist nicht zu bezwingen – durch niemanden. Franz Josef Strauß hat einmal gesagt: Generäle können Sie anschreien, Zahlen nicht. – Ich kann die Zahl noch so oft anschreien, sie wird deswegen nicht kleiner. Wir müssen die begrenzten Mittel den steigenden Anforderungen gegenüberstellen. Wir brauchen Zurückhaltung an der einen Stelle und den Ausgleich an der anderen Stelle, der nötig ist. Insofern müssen wir die nächsten Jahre auch gemeinsam überlegen, wo zusätzliche Konsolidierung möglich ist.

Unser Haushalt ist von zwei ganz großen Posten geprägt. Der eine Posten besteht aus 40 % Personalkosten. Wir haben viel Personal, wir bezahlen es aber auch ordentlich. Der öffentliche Dienst in Bayern, bei dem ich mich sehr bedanke, leistet Großartiges, wird aber von uns auch – ich glaube, das sagen zu können – im Vergleich zu

allen anderen Bundesländern sehr, sehr ordentlich alimentiert. Wir haben für 2025 weiterhin 2.813 Stellen aus dem Doppelhaushalt vorgesehen, wie Sie wissen. Wir planen, im Nachtragshaushalt dazu keine zusätzlichen Stellen mehr auszubringen.

Der zweite große Posten im Haushalt sind die fast 30 % an die Kommunen; ich sprach darüber. Ja, es ist ein großer Posten, zu dem mir alle sagen, da könne ich nicht kürzen. Wenn die Positionen zu Personal und Kommunen überall diskutiert werden und man sagt, man dürfe da nichts wegnehmen, dann sind 70 % des Haushalts verplant. Ich will es einfach nur einmal sagen: Über diese 70 %, hat der Bayerische Landtag in der Praxis wenig zu diskutieren.

Deshalb haben wir uns auch in diesem Jahr neben der globalen Minderausgabe auch noch einmal entschlossen, die Haushaltssperre zu erhöhen. Wir werden diese auf 15 % hochsetzen. Wir werden die Rücklagenentnahme um weitere 1,8 Milliarden Euro erhöhen. Auch hier sage ich: Eine Rücklage ist eine angesparte Reserve für schwierige Zeiten, also für jetzt. Allen, die jetzt meinen, ich könnte noch mehr aus der Rücklage nehmen, sage ich jetzt einmal ganz ehrlich: Wir haben in diesem Haushaltsjahr 2025 insgesamt 4,4 Milliarden Euro; irgendwann muss es dann auch einmal genug sein. Die schwierigen Zeiten halten schließlich noch an.

Wir haben das nicht wie in anderen Bundesländern, die von denen regiert werden, die mir heute wieder erklären, was ich in Bayern machen sollte. Dort haben wir Notlageerklärungen, Schulden; Konjunkturkomponente, Schulden. Zur Schuldendebatte nur so viel – egal, welche persönliche Meinung man dazu hat. Ich war in meinem früheren Leben 23 Jahre lang kleiner Unternehmer. Da habe ich öfter Schulden gemacht, wenn ich investiert und etwas Großes für meinen Betrieb gekauft habe; das war ganz normal. Wenn niemand mehr Schulden macht, gibt es auch niemanden mehr, der eine Bank betreibt. Aber ich habe meine Schulden getilgt und alle meine Zinsen bezahlt, meine Damen und Herren. Das ist der wesentliche Unterschied. Ich habe nicht gesagt, meine Zinsen und Schulden könnten einmal meine Kinder zahlen.

Selbst wenn wir Schulden machen dürften, dann geht es doch nicht nur darum, was erlaubt ist. Schulden verlangen Zins und Tilgung. Die Bundesrepublik Deutschland, unser Staat, den wir so sehr lieben, macht in diesem Jahr 54 Milliarden Euro netto neue Schulden. Dann wird mir immer gesagt, das bräuchten wir, weil wir investieren müssten. – Wenn wir dieses Geld nur investieren würden! Mit diesen 54 Milliarden Euro neuer Schulden werden unter anderem 37 Milliarden Euro Zinsen bezahlt, meine Damen und Herren.

(Michael Hofmann (CSU): Unglaublich!)

Diese Mär, man mache Schulden zum Investieren, stimmt nicht. Wir machen in Deutschland mittlerweile Schulden zum Zinsenzahlen. Man muss nicht ökonomisch gebildet sein, um zu wissen, dass so etwas nicht lange möglich ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen halten wir die Schuldenbremse ein. Noch einmal: Egal, wie die Debatte um die Schuldenbremse ausgeht, Fakt ist: Das Ifo-Institut hat uns vor Kurzem bescheinigt, dass die Länder, die sich an Schuldenregeln halten, 0,5 % mehr Wachstum haben und dass Staatsanleihen wesentlich günstiger zu verzinsen sind. Im Übrigen sollte Deutschland auch vertragstreu sein. Es gibt auch noch EU-Stabilitätsregeln. Da höre ich dann auch immer: Mein Gott, Füracker, was du immer hast; alle anderen machen auch Schulden. – Ja, und dann stellt sich wieder die Frage nach der Inflation und der Stabilität des Euros. Völlig egal, welche persönliche Meinung man dazu hat, lautet meine Frage: Trägt die Verschuldung in Deutschland oder die Verschuldung in Frankreich mehr zur Stabilität des Euros bei? Dies einfach einmal als rhetorische Frage, weil jeder die Antwort kennt.

Ja, Schulden sind kein Weltuntergang. Das ist alles richtig und mir geläufig; das weiß ich. Aber man kann jetzt doch nicht das Ziel haben, endlich wieder Schulden machen zu dürfen, meine Damen und Herren. In diesem Land kümmern sich mittlerweile mehr

Ökonomen um die Frage, wie man endlich wieder die Schuldenbremse verfassungskonform oder auch sonstwie umgehen kann, anstatt sich mit der Frage auseinanderzusetzen, was man tun muss, damit endlich wieder mehr Wirtschaftswachstum entsteht. Das ist doch die entscheidende Frage.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen teile ich die Sehnsucht nach neuen Schulden nicht. Ich möchte es so hinkriegen. Für uns wäre es viel wichtiger, dass nach der Bundestagswahl endlich die Frage des Finanzkraftausgleichs so geregelt werden könnte, dass neben dem, was wir in Bayern ausgeben, nicht noch einmal über 9 Milliarden Euro an andere Bundesländer fließen, meine Damen und Herren. Das wäre für uns die entscheidende Frage.

Trotz der weiteren 9 Milliarden Euro für andere Bundesländer, die wir erwirtschaften, aber nicht bekommen, wirft mir dann die linke Seite immer vor, wir seien unsolidarisch. – Meine Damen und Herren, wir sind doch nicht unsolidarisch. Wir haben in den Jahrzehnten als Nettoempfänger 3,4 Milliarden Euro erhalten und über 117 Milliarden Euro an andere bezahlt, seitdem wir Nettozahler sind. Da kann man doch nicht von "unsolidarisch" sprechen, meine Damen und Herren. Das ist doch geradezu ein Witz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb liegt heute ein Nachtrag vor, der in der aktuellen Krise wirklich das Beste ist, was es für Bayern im Moment zu organisieren gibt. Wir blicken in die Zukunft: Die aktuellen Steuerprognosen erzeugen viele Fragezeichen und viele Ausrufezeichen für künftige Haushalte. Ich mache mir da Sorgen. Ich mache mir Sorgen um die Bundesrepublik Deutschland. Ich mache mir auch Sorgen um Bayern.

Angesichts der Zahlen, die mir vorliegen, wäre es völlig verharmlosend zu sagen, das wird schon alles wieder. Wir müssen unseren Beitrag dazu leisten, dass es wieder wird. Wir brauchen Wachstum, wir brauchen Aufbruchsstimmung, wir brauchen Investition. Wir investieren in Bayern digital und analog. Wir investieren in Gebäude, wir in-

vestieren in Köpfe, wir investieren in Daten, und wir investieren in allen Bereichen weit mehr, als es alle anderen tun.

Wenn Sie jetzt hinterher wieder sagen, dass wir mehr investieren müssten, dann stelle ich immer die Frage: Was tun eigentlich diejenigen, die dort regieren und mir heute erklären, was wir zu tun hätten? Meine Damen und Herren, wenn die Einnahmen nicht deutlich steigen, dann wird es ab 2026 deutlich mehr Konsolidierungsnotwendigkeiten geben, als uns selbst lieb ist; das ist keine Drohung, sondern etwas, mit dem sich ganz Deutschland, jeder Landeshaushalt und jeder Kommunalhaushalt beschäftigen wird.

Den Personalbereich und das Stellenmoratorium ab 2026 haben wir angesprochen. Wir werden uns mit Aufgabenkritik, Stellenabbau mittelfristig beschäftigen müssen. Wir werden in allen Haushalten die Aufgaben überprüfen und die Konsolidierungspotenziale erschließen müssen. Das ist unumgänglich. Deswegen rede ich immer davon, dass wir alles tun müssen, damit die Wirtschaft wieder in Gang kommt, durch Steuerpolitik, Energiepolitik, Bürokratieabbau; wir müssen Vertrauen stärken in dieses Land. Investition ist der Anfang des Aufschwungs.

Deswegen ist für 2025 klar: Wir justieren in diesem Sinne nach. Es gilt, solide zu bleiben in Krisen, zukunftsorientiert und umsichtig. Wir brauchen Investitionen in die Zukunft bei all den Herausforderungen, die groß sind.

Lassen Sie mich Folgendes zum Schluss auch noch sagen: Nie sind alle Wünsche erfüllbar. Das gilt besonders in diesen Zeiten. Ich sage es nur vorläufig, auch wenn mir jetzt gerade diejenigen nicht zuhören, die mir dann wieder sagen, was ich alles falsch mache.

(Heiterkeit bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich sage Ihnen nur eines: Ich hätte auch viele Ideen. Die Regierungskoalition hat noch viele Ideen. Die Ministerien haben noch viele Ideen. Glauben Sie mir, wir sind mindes-

tens so kreativ wie Sie. Wir haben nur die Verantwortung. Wir sind nicht in der Opposition und können erklären, was trotz Spitzenhaushalt in Bayern alles nicht funktionieren würde. Da wird dann jetzt wieder das Haar in der Suppe gesucht; das weiß ich schon. Ich lade dennoch dazu ein, gemeinsam Verantwortung für dieses schöne Bayern zu übernehmen. Ich wünsche Ihnen jetzt natürlich eine besinnliche Vorweihnachtszeit und tatsächlich auch den weihnachtlichen Frieden; vielleicht können wir ihn heute in der Haushaltsdebatte schon abbilden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CSU – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jedenfalls könnte die Übernahme von Verantwortung mit der Zustimmung zu diesem Haushalt beginnen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das sollten wir miteinander machen.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Es hätte auch mit der Rede anfangen können!)

– Meine Rede war so sachlich, dass sie nicht sachlicher hätte sein können, Frau Köhler; machen Sie sich da keine Sorgen. Ich bin einmal gespannt, was wir uns jetzt anhören müssen.

(Heiterkeit bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Jedenfalls ist dieser Nachtrag das, was wir alle miteinander für dieses Land erreichen können. Lassen Sie uns miteinander das Beste für Bayern tun, meine Damen und Herren! Das ist meine Bitte. Alles Gute!

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Die Gesamtredezeit der Fraktionen in der sich anschließenden Debatte beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 119 Minuten und verteilt sich auf die Fraktionen wie folgt:

CSU 37 Minuten, FREIE WÄHLER 23 Minuten, AfD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN jeweils 21 Minuten und SPD 17 Minuten.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist der Abgeordnete Andreas Jurca für die AfD-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Jurca (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kollegen! Wir behandeln heute den Nachtragshaushalt für das Jahr 2025. Wir befinden uns in der letzten Sitzungswoche und beraten die wichtigen Themen, die das kommende Jahr prägen werden. Bevor wir uns aber dem Nachtragshaushalt selbst zuwenden, möchte ich mich bei allen bedanken, die an der Erstellung des Nachtrags mitgewirkt haben, und natürlich auch bei allen Mitarbeitern der Ministerien, des Landtags und der Fraktionen, die nun von den Plenarsitzungen bis zu den Ausschusssitzungen wieder eine umfassende organisatorische Aufgabe zu bewältigen haben, damit der Nachtragshaushalt für das Jahr 2025 beschlossen werden kann.

(Beifall bei der AfD)

Vor allem möchte ich mich aber bei den bayerischen Steuerzahlern bedanken. Zu Beginn des Jahres habe ich den Bayern, die hier alles erwirtschaften und mit ihren Steuern finanzieren, bereits meinen Dank ausgesprochen; denn die finanzielle Robustheit der bayerischen Bürger und Firmen ist es, die in den vergangenen Jahren dafür gesorgt hat, dass trotz spät verabschiedeter Haushaltsgesetze, einer miserablen Haushaltspolitik und immer schlechter werdender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen hier noch nicht das Licht ausgegangen ist.

(Beifall bei der AfD)

Die Bürger halten den Freistaat am Laufen, nicht wegen, sondern trotz der Politik der Staatsregierung. Daher sage ich an dieser Stelle, bevor wir uns dem Thema widmen, einen herzlichen Dank an alle bayerischen Bürger und Steuerzahler.

(Beifall bei der AfD)

Die CSU wollte zu Jahresbeginn den Doppelhaushalt 2024/2025 als einen Premiumhaushalt verkaufen. Von der großspurigen Bezeichnung "Premium" ist nicht viel übrig geblieben, außer den stetig steigenden Ausgaben. Im Doppelhaushalt waren für 2025 nur 76,3 Milliarden Euro eingeplant. Im Nachtrag stehen bereits 77 Milliarden Euro an Ausgaben an. Als Grund für das nach oben korrigierte Ausgabevolumen wird die Bewältigung der Folgen der Hochwasserlage im Mai und Juni dieses Jahres angeführt.

Aber die weit größeren Ausgabentreiber sind – wir haben uns mittlerweile daran gewöhnt – die massiven Mehrausgaben für illegale Migranten. Im Nachtragshaushalt 2025 wird eine halbe Milliarde Euro zusätzlich nur für die Unterbringung von Illegalen ausgegeben. Die bereits eingeplanten 2,5 Milliarden Euro reichen schlichtweg nicht. Da muss noch mehr Geld in die Hand genommen werden, um Menschen zu alimentieren, die zum überwiegenden Großteil eigentlich nicht in Deutschland sein dürfen. Für das Jahr 2025 sind also insgesamt 3 Milliarden Euro ausschließlich für Zuwanderung und Integration eingeplant. Das ist natürlich nur der Sollwert; denn keinen von uns wird es überraschen, wenn wir später in der Haushaltsrechnung für das Jahr 2025 feststellen, dass der Istwert noch viel höher liegt. Dieser Ausgabenorgie für Flüchtlinge stehen wegbrechende Einnahmen gegenüber.

Durch die chaotische und mittlerweile vollends gescheiterte Ampel-Regierung im Bund hat sich die Wirtschaftslage in Bayern und Deutschland enorm verschlechtert. Aber auch die Staatsregierung, die vorangehende wie die jetzige, haben Anteil am wirtschaftlichen Niedergang. CSU und FREIE WÄHLER tragen die grüne Umwelt- und Industriepolitik, die eine Produktion in Deutschland nahezu unmöglich macht, nach wie vor mit. Daher wundert es auch niemanden, wenn Konjunkturaussichten und Steuerschätzungen in eine klare Richtung zeigen, und zwar nach unten.

Jeder Bürger in Bayern weiß, dass es uns aufgrund dieser Politik auf absehbare Zeit bedeutend schlechter gehen wird als bisher. Das zeigt sich auch an der Höhe der Min-

dereinnahmen von rund 1,4 Milliarden Euro, die im Nachtrag 2025 entstehen. Sinkende Einnahmen und gleichzeitig steigende Ausgaben bedeuten eine wachsende Finanzierungslücke. Wie gedenkt die Staatsregierung diese Lücke zu schließen?

Sie versucht das zunächst durch die Erhöhung der hauswirtschaftlichen Sperre von 10 % auf 15 % und dann natürlich durch einen tiefen Griff in die Rücklage. Der Rücklage werden fast 1,8 Milliarden Euro entnommen, davon mehr als 1,2 Milliarden Euro für den Haushaltsabgleich und eine halbe Milliarde Euro nur für Flüchtlinge. Das Plündern der Rücklage zur Finanzierung der Flüchtlinge ist für die Staatsregierung mittlerweile traurige Tradition.

Aber Haushaltssperre und Rücklagenplünderung reichen mittlerweile nicht mehr. Um die Finanzierungslücke zu schließen, stampft die Staatsregierung nun ihre eigene Konjunkturvorsorge ein, die sie sich erst vor einem halben Jahr in den Doppelhaushalt geschrieben hat. Zur Erinnerung an meine verehrten Zuhörer: Die Konjunkturvorsorge war ein neuartiges Konstrukt im Haushalt, das sowohl vom Bayerischen Obersten Rechnungshof als auch von uns, der AfD-Fraktion, massiv kritisiert worden ist; denn die Staatsregierung hat im aktuellen Haushalt anstelle der eigentlich versprochenen Schuldentilgung der Corona-Kredite knapp 771 Millionen Euro in die Konjunkturvorsorge gesteckt. Diese Mittel sollten die finanzpolitische Reaktionsfähigkeit des Haushalts sicherstellen.

Sie ist nach einem halben Jahr bereits als Instrument gescheitert und war vermutlich von Anfang an nur ein Mittel, um entgegen allen Versprechungen die Corona-Schulden nicht in der versprochenen Höhe von 1 Milliarde Euro pro Jahr tilgen zu müssen. Die Konjunkturvorsorge wird im Nachtragshaushalt schon einmal vorsorglich eingestellt. Von der Schuldentilgung selbst lohnt es sich kaum mehr zu sprechen: Der Schuldenabbau des Freistaats beträgt pro Jahr nur noch 50 Millionen Euro, was zur tatsächlichen Schuldenlast von rund 37 Milliarden Euro des Freistaates natürlich in keinerlei Verhältnis steht. Bei den aktuellen Tilgungsraten würde allein das Tilgen der Kredite aus der Corona-Pandemie noch über 200 Jahre dauern. Gleichzeitig steigen

die Zinsausgaben des Freistaates immer weiter an. Der aktuelle Finanzplan des Freistaates geht bereits ab dem nächsten Jahr von Zinsausgaben von über 1 Milliarde Euro pro Jahr aus, natürlich stark steigend für jedes folgende Jahr. Im Jahr 2028 sollen es bereits 1,34 Milliarden Euro sein.

Lassen Sie mich noch einmal kurz die aktuelle Lage zusammenfassen: In diesem Nachtragshaushalt 2025 haben wir über eine halbe Milliarde Euro Mehrausgaben, über 1,4 Milliarden Euro Mindereinnahmen, alle möglichen Konsolidierungstricks von einem Anheben der Haushaltssperre über den Griff in die Rücklage bis zum Einstampfen der Konjunkturvorsorge, erneut stark ansteigende Kosten für Flüchtlinge von 2,5 auf 3 Milliarden Euro, keinerlei Schuldentilgung bei stetig steigenden Zinsausgaben für den Freistaat; all das vor dem Hintergrund einer absehbar schlechten Konjunktur. Zusätzlich kommt die durch die Ampel im Bund und durch die Staatsregierung in Bayern vorangetriebene grüne Deindustrialisierung hinzu, die dauerhaft Arbeitsplätze, technisches Wissen und Fähigkeiten sowie Steuereinnahmen vernichtet. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Stimmung im Freistaat getrübt ist.

Einen kleinen Lichtblick gibt es für Bayerns Kommunen in diesem Nachtragshaushalt: Der kommunale Anteil am allgemeinen Steuerverbund wird von 12,75 % auf 13 % angehoben. Insgesamt steigt der kommunale Finanzausgleich auf fast 12 Milliarden Euro an, die Kommunen bekommen also 0,25 Prozentpunkte mehr am Anteil des allgemeinen Steuerverbunds und insgesamt rund 600 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Wir als AfD-Fraktion beantragen bereits seit Jahren eine Anhebung des kommunalen Anteils von 12,75 % auf 15 %; denn wir stehen für starke und eigenständige Kommunen in ganz Bayern.

(Beifall bei der AfD)

Die Schulden der Kommunen sind im 10-Jahresvergleich massiv gestiegen, um fast 66 %. Im selben Zeitraum sind die Ausgaben des Freistaates nur um rund 42 % gestiegen. Die Kommunen wissen vor Ort besser, wie sie das von ihren Bürgern erwirt-

schaftete Geld verwenden können. Daher treten wir auch weiterhin für eine Erhöhung des kommunalen Anteils im allgemeinen Steuerverbund auf 15 % ein und können uns mit einer Anhebung von lediglich 0,25 Prozentpunkten nicht ganz zufriedengeben. Die Kommunen brauchen nämlich weitere Unterstützung, um in der momentan schwierigen Lage die schulische, gesundheitliche und technische Infrastruktur im Freistaat aufrechtzuerhalten. Doch für den Freistaat und die Kommunen gibt es momentan auch eine große Chance: Durch den Sturz von Baschar al-Assad können viele der nach Bayern und Deutschland gekommenen Flüchtlinge nun endlich in ihre Heimat zurückkehren.

(Beifall bei der AfD)

Durch die Veränderung der politischen Lage in Syrien könnten Bayern und Deutschland Milliardenbeiträge einsparen, die nun nicht mehr an vermeintlich schutzbedürftige Menschen ausgezahlt werden müssen. Allein im vorigen Nachtragshaushalt 2025 sind bereits drei Milliarden Euro eingeplant, die durch den sofortigen Aufnahmestopp und die Rückkehr der in Bayern lebenden Syrer erheblich reduziert werden könnten.

Wir Bayern sollten uns mit aller Kraft für die Rückkehr aller Menschen, die im Zuge des Arabischen Frühlings seit 2011 nach Bayern und Deutschland gekommen sind, einsetzen. Hierfür würde die AfD-Fraktion sogar finanzielle Maßnahmen, die eine Rückkehr beschleunigen, mittragen, zum Beispiel das Aufstellen von Schildern, die zum nächsten Flughafen oder zur nächsten Landesgrenze weisen, aber auch eine Erhöhung des polizeilichen Aufgebots und eine Verstärkung aller Verwaltungsstrukturen, die für Abschiebungen unerlässlich sind.

Lässt der Freistaat diese historische Chance aber verstreichen, dann müssen wir uns alle auf Dauer auf steigende Kosten für Zuwanderung und Integration einstellen. In Bayern wurden seit dem Krisenjahr 2015/2016 im Durchschnitt mehr als 2,5 Milliarden Euro pro Jahr nur für dieses Thema ausgegeben. In keinem Jahr reichen die angegebenen Soll-Ausgaben im Haushaltsgesetz. Fast immer wurden diese durch einen

Nachtrag nach oben gesetzt oder später in der Haushaltsrechnung von den geleisteten Ist-Ausgaben überholt. Diese Zumutung haben die Bürger lange ertragen; sie wurde durch die herausragende wirtschaftliche Leistung der Bayern verdeckt. Die Steuereinnahmen sprudelten. Doch nun, in Zeiten des politisch verordneten Abschwungs durch die Alt-Parteien, können wir diese Ausgaben nicht weiter stemmen. Wir müssen hier konsequent einsparen. Die Rückführung aller Syrer aus Bayern und Deutschland ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der AfD)

Durch Einsparungen in den Bereichen Zuwanderung und Integration könnte auch die von der Staatsregierung geplante Neuausrichtung – oder welche beschönigende Bezeichnung man für diesen unsozialen Kurswechsel verwenden will – der Pflege- und Familiengelder abgewendet werden. Konkret spreche ich von der für die Jahre 2026 und 2027 angekündigten Änderung beim Bayerischen Landespflegegeld, beim Familiengeld und beim Krippengeld. Die Staatsregierung taktiert hier mit der Verteilung der Mittel. In manchen Fällen möchte sie nur noch die Hälfte der Leistungen direkt auszahlen und den Rest eigenständig in Strukturen investieren.

Die Auswirkungen des angekündigten Kurswechsels haben es in sich. Durch das Zusammenfassen und Reduzieren von Familien- und Krippengeld auf 3.000 Euro verlieren manche Familien im Extremfall bis zu 65 % der Leistungen. Beim Landespflegegeld, das von 1.000 Euro auf 500 Euro gekürzt wird, belaufen sich die Kürzungen auf bis zu 50 %. Durch das Zusammenfassen und Umverteilen von Geldern wird hier Politik auf Kosten der Schwächsten gemacht. Das ist offenkundig. Illegale Einwanderer werden in Milliardenhöhe alimentiert, und gleichzeitig werden den arbeitenden Menschen in Bayern die Pflege- und Familiengelder gekürzt. Das wäre in keinem anderen Land der Welt vorstellbar.

(Thomas Huber (CSU): Es wird nichts gekürzt!)

Die einzige Maßnahme der Staatsregierung, die sich positiv auswirken könnte, ist das im Nachtragshaushalt festgeschriebene Stellenmoratorium. Ab 2026 sollen keine neuen kostenwirksamen Stellen mehr geschaffen werden. Der Stellenbestand soll durch Aufgabenprüfung, neue Technik und Bürokratieabbau bis zum Jahr 2023 um 5.000 Stellen reduziert werden. Das liest sich wie ein Schritt in die richtige Richtung. Aber auch hier ist zu sagen: Ursprünglich war im Nachtragshaushalt 2020 vorgesehen, die Corona-Schulden bis zu einer Milliarde Euro pro Jahr zu tilgen. Bis heute ist hier nichts passiert.

Meine verehrten Zuhörer, verzeihen Sie mir die Skepsis: Selbst wenn dieser Passus nun im Haushaltsgesetz festgeschrieben wird, könnte er bereits im nächsten Jahr wieder umgeschrieben werden. Ich fürchte, die Staatsregierung wird sich auch hier nicht an ihre eigenen Beschlüsse halten. So bleibt nur festzustellen, dass wir im kommenden Jahr sowohl im Land als auch im Haushaltsausschuss schwierige Zeiten erleben werden; denn ein solcher Nachtrag – finanzpolitisch desaströs und mit Verachtung gegenüber den arbeitenden Familien und Bürgern in Bayern – muss an vielen Stellen grundlegend abgeändert werden. Auf eines können Sie sich aber verlassen: Die AfD-Fraktion wird, wie gewohnt, um positive Änderungen für die bayerischen Bürger und Familien streiten.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Mir liegt die Meldung zu einer Intervention vor. Dazu erteile ich Frau Kollegin Marina Jakob von der Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, ich habe eine Frage: Was sagen Sie dazu, dass der Chef der Deutschen Krankenhausgesellschaft schon jetzt die Sorge geäußert hat, dass die deutsche Krankenhausversorgung mit Ärzten nicht mehr gewährleistet werden könnte, wenn wir alle Syrer in ihr Herkunftsland zurückschicken würden? Die Gesundheitsversorgung würde massiv einbrechen, weil viele Syrer, die

zu uns gekommen sind, inzwischen als hochqualifizierte Ärzte in den Krankenhäusern des ländlichen Raums arbeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Abgeordneter Jurca.

Andreas Jurca (AfD): Es freut mich, dass Sie heute diese Frage stellen; denn ich habe mir gerade gestern diese Statistik angesehen. In dieser Statistik ist dargelegt, wie viele Ärzte wir in Bayern pro 100.000 Einwohner haben werden, wenn alle Syrer das Land verlassen würden. Es ist genau die gleiche Anzahl wie jetzt. Es ändert sich absolut gar nichts. Lesen Sie es nach: Es ändert sich absolut gar nichts. Das ist ein Mythos.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Patrick Grossmann von der CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Patrick Grossmann (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Kollegen von der AfD-Fraktion, ich würde mir von Ihnen schon ein bisschen mehr Differenzierung wünschen. Wir brauchen keine Schilder für die vielen Menschen aus Syrien, die bei uns ihren Lebensunterhalt verdienen und die sich gut integriert haben. Sie sind bei uns herzlich willkommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich würde mir auch beim Thema Schuldenabbau mehr Differenzierung wünschen. Im Doppelhaushalt werden 100 Millionen Euro Schulden abgebaut. Es ist also nicht so, dass hier nichts getan würde. Der Nachtragshaushalt zeigt uns aber sehr wohl, dass wir vor gewaltigen Herausforderungen stehen. Die aktuelle Steuerschätzung prognostiziert für Bayern Mindereinnahmen in Höhe von 1,3 Milliarden Euro. Dabei haben wir

in Deutschland kein Einnahmenproblem, zumindest noch nicht, sondern ein Ausgabenproblem. Hier liegt der große Dissens zwischen der scheidenden Bundesregierung auf der einen Seite und der CSU im Freistaat auf der anderen Seite. Während die Ampelkoalition mit ihrer Politik ständig höhere Standards setzt, neue Rechtsansprüche schafft und Leistungen ausweitet, ohne dafür die notwendigen Mittel bereitzustellen, muss der Freistaat Bayern dafür die Rechnung bezahlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die finanziellen Probleme der kommunalen Familie gehen zu über 90 % auf Bundesregelungen zurück. Dabei entstehen in den Kommunen hohe finanzielle Lücken. Allein im Jahr 2023 hatten die bayerischen Kommunen ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 2,3 Milliarden Euro. Im ersten Halbjahr 2024 hat sich dieser Negativtrend leider fortgesetzt.

Bayern sorgt dagegen für die finanzielle Ausstattung seiner Kommunen. Dabei werden vom Freistaat keine Aufgaben auf die kommunale Ebene übertragen, ohne dass gleichzeitig für einen finanziellen Ausgleich gesorgt wird. Im Gegenteil: Bayern steht seinen Kommunen trotz angespannter Haushaltslage zur Seite; auf die Staatsregierung ist auch in schwierigen Zeiten Verlass.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für den kommunalen Finanzausgleich 2025 sind insgesamt fast 12 Milliarden Euro vorgesehen. Die Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund steigt erstmals wieder nach 12 Jahren von 12,75 % auf 13 %. Dies bedeutet eine merkbare strukturelle Verbesserung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Der daraus resultierende Anstieg der Schlüsselzuweisungen und die flankierende Erhöhung der Zuweisungen an die Bezirke stärkt die Verwaltungshaushalte in unseren Kommunen. Damit wird der angespannten finanziellen Situation der bayerischen Kommunen Rechnung getragen. Wir wissen aber auch: Angesichts der eigenen fordernden Haushaltssituation kann der Freistaat Bayern nicht alle Belastungen der Kommunen vollständig ausgleichen.

Der Aufwuchs im allgemeinen Steuerverbund fließt zum Großteil in die Schlüsselzuweisungen. Wir haben es gehört: 9,2 % mehr, insgesamt 4,85 Milliarden Euro. Die Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden und Landkreise sind die größte Einzelleistung und das zentrale Ausgleichsinstrument im kommunalen Finanzausgleich. Hier zeigt die CSU, dass ihr der ländliche Raum wirklich wichtig ist; denn davon profitieren vor allem die Kommunen im ländlichen Bereich.

Zum anderen werden im Jahr 2025 aus dem Aufwuchs die Zuweisungen an die Bezirke erhöht. Zusammen mit weiteren Haushaltsmitteln steigen die Zuweisungen an die Bezirke um insgesamt 16,7 %. Durch die deutliche Erhöhung der Zuweisungen an die Bezirke wird der erwartete Anstieg der Bezirksumlagesätze abgemildert. Davon profitieren die kreisfreien Städte und die Landkreise als Bezirksumlagezahler und mittelbar auch die kreisangehörigen Gemeinden über die Dämpfung der Kreisumlagesätze.

In den nächsten Jahren wird es allerdings nicht reichen, die finanziellen Probleme der Bezirke mit immer mehr Geld auszugleichen. Nachdem die geforderte Dynamisierung der Kosten für die Eingliederungshilfe auf Bundesebene seit Jahren unterbleibt, müssen wir gewisse Standards senken. Das gilt auch für die Ausgestaltung der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe an den Landratsämtern und in den kreisfreien Städten.

Die von der scheidenden Bundesregierung geplanten Leistungsausweitungen lehnen wir angesichts der erheblichen Dynamik bei den Sozialausgaben strikt ab. Außerdem haben sich die Heimrichtlinien inklusive des Personalschlüssels verstärkt. Hier treten wir auf Landesebene für eine Vereinfachung der Mindestanforderungen zum dauerhaften Weiterbetrieb beispielsweise von Pflegewohnheimen ein.

Aus dem Ansatz für den kommunalen Hochbau im FAG werden insbesondere Baumaßnahmen an Schulen und Kindertagesstätten gefördert. Der Haushaltsansatz für das Jahr 2025 hierfür verbleibt auf dem hohen Niveau von 1,07 Milliarden Euro.

Freistaat und Kommunen stehen vor enormen Investitionen zur Schaffung von Ganztagesplätzen. Während der Bund den Rechtsanspruch auf die Ganztagesplätze an

Grundschulen einführt, müssen die Investitionen überwiegend auf Landesebene und kommunaler Ebene getragen werden. Ich bin der Meinung, dass der Bund, wenn er Rechtsansprüche bestellt, diese bitte auch vollständig bezahlen soll, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Der Haushaltsansatz für die Förderung von Krankenhausinvestitionen nach dem Bayerischen Krankenhausgesetz wurde im Jahr 2024 bereits um 24 % auf 800 Millionen Euro erhöht. Dieser Ansatz wird auch im Jahr 2025 bedarfsgerecht fortgeführt; denn aufgrund der Anmeldungen für das Investitionsprogramm wissen wir, dass diese Mittelbereitstellung auskömmlich ist.

Die schlechte Krankenhausreform ist im Übrigen ein Spiegelbild der scheidenden Bundesregierung. Der Brandenburger Ministerpräsident Woidke von der SPD musste seine Gesundheitsministerin Nonnemacher von den GRÜNEN rausschmeißen, um die Abstimmung darüber im Bundesrat nicht zu gefährden. Bayern setzt sich hingegen als einzige Landesregierung geschlossen für den Erhalt der Krankenhäuser im ländlichen Raum ein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Claudia Köhler (GRÜNE): Tut aber nichts dafür!)

Die im Jahr 2024 initiierten Verbesserungen zur Deckung der Kosten für übertragene und staatliche Aufgaben an Landkreise und kreisfreie Städte bleiben erhalten. Die allgemeinen Finanzaufweisungen steigen sogar auf 911 Millionen Euro an. Darüber hinaus stehen wir zu der Zusage, bis 2028 jedes Jahr 71 neue Stellen zur Erfüllung staatlicher Aufgaben an den Landratsämtern zu schaffen. Die kreisfreien Städte erhalten hierfür ergänzende Finanzaufweisungen in Höhe von 7,9 Millionen Euro. Gleichzeitig erlegt sich der Freistaat Bayern zur Konsolidierung des Nachtragshaushalts selbst auf,

keine zusätzlichen kostenwirksamen Stellen zu schaffen. Bis 2030 wird durch die Digitalisierung eine Reduzierung um 5.000 Stellen angestrebt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und wo?)

Bei allen begründeten Einzelfällen soll dies auch als Zeichen an die kommunale Familie verstanden werden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wo zum Beispiel wird gekürzt?)

Im Hinblick auf die Mittelausstattung für die Landkreise und kreisfreien Städte möchte ich darauf hinweisen, dass Bayern als einziges Bundesland die vollen Kosten der Unterkunft für die Unterbringung von Asylbewerbern übernimmt.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Die Kosten dafür steigen im Nachtragshaushalt um knapp 500 Millionen Euro auf 2,4 Milliarden Euro. Ja, das ist zu viel. Auch deshalb brauchen wir in der neuen Bundesregierung einen grundsätzlichen Wandel in der Migrationspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für die Bedarfszuweisungen und Stabihilfen stehen im Jahr 2025 100 Millionen Euro zur Verfügung. Damit hilft der Freistaat Bayern weiterhin konsolidierungswilligen Kommunen bei der Tilgung von Altschulden. Ich wünsche mir für unsere Kommunen keine Zustände wie in nördlichen Bundesländern, in denen die Nutzung von umfangreichen Kassenkrediten den Regelfall darstellt.

Kommen wir zum Schluss. Gerade Bayern leidet unter der schlechten Arbeit der Ampel-Regierung. Der öffentliche Streit der Ampel kostet die deutsche Wirtschaft laut einer Studie allein dieses Jahr 20 Milliarden Euro. Das Ampel-Chaos hat Deutschland in die Rezession gestürzt. Das wirkt sich gewaltig auf die Steuereinnahmen unserer Kommunen aus.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Einigkeit innerhalb der Ampel gab es lediglich bei links-grün-liberaler Gesellschaftspolitik, beim Selbstbestimmungsgesetz oder bei der Cannabislegalisierung. Ja, da wart ihr euch einig. Deshalb gilt es, zukünftig wieder die richtigen Prioritäten zu setzen und auf die Aufgaben und Ausgaben auch für unsere Kommunen zu achten. Dennoch gilt: Mit der Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund zeigt der Freistaat Bayern, dass auf uns Verlass ist, auch in schwierigen Zeiten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kollegin Claudia Köhler. Sie haben das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister! Um es gleich mal vorwegzunehmen: Gemessen an Ihrem Gejammer hier Woche für Woche schaut es in Bayern gar nicht so schlecht aus. Die Rücklage beträgt aufgrund guter Steuereinnahmen 4 Milliarden Euro mehr, als geplant war.

Dagegen sieht es bei unseren Kommunen wirklich schlecht aus. Die Defizite unserer Städte, Gemeinden und Landkreise waren im ersten Halbjahr 2024 mit 5 Milliarden Euro schon doppelt so hoch wie im gesamten Jahr 2023. Kreistage und Gemeinderatsgremien wissen nicht mehr, wie sie einen ausgeglichenen Haushalt hinbekommen sollen. Das muss für uns alle hier heißen: Dieser Nachtragshaushalt muss unseren Kommunen helfen, und zwar viel mehr als bisher.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Andere Bundesländer wie Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz machen das schon lange. Deshalb fordern wir GRÜNE aus diesem Haushalt, aus dieser an sich nicht erwarteten Rücklage – Mehreinnahmen von 4 Milliarden Euro – 1 Milliarde Euro

sofort für unsere Kommunen; denn ein Nachtrag ist dafür da, um auf aktuelle Herausforderungen schnell reagieren zu können.

Die Bayerische Staatsregierung hingegen schiebt in diesem Entwurf zum Nachtragshaushalt nur die Summen ein bisschen hin und her. Am Geld hat sich wenig geändert. Große Ideen, um die dringenden Aufgaben anzugehen, von denen wir hier jede Woche sprechen, gibt es offensichtlich gar nicht. Das ist ein kleinkariertes Buchhalterhaushalt, finde ich. Es fällt nämlich schon auf, dass die Staatsregierung nach Geld sucht; sie kratzt alles zusammen. Da tauchen dann im Entwurf plötzlich 100 Millionen Euro Mehreinnahmen durch höher angesetzte Strafen auf. Die Zeit der Wahlkampfgeschenke ist offensichtlich vorbei; sie hat Riesenlöcher in die Planungen der vergangenen Jahre geschlagen, ohne auf Dauer echte Verbesserungen zu schaffen. Jetzt, ausgerechnet in der Krise, nehmen Sie den Leuten diese Wahlkampfgeschenke wieder.

Dafür bleibt der Etat für Staatsstraßen mit einer halben Milliarde Euro gleich, und es werden sogar 72 Millionen Euro aus dem Grundstock dafür genommen. Aber dann ist wieder der Rasenmäher zugange, und es gibt eine Haushaltssperre von diesmal 15 % überall statt 10 %. Meine Damen und meine Herren, es ist nicht sachgerecht, einfach überall zu sparen und überhaupt keine Prioritäten zu setzen.

Dann noch diese absurde Ankündigung und die Passage im Entwurf: Für den Doppelhaushalt 2026/2027 werden keine kostenwirksamen neuen Stellen vorgesehen. – Erstens geht es gerade um das Jahr 2025. Zweitens wird ein genereller Abbau von 5.000 Stellen angestrebt? Sie schreiben allen Ernstes ins Haushaltsgesetz, Herr Minister, dass die Stellen voraussichtlich beginnend mit dem Doppelhaushalt 2026/2027 reduziert werden sollen. – Das ist doch kein Gesetzestext.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Warum?)

Das ist eine völlig unverbindliche Absichtserklärung. Vielleicht machen wir das 2026, vielleicht auch nicht. Das gehört da überhaupt nicht rein. Aber ich sage Ihnen etwas: Sie wissen das. –Kündigt der Ministerpräsident in der Pressekonferenz dies an,

schreiben Sie es in den Entwurf, pauschal 5.000 Stellen ohne Ziel und ohne zu sagen, wo. Wir haben bereits einen Antrag gestellt, dass bei den 5.000 Stellen, die einzusparen sind, auf keinen Fall bei den Lehrkräften gespart werden soll, und dabei werden wir bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei den aktuellen Herausforderungen ist dieser Nachtragshaushalt tatsächlich eine Fehlanzeige. Ganz im Gegenteil zeigt sich Geiz bei kleinsten Beträgen. Dies beginnt beim Programm K33 für den Humusaufbau in der Landwirtschaft, eine der wichtigsten Maßnahmen für Umwelt. Schluss, aus, beendet! So viele Landwirte haben mitgemacht. Das Programm ist gut angenommen worden, sie sind in Vorleistung gegangen. Der Boden ist im Herbst vorbereitet worden. Sogar ich weiß, dass man die Bauern damit im Stich gelassen hat. Hierzu wird es einen Antrag von uns geben. Das kann ich schon ankündigen.

Die Ambitionen des Ministerpräsidenten bei der E-Ladeinfrastruktur vor einer guten Woche beim Fahrzeuggipfel waren auch nur leere Sprüche. Er verkündet, aus 30.000 Ladestationen bis 2030 100.000 zu machen und halbiert dann im Nachtragshaushalt die Mittel von 10 Millionen Euro auf 5 Millionen Euro. Für die Qualität in der Kindertagesbetreuung gibt es jetzt mehr Bundesmittel. Aber statt den Bayernanteil auch zu erhöhen, damit wir noch mehr Qualität in die Kinderbetreuung bringen, kürzt Bayern diesen Anteil um 25 Millionen Euro. Hier kann man nur noch den Kopf schütteln, besonders, weil hier immer alle beteuern, dass Kinder unser höchstes Gut sind. Ich sage Ihnen etwas: Eine vernünftige, verlässliche Kinderbetreuung ist auch ein harter Wirtschaftsfaktor für den Standort Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit Jahren beantragen wir hier, mehr für Geothermie und Wärmenetze in Bayern zu tun. Inzwischen haben das sogar CSU-Abgeordnete beantragt, erst letzte oder vorletzte Woche wieder im Plenum. Und? – Nichts wurde für Geothermie und Wärmenetze

getan. Im Haushalt stehen weiter die gekürzten 5 Millionen Euro. Früher waren es 7,5 Millionen Euro. Auch hier kann ich schon jetzt ankündigen, dass wir wieder Bürgschaften für Geothermie und Wärmenetze beantragen werden, um den Kommunen zu helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Cannabis-Kontrollen sind Ihnen aber 1,6 Millionen Euro wert. Die Schikane der Vereine lassen Sie sich etwas kosten. Wer beim Digitalministerium angesichts der Diskussionen über Cyberattacken und Desinformationen auf den großen Wurf gewartet hat, wird wieder enttäuscht. Das Digitalministerium erhält keine Mittel. Es verwaltet nur sich selbst. Auch bei der Justiz kommt trotz des Folterskandals der letzten Wochen nichts.

(Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER): Falsch!)

Der Wirtschaftsminister, den es heute natürlich auch nicht interessiert, kürzt die Investitionen und Zuschüsse für Unternehmen zur Dekarbonisierung um 12,5 Millionen Euro. Wenn er bei diesem Programm tatsächlich Fördermittel übrighat, stimmt etwas nicht mit dem Förderprogramm.

Interessant beim Thema Wohnen finde ich, dass Sie uns seit dem Frühjahr monatelang erklärt haben, den Genossinnen und Genossen der Wohngenossenschaft MARO könnten Sie auf keinen Fall helfen; denn die Genossenschaft ist insolvent. Es tue Ihnen wahnsinnig leid. Für den insolventen Flugtaxihersteller Lilium haben Sie im Haushalt 54 Millionen Euro stehen gelassen. Hier geht es trotz Insolvenz. Ich habe nichts dagegen. Ich habe im Haushaltsausschuss auch zugestimmt. Der MARO, die nur 5 Millionen Euro gebraucht hätte, hätte man dann aber auch helfen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE sind erleichtert, dass es der Ministerpräsident nicht geschafft hat, das 49-Euro-Ticket zu beerdigen. Einsteigen, nicht aussteigen, muss die Devise heißen, und

im Bund hat die CSU ja auch zugestimmt. Erleichtert bin ich auch darüber, dass Sie unseren Antrag, den Festspielhäusern und Theatern zu helfen, weil gleichbleibende Fördermittel bei steigenden Kosten natürlich eine kalte Kürzung sind, erfüllt haben und bei dem Etat für Wissenschaft und Kunst wenigstens ein bisschen mehr in den Haushalt eingestellt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, wie lange wollen Sie sich hier noch auf der Kritik an der Ampel-Regierung, die es schon gar nicht mehr gibt, ausruhen? In den Kreistagen und Gemeinderäten – viele von uns kennen das als Gremienmitglieder selbst – finden gerade Haushaltsberatungen statt, und dort brennt die Hütte! Die Landkreise dünnen den Bustakt aus, der Denkmalschutz wird dezimiert. Freiwillige Aufgaben wie Kulturförderung sowie die Förderung der Vereine und der Ehrenamtlichen, Klimaschutz, Hochwasserschutz und Wärmenetze – all das fällt gerade hinten runter, weil die Bayerische Staatsregierung die Kommunen seit Jahren im Stich lässt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie werden jetzt sagen, die Landkreise müssen die Kreisumlage erhöhen, um all das zu finanzieren. Ja, stimmt, das tun sie auch, aber die Kreisumlage bezahlen müssen die Gemeinden, denen dann wieder das Geld fehlt. Deshalb fordern wir, aus diesem Haushalt, aus der Rücklage des Freistaats, die 4 Milliarden Euro mehr aufweist als geplant, sofort eine Kommunalmilliarde für Kommunen, die funktionieren und investieren, zur Verfügung zu stellen. In der Milliarde – das kann ich Ihnen vorrechnen – sollen 200 Millionen Euro mehr für den kommunalen Hochbau und 300 Millionen Euro mehr für die Schlüsselzuweisungen enthalten sein. Damit kann man Schulen sanieren, Schultoiletten benutzbar machen, Feuerwehrhäuser ertüchtigen und Wärmenetze bauen; denn wenn es schon in den Schulgebäuden in Bayern bröckelt, bröckelt auch bald der gesellschaftliche Kitt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

50 Millionen Euro sollte es für die Sanierung kommunaler Schwimmbäder geben. Wissen Sie eigentlich, wie viele Schwimmbäder in Bayern saniert werden müssen und wie viele schon geschlossen haben bzw. von der Schließung bedroht sind, sodass die Kinder nicht mehr schwimmen lernen können?

Wir GRÜNE wollen die Kita-Finanzierung wieder auf verlässliche Beine stellen; denn die staatliche Grundfinanzierung der bayerischen Kindergärten ist im Laufe der Jahre viel zu niedrig geworden. Die öffentliche Hand hat ja einmal 40 plus 40, also 80 % finanziert, 20 % waren Elternbeiträge. Der Anteil von ursprünglich 80 % liegt inzwischen bei 56 %. Der Rest bleibt bei den Kommunen und den Eltern hängen.

Dann haben wir in unserer Milliarde noch 100 Millionen Euro für Stabilisierungshilfen und Bedarfszuweisungen vorgesehen. Zudem gibt es die Landkreise, die gar nicht von den Schlüsselzuweisungen profitieren, für die Erfüllung staatlicher Aufgaben in den Naturschutzbehörden und bei den Bauämtern aber trotzdem ordentlich draufzahlen. Im Schnitt sind es in Bayern 5 Millionen Euro, die jeder Landkreis jedes Jahr drauflegt.

(Zuruf des Staatsministers Albert Füracker)

In meinem Landkreis sind es sogar 18 Millionen Euro. Deshalb ist dort auch sofort ein Ausgleich von 100 Millionen Euro und perspektivisch von 350 Millionen Euro nötig.

Dann haben Sie noch die sieben bayerischen Bezirke erwähnt, die dritte kommunale Ebene. Diese brauchen für ihre immensen Aufgaben in der Jugendarbeit und Gesundheit, bei Kultur und der Unterstützung von Menschen mit Behinderungen sowie besonderen Wohnformen endlich die Bezirksmilliarde, die seit Jahren zugesagt und immer noch nicht erreicht ist. In diesem Jahr brauchen sie 100 Millionen Euro und perspektivisch 300 Millionen Euro, um auf diese Milliarde zu kommen.

Lieber Herr Kollege Großmann, erlauben Sie mir zu sagen, dass ich Ihren Ansatz, den Sie hier erwähnt haben, gleich einmal ein bisschen bei den Menschen mit Behinderung zu sparen, "unterste Schublade" finde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei den RZWas – das klingt nicht spannend, ist aber sehr wichtig, das sind die kommunalen Wasser- und Abwassernetze – ist jedes Jahr das Geld im Topf zu Ende. Viele Kommunen wären antragsberechtigt, aber es ist kein Geld mehr vorhanden, und sie schauen sprichwörtlich in die Röhre. Dieser Topf für die RZWas muss um mindestens 100 Millionen Euro erhöht werden. Wenn Sie den Kommunen immer ausdrücklich verbieten, zusätzlich eigene Einnahmen zu generieren, wie bei der Bettensteuer für die, die es wollten, oder bei der Grundsteuer C, die Ihnen so wichtig war, muss der Kommunalanteil am Steuerverbund, der frei verfügbar ist, grundsätzlich erhöht werden. Sie haben sich heuer auf 13 % geeinigt. Das sehen die Verbände nicht alle so,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wer sieht es nicht so?)

aber hier sind, wie wir alle wissen, 14 % und mindestens 15 % langfristig notwendig.

Eines noch, das wir Ihnen jedes Jahr in Ihr Stammbuch schreiben: Die kommunalen Förderprogramme, die von kleinen Kommunen zum Teil gar nicht mehr abgerufen werden können, weil sie so kompliziert sind, müssen entstaubt und entbürokratisiert werden. Ansonsten kommen die kleinen Kommunen gar nicht an diese Fördermittel heran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können uns jetzt noch ein paar Monate darüber unterhalten, wer schuld ist: die Ampel, die vor lauter Gestreite ihre eigenen Erfolge verdeckt hat,

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das ist unstreitig!)

oder vielleicht doch die Union, die Jahrzehnte in Deutschland regiert hat und eine völlig marode Infrastruktur hinterlassen hat, eine Bahn, die nicht fährt, ein digitales Netz, das es nicht gibt, oder eine altmodische Energieversorgung, die uns in Abhängigkeiten

gebracht hat. Darüber können wir jetzt noch lange streiten. Aber wenn wir noch lange darüber streiten würden, hätten wir alle miteinander den Gong nicht gehört; denn die Leute erwarten jetzt von uns, dass wir die Dinge lösen, und zwar wir alle miteinander, gemeinsam. Sie erwarten, dass wir zusammenarbeiten und dann endlich etwas vorwärtsgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In eine konjunkturelle Delle hineinzusparen,

(Zuruf von der CSU: Delle?)

ist völlig daneben. Einsparungen bei den Familien anzukündigen, schafft große Verunsicherung. Es ist auch völlig daneben, dass Sie die Lage noch schlechterreden, als sie ist;

(Zuruf von der CSU)

denn auch damit schaffen Sie Verunsicherung. Das kann doch nicht Ihr Ziel sein. Die öffentliche Hand, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss antizyklisch arbeiten. Sie muss jetzt mehr investieren und die Konjunktur vor Ort ankurbeln. Die Kommunen stehen so stark unter Druck. Jede neue Herausforderung schlägt doch bei den Kommunen als Allererstes auf. Den Kommunen müssen wir alle gemeinsam den Rücken freihalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen brauchen wir jetzt endlich schnellstens mehr Anpacken statt Posen und mehr Machen statt Schwätzen. Machen Sie sich bitte an die Arbeit! Bei konstruktiven Haushaltsberatungen sind wir GRÜNE gern dabei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Für die erste erteile ich dem Abgeordneten Martin Huber, AfD-Fraktion, das Wort.

Martin Huber (AfD): Liebe Kollegin, ich bin schon ein bisschen verwirrt über Ihre Ausführungen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das glaube ich! – Cemal Bozoğlu (GRÜNE): Das sind Sie immer! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Sie wollen die Kommunen unterstützen. Ich bin selber Gemeinderat und Kreisrat. Wer ist denn da schuld, wenn Gesetze in Berlin gemacht werden, Thema Kindergärten und Ganztagesbetreuung, und die Kommunen auf den Kosten sitzen bleiben?

Den Hauptgrund, warum die Kommunen und die Kreise so verschuldet sind, sehe ich in meinem Landkreis. Wir müssen Millionenkredite aufnehmen, um die Krankenhäuser erhalten zu können. Warum machen Sie dann nichts? Sie sind doch zuständig. Ausgerechnet eine GRÜNE sagt so etwas. Daran, dass die Kommunen finanziell an der Wand stehen, sind einzig und allein die Regierung und Sie von den GRÜNEN schuld. Das muss man hier drinnen mal ganz ehrlich sagen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja, ja!)

Genau so ist es. Keiner weiß, wie wir die Krankenhäuser erhalten können. Ich habe es hier schon einmal gesagt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die Kommunen wissen überhaupt nicht mehr, wie sie das finanziell stemmen können, wenn Sie Gesetze machen, Thema Ganztagesbetreuung. Wenn Sie schon solche Gesetze machen – hat ein Kollege gesagt –, dann übernehmen Sie auch die Vergütung zu hundert Prozent! – Aber das machen Sie nicht. Ich bin der Meinung, dass Sie hier irgendwie reden, aber selbst die Schuldigen sind.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Sie haben eine Minute für Ihre Zwischenbemerkung. – Bitte, Frau Kollegin Köhler.

(Beifall bei der AfD)

Claudia Köhler (GRÜNE): Sie erzählen uns jede Woche, dass Sie Gemeinderat sind. Ich glaube, jeder hier hat es inzwischen verstanden.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das haben Sie aber auch erzählt!)

Ich verstehe den Neuigkeitswert nicht. – Dann haben Sie gefragt, warum ich nichts gegen die Krankenhausreform mache.

(Zuruf von der AfD)

Ich bin hier in Bayern Landtagsabgeordnete. Ich mache meine Arbeit. Ich habe den Haushalt ordentlich gelesen und versuche, konstruktive Vorschläge zu machen. Dass sie nicht immer gleich beim ersten Mal angenommen werden, habe ich zu akzeptieren. Dass eine Krankenhausreform jetzt endlich mal angegangen wurde, nachdem man zwanzig Jahre lang zugeschaut hat, wie die Krankenhäuser vor Ort eines nach dem anderen gefährdet und geschlossen werden, ist doch zu honorieren, weil man wenigstens mal anfängt. Dass man für die ersten Ideen nicht immer Lob und einen Lorbeerkrantz bekommt, ist zu verstehen. Aber umso mutiger ist es, dass es jemand anpackt. Von blöd Daherreden ist noch nichts besser geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Björn Jungbauer, CSU-Fraktion, das Wort. Bitte.

Björn Jungbauer (CSU): Frau Kollegin Köhler, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Jetzt stehen wir kurz vor Weihnachten. Ich bin es zu Hause gewohnt, von meinen Kindern einen Wunschzettel geschrieben zu bekommen. Wenn ich Ihnen richtig gefolgt bin, haben Sie ganz viele Wünsche geäußert mit allem Drum und Dran. Von da-

heim kenne ich es aber als Papa, dass ich das notwendige Geld nach Hause bringen muss, um Wünsche erfüllen zu können.

Jetzt die konkrete Frage an Sie: Viele Wünsche waren da. Aber die Vorschläge, wo wir das Geld generieren können, um diese Wünsche auch zu erfüllen, haben mir ehrlicherweise ein bisschen gefehlt. Vielleicht könnten Sie da auch mit Blick auf unseren Wirtschaftsminister im Bund ein bisschen für Aufklärung sorgen. Es ist wichtig, dass wir beides zusammenbringen, nicht nur die Wünsche, sondern auch die Einnahmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Claudia Köhler (GRÜNE): Lieber Herr Kollege, meine Kinder sind schon etwas größer. Die haben gelernt, von Beginn einer Debatte an zuzuhören.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich habe mit dem Finanzierungsvorschlag begonnen, dass nämlich 4 Milliarden Euro mehr in der Rücklage sind, als geplant waren, und dass von diesen 4 Milliarden Euro 1 Milliarde Euro sofort an die Kommunen weitergegeben werden soll.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sparbuchauflösung, oder was? Unglaublich!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der designierte amerikanische Präsident Donald Trump kündigt einen harten Wettbewerb mit Europa an, und Sie von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zählen Windräder und beschäftigen sich mit Kinderbetreuung als hartem Wirtschaftsfaktor.

(Volkmar Halbleib (SPD): Jetzt kommt der Weltpolitiker!)

Frau Kollegin Köhler, was hilft die Kita de Luxe, wenn die Eltern arbeitslos zu Hause sitzen?

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Und das verkaufen Sie dann als antizyklische Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(Tim Pargent (GRÜNE): Das ist ja familienfeindlich! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Ich denke, das ist selbsterklärend. Da sieht man die Unterschiede.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist der ganz große weltpolitische Hammer vom Weltpolitiker Pohl! – Zurufe von den GRÜNEN)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, hören Sie zu. Da können Sie etwas lernen. – Die Situation ist ernst. Der Finanzminister hat es ausgeführt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nichts Gescheites!)

Wir haben einen verbrecherischen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sowie weitere Krisenherde im Nahen Osten und anderswo. Wir haben die Kampfansage von Donald Trump an die europäische Wirtschaft, und wir haben ein Totalversagen der Ampel in Berlin, die jetzt Gott sei Dank Geschichte ist. Aber bis 23. Februar plus X haben wir ein Land, das faktisch ohne funktionierende Regierung ist, zumindest ohne eine Regierung, die im Parlament über eine Gestaltungsmehrheit verfügt.

Ja, es gab in den letzten 16 Jahren, seit ich diesem Hohen Haus angehören darf, schon heftigere Krisen. Ich erinnere daran, dass wir 2008, als ich hier eingezogen bin, eine massive Krise der BayernLB gehabt haben. Es stand Spitz auf Knopf, dass die Bank abgewickelt werden muss mit einem Risiko von 100 Milliarden Euro für den Freistaat und die Kommunen als die Gewährsträger dieses Kreditinstituts.

Und ich kann mich gut daran erinnern, als wir in der Corona-Krise binnen Wochenfrist, Herr Staatsminister, zwei Nachtragshaushalte über jeweils 10 Milliarden Euro schnüren mussten. Lieber Kollege Zellmeier, ich kann mich an die Videokonferenz erinnern, als wir diskutiert haben: Reichen die 10 Milliarden? Wie lange reichen die 10 Milliarden? Müssen wir nachsteuern? – Wir wussten es zu diesem Zeitpunkt nicht.

Ja, das waren härtere Krisen als jetzt. Dennoch behaupte ich, dass die jetzige Krise die gefährlichere ist. Sie ist nämlich langfristig angelegt. In dieser Dynamik habe ich das in den letzten 16 Jahren jedenfalls nicht erlebt. Es ist schon bezeichnend, dass die Ampel-Regierung es in weniger als vier Jahren geschafft hat, ein Land, das sich wirtschaftlich in der Spitzengruppe befunden hat, total herunterzuwirtschaften.

Vorhin wurde Franz Josef Strauß zitiert. Ich kann auch selber etwas beitragen. Ich weiß noch gut, wie Franz Josef Strauß von dem "Narrenschiff Utopia" erzählt hat, das von einem grünen und zwei roten Faschingskommandanten geführt wurde. Daran erinnere ich mich tatsächlich, wenn ich daran denke, was in den letzten Jahren passiert ist. "Utopia" beschreibt es nämlich sehr gut: Sie haben, anstatt sich den Herausforderungen zu stellen, drei Jahre Zeit gebraucht und verbraucht

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das ist der Nachtragshaushalt!)

für ideologischen Irrsinn wie Cannabislegalisierung, Selbstbestimmungsgesetz oder Gendern rauf und runter. Das war Ihr Regierungsprogramm.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das war doch euer Thema! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Das ist es, was von dieser Ampel übrig bleiben wird. Ansonsten haben Sie sich in der Ampel-Regierung in wichtigen und wesentlichen Fragen dieses Landes so zerstritten, dass Sie sich vor Ablauf der Legislaturperiode und ausgerechnet an dem Tag haben scheiden lassen, an dem Donald Trump die Wahl gewonnen hat. An einem solchen

Tag hätte ich mir von einem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland ein klares Signal erwartet,

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

wie es in Deutschland weitergehen soll und wie man mit dieser Herausforderung umgeht.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Jetzt stellen Sie die Frage, was das bitte mit dem Haushalt zu tun hat. Ich sage es Ihnen.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Ein Haushalt wird durch leichtsinnige Ausgabenpolitik verloren; er kann nur durch stabile und steigende Einnahmen gewonnen werden. Wer aber sorgt für steigende Einnahmen? – Die Wirtschaft. Wenn man die Wirtschaft stranguliert, wenn man einer Marktwirtschaft sozialistische Fesseln anlegt, dann kann sie sich nicht entwickeln und fällt international zurück. Das genau ist das Kernthema in Deutschland, das massiv auch auf Bayern durchschlägt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich prophezeie Ihnen: In wenigen Monaten wird man nur noch historisch auf die Ampel-Regierung zurückblicken; in wenigen Monaten werden wir die Scherben dieser Ampel-Politik sowohl im Bund als auch im Land aufkehren und aufarbeiten müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Das wird eine harte Arbeit werden. Ich versichere Ihnen: Es sind Lösungen gefragt. Ihre Lösung heißt: Weiter so, und Schuldenbremse streichen!

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Das ist genauso sinnvoll, wie wenn man für kriselnde Unternehmen die Insolvenzant-ragspflicht streichen würde. Dadurch wird es nicht besser.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Sie wollen in Wahrheit die Zukunft unseres Landes verfrühstücken und setzen darauf, dass man irgendwann einmal, wenn die Zeche zu zahlen ist, an das Vermögen der Menschen herangeht, die Steuern erhöht, Menschen aus diesem Land hinaustreibt und dieses Land noch weiter in den Abgrund senkt. Nein, die Abschaffung der Schuldenbremse löst keine Probleme.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ein Privathaushalt muss mit seinem Geld auskommen, und auch ein Unternehmen muss mit seinem Geld auskommen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Jetzt kommt aber der Clou. Sie sagen: Wir können die Schuldenbremse für Investitionen aufweichen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Ich sage: Diese Debatte kann man führen, wenn es um Investitionen geht, die nicht vorhersehbar waren. Russland befindet sich in einer Kriegswirtschaft. Wenn wir jetzt mehrere 100 Milliarden Euro benötigen würden, um uns verteidigungsfähig zu machen – der Bundesverteidigungsminister nennt das "kriegstauglich" –, dann ist das etwas, was unvorhersehbar war. Frau Kollegin Köhler, Sie sind doch das lebende Beispiel dafür, wie die Ampel den Begriff "Investition" versteht, nämlich im Sinne des Schuldenmachens.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Für Sie sind doch alles "Investitionen", Investitionen in Kinder, in Bildung – also in mehr Lehrer und mehr Erzieher – und natürlich Investitionen in den sozialen Frieden.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Ganz genau! – Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Das heißt, damit wird wieder der Sozialetat erhöht. Verstehen Sie mich nicht falsch. Es ist ja nicht verkehrt, in Kinder und Bildung Geld zu stecken.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Aha! – Benjamin Adjei (GRÜNE): Aha!)

Wir machen das. Mehr als ein Drittel des Haushalts fließt in die Bildung. Ja, aber das hat nichts mit Ihrem Begriff der "Investitionen" im Sinne der Lockerung der Schuldenbremse zu tun.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das habe ich auch nicht gesagt! Das haben wir überhaupt nicht vor!)

Deswegen werden wir auf diesem Wege nicht weiterkommen, weil Sie damit die hemmungslose Schuldenmacherei nur verfassungsrechtlich legalisieren wollen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Ich weiß, dass Sie den Tag verfluchen, als Sie der Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung zugestimmt haben. Gott sei Dank haben Sie es damals getan. Damals war noch eine gewisse Restvernunft vorhanden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wie sieht jetzt eine Lösung aus? – Der Nachtragshaushalt ist ein erster wesentlicher Schritt dazu. Man muss ganz zu Anfang nennen: Wir brauchen eine gute Kommunikation in die Gesellschaft hinein; denn unser Handeln ist davon abhängig, dass es von der Bevölkerung getragen wird. Das heißt, wir müssen den Menschen die Wahrheit sagen, müssen ihnen sagen, wir sind an einem Punkt angekommen, wo es ohne Ein-

schnitte nicht mehr gehen wird. Ich erwarte auch von Ihnen, dass Sie Verantwortung übernehmen und sagen: Jawohl, wir sind jetzt in einer Situation, in der wir den Gürtel enger schnallen müssen. Das müssen wir den Menschen zunächst einmal ganz deutlich sagen. Die Krise ist beileibe noch nicht bei allen angekommen.

Das heißt natürlich, dass wir auf Bundesebene darauf drängen müssen, einen gerechten Länderfinanzausgleich zu bekommen. Es kann nicht sein, dass wir mit unserem Steuergeld Wohltaten in anderen Teilen der Republik finanzieren, wie das bis vor Kurzem beim 29-Euro-Ticket in Berlin der Fall war. Das ist unser Steuergeld. Das geht nicht. Ich sage Ihnen: Solidarität mit der Lausitz ist selbstverständlich. Aber dass wir Geld nach Berlin, in die Bundeshauptstadt, schicken, ist genauso pervers wie die Vorstellung, dass Oberfranken der Landeshauptstadt München ein Konzerthaus finanziert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Wir werden Bürokratie abbauen und Standards senken müssen. Bei der Senkung von Standards kommt es zur Nagelprobe.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Frau Kollegin Köhler, dabei wird es wahrscheinlich nicht darum gehen, Standards zu verbessern oder zu optimieren oder noch mehr Qualität hineinzubringen. Vielmehr werden wir uns am Machbaren orientieren müssen. Wir werden Diskussionen darüber führen. Das ist legitim. Das Grundverständnis, dass wir uns am Machbaren zu orientieren haben, um mittelfristig wieder aus der Krise herauszukommen, erwarte ich jedenfalls.

Wir werden im nächsten Doppelhaushalt Ausgaben reduzieren müssen. Der Finanzminister hat deutlich darauf hingewiesen. Ich danke unserem Finanzminister Albert Füracker. Er ist – und das zeichnet ihn aus – ein weitsichtiger Finanzminister. Er rea-

giert nicht kurzfristig auf irgendwelche Krisen, sondern sieht voraus, plant voraus und handelt vorausschauend. Das tut unserer Staatsregierung und den Regionsfraktionen gut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich richte an dieser Stelle auch einen herzlichen Dank an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Josef Zellmeier, an die Fraktionsvorsitzenden Florian Streibl und Klaus Holetschek. Wir sind mit dem Finanzminister und dem Kabinett viele Stunden beisammengesessen und haben um Problemlösungen gerungen, die in dieser Zeit wahrlich nicht einfach zu finden sind. Wir haben es aber letztlich in einer dreistündigen Kabinettsitzung hinbekommen, einen tragfähigen Nachtragshaushalt zu zimmern.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Eure Ampel-Regierung ist an einer solchen Aufgabe zerbrochen. Das ist der Unterschied. Wir machen Politik, die handelt; während eure Politik in Berlin versagt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Frau Kollegin Köhler, jetzt tue ich Ihnen einmal den Gefallen und zeige Ihnen anhand Ihres Investitionsbegriffs: Der Haushalt des Freistaats Bayern investiert in die drei großen Zukunftsthemen Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft. Das sind die Themen, die uns kurz-, mittel- und langfristig voranbringen; aber man muss diese Themen als Einheit sehen. Wenn wir nur in Bildung investieren, aber nicht in Wirtschaft und Wissenschaft, dann haben wir top ausgebildete junge Menschen,

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

die aber dieses Land verlassen müssen, um gute Jobs zu bekommen. Ich kann Ihnen das sagen: Ich habe über zehn Jahre lang die Freude gehabt, einen Profi-Eishockeyclub zu führen.

(Lachen der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Wir hatten die beste Nachwuchsarbeit in Deutschland, aber wir hatten nicht das Geld, die Topspieler zu halten. Die sind dann anderswo hingegangen, und wir mussten zweitklassig spielen, während andere von denen profitiert haben, die wir ausgebildet haben. Das wollen wir auch nicht in Bayern. Deswegen brauchen wir neben einer guten Bildung auch eine starke Wirtschaft und eine starke Wissenschaft.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Aber Sie haben das Programm gekürzt!)

Wir tun etwas, was in anderen Bundesländern und auch im Bund nicht getan wird: Wir investieren in die Zukunft. Ich nenne nur die Hightech Agenda als Glanzstück bayerischer Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik. Ich danke Hubert Aiwanger und Markus Söder für diese herausragende Idee.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Seit 2019 arbeiten wir daran und schaffen es, dass Bayern technologisch an der Spitze bleibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

In der Krise kommt es vor allen Dingen auf zwei Minister an. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir die Besten für diese beiden Jobs haben: Das sind der Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und der Finanzminister Albert Füracker. Auf die beiden kommt es ganz maßgeblich an. Ich bin sehr froh, dass beide den richtigen Kurs fahren. Deswegen werden wir uns in Bayern auch wieder positiv von anderen Teilen der Republik abheben. Momentan trifft es uns natürlich härter.

Gerade in Richtung der GRÜNEN sage ich Ihnen auch: Wir haben ein Problem in der Automobilindustrie. Aber wer hat denn die Automobilindustrie jahrelang schlechtgeredet? Wer hat jahrelang nur eine ideologische Feldschlacht gegen den Verbrennermotor geführt? – Der Verbrennermotor wird auch in 20, 30, 40 Jahren noch gebaut werden. Da können Sie mit Ihren ideologischen Sonnenblumen machen, was Sie wollen. Da haben Sie keine Chance;

(Benjamin Adjei (GRÜNE): So ein Quatsch!)

aber mit Ihrem Schlechtreden der Automobilwirtschaft sowie der Investition in Straße und mit Ihren Konzepten sind Sie maßgeblich daran schuld,

(Widerspruch des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

dass die Automobilindustrie, ein Eckpfeiler bayerischer Wirtschaft, am Boden liegt und sich erst wieder von dem erholen muss, was Sie angerichtet haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das gute Wirtschaftsklima habe ich angesprochen; aber wir müssen natürlich auch im Bund die Belastung der Unternehmen und der arbeitenden Bevölkerung senken.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Das heißt: Wir müssen die hohen Steuern senken. Wir müssen stabile Sozialabgaben gewährleisten. Das muss ich Ihnen schon ins Stammbuch schreiben: In der Steuerpolitik haben Sie einerseits versagt, und andererseits haben Sie das völlig unsoziale Bürgergeld aufgesetzt. Ja, es ist unsozial, und ich sage Ihnen auch, warum es unsozial ist: Hartz IV, Sozialhilfe, wie es früher hieß, diente dazu, denjenigen zu helfen, die sich selber nicht helfen können; aber Sie haben unter dem Deckmantel des Bürgergeldes ein bedingungsloses Grundeinkommen installiert,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Absolut! Absolut! So ist es!)

das jeden Leistungsanreiz nimmt. Ich bewundere diejenigen, die im unteren Lohnsektor arbeiten, weil man es durch geschicktes Taktieren hinbekommen kann, dass man ohne Arbeit für das gleiche Geld leben kann.

(Zurufe der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD), Toni Schuberl (GRÜNE) und Claudia Köhler (GRÜNE))

Das ist ein sozialer Skandal. Das ist ein sozialer Missstand. Diese Regierung in Berlin ist unsozial und versündigt sich an der arbeitenden Bevölkerung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Frau Kollegin Köhler, da passt das Wort Wahlkampfgeschenk wie die Faust aufs Auge. Das sind Wahlkampfgeschenke. Die sind in dieser Form, in dieser Höhe und in dieser Art unnötig und gefährden den sozialen Frieden.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Kommt noch irgendetwas zum Nachtragshaushalt in Bayern?)

– Sie hören gerne zu. Jetzt komme ich zu dem, was Sie hier in epischer Breite vorgebracht haben, Frau Kreisrätin und Gemeinderätin. Jetzt komme ich zu den Kommunen.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Ja, super!)

– Sie sind Kreisrätin und Gemeinderätin, Kreisrätin seit 2020 und Gemeinderätin seit 2014. Ich bin seit 1996 Stadtrat. Einen Kreistag haben wir im Wahlkreis Schwaben nicht. Ich kann Ihnen sehr wohl sagen, dass wir tagtäglich zusammensitzen, um den Herausforderungen, die es in den Kommunen genauso gibt wie im Land, gerecht zu werden. Die Kommunen sind der Eckpfeiler unserer Demokratie. Sie setzen die Gesetze um und tragen dazu bei – das ist das Wichtigste, was wir FREIEN WÄHLER in unserer Programmatik haben –, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern zu realisieren. Wir haben, obwohl wir in einer existenziell schwierigen Situation sind, den Kommunen zusätzlich 608 Millionen Euro gegeben. Sie reden von der kommunalen Milliarde, Frau Kollegin Köhler. Wir haben 608 Millionen Euro zusätzlich für die Kommunen freigeschaufelt.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Freigeschaufelt? – Lachen des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Wir haben in der Zeit der Krise den Maßstab zugunsten der Kommunen verändert, indem wir die Anteilmasse im Rahmen des allgemeinen Steuerverbunds von 12,75 % auf 13 % erhöht haben. Das wird aber nicht reichen. Wir werden auch auf kommunaler Ebene einen massiven Bürokratieabbau betreiben müssen.

Ich sage zum Thema Kommunen: Wir werden auch im Land und in den Kommunen deutlich günstiger bauen müssen; denn auch die Baukosten, sowohl im kommunalen als auch im staatlichen Bereich, sind massiv gestiegen. Auch hier haben wir Standards, die in dieser Form nicht zu halten sein werden. Da werden wir anpacken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich hätte mir auch gewünscht, dass wir in einem Nachtragshaushalt nicht 1,3 Milliarden Euro Steuermindereinnahmen aufgrund geringerer Steuerschätzungen verarbeiten müssen; aber ich habe zur Genüge begründet, warum das so ist. Diejenigen, die hier im Bayerischen Landtag sitzen, müssen das, was in Berlin schiefgelaufen ist, rechtfertigen. Das weiß ich schon: Sie haben keine unmittelbare Schuld daran, aber wir haben mit den Konsequenzen zu leben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Kollege Pohl, bitte kommen Sie zum Ende.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): – der Nachtragshaushalt ist ausgewogen. Wir werden ihn intensiv beraten. Er wird unsere Zustimmung finden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das waren jetzt 23 Minuten vom Kollegen Bernhard Pohl. Mit einer Haushaltsdebatte hatte dieser Beitrag absolut null und nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Länge und der Inhalt der Rede waren umgekehrt proportional zur haushaltspolitischen Substanz, lieber Kollege Pohl.

(Beifall bei der SPD)

Sie hätten sich hier einmal mit dem Haushalt des Freistaats Bayern befassen sollen. Es war eine Bierzeltrede vom Weltpolitiker und Chefökonomern Bernhard Pohl in Trump'scher Qualität.

(Allgemeine Heiterkeit)

Deswegen bitte ich um Erlaubnis, dass wir zum Haushalt des Freistaats Bayern zurückkehren dürfen.

Aber vielleicht tatsächlich ein paar Takte zum rhetorisch-wirtschaftspolitischen Höhenflug hier am Rednerpult gerade eben: Natürlich finden die Beratungen zum Nachtragshaushalt in einer schwierigen wirtschaftlichen Zeit, in wirtschaftlicher Rezession statt. Sehr geehrter Herr Kollege Pohl, wir müssen uns im Klaren sein, dass die Ursachen dafür sehr vielfältig sind und sehr viel mit der weltwirtschaftlichen Nachfragekrise, aber auch mit den vielfältigen internationalen Konfliktlagen zu tun haben. Das sollten Sie bei Ihrem Höhenflug vielleicht auch einmal berücksichtigen.

Wir stellen fest, dass der Rückgang der Wirtschaftsleistung in Bayern größer als im bundesweiten Durchschnitt ist. Wie die Zahlen für das erste Halbjahr 2024 aufzeigen, sind die bayerischen Zahlen mit 0,6 % Rückgang nicht besser, sondern schlechter als der Bundesdurchschnitt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Hört, hört!)

Dann kann man auch einmal nachfragen, was diese bayerische Landespolitik und was beispielsweise die CSU mit diesen wirtschaftlichen Fragen zu tun haben. Es geht um Infrastrukturfragen. Da frage ich doch, wer in den letzten Jahren bei Bahn und bei

Bundesfernstraßen bezüglich Unterfinanzierung und fehlender Umsetzung die Verantwortung hatte. Hier lag die Verantwortung doch fast ausschließlich bei CDU/CSU, die den Verkehrsminister gestellt haben. Andi Scheuer hat haushaltspolitisch noch

(Michael Hofmann (CSU): Das ist doch Quatsch! Finanzminister war der Bundeskanzler! Und die GRÜNEN haben uns kritisiert, dass wir zu viel Geld nach Bayern holen! Das ist doch ein Witz!)

– bitte hinhören! – 350 Millionen Euro Steuergeld in der Maut versenkt. Das sind doch die Realitäten, denen sich die CSU einmal stellen sollte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und es geht um kostengünstige Energie. Der Schlingerkurs von Union und Söder persönlich, aber auch von den FREIEN WÄHLERN, bei der Frage der Energieversorgung, die jetzt solche Probleme bereitet, ist doch mit Händen zu greifen. Es ist ein Schlingerkurs. Sie als Regierungskoalition – insbesondere die CSU – haben den Windkraftausbau in Bayern und vor allem den zentralen Netzausbau für Deutschland blockiert.

(Holger Dremel (CSU): Habeck! – Michael Hofmann (CSU): Ihr habt 600 Millionen versenkt! Das ist unglaublich!)

Das haben Sie blockiert, und Sie sind mitverantwortlich für die Folgen dieser Energiepolitik.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich stelle fest: Bürokratie, Bürokratie. Das Bürokratieproblem auf Bundesebene hat nicht am 06.12.2021 begonnen, sondern das ist sehr breit angelegt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das stimmt!)

Dafür sind auch Vorgängerregierungen verantwortlich, im Übrigen auch in Bayern.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Dremel (CSU))

Statt jetzt einmal auf Bundesebene einen konkreten Vorschlag aufzugreifen, nämlich im Deutschen Bundestag die Senkung der Netzentgelte zu beschließen, was der deutschen und der bayerischen Industrie sofort helfen würde, verweigern Sie sich. Das ist in Ihrer Wirtschaftspolitik ein absoluter Widerspruch.

Sie müssen endlich auch dafür sorgen – Herr Kollege Pohl, da muss ich auch Sie ansprechen –, dass die Schizophrenie bei der E-Mobilität aufhört, die die Automobilindustrie auch in Bayern massiv schwächt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Die E-Mobilität schwächt die Automobilindustrie – richtig!)

– Zuhören, dann können Sie auch noch etwas lernen!

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich zitiere!)

Einerseits stellen Sie die Entscheidung der Unternehmen in Richtung E-Mobilität permanent in Frage, andererseits kritisieren Sie die fehlende Förderung des Bundes. Aber hier in Bayern kürzen Sie in diesem Nachtragshaushalt die Förderung der Ladeinfrastruktur. Das passt doch alles nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Paul Knoblach (GRÜNE): Hört, hört!)

Ich frage in dieser wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung einmal, wo bei diesem Nachtragshaushalt der Transformationsfonds bleibt. Vor einem halben Jahr gab es eine Ankündigung des Bayerischen Ministerpräsidenten, die Umsetzung bleibt bis heute unklar und intransparent. Eigentlich haben wir erwartet, dass die Staatsregierung mit der Vorlage des Entwurfs des Nachtragshaushalts endlich Klarheit schafft. Nichts ist es mit der Klarheit.

Wann kommt die Entnahme des Stiftungskapitals aus der Forschungsstiftung? Wie sieht die Förderrichtlinie konkret aus? Zu welchen Fördersätzen kann wer welche Mit-

tel bekommen? Wird der Fonds mit entsprechender Kontrolle durch das Parlament Teil des Staatshaushaltes? Wie sieht die Perspektive für die Bayerische Forschungstiftung nach der Entnahme aus dem Kapitalstock aus? – Viele Fragen, aber heute nach wie vor keine Antworten seitens der Staatsregierung.

Diese Antworten wären Ihre Aufgabe gewesen, statt über die Weltpolitik und alle möglichen Dinge zu schwadronieren. Machen Sie hier in Bayern die Hausaufgaben! Darum geht es heute.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Holger Gießhammer (SPD): Bravo!)

Ein Redner der Regierungsfractionen hat von Aufbruchsstimmung gesprochen. Ich darf Sie auffordern: Tragen Sie einmal dazu bei! – Gemeinsam werden wir es schaffen. 50 % der Wirtschaft ist bekanntermaßen Psychologie.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Genau! Davon habe ich gesprochen!)

Nutzen Sie Ihre Möglichkeiten, gemeinsam anzupacken! Dazu gehört vor allem, auch einmal selbst zu sagen, wo hier in Bayern Fehler gemacht wurden, wo von CSU und FREIEN WÄHLERN Fehler gemacht wurden. Das hätte ich heute erwartet. Die Bekenntnismöglichkeiten wären da gewesen. Sie haben diese Möglichkeiten nicht genutzt. Lassen Sie uns deswegen doch gemeinsam anpacken, statt immer nur mit dem Finger auf andere zu zeigen, so wie Sie es, Herr Kollege Pohl, permanent machen! Das führt uns nicht weiter. Lassen Sie uns da gemeinsam gestalten.

Liebe CSU, die Möglichkeit auf Bundesebene, jetzt die Weichen zu stellen, besteht immer noch. Nutzen Sie diese Möglichkeit zum Beispiel bei der Senkung der Netzentgelte. Ich erwarte das von Ihnen. Ansonsten brauchen Sie dazu hier im Bayerischen Landtag kein Wort mehr zu verlieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vielleicht ein paar Worte zu der überraschenden Rede des Finanzministers und auch zu den überraschenden Reden der Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen: Ich habe da genau zugehört. Beim Finanzminister waren es 37 Minuten. Die Redezeit war lang genug.

Aber ein Wort ist hier nicht gefallen, und ein Sachverhalt ist hier nicht angesprochen worden: Dieser Entwurf des Nachtragshaushalts 2025 ist in einem ganz zentralen Bereich – nämlich bei den sozialpolitischen Leistungen – ein Kürzungshaushalt, und zwar ein Kürzungshaushalt auf dem Rücken von Familien und Pflegebedürftigen. Dazu war hier kein einziger Satz zu hören.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aus diesem Nachtragshaushalt werden beim Pflegegeld 330 Millionen Euro gestrichen. Dazu war bisher kein einziger Satz zu hören. Das spricht natürlich auch für Ihr schlechtes Gewissen. Ich kann das nachvollziehen. Aber Sie stellen sich hierhin und verlieren keinen einzigen Satz dazu, dass Sie in diesem Nachtragshaushalt beim Landespflegegeld 330 Millionen Euro auf Kosten der Pflegebedürftigen und der Angehörigen streichen wollen. Das ist die Wahrheit in diesem Haushalt.

(Barbara Becker (CSU): Das stimmt doch nicht!)

– Lesen Sie es nach, dann würden Sie solche Zwischenrufe nicht mehr machen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die angekündigte Streichung des Krippengelds ist bei der Staatsregierung bereits beschlossene Sache – und das, obwohl diese familienpolitische Leistung besonders den Familien mit mittleren und niedrigeren Einkommen zugutekam. Das angekündigte Kinderstartgeld als Ersatz für das ab 2026 abgeschaffte Familien- und Krippengeld führt im Ergebnis zu einer massiven Kürzung der einzelnen Leistungen für Familien mit Kindern in Bayern um 50 %.

Den Versuch, diese massiven Kürzungen auch noch schönzureden, indem man sie mit der Stärkung der Strukturen begründet – der Ministerpräsident spricht von einer neuen Balance –, können die Familien mit Kindern nur als zynisch empfinden.

Die Familien sollen jetzt selbst dafür bezahlen, dass die Staatsregierung – gegen die Kritik auch der Opposition – seit Jahr und Tag die Infrastruktur- und Betriebskostenfinanzierung im Bereich der Kitas grob vernachlässigt hat. Es kann nicht sein, dass die Staatsregierung diese Nachholaktion bei der Infrastruktur jetzt auf Kosten der Familien finanziert. Wir weisen das konsequent zurück.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Beim Landespflegegeld merken wir, dass die 330 Millionen Euro Kürzungen nicht durch eine Verbesserung der Pflegeinfrastruktur ergänzt, korrigiert, kompensiert werden. Das war doch immer das Versprechen. Aus unserer Sicht war es falsch, familienpolitische und pflegepolitische Leistungen zu kürzen. Aber das Versprechen war: Wir kürzen nicht, sondern wir stecken das jetzt in die Pflegeinfrastruktur.

Welche Verbesserung der Pflegeinfrastruktur steht in diesem Haushaltsentwurf 2025? – Kein Cent. Es ist eine schwarze Null oder eine rote Null, je nachdem. Ich würde sagen, es ist eine schwarze Null. Das ist doch das, was hier zu kritisieren ist: Sie senden selbst bei schwierigen Änderungen ein fatales Signal und legen fehlende Glaubwürdigkeit an den Tag. Die Pflegeinfrastruktur wird mit diesem Nachtragshaushalt um keinen Cent gestärkt, aber beim Pflegegeld werden 330 Millionen Euro gestrichen. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich finde auch, dass wir über die Frage der Personalentwicklung reden müssen. Es ist wie beim Landespflegegeld und wie beim Krippen- und beim Familiengeld: Das sind alles sozusagen Impulse durch Ministerpräsident Söder, der jetzt auch – wie auch bei

vielen anderen Themen: von Atom über Verbrenner bis hin zu Klima- und Artenschutz – in der Sozialpolitik einen politischen Zickzackkurs fährt.

Das Gleiche gilt für die Stellenfrage. Bis 2035 sollten – ursprüngliche Aussage – 5.000 Stellen wegfallen. Jetzt soll der Stellenbestand bereits bis 2030 um 5.000 Stellen reduziert werden. Das kann man sich als Staatsregierung auch vornehmen. Ich finde aber, dann gehört der Öffentlichkeit in Bayern auch erklärt, wo diese 5.000 Stellen gestrichen werden sollen, in welchen Einzelplänen, bei welchen Fachbereichen. Dazu schweigen Sie. Es war über ein Jahr Zeit, diesem Hohen Haus vorzulegen, wo Sie diese Stellen einsparen wollen. Bis heute haben wir dazu keinen einzigen Satz gehört. Das geht nicht.

Wir haben uns immer gegen pauschale Stellensperren oder Stellenstreichungen ausgesprochen. Wenn neue Aufgaben kommen, muss es neue Stellen geben; wo Aufgaben entfallen, können auch Stellen wegfallen. Sie sind in der Pflicht zu erklären, wo diese 5.000 Stellen wegfallen, auf wessen Kosten, auf Kosten welcher Fach- und Politikbereiche.

(Beifall bei der SPD)

Wir können definitiv nicht akzeptieren, dass es bei der Steuerverwaltung so weitergeht wie bisher. Natürlich halten wir unsere Forderung aufrecht. Zumindest bei der Steuerverwaltung brauchen wir deutlich mehr Stellen und mehr Personal in den bayerischen Finanzämtern, da jeder Steuerprüfer weit mehr bringt, als er kostet. Das ist auch bekannt. Die Realität sieht leider anders aus. Der Oberste Rechnungshof hat zum 27. Mal in Folge kritisiert: 1.800 Stellen in der bayerischen Steuerverwaltung sind nicht so besetzt, wie sie besetzt sein sollten, sondern werden anderweitig verwendet. Die Unterbesetzung der Steuerverwaltung muss ein Ende haben, damit für alle Bürgerinnen und Bürger Steuergerechtigkeit hergestellt wird.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Haushaltsausgleich erfolgt in Höhe von über 6 Milliarden Euro nicht durch laufende Einnahmen, sondern durch Rücklageent-

nahmen und globale Minderausgaben. Da ist auf die unvernünftigen Kürzungen in den Einzelplänen hinzuweisen, die querbeet stattfinden: von der Bildung über die Wirtschaft bis hin zur Landwirtschaft, ökologischem Landbau und Moorschutz, Kürzungen bei der Radwegförderung, beim Bestandserhalt der Staatsstraßen, bei der Jugendarbeit, bei der Kinderbetreuung. Das sind viele unsinnige Kürzungen.

Auf eines will ich aber besonders hinweisen: Die Staatsregierung betreibt mit diesem Haushalt einen Etikettenschwindel; denn von je 100.000 Euro, die im Haushalt stehen, stehen in vielen Etats jeweils nur 85 % zur Verfügung. Diesem Etikettenschwindel wollen wir ein Ende bereiten. Wir werden ihn benennen. Für Hunderte und Tausende in Bayern, die von Förderungen abhängig sind, wird es viele Kürzungen geben. Das werden wir in den Haushaltsberatungen thematisieren.

Ich bedanke mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit und bei meiner Kollegin Rasehorn für die deutlichen Orientierungen. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Kollege. – Mir liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung des Kollegen Michael Hofmann von der CSU-Fraktion vor. Bitte schön.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Halbleib, Sie haben einige Punkte genannt, die richtigzustellen sind. Das werden die nachfolgenden Redner noch tun. Sie haben allerdings auch einen Ausflug in die Bundespolitik gemacht, den ich kommentieren möchte. Sie haben den bayerischen Bundesverkehrsministern vorgeworfen, sie hätten zu wenig in den Freistaat Bayern investiert, zu wenig Geld gebracht. Ich will Sie auf einen Artikel im "Spiegel" hinweisen, der nun wirklich nicht als CSU-nah gilt, in dem es hieß, für die bayerischen Bundesverkehrsminister gelte der Slogan "Bayern first". Die GRÜNEN haben in der Vergangenheit immer kritisiert, dass die bayerischen Verkehrsminister zu viel Geld nach Bayern lenken würden. Ich weise ferner darauf hin, dass ein Verkehrsminister nur so viel Geld ausgeben kann, wie der

Bundesfinanzminister zur Verfügung stellt. Damals hieß er Scholz. Deshalb sollten Sie sich überlegen, ob Sie diesen Kritikpunkt wirklich aufrechterhalten wollen.

Ein anderer Punkt: Eigentlich ist es ein Witz, dass Sie sich über die Maut noch Gedanken machen. Die Bundesregierung hat sich letzten Endes mit 600 Millionen Euro bei Northvolt verkalkuliert.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Michael Hofmann (CSU): Das ist Geld, das nach Bayern gehört hätte. Sie brauchen sich keine Gedanken mehr über die Maut zu machen. – Danke schön.

(Beifall bei der CSU)

Volkmar Halbleib (SPD): Geschätzter Kollege Hofmann, es ist schön, dass Sie sich getroffen fühlen. So war es auch gemeint, nämlich als Anregung, darüber nachzudenken, welche Probleme, über die Sie heute klagen, Sie selbst verursacht haben. Dazu gehören die Defizite in der Bahn- und Verkehrsinfrastruktur. Sie entstanden, als CSU-Minister auf Bundesebene Ressortminister waren. Dazu gehört auch Ihre Strom- und Energiepolitik.

(Michael Hofmann (CSU): Scholz hatte keine Verantwortung dafür?)

Sie sollten sich endlich einmal dazu bekennen, dass Sie in diesen Bereichen massive Fehler gemacht haben, die sich heute leider auswirken.

Sie sollten sich auch zu Ihrer Verantwortung bekennen, dass Sie als CSU bei dem, was jetzt auf Bundesebene möglich ist, nämlich beispielsweise eine Senkung der Netzentgelte, aber auch steuerpolitische Veränderungen, im Deutschen Bundestag etwas zur Entwicklung des Landes beitragen. Dazu sollten Sie sich endlich bekennen; denn das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns, unter anderem beispielsweise eine Erhöhung des bayerischen Kindergeldes.

Dass Sie hier im Landtag das Pflegegeld zusammenstreichen und auf Bundesebene die Erhöhung des Kindergeldes verweigern, zeigt, wie Sie im Augenblick aufgelegt sind.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, auch Ihre Redezeit ist um.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich würde Sie bitten, mehr konkrete Unterstützung zu leisten, damit die Lage wirklich besser wird. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Anna Rasehorn (SPD): Eine sehr gute Rede!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Josef Zellmeier, CSU-Fraktion, das Wort. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich auf den Kollegen Halbleib eingehen. Lieber Kollege Halbleib, ich will nur auf eines hinweisen: Seit 1998, seit fast 27 Jahren hat die SPD viele Jahre mitregiert, entweder mit Kanzler oder ohne,

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr aber auch!)

also fast 23 Jahre. Bei der Union waren es nur 16 Jahre.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da hat ein Andy Scheuer gereicht!)

Das heißt, wenn Sie irgendwelche Schwerpunktsetzungen in Berlin kritisieren, kritisieren Sie tatsächlich überwiegend sich selbst. Es ist erfreulich, wenn sich die SPD selbst kritisiert, zumindest für uns. Das zeigt aber natürlich auch, wie wenig Sie in der Vergangenheit zur Entwicklung Deutschlands beigetragen haben, sonst wäre diese Kritik nicht angebracht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Haushaltslage ist ernst; das wissen wir alle. Es gibt nichts zu beschönigen. Nur gesundbeten, so wie es SPD und GRÜNE versuchen, hilft aber auch nichts: Wir geben mehr Geld aus. Die SPD will Stellen, Stellen, Stellen schaffen. Die GRÜNEN wollen die Rücklage komplett plündern. Das ist keine Lösung, meine Damen und Herren. Wir brauchen solide Politik. Wir brauchen keine neuen Schulden. Wir brauchen eine Konzentration auf das Wesentliche. Deshalb möchte ich gleich zu Beginn unserem Finanzminister Albert Füracker ein großes Dankeschön sagen. Er ist nicht nur, wie schon formuliert wurde, weitsichtig; er ist auch vorsichtig und umsichtig genug, um bei knappen Finanzen die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Lieber Albert, dir und allen deinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein herzliches Dankeschön; ein Vergelts Gott!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dazu gehören auch vergleichsweise einfache Maßnahmen. Zum Beispiel passen wir den Beginn des Pflegejahrs vom 1. Oktober auf den 1. Januar an, das heißt an das Haushaltsjahr. Dadurch bringen wir eine Entlastung im Nachtragshaushalt zustande – ich glaube, das ist auch wichtig und richtig –, ohne dass irgendjemandem etwas genommen wird. Zusätzlich schichten wir das Pflegegeld um und investieren die Hälfte in die Struktur, vor allem in die ambulante Pflege. Das zeigt, dass hier die richtigen Schwerpunkte gesetzt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben im neuen Jahr eine intensive Zeit vor uns. Wir werden uns mehrere Wochen mit dem Haushalt beschäftigen und werden sofort nach der Bundestagswahl in intensive Beratungen eintreten. Am 25. Februar werden wir starten und, ich glaube, dann auch die richtigen Zeichen setzen. Ich hoffe, dass wir dann auch in Berlin die richtigen Voraussetzungen haben werden, dass es gut weitergeht, dass die Wirtschaft wächst und wieder mehr Steuern generiert; denn das ist das Entscheidende. Die Bundesregierung hat diesbezüglich in den letzten Jahren ja komplett versagt und hat uns in ein Desaster geführt.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Hier haben wir viel zu reparieren. Das wird uns noch viele Schwierigkeiten bereiten.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Ich glaube, Ihr wart 16 Jahre dabei!)

Der erste Präsident der Vbw, also nach der Fusion der Verbände, Erich Sennebogen, später Ehrenpräsident, zufällig ein prominenter Straubinger Unternehmer, hat immer gesagt: Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts. Das müssen wir uns alle immer wieder vor Augen halten; denn wenn die Wirtschaft nicht funktioniert, dann steigen die Steuereinnahmen nicht, und wenn die Steuereinnahmen nicht steigen, können wir wachsende Kosten nicht abdecken. Das muss uns allen bewusst sein. Die Bundesregierung hat diesbezüglich komplett versagt; denn das Desaster der Steuermindereinnahmen ist natürlich nicht nur, aber auch politisch verursacht. Sie haben nicht gegengesteuert, sondern sind in die falsche Richtung gegangen.

Dass wir in Bayern einen etwas höheren Rückgang haben, ist ein Drama; denn in Berlin wurden falsche Zeichen gesetzt: Auflagen für die Wirtschaft wurden erhöht und Förderungen gestrichen. In der Energiepolitik sehen wir ein totales Versagen. Atomkraftwerke wurden in einer Zeit abgeschaltet, in der das Energieangebot knapp war. Dieses Versagen führt dazu, dass wir in Bayern, wo die Produktion Gott sei Dank schon immer stärker war, auch stärker betroffen sind. Das ist Ihre Schuld, nicht unsere. Wir können nur begrenzt gegensteuern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dass die Volkswirte nicht nur von einer konjunkturellen Verstimmung sprechen, sondern von einer schwerwiegenden Konjunkturkrise, zeigt auch auf, dass wir es hier mit einem politischen Versagen zu tun haben; denn in anderen Ländern geht das besser. Das müssen Sie sich an Ihr Revers heften, und das werden wir natürlich auch im Bundestagswahlkampf aufzeigen.

Hohe Steuern, Bürokratie, Energiekosten und Kürzungen bei der Infrastruktur, etwa bei der Glasfaser. Wenn ich das wieder sehe! – Wir in Bayern investieren hier massiv. Das sind alles Dinge, wo die Bundesregierung die falschen Zeichen setzt.

Deshalb brauchen wir in Bayern eine gute Politik, um gegenzusteuern. Das tun wir. Wir gleichen die fehlenden Steuereinnahmen aus, indem wir sparsam wirtschaften. Kollege Pohl, dem ich danken möchte für seine Worte, hat ein Wort von Ludwig Erhard zitiert: Den Gürtel enger schnallen. – Es ist jetzt die Zeit, in der wir tatsächlich überlegen müssen: Wo müssen wir sparsam haushalten? Wir sparen ja nicht, wir haushalten nur sparsam. Wo können wir nicht erhöhen? Wo müssen manche auch damit zurechtkommen, dass steigende Kosten intern abgefangen werden müssen?

Das alles ist notwendig, wenn man Haushalte solide aufstellen will. Dazu brauchen wir eben alle, die sich daran beteiligen, wenn es auch für manche betroffenen Förderempfänger schwierig ist. Das wissen wir. Aber auch wir können nicht mehr alles bedienen, was uns in der Vergangenheit wichtig war.

Jedoch, wenn wir gut wirtschaften und arbeiten, werden wir künftig auch wieder über steigende Steuereinnahmen berichten können. Das ist ja auch eine wesentliche Voraussetzung, damit wir all die Dinge leisten können, die uns wichtig sind und bei denen wir uns gut aufstellen wollen. Dazu gehört die Infrastruktur, dazu gehören die Wirtschaftsförderung, Wissenschaft und Bildung, aber natürlich auch das Soziale; denn Bayern ist auch Sozialstaat. Das geht aber nur, wenn wir genügend erwirtschaften.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu den Aussagen von Frau Köhler bezüglich der Rücklage: Um diese machen zu können, muss man wirklich die Situation nicht verstanden haben. Wir hatten zu Beginn des Doppelhaushaltes sechs Milliarden Euro in der Rücklage. Fünf Milliarden haben wir daraus entnommen, um den Haushalt auszugleichen, und nun brauchen wir noch mal fast zwei Milliarden. Das heißt, wir entnehmen fast sieben Milliarden Euro aus der Rücklage, um den Haushalt auszugleichen. Ein großer Teil davon ist für steigende Personalkosten oder rückläufige Steuereinnah-

men. Auch der Zensus spielt eine Rolle. Schauen Sie sich das an, liebe Kollegin: Wenn sechs Milliarden drin sind und wir sieben Milliarden entnehmen, würde das ja gar nicht reichen, wenn nicht der Finanzminister so einen tollen Haushaltsvollzug hätte und 2023 vier Milliarden in die Rücklage legen konnte. Aber rechnen Sie mal aus, was übrig bleibt! Wie wollen Sie denn den Doppelhaushalt 2026/2027 ausgleichen, mit dem, was wir dann noch in der Rücklage haben? Das heißt, es wird noch schwieriger werden, und Sie wollen einfach eine Milliarde Euro an die Kommune verteilen. Wir tun ja eh viel für die Kommunen: 600 Millionen Euro mehr, das ist doch eine tolle Leistung. Aber Sie sagen: Eine Milliarde geht noch. – Das fordern Sie, ohne zu wissen, wo der Weg hinführt. Das ist nicht blauäugig, das ist blind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich sagen Sie kein Wort zu den steigenden Asylkosten. Das ist typisch für Sie. Da sind Sie auch blauäugig ohne Ende. Sie sagen auch kein Wort zum Länderfinanzausgleich.

(Zurufe der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE) und Tim Pargent (GRÜNE))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neun Milliarden Euro, die Hälfte des Länderfinanzausgleichs, finanzieren wir aus Bayern. Sagen Sie da doch auch mal, Sie wünschen sich, Sie fordern, dass das geändert wird, sodass diejenigen, die wir immer gerne unterstützt haben, auch den Gürtel enger schnallen müssen. Wir können in Bayern nicht wesentliche Teile unserer Einnahmen für andere ausgeben, wenn es insgesamt knapp ist. Ich würde mir wünschen, dass Sie das unterstützen. Aber das tun Sie nicht, weil Ihnen Bayern egal ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

In Bayern geben wir fast 700 Euro pro Einwohner in den Länderfinanzausgleich. Berlin bezieht 1.000 Euro pro Einwohner aus dem Länderfinanzausgleich; nur mal, um ein

Beispiel zu nennen. Da sieht man mal die Unwucht, die vorhanden ist. Woanders wird damit nicht investiert. Wir wären ja schon glücklich, wenn die investieren würden. Nein, es werden Kindergartenplätze freigestellt, was wir uns nicht leisten können. Das ist eine Ungerechtigkeit für die Menschen in Bayern, die wir so nicht hinnehmen.

Auch die Konjunkturvorsorge wurde kritisiert, von der AfD, von Herrn Jurca. Seien wir doch froh, dass unser Finanzminister Albert Füracker eine Konjunkturvorsorge eingestellt hat. Denn wo wären wir denn, wenn wir die nicht hätten? Da muss man sagen: Das war wiederum weitsichtig, umsichtig und vorausschauend. Danke auch dafür! Deshalb gibt es im Nachtrag auch keine neuen Stellen. Es gibt aber auch keine neuen Schulden. Wir müssen natürlich an allen Ecken und Enden das Geld zusammenhalten und gleichzeitig in das Wichtige investieren, damit es in Zukunft wieder aufwärtsgeht, was wir uns ja alle wünschen.

Nur ein Beispiel, weil ja immer davon die Rede ist, die Schuldenbremse zu lockern: In Berlin wird gejammert. In Berlin wurde das Haushaltsvolumen in den letzten fünf Jahren von 356 auf 476 Milliarden Euro gesteigert. Das sind 120 Milliarden mehr, eine Erhöhung um mehr als ein Drittel, natürlich vor allem für Soziales und für die Zinsen. Der Bund zahlt 37 Milliarden Euro Zinsen, fast die komplette Neuverschuldung geht da rein.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Wahnsinn!)

Das wollen wir nicht, das ist nicht generationengerecht und weist nicht in die Zukunft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir investieren im Nachtragshaushalt ganz entschieden: Die Investitionsquote ist hoch, 15,2 %. Sie ist um 50 % höher als in Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Im Übrigen gilt das auch für die Kommunen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition. Lieber Kollege Halbleib, liebe Kollegin Köhler, wenn die bayerischen Kommunen so wenig investieren würden, wie das in Ländern der Fall ist, wo die SPD lange regiert hat oder die GRÜNEN regieren,

(Widerspruch der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE) – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

dann hätten die bayerischen Kommunen überhaupt kein Defizit. Man kann natürlich weniger machen. Das machen Sie überall dort; weil Sie überall nur in Stellen und Soziales gehen, investieren Sie zu wenig, und dann sagen Sie: Ja, die anderen haben eine bessere Bilanz.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das kann doch nicht die Lösung sein! – Michael Hofmann (CSU): Eben!)

Aber wenn ich nichts mache, dann passiert auch nichts. Wer nichts macht, der bricht auch nichts, der bewegt aber auch nichts, und das sollten Sie mal wissen. Sie machen da viel zu wenig in anderen Bereichen. Wir haben eine hohe Investitionsquote, sowohl beim Freistaat als auch bei den Kommunen. Das geht nur, wenn man die richtigen Schwerpunkte setzt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD):
Schauen wir, was rauskommt! Das war immer niedriger im Ergebnis!)

Allein das Deutschlandticket bindet 635 Millionen Euro, um nur mal ein Beispiel zu nennen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Ich finde es ja auch toll – Albert Füracker hat es schon gesagt –, dass man günstig Bahn fahren kann. Die Frage ist aber, ob das Geld nicht besser in der Infrastruktur aufgehoben gewesen wäre.

(Widerspruch bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Es passiert überall, dass Sie die falschen Schwerpunkte setzen.

Schauen wir zum Wohnungsbau: Wir investieren massiv in den Wohnungsbau. Die BayernHeim erreicht das Ziel von 10.000 Wohnungen. Vieles ist im Laufen. Vor Kurzem war Richtfest in Straubing.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Es finden Spatenstiche statt, es finden Einweihungen statt. Auch das ist eine tolle Geschichte: Hier entsteht bezahlbarer Wohnraum, und wir stärken die Bauwirtschaft in einer schwierigen Lage. Die Wohnraumförderung beträgt 1,3 Milliarden Euro. Hoffentlich zahlt der Bund seinen Anteil von 550 Millionen, kann ich nur sagen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der zahlt mehr als der Freistaat selber!)

Für den staatlichen Hochbau gibt es 1,3 Milliarden Euro plus 100 Millionen im Nachtragshaushalt, und für den staatlichen Straßenbau 580 Millionen Euro für Straßen und Brücken. Hier haben wir in den letzten Jahren massiv erhöht. Das ist doch zukunftsweisend.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Natürlich die Schlüsselzuweisungen: 9,2 % in schwierigen Zeiten! Wir wissen auch, dass das für die Kommunen noch zu wenig ist. Aber warum haben sich denn die Spitzenverbände bedankt? – Weil sie wissen, dass es uns auch nicht besser geht. Unser Aufwuchs ist nicht bei 9,2%. Das heißt, wir tun hier mehr als für die eigenen Investitionen, und das ist ein Zeichen an die Kommunen. Ich glaube, man kann wirklich sagen, dass das ein guter, ein zukunftsweisender Kompromiss ist. Liebe Kollegin Köhler, natürlich kann man noch eine Milliarde Euro mehr geben. Aber das wäre eine Milliarde, die wir auch nicht haben.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Doch!)

Wenn man aus Rücklagen entnimmt, dann wissen Sie auch, dass wir damit den nächsten Haushalt in Gefahr bringen. Das ist Ihnen bewusst. Sie sind ja nicht dumm, Sie kennen das ja. Sie wissen ganz genau, dass die Rücklagen notwendig sind und wir im Vollzug sparsamst wirtschaften müssen, um den nächsten Doppelhaushalt überhaupt garantieren zu können.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Aber nicht wir!)

Wir geben mehr im Bereich des Wirtschaftsministeriums: Um 16 % wird der Einzelplan 07 erhöht; für Risikokapitalfonds für Start-ups, für den Ausbau des LfA-Kreditangebotes, für die Technologietransferzentren, die wichtig sind für den ländlichen Raum, für die Umsetzung von der Wissenschaft in die Wirtschaft, für die Mittelstandsförderung; es gibt eine Million Euro mehr für anwendungsorientierte Forschung. Der Transformationsfonds wird außerhalb des Haushalts gestaltet. Das war ja erst gestern im Kabinett und wird über das Gesetz zur Bayerischen Forschungsstiftung vollzogen. Das heißt, da passiert natürlich etwas. Wir sind ja schnell, wir reden nicht nur, wir handeln auch. Das ist ganz entscheidend.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wir üben Zurückhaltung bei Stellen: Es gibt 325.000 Stellen beim Freistaat, eine Personalquote von 40,6 %.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Wir sind Spitzenreiter von allen 16 Bundesländern, und Sie reden immer noch von mehr Stellen, mehr Stellen, mehr Stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Nein, wir brauchen ein Moratorium, wir brauchen auch einen Abbau, weil diese Personalkosten unseren Haushalt an die Grenzen führen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und wo?)

Wir haben eine tolle Verwaltung. Bayern hat eine tolle Verwaltung. Bayern hat tolle Lehrkräfte, Bayern hat tolle Forscher, aber insgesamt können wir uns keinen dauerhaften Aufwuchs leisten.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Deshalb ist in dem Bereich Zurückhaltung geboten. In wichtigen Bereichen wie der Schule müssen wir natürlich den steigenden Schülerzahlen gerecht werden. Die Erhebung für Lehrkräfte an Gymnasien, Real- und Förderschulen sowie beruflichen Schulen war wichtig, um Gleichklang herzustellen.

Frau Köhler, Sie haben vorhin gesagt, es handle sich um kalte Kürzungen, wenn wir nicht erhöhen. Ja, wenn wir bei Förderempfängern nicht erhöhen und die Kosten gestiegen sind, bedeutet das Einschränkungen. Das ist uns bewusst. Das gilt aber nicht nur für Förderempfänger, das gilt auch für viele staatliche Stellen. Wir müssen uns einschränken. Wir müssen den Gürtel enger schnallen. Wir unterscheiden uns an dieser Stelle diametral von dem, was die Rest-Ampel in Berlin macht: Das sind heiße Kürzungen. Fragen Sie einmal die Förderempfänger, die vom Bund Geld bekommen. Da wird nicht nur der Status quo nicht gehalten, sondern massiv gekürzt – und das in vielen Bereichen. Das heißt: Sie reden zwar von kalten Kürzungen, führen aber heiße Kürzungen an allen Ecken und Enden durch!

Bayern soll auch in Zukunft spitze bleiben, und dafür tun wir alles. Meine Damen und Herren, wir sichten bei einem Bereich um, der für uns persönlich schwierig ist: Beim Familien- und Pflegegeld ändern wir die Struktur. Das heißt, wir geben nicht weniger Geld aus, sondern wir geben es woanders aus. Wir wissen, dass wir auch in schwierigen Zeiten die Strukturen stärken müssen. Deshalb gehen wir diesen schwierigen Weg, übrigens in einem Bereich, in dem Sie in diese Richtung immer Forderungen erhoben haben. Und jetzt, wo wir es tun, wenn auch nicht gern, fragen Sie, ob das denn sozial sei. Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich wollen wir unsere soziale Stärke halten. Wir brauchen ein gutes Angebot und eine gute Struktur in der Pflege und in

den Familien. Natürlich werden wir auch weiter zum ersten Geburtstag 3.000 Euro Familiengeld und 500 Euro Pflegegeld bezahlen. Das gibt es so in keinem anderen Bundesland.

Wir tun aber auch auf anderer Ebene etwas für die Familien. Denken Sie an die Grunderwerbsteuer, für die wir einen Hebesatz von 3,5 % haben; andere Länder haben 5 bis 6,5 %. Wenn junge Familien bei uns ein Haus kaufen, bauen oder Grund erwerben wollen, werden sie nur halb so stark belastet wie in Ländern, in denen Sie regiert haben oder noch regieren. Das zeigt auch, dass wir viel für Familien tun, die Eigentümer werden wollen. Eigentum ist uns wichtig. Wir sind die Partei des Eigentums. Das sei einmal betont. Ich danke auch den Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, die das genauso sehen wie wir. Lieber Bernhard Pohl, es ist doch ein ganz entscheidender Faktor, dass wir unseren jungen Familien Eigentum ermöglichen wollen, anders als führende Politiker der GRÜNEN, die das Eigenheim verteufeln. Das ist nicht unsere Linie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den GRÜNEN: Das ist eine Lüge!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein solider Haushalt, der den schwierigen Zeiten gerecht wird, ein Haushalt, der die richtigen Schwerpunkte setzt. Wir werden bei den Beratungen diesen Haushalt der Staatsregierung stützen und noch mit einigen Punkten ergänzen, wie wir das immer tun. Wir wissen, unser Finanzminister und alle, die an seiner Seite stehen, gehen den richtigen Weg. Wir gehen ihn mit, weil wir wollen, dass Bayern auch in Zukunft spitze bleibt bei den Investitionen, bei einem soliden Haushalt, bei einer zukunftsgerechten und generationengerechten Politik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Mir liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion vor. Bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): Geschätzter Kollege Zellmeier, zum Länderfinanzausgleich haben wir eine klare Position. Wir sind gerne bereit, an der Seite der Staatsregierung und der Regierungsfractionen für eine vernünftige Reform des Länderfinanzausgleichs zu kämpfen. Das ist überhaupt kein Thema. Das Problem ist, dass dieser Länderfinanzausgleich von Ihnen selbst verhandelt und in diesem Hause als großer Erfolg dargestellt wurde. Das ist schon dreimal in Folge passiert. Sie verhandeln jedes Mal, kommen in den Landtag und sagen: Es ist ein Riesenerfolg. Hinterher sagen Sie: Der muss sofort wieder geändert werden. Das ist das Problem. Bei diesem Schlingerkurs können wir Sie nicht unterstützen. Bei einer vernünftigen Reform des Länderfinanzausgleichs werden wir Sie auch in Zukunft, so wie bisher, unterstützen. Das ist Ihr Problem beim Länderfinanzausgleich. Sie haben ihn selber verhandelt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Ihr habt in eurer Partei überhaupt keine Mehrheit dafür!)

Josef Zellmeier (CSU): Natürlich waren die Änderungen beim Finanzausgleich ein Erfolg. Das ist unbestritten. Allerdings entwickelt sich Bayern so dynamisch, dass die Unwucht immer wieder auftritt. An dieser Stelle müssen wir tatsächlich einmal daran arbeiten, dass nicht die Länder, die das Richtige tun, nämlich zu investieren, bestraft werden und diejenigen Länder begünstigt werden, die nur in den Konsum gehen.

Ich bedanke mich für die Unterstützung. Allerdings merkt man auch wieder, dass die bayerische SPD im Bund nichts zu sagen hat.

(Widerspruch bei der SPD)

Wir würden hoffen, dass es Ihre Bundespolitiker auch so sehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Länder verhandeln, nicht der Bund!)

– Beim letzten Mal hat der Bund massiv mitverhandelt und auch Bundesgeld hineingegeben. Das ist richtig. Wir haben erfolgreich verhandelt, aber die SPD findet in Bayern nur warme Worte, aber liefert wenig tatkräftige Unterstützung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Ihr klagt doch gegen eurer eigenes Verhandlungsergebnis!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Tim Pargent für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach den Vorträgen und den Wortbeiträgen vom Finanzminister und der Regierungskoalition frage ich mich schon: Was soll das jetzt eigentlich für ein Nachtragshaushalt sein? Was ist Ihre Idee? Was ist Ihre Ambition? Wo wollen Sie mit diesem Nachtragshaushalt, mit unserem Bayern eigentlich hin? Was haben wir gehört? – Sparrappelle. Mehrfach wurde der Gürtel enger geschnallt. Man kriegt schon kaum mehr Luft. Sie reden von Umschichtungen. Streichungen wollen Sie sie lieber nicht nennen. Wenn man in den Nachtragshaushalt reinschaut, sieht man die pauschalen Kürzungen, die jetzt schon zu Programmstopps führen. Neue Impulse? – Fehlanzeige. Kreative Ideen auch aus den Regierungsfractionen? – Fehlanzeige. Seit sechs Jahren begleite ich jetzt die Haushalte. Ich sage mal so: Früher war mehr Lametta. Da hat Herr Söder keinen Haushalt ausgelassen, ohne eine neue Rakete starten zu lassen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die stürzt jetzt ab!)

Manchmal waren es echte Raketen, manchmal waren es eher politische Luftschüsschen. Aber jetzt ist plötzlich Ebbe. Ihnen ist wohl die Puste ausgegangen. Man fragt sich, warum Sie für diesen Nachtragshaushalt wirklich drei Stunden Kabinettsitzung gebraucht haben. Auch Herr Kollege Pohl hat 21 seiner 23 Minuten darauf verwendet, eine allgemein politische Rede zu halten, aber keine einzige Maßnahme aus diesem Haushalt erwähnt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Da haben Sie entweder nicht zugehört oder nichts verstanden!)

Ich muss feststellen: Das ist der lustloseste und der ambitionsloseste Haushalt in der Ära Söder, den wir hier haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Michael Hofmann (CSU): Das ist ein Nachtrag!)

Die Frage muss erlaubt sein, ob ein solches "Weiter so" in der jetzigen wirtschaftlichen Situation, die hinlänglich beschrieben worden ist, wirklich sinnvoll ist. Ich finde, in der jetzigen Situation darf man etwas mehr Wachstumsimpulse setzen und mehr Investitionsimpulse geben.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Aber wir konnten in diesem Haushalt wirklich keine finden.

(Michael Hofmann (CSU): Ihr solltet euch in der Fraktion abstimmen, was ihr wollt!)

Wo sind denn Ihre Impulse? Wo ist der Kraftakt in dieser Flaute? Wo ist der Transformationsfonds? In diesem Haushalt haben wir ihn nicht gefunden. Wo ist die E-Ladeinfrastruktur? Wo sind die Wärmenetze? Ihr konjunkturelles Krisenmanagement ist doch etwas mangelhaft, insbesondere was die Impulse angeht.

Jetzt habe ich schon in den Wortbeiträgen gehört: Der Bund, der Bund, der Bund und die Ampel, die Ampel und die Ampel.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Schon auch ihr hier!)

Da muss die Frage erlaubt sein: Warum hat die Union das Wachstumschancengesetz ewig blockiert? – Die Union könnte auch heute und jetzt dem Steuerfortentwicklungsgesetz mit Abbau der kalten Progression, Anhebung der Freibeträge und Anhebung des Kindergeldes zustimmen. Aber die Union blockiert doch lieber sinnvolle Maßnahmen, politisch motiviert. Ihre politische Motivation geht so weit, dass Sie zum letzten

Bundeshaushalt nicht einmal Änderungsanträge gestellt haben. Man muss einmal fragen: Wo war da Ihre Bayernliebe?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie als FREIE WÄHLER haben auch keine Haushaltsanträge zum letzten Bundeshaushalt gestellt. Das lag jedoch eher an der Weisheit der Wählerinnen und Wähler.

Jetzt komme ich zum Deutschlandticket, das heute schon mehrfach angesprochen wurde. Da muss ich auch fragen: Welche CSU sitzt denn hier vor uns? Ist es die CSU bei uns im Landtag, die erklärt, dass das Deutschlandticket eigentlich nur "nice to have" und völliger Luxus sei und eigentlich abgeschafft gehöre? Oder ist es die CSU, die im Bundestag wieder zugestimmt hat? – Wahrscheinlich ist es die Doppelmoral-CSU, jedenfalls beim Deutschlandticket. Wir GRÜNE stehen ganz klar zum Deutschlandticket, zum Klimaschutz, zum ÖPNV und zu unseren Pendlerinnen und Pendlern. Wir stehen auch dazu, dass das Deutschlandticket einen Beitrag zur Inflationsbekämpfung geleistet hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber zurück zur Konjunktur: Wir haben unsere Kommunalmilliarde vorgestellt, und das aus guten Gründen. Die hohe Investitionsquote bei unseren Städten und Gemeinden ist heute schon genannt worden. Wenn wir die Investitionsfähigkeit in der Fläche hochhalten wollen, brauchen unsere Kommunen jetzt spürbare Impulse. Die Aufgaben vor Ort sind immens; sie sind nicht kleiner geworden: Schwimmbäder, Schulen oder Kitas, dazu kommen Kanäle, Straßen und der ÖPNV; mit den Krankenhäusern möchte ich gar nicht anfangen.

Ich komme aus Oberfranken, wie viele andere hier auch; manchmal könnten es hier mehr sein, aber sei's drum. Dort ist die Steuerkraft vielerorts historisch etwas mau. Da müssen wir den Kommunen gerade in der jetzigen Phase auch deshalb den Rücken freihalten, weil es die Menschen vor Ort merken, wenn es schlecht in der Gemeinde-

kasse aussieht, wenn die Schultoilette mittlerweile heruntergekommen ist oder die Kitaplätze fehlen.

Wenn man schon vor dem Zeugungsakt den Kitaplatz anmelden muss, dann merken das die Menschen vor Ort, und dann steigt der Frust. Wir GRÜNE wollen da anpacken. Wir stehen zu unseren Kommunen, wir stehen zu den Investitionen vor Ort für die Gemeinde, für das Funktionieren und Investieren in unsere Gemeinden ohne immer neue Förderprogramme, aber mit mehr freien Mitteln. Da werden wir Sie nicht aus der Verantwortung lassen. Dazu werden wir in den nächsten Monaten Anträge stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Harry Scheuenstuhl für die SPD-Fraktion das Wort. – Bitte schön.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist der Beweis erbracht: Die FREIEN WÄHLER sind nicht links, wie neulich die Rubelpartei behauptet hat, sondern sie treten nach unten und buckeln nach oben, Kollege Pohl.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja, ja!)

Das ist nicht unser Ziel.

(Beifall bei der SPD)

Ein Drittel der Bürgergeldempfänger sind Kinder, ein Drittel der Bürgergeldempfänger sind krank, und ein Drittel der Bürgergeldempfänger sind rechtschaffene, ehrliche Leute, die mehr Geld brauchen, als sie verdienen. Das ist unser Problem: Es gibt zu wenig Lohn.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und wo ist der Anteil der Leistungssteigerer? Rechnen Sie!)

Sie verkünden, diesen armen Leuten soll das Geld weggenommen werden. Wir sind nicht dieser Meinung.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist sozialdemokratische Politik!)

Wir sind die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, und wir helfen. Die Rubelpartei, also die AfD da drüben, will Ärzte sowie Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger heimschicken. Ein Wahnsinn! 5.000 niedergelassene Ärzte aus Syrien sollen morgen fort. – Ich glaube, ihr seid alle nicht mehr ganz gescheit.

(Zuruf des Abgeordneten Ralf Stadler (AfD))

Nicht wir, weil wir wissen, was zu tun ist. Wir wissen, dass wir diese Leute brauchen; so lassen wir mit unseren Leuten nicht umgehen. Das ist Heimatliebe, wenn unsere Kranken gepflegt und versorgt werden.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Ja, Herr Minister, Sie tragen das immer so schön vor. Jetzt erzähle ich Ihnen aus meinem Stimmkreis, wie gut der Freistaat ist; das habe ich vergessen zu sagen. Der Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim muss Schulden machen, um seine 3 Millionen Euro Schulden und seinen Verwaltungshaushalt bezahlen zu können. Er ist natürlich unheimlich stolz auf den Freistaat Bayern, der die Rücklagen von 900 Millionen Euro auf 3 Milliarden Euro aufbläst.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Rücklagen aufbläst, Herr Kollege?)

Das haben Sie in Ihrem Haushalt drin. Wenn Sie sagen, die Rücklagen steigen, gleichzeitig aber im sozialen Bereich kürzen, dann ist das unsozial. Ganz einfach.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Sozial wäre es, Herr Minister, wenn Sie Ihre Schulden bei den Gemeinden endlich bezahlten. Rücken Sie das Geld endlich heraus! Einen Teil davon bezahlen Sie ja; ich

muss Obacht geben, weil die Zahl so groß ist, dass ich sie richtig sage. Ich meine, 280 Millionen Euro schulden Sie den Gemeinden. Was ist denn da los? Gleichzeitig machen wir Rücklagen. Die Kommunen sollen Schulden machen, um ihren Haushalt bezahlen zu können, und der Freistaat macht Rücklagen. Wo gibt es denn so etwas? Das müssen Sie einmal einem kommunalen Kämmerer erklären. Das gibt es in unserer Republik normalerweise nicht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wie viele Rücklagen hat denn der Landkreis Neustadt/Aisch?)

Zum Deutschlandticket – jetzt muss ich auch noch etwas Bundespolitisches sagen –: Sagen Sie den Leuten die Wahrheit, dass Sie es nicht wollen. Dann können die Leute bei der Bundespolitik auch entscheiden. Sagen Sie, was Sie dann machen werden, und sagen Sie einfach: Wir sind dagegen, wir schaffen es ab. Dann wissen die Leute, was sie in Zukunft zu zahlen haben, nämlich viel höhere Kosten für den Nahverkehr.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das habe ich schon mehrfach getan, Herr Kollege!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich auf die Debatte und möchte natürlich noch die Schulen, die Straßen und Schwimmbäder erwähnen, für die Kommunen zahlen müssen. – Ich habe noch 20 Sekunden Redezeit. – In ganz Bayern ist der Aufstand in der Richtung da, und zwar in allen Gemeinden und Städten, weil es keine Almosen sind, die die Kommunen bekommen. Sie haben einen Rechtsanspruch darauf. – Vielen Dank und schöne Weihnachten!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Maximilian Böttl für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Maximilian Böttl (CSU): Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Normalerweise ist die Adventszeit vom gemütlichen Miteinander, vom besinnlichen Zu-

sammenrücken und ein bisschen von der Suche nach dem Verbindenden geprägt. Davon war jetzt heute noch nicht so richtig viel zu spüren. Aber ich finde, das ist auch gut so, weil Gemeinsinn eben gerade nicht bedeutet, dass alle von Haus aus einer Meinung sein oder ihre Meinung irgendwie einem Mainstream anpassen müssen. Der Gemeinsinn in der Demokratie lebt von diesem Streit und vom Streit um die allerbeste Lösung, um das Beste für Bayern zu erreichen, wie es unser Finanzminister ausgedrückt hat.

Genau da müssen wir diesen Streit auch tatsächlich wieder mehr wagen, wenn es um Entscheidungen geht, wie zum Beispiel bei dem allerhöchsten zentralen Entscheidungsrecht unseres Hauses: beim Haushalt. Es gilt: nicht Problemlösung durch Konfliktvermeidung, sondern Kontroverse statt Konsens – so wie heute. Das mag anstrengend sein; die bequemen Jahre sind aber sowieso vorbei. In den bequemen Jahren hat sich der Staat schon ein paar überflüssige Pfunde angefressen.

Das führt mich auch direkt zum ersten Punkt, an dem wir eine Kontroverse haben und auch brauchen: Es geht um die Stellen im öffentlichen Dienst. Seit 2018 sind über eine Million Erwerbstätige im öffentlichen Dienst in Deutschland dazugekommen. Der Freistaat Bayern war damit im gleichen Zeitraum mit 30.000 Stellen noch sparsam. Sie alle machen einen tollen Job. In der gleichen Zeit hat die Wirtschaft gerade einmal um 220.000 Erwerbstätige zugelegt, also nicht einmal um ein Viertel dessen, um den der Staatsapparat gewachsen ist. Mit jeder Stelle, die der Staat schafft, fehlt auch ein potenzieller Mitarbeiter in der Wirtschaft. Deshalb ist es goldrichtig, wenn wir jetzt bis 2030 konkret 5.000 Stellen abbauen und 2026 auch keine zusätzlichen zu den schon geplanten Stellen mehr schaffen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist nur denklogisch, wenn wir auf das Erste und Zweite Modernisierungsgesetz Bayern von gestern schauen: Wir entrümpeln, entschlacken, entfesseln; es braucht

weniger Bürokratie und mehr Digitalisierung. Unserer Wirtschaft hilft das eben auch, weil es dann weniger Konkurrenz am Arbeitsmarkt gibt. Bayern geht da jetzt voran.

Einen Konflikt gibt es aber auch bei den Lehrern, und zwar einen Konflikt mit den Fakten. Die im Koalitionsvertrag geplanten 6.000 Lehrerstellen sollen bis 2028 kommen; 2.900 davon mit dem Doppelhaushalt 2024/25 sowie zusätzlich 1.200 Unterstützungskräfte. 2025 kommt noch einmal ein Stellenhebungsprogramm mit 5 Millionen Euro Jahreskosten. Wenn wir uns das einmal anschauen, sehen wir, in den letzten 15 Jahren sind fast 25.000 neue Lehrerstellen geschaffen worden. Ein Drittel aller Ausgaben gehen auch dieses Jahr wieder in die Bildung. Es ist doch eigentlich die beste Basis, gemeinsam zu überlegen, wie wir noch mehr junge Menschen für diesen Beruf begeistern und den Beruf auch für Quereinsteiger attraktiver gestalten können, anstatt ihn täglich mieszumachen; denn in den Schulen wird Zukunft gemacht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Eine zweite Kontroverse gibt es bei der Wirtschaft. Es ist schon angeklungen, dass es da wirklich eine große Kontroverse gibt. Wir wollen nämlich keine staatlich gelenkte Subvention/Intervention. Wir wollen Innovation. Wir wollen mit klugen Anreizen die Investition fördern. Der größte Investor ist Herr Albert Füracker mit einer Investitionsquote von 15 %. Allein im Staatlichen Hochbau sind es über 1 Milliarde Euro. Da setzen wir auch noch einmal Impulse.

Wir unterstützen gerade jetzt Neugründungen, Start-ups und Menschen mit Ideen in noch größerem Umfang. Das Engagement beim Risikokapital steigt deutlich an. Unser Fondsvolumen für den Teil kann dann mit dem Haushalt auf 1,4 Milliarden Euro langfristig verdoppelt werden, damit bei uns aus Patenten auch Produkte werden. Wir brauchen in unserem Land einfach auch einen neuen Gründergeist. Wir brauchen mehr Innovationen, mehr Investitionen, übrigens auch zusammen mit dem Kapitalmarkt.

Ich möchte noch einen ganz wichtigen Punkt erwähnen: Über 300 Milliarden Euro pro Jahr investieren europäische Firmen in den USA, während wir noch 27 verschiedene Kapitalmärkte in der EU haben.

Kontroverse heißt aber auch, dass wir die Aufgaben ganz kritisch anschauen müssen. Wir haben kein Problem bei den Einnahmen, Dellen vielleicht, aber kein echtes Problem. Deshalb muss auch die Schuldenbremse angezogen bleiben. Wir haben ein Problem bei den Ausgaben.

Im Nachtragshaushalt fällt natürlich auch der Asylbereich auf – Kollegen haben es angesprochen. Dort steigen die Kosten für die Unterbringung noch einmal um fast 500 Millionen Euro auf dann 2,4 Milliarden Euro. Auch da gibt es eine Kontroverse. Wir wollen als CSU eine echte Wende in der Migrationspolitik, weil sonst die Integration am Ende scheitert. Das Geld fehlt dann für die, die wirklich Schutz brauchen. Kosten für illegale Migration sind nicht notwendig, um im Sprachgebrauch von Albert Füracker zu bleiben, weil damit keine Not gewendet wird. Dort, wo die Mittel sinnvoll sind, wie beim Deutschlernen und in Integrationskursen, spart der Bund. Die VHS und unser Integrationsbeauftragter haben auf die fatalen Folgen hingewiesen. Ohne Deutschkenntnisse keine Arbeit, ohne Arbeit keine Integration. Ich verstehe übrigens auch nicht, warum wir es denen, die ihre Arbeit anbieten wollen, so schwermachen. Am Montag hat eine junge Unternehmerin erzählt, dass es für sie eigentlich günstiger und einfacher ist, ausgebildete Arbeitskräfte aus dem Ausland zu holen, statt arbeitslose Ausländer, die sich schon im Land befinden, auszubilden. Das müssen wir im Bund unbedingt umdrehen.

Wir müssen jedenfalls an die Asylkosten ran. Wir arbeiten bereits an den unmittelbaren Kosten bei den Standards der Unterbringung. Bei den mittelbaren Kosten wie Schulen, Sicherheit und Soziales schaffen wir Transparenz, um dann auch handeln zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Bürgermeister habe ich mir immer nichts so sehr gewünscht wie Konsens. Nach meinem ersten Jahr hier habe ich neu gelernt, dass Konsens manchmal auch die Folge einer harten Kontroverse sein kann und dass es sich lohnt auszuhalten, wenn man unterschiedliche Meinungen hat, die aufeinandertreffen und am Ende nur das beste Argument überlebt.

Mit Blick auf die kommenden Haushaltsjahre brauchen wir diese Kontroverse unbedingt auch bei der Zielsetzung, bei der Frage des Mitteleinsatzes, wie wir die Ziele erreichen, weil eben nicht mehr alles gleichzeitig machbar ist.

Vorhin ist der Begriff vom kleinkarierten Buchhalter gefallen. Es mag langweilig sein, wenn man im Haushalt kleinteilige Arbeit machen muss. In die Details reinzugehen, ist vielleicht mehr Arbeit, als manchmal nur große Sprüche loszulassen. Aber das ist eben der Unterschied zwischen der harten Regierungsarbeit, für die man sich auch bedanken darf, und den Oppositionsreden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich wird es da Kontroversen brauchen. Wenn wir Familien unterstützen wollen, wird es sinnvoll sein, die Mittel aus dem Familiengeld teilweise in die Kinderbetreuung umzuschichten. Wenn wir gute Pflege wollen, wird es sinnvoll sein, die Mittel aus dem Pflegegeld teilweise in häusliche Angebote umzuschichten.

Ich möchte noch einmal zum Nachtragshaushalt kommen, weil da eine Sache falsch dargestellt worden ist: Wir gleichen das Pflegegeld und das Kalendergeld an. Nicht mehr im Oktober wird für ein Jahr ausgezahlt, sondern im Januar wird für ein Jahr ausgezahlt. Das heißt, wir schieben die Auszahlung nur von Oktober auf Januar. Im Jahr 2025 bleibt das Pflegegeld in voller Höhe erhalten. Das ist das Ergebnis, wenn man es sich ganz genau anschaut und diese harte Arbeit auf sich nimmt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Man merkt schon, dass das eine Kontroverse auslöst. Das ist aber auch gut, weil wir die für den richtigen Weg brauchen. Kontroverse ist die vitale Kraft einer lebendigen Demokratie. In diesem Sinne: Auf ein gelungenes Jahr 2025!

In einem Punkt sollte es allerdings keine Kontroverse geben, sondern Konsens, nämlich darüber, dass unser Finanzminister mit seinem Staatssekretär und seinem Team hervorragende Arbeit macht. Vielen herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion vor. – Bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): Debatte und Konsens sind zwei wichtige Stichworte. Deswegen möchte ich das Ganze gerne fortsetzen.

Erstens. Ich will ganz präzise erwähnen, dass im Nachtragshaushalt 330 Millionen Euro konkret beim Landespflegegeld gestrichen werden. Das ist ganz konkret. Alles andere ist eine Ummantelung dieser Tatsache.

(Beifall bei der SPD)

Das ist Fakt. Die Haushaltspläne sprechen eine klare Sprache. Der Finanzminister hat selbst gesagt, dass man gegen Zahlen nicht argumentieren kann.

Zweitens. Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass wir beim Staatlichen Hochbau im Haushaltsjahr 2024 keine Steigerung, sondern einen Rückgang hatten. Auch hier kann man in diesen Etat schauen und sich schlaumachen. Das ist die Realität der Zahlen dieses Staatshaushaltes.

Drittens. Sie haben über den Stellenabbau geredet. Ich würde von Ihnen gerne mal hören, in welchen Bereichen Sie die 5.000 Stellen bis zum Jahr 2030 streichen wollen. Ich würde mir nach einem Jahr der Debatte und der Ankündigungen von Ihnen mal eine konkrete Antwort erwarten.

Maximilian Börtl (CSU): Ich fange mit der letzten Frage an. Schauen Sie sich mal alleine an, wie viele Mitarbeiter wir damit beschäftigen, das Geld der Förderprogramme vom Freistaat zu den Kommunen zu bringen. Da können wir wirklich richtig ran. Wenn wir endlich eine digitale Förderplattform haben von der Antragstellung bis zur Auszahlung, dann können wir da tatsächlich Stellen einsparen. Wir müssen hier Künstliche Intelligenz und Digitalisierung nutzen. Da ist wirklich viel möglich. Das ist nur ein Beispiel.

Zum zweiten Thema: Hochbau. Da sind die Mittel, die wir bei der BayernHeim verbrauchen, zum Teil noch gar nicht mit drin. Die geben jetzt richtig Gas, damit wir auch beim Wohnungsbau vorankommen.

Sie haben Ihre dritte Frage zum Pflegegeld gestellt, und ich habe versucht, das Thema zu erläutern. Man darf aber nicht bei der Überschrift aufhören zu lesen. Wir verschieben die Auszahlung vom Oktober in den Januar.

(Widerspruch des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Mehr passiert 2025 erst einmal nicht. Wir gleichen das Kalenderjahr an und verändern die Auszahlung im Pflegejahr. Erst im Jahr 2026 findet die Umschichtung statt. Natürlich löst auch das wieder Unruhe aus. Aber schauen Sie sich das einfach noch einmal genau an, dann können wir uns in der Folgeberatung im Haushaltsausschuss austauschen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Nach § 148 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Dem ist nicht so. Damit ist das so beschlossen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

Berichterstatter: **Patrick Grossmann**

Mitberichterstatter: **Tim Pargent**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 06 03 werden die Ansätze in 2025
 - a) bei Tit. 686 79

von	3.741,8 Tsd. €
um	290,0 Tsd. €
auf	4.031,8 Tsd. €
 - b) bei Tit. 686 81

von	4.250,0 Tsd. €
um	325,0 Tsd. €
auf	4.575,0 Tsd. €

erhöht sowie
 - c) ein neuer Tit. 686 03 „Traditionstage“ ausgebracht und mit 100,0 Tsd. Euro dotiert und
 - d) ein neuer Tit. 893 01 „Sanierung Theaterhaus Waal“ ausgebracht und mit 370,0 Tsd. Euro dotiert.
2. Bei Kap. 06 14 Tit. 812 01 wird der Ansatz in 2025

von	697,6 Tsd. €
um	100,0 Tsd. €
auf	797,6 Tsd. €

erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 06 01, Kap. 06 04, Kap. 06 05, Kap. 06 06, Kap. 06 14, Kap. 06 15, Kap. 06 21 und Kap. 06 50, entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Dialekt und Volksmusik
(Kap. 06 03 Tit. 686 79 und Tit. 686 81)
Drs. 19/4901
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Traditionstage
(Kap. 06 03 neuer Tit. 686 03)
Drs. 19/4902
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Theaterhaus Waal
(Kap. 06 03 neuer Tit. 893 01)
Drs. 19/4903
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: HföD Lasersimulationssystem
(Kap. 06 14 Tit. 812 01)
Drs. 19/4904

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 19/4898

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Studie und Folgeabschätzung zur Aufweichung der Schuldenbremse
(Kap. 06 03 neuer Tit.)
Drs. 19/4899
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschuss an die Münchner Sicherheitskonferenz gGmbH im Bereich Cyber Security
(Kap. 06 20 Tit. 682 71)
Drs. 19/4900

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 52. Sitzung am 25. Februar 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 1 zu 14/12/19-H 1108.14-1/43

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Nachtragshaushalt 2025

zum

Entwurf des Einzelplans 06

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
und für Heimat

06 01 Ministerium

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Sächliche Verwaltungsausgaben			
546 45-3	011	Umsatzsteuer <i>Vermerk unverändert.</i>	A 15,0 B	-15,0	0,0
		Gesamtausgaben	A 55.411,8 B -	-15,0	55.396,8
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 210,0 B -	-	210,0
		Gesamteinnahmen	A 210,0 B -	-	210,0
		Personalausgaben	A 44.960,0 B -	-	44.960,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 8.996,9 B -	-15,0	8.981,9
		Sonstige Sachinvestitionen	A 1.454,9 B -	-	1.454,9
		Gesamtausgaben	A 55.411,8 B -	-15,0	55.396,8
		Zuschuss	A 55.201,8		55.186,8
		Überschuss		15,0	

Erläuterungen

Zu 06 01/546 45, 06 04/231 01 und 546 45, 06 05/546 45, 06 06/546 45, 06 14/546 45, 06 15/23 01, 261 01, 281 10 u. 546 45:

Die Änderungen sind durch die Nichtanwendung des § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) veranlasst.

06 04 Bayerisches Landesamt für Steuern

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A	Betrag der Nachschubliste	Neuer Betrag 2025
			B		
			vorlage (+/-)		
			Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
1	2	3	4	5	6
Einnahmen					
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen					
231 01-9	061	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund	A 60,0 B	-60,0	0,0
Gesamteinnahmen			A 73.191,2 B -550,0	-60,0	72.581,2
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben					
546 45-7	061	Umsatzsteuer <i>Vermerk unverändert.</i>	A 660,0 B	-460,0	200,0
Gesamtausgaben			A 292.757,4 B +1.500,0	-460,0	293.797,4

06 04 Bayerisches Landesamt für Steuern

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 388,5 B -	-	388,5
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 72.802,7 B -550,0	-60,0	72.192,7
		Gesamteinnahmen	A 73.191,2 B -550,0	-60,0	72.581,2
		Personalausgaben	A 129.664,7 B -	-	129.664,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 140.453,0 B +1.500,0	-460,0	141.493,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 38,5 B -	-	38,5
		Baumaßnahmen	A 700,0 B -	-	700,0
		Sonstige Sachinvestitionen	A 21.901,2 B -	-	21.901,2
		Gesamtausgaben	A 292.757,4 B +1.500,0	-460,0	293.797,4
		Zuschuss	A 219.566,2 B 2.050,0		221.216,2
		Überschuss		400,0	

06 05 Finanzämter

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Sächliche Verwaltungsausgaben			
546 45-4	061	Umsatzsteuer <i>Vermerk unverändert.</i>	A 45,6 B	-14,0	31,6
		Gesamtausgaben	A 1.096.909,4 B +3.050,0	-14,0	1.099.945,4
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 210.285,0 B +40.000,0	-	250.285,0
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 44.862,0 B -	-	44.862,0
		Gesamteinnahmen	A 255.147,0 B +40.000,0	-	295.147,0
		Personalausgaben	A 932.432,1 B -	-	932.432,1
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 100.596,2 B +1.000,0	-14,0	101.582,2
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 5.350,0 B +2.050,0	-	7.400,0
		Baumaßnahmen	A 20.450,0 B -	-	20.450,0
		Sonstige Sachinvestitionen	A 38.081,1 B -	-	38.081,1
		Gesamtausgaben	A 1.096.909,4 B +3.050,0	-14,0	1.099.945,4
		Zuschuss	A 841.762,4		804.798,4
		Überschuss	B 36.950,0	14,0	

06 06 Landesfinanzschule Bayern

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Sächliche Verwaltungsausgaben			
546 45-2	061	Umsatzsteuer <i>Vermerk unverändert.</i>	A 10,0 B	-3,0	7,0
		Gesamtausgaben	A 22.872,3 B -	-3,0	22.869,3
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 30,0 B -	-	30,0
		Gesamteinnahmen	A 30,0 B -	-	30,0
		Personalausgaben	A 2.721,3 B -	-	2.721,3
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 14.006,0 B -	-3,0	14.003,0
		Baumaßnahmen	A 5.675,0 B -	-	5.675,0
		Sonstige Sachinvestitionen	A 470,0 B -	-	470,0
		Gesamtausgaben	A 22.872,3 B -	-3,0	22.869,3
		Zuschuss	A 22.842,3		22.839,3
		Überschuss		3,0	

06 14 Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Sächliche Verwaltungsausgaben			
546 45-6	133	Umsatzsteuer <i>Vermerk unverändert.</i>	A 29,2 B	-17,0	12,2
		Gesamtausgaben	A 65.423,3 B +500,0	-17,0	65.906,3
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 395,0 B -	-	395,0
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 12.079,1 B -	-	12.079,1
		Gesamteinnahmen	A 12.474,1 B -	-	12.474,1
		Personalausgaben	A 30.474,8 B -	-	30.474,8
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 22.896,9 B +500,0	-17,0	23.379,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 164,0 B -	-	164,0
		Baumaßnahmen	A 9.420,0 B -	-	9.420,0
		Sonstige Sachinvestitionen	A 2.467,6 B -	-	2.467,6
		Gesamtausgaben	A 65.423,3 B +500,0	-17,0	65.906,3
		Zuschuss	A 52.949,2 B 500,0		53.432,2
		Überschuss		17,0	

06 15 Landesamt für Finanzen

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025		Betrag der Nachschubliste	Neuer Betrag 2025
			B	Regierungsvorlage (+/-) Tsd. €		
1	2	3	4		5	6
Einnahmen						
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
232 01-4	062	Erstattungen von Ländern für Dienstleistungen der IuK <i>Vermerk unverändert.</i>	A	1.611,0		
			B		-445,0	1.166,0
261 01-8	062	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland <i>Vermerk unverändert.</i>	A	7.000,0		
			B		+900,0	7.900,0
281 10-3	062	Umsatzsteuereinnahmen aus Personalgestellungen	A	405,0		
			B		-405,0	0,0
Gesamteinnahmen			A	16.183,3		
			B	-	+50,0	16.233,3
Ausgaben						
Sächliche Verwaltungsausgaben						
546 45-3	062	Umsatzsteuer <i>Vermerk unverändert.</i>	A	1.350,0		
			B		+120,0	1.470,0
Gesamtausgaben			A	177.649,9		
			B	+1.180,0	+120,0	178.949,9

06 15 Landesamt für Finanzen

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025		Betrag der Nachschubliste	Neuer Betrag 2025
			B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Tsd. €		
1	2	3	4		5	6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 109,3 B -	-		109,3
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 16.074,0 B -	+50,0		16.124,0
		Gesamteinnahmen	A 16.183,3 B -	+50,0		16.233,3
		Personalausgaben	A 128.760,1 B +830,0	-		129.590,1
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 27.402,8 B +350,0	+120,0		27.872,8
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 12.561,0 B -	-		12.561,0
		Baumaßnahmen	A 3.600,0 B -	-		3.600,0
		Sonstige Sachinvestitionen	A 5.326,0 B -	-		5.326,0
		Gesamtausgaben	A 177.649,9 B +1.180,0	+120,0		178.949,9
		Zuschuss	A 161.466,6 B 1.180,0	70,0		162.716,6

06 21 Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Titelgruppen			
		<p>60 IT-Dienstleistungszentrum des Freistaates Bayern <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und mit Titeln der TG 71 bei 06 20 und mit Titeln der TG 96 bei 06 21 deckungsfähig und übertragbar.</i> <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 119 60, 129 60 und 261 60.</i> <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die anteilige Mehr- oder Mindereinnahme bei 232 60, soweit diese nicht auf Personalkostenerstattungen beruht.</i> <i>Bei neuen IT-Verfahren der Ressorts, die für eine Überführung an das IT-DLZ vorgesehen sind, und bei wesentlichen Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen bestehender Verfahren können die Titel der TG aus den jeweiligen Ausgabeansätzen der Einzelpläne verstärkt werden.</i> <i>Die Titel der TG sind einseitig verstärkungsfähig zu Lasten von Kap. 05 04 TG 76 in 2024 und 2025 jeweils bis zur Höhe von 10.000,0 Tsd. €.</i> <i>Kommunale Gebietskörperschaften (Gemeinden, Landkreise inkl. Landratsämter und Bezirke) sowie Verwaltungsgemeinschaften dürfen folgende IT-Dienstleistungen des IT-DLZ unentgeltlich nutzen:</i> <ul style="list-style-type: none"> - Bayerische Verwaltungs-PKI, - Virtuelle Poststelle Bayern (VPS), - Elektronischer Identitätsnachweis (eID-Service), - DVDV-Landesserver, - Formulareserver, - BayernPortal und Dienstleistungsportal Bayern, - Gewerbeanzeigen im Netz (GEWAN), - BayernWLAN, - BayernBox, - KI-Anwendungen im Rahmen eines Pilotbetriebs. <i>Die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) darf im übertragenen Wirkungskreis zentrale Infrastruktureinrichtungen des IT-DLZ (wie die Bayerische Verwaltungs-PKI und Virtuelle Poststelle Bayern) unentgeltlich nutzen. Die Bayerische Forschungstiftung darf den Formulareserver unentgeltlich nutzen.</i> <i>Vgl. auch Vermerk bei TG 96.</i></p>			

06 21**Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung****Erläuterungen****Zu 06 21/60**

Durch die kostenfreie Überlassung von KI-Anwendungen sollen im Rahmen eines Pilotbetriebes mit höchstens 50 Teilnehmern Erfahrungen über die Nachnutzungsmöglichkeiten von staatlichen IT-Leistungen durch kommunale Gebietskörperschaften gesammelt werden.

06 21 Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 3.110,0 B -	-	3.110,0
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 1.538,3 B -	-	1.538,3
		Gesamteinnahmen	A 4.648,3 B -	-	4.648,3
		Personalausgaben	A 83.710,9 B -	-	83.710,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 58.096,7 B +587,8	-	58.684,5
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 2.669,0 B -	-	2.669,0
		Baumaßnahmen	A 15.513,5 B -	-	15.513,5
		Sonstige Sachinvestitionen	A 42.373,4 B +10,0	-	42.383,4
		Gesamtausgaben	A 202.363,5 B +597,8	-	202.961,3
		Zuschuss	A 197.715,2 B 597,8		198.313,0

06 50 BayernServer und staatliche Kommunikationsinfrastruktur

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Titel des Kapitels gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Deckungsfähigkeit umfasst auch die Verpflichtungsermächtigungen. Komponenten des elektronischen Rechtsverkehrs und der sicheren elektronischen Kommunikation, welche von externen Dienstleistern im Auftrag des Freistaats Bayern betrieben werden, dürfen von Kommunen und sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts in Bayern genutzt werden. Für neue IT-Verfahren und wesentliche Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen kann aus den Titeln des Kapitels 06 50 die Titelgruppe 60 bei Kapitel 06 04 und 06 21 verstärkt werden.			
		Sonstige Sachinvestitionen			
812 35-9	011	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. € 1.200,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2025 in Höhe von 1.200,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2026 bis 2029 jährlich Tsd. € 300,0</i>	A 2.180,0 B	0,0	2.180,0
		Gesamtausgaben	A 10.956,5 B -	-	10.956,5
		Abschluss			
		Personalausgaben	A 300,0 B -	-	300,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 8.476,5 B -	-	8.476,5
		Sonstige Sachinvestitionen	A 2.180,0 B -	-	2.180,0
		Gesamtausgaben	A 10.956,5 B -	-	10.956,5
		Zuschuss	A 10.956,5		10.956,5

06 50

BayernServer und staatliche Kommunikationsinfrastruktur

Erläuterungen

Zu 06 50/812 35

Die Vorarbeiten für die digitale Umsetzung der Krankenhausdirektabrechnung wurden in 2024 bereits begonnen. Für die Ausschreibung in 2025 wird eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung benötigt.

Epl. 06 Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss Epl. 06			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 404.190,3 B +34.100,0	-	438.290,3
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 150.086,3 B -550,0	-10,0	149.526,3
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A 2.341,9 B -	-	2.341,9
		Gesamteinnahmen	A 556.618,5 B +33.550,0	-10,0	590.158,5
		Personalausgaben	A 2.520.346,6 B +830,0	-	2.521.176,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 476.110,8 B +7.490,0	-389,0	483.211,8
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 81.841,5			
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 32.683,5 B +2.050,0	-	34.733,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 8.125,0			
		Baumaßnahmen	A 106.029,1 B -	-	106.029,1
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 124.400,0			
		Sonstige Sachinvestitionen	A 128.044,0 B +900,0	-	128.944,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 209.837,2			
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 251.110,0 B -	-	251.110,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 600.980,0			
		Besondere Finanzierungsausgaben	A -41.502,8 B -	-	-41.502,8
		Gesamtausgaben	A 3.472.821,2 B +11.270,0	-389,0	3.483.702,2
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 1.025.183,7			
		Zuschuss	A 2.916.202,7		2.893.543,7
		Überschuss	B 22.280,0	379,0	



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 16 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales

Berichterstatter: **Felix Freiherr von Zobel**

Mitberichterstatter: **Andreas Jurca**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 16 03 werden die Ansätze in 2025
 - a) bei Tit. 537 01

von	5.845,5 Tsd. €
um	445,0 Tsd. €
auf	6.290,5 Tsd. €
 - b) bei Tit. 633 01

von	0,0 Tsd. €
um	480,0 Tsd. €
auf	480,0 Tsd. €

sowie
 - c) bei Tit. 686 01

von	3.181,5 Tsd. €
um	510,0 Tsd. €
auf	3.691,5 Tsd. €

erhöht.
2. Bei Kap. 16 04 Tit. 686 01 wird der Ansatz in 2025

von	760,0 Tsd. €
um	180,0 Tsd. €
auf	940,0 Tsd. €

erhöht.
3. Bei Kap. 16 05 werden die Ansätze in 2025
 - a) bei Tit. 547 01

von	698,0 Tsd. €
um	50,0 Tsd. €
auf	748,0 Tsd. €

- b) bei Tit. 686 04
von 715,0 Tsd. €
um 170,0 Tsd. €
auf 885,0 Tsd. €
sowie
- c) bei Tit. 686 05
von 1.000,0 Tsd. €
um 250,0 Tsd. €
auf 1.250,0 Tsd. €
erhöht.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Schutz vor Hochwasser und Starkregen mit Digitalem Zwilling - Teilprojekt Programmierung (Kap. 16 03 Tit. 537 01) Drs. 19/4912
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Modellprojekt KI-gestütztes Starkregen- und Hochwasserfrühwarnsystem (Kap. 16 03 Tit. 686 01) Drs. 19/4913
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Digitalkompetenz in der Verwaltungsbildung fördern (Kap. 16 04 Tit. 686 01) Drs. 19/4914
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Studie zum Games-Standort Bayern (Kap. 16 05 Tit. 547 01) Drs. 19/4915

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. CSU
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: E-Sports Roadshow
(Kap. 16 05 Tit. 686 04)
Drs. 19/4916
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung für Bayerische XR-Plattform
(Kap. 16 05 Tit. 686 05)
Drs. 19/4917
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Einsatz Künstlicher Intelligenz in Bayerischen Landkreisen - KI-Strategie und Pilot-Implementierung
(Kap. 16 03 Tit. 633 01)
Drs. 19/4987

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Für eine smarte Landesplanung: Einführung eines Digitalen Zwillings für Bayern
(Kap. 16 03 Tit. 686 02)
Drs. 19/4905
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Forschungsauftrag über Desinformation und extremistische Radikalisierungsprozesse und Netzwerke auf Kommunikations- und Gaming-Plattformen und Subkulturen im Internet
(Kap 16 03 neuer Tit.)
Drs. 19/4906
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten
(Kap. 16 01 Tit. 511 99)
Drs. 19/4907

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Sparsames Digitalministerium I - Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume
(Kap. 16 01 Tit. 518 01)
Drs. 19/4908
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Sparsames Digitalministerium II - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen
(Kap. 16 01 Tit. 812 01)
Drs. 19/4909
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschüsse für die bayerische Digitalagentur
(Kap. 16 03 Tit. 685 01)
Drs. 19/4910
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zukunftsaenda Digital
(Kap. 16 03 Tit. 686 02)
Drs. 19/4911

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 52. Sitzung am 25. Februar 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention

Berichterstatter: **Harald Kühn**
Mitberichterstatter: **Andreas Winhart**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 14 03 werden die Ansätze in 2025
 - a) bei Tit. 686 64

von	2.860,0 Tsd. €
um	10,0 Tsd. €
auf	2.870,0 Tsd. €
 - b) bei Tit. 633 66

von	2.460,0 Tsd. €
um	115,0 Tsd. €
auf	2.575,0 Tsd. €
 - c) bei Tit. 633 75

von	0,0 Tsd. €
um	400,0 Tsd. €
auf	400,0 Tsd. €
 - d) bei Tit. 686 97

von	3.000,0 Tsd. €
um	200,0 Tsd. €
auf	3.200,0 Tsd. €

erhöht sowie
 - e) ein neuer Titel 893 01 „Zuschüsse an das Klinikum Dachau für außerplanmäßige medizinische Beschaffungen“ ausgebracht und mit 500,0 Tsd. Euro dotiert und
 - f) ein neuer Titel 686 05 „Zuschüsse und sonstige Ausgaben für die Übernahme von Studiengebühren für ein Medizinstudium im EU-Ausland“ ausgebracht und mit 2.400,0 Tsd. Euro dotiert und folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel sind übertragbar. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 686 65. Die Deckungsfähigkeit umfasst auch die Verpflichtungsermächtigungen. Die Erläuterungen sind verbindlich.“ Die Erläuterungen werden wie folgt gefasst: „Ziel ist es, in den nächsten Jahren bis zu 100 Medizinstudierende, die ihr Studium in einem Studiengang der Humanmedizin an einer Universität im EU-Ausland abgeschlossen haben, für eine

fachärztliche Tätigkeit im ländlichen Raum in Bayern zu gewinnen. Mit den veranschlagten Mitteln soll daher ab dem Wintersemester 2025/2026 eine Förderung zur Übernahme von Studiengebühren in Höhe von bis zu 10,0 Tsd. Euro pro Semester für längstens 12 Semester gewährt werden. Die Förderung können Studierende beanspruchen, die eine Studienplatz-zusage von einer der Vorgaben aus Nr. 2 der Richtlinie über die Vergabe von Stipendien zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum in Bayern (Medizinstipendienrichtlinie – MedStipR) erfüllenden ausländischen Universität erhalten haben. Voraussetzung der Förderung ist der Beginn des Medizinstudiums ab dem Wintersemester 2025/2026 sowie die Vorlage einer Immatrikulationsbescheinigung. Die Studierenden haben sich zu verpflichten, eine fachärztliche Weiterbildung innerhalb von sechs Monaten nach erfolgreichem Abschluss des Studiums in Bayern aufzunehmen und erfolgreich zu absolvieren und anschließend innerhalb von sechs Monaten für die Dauer von mindestens fünf Jahren eine fachärztliche Tätigkeit im ländlichen Raum in Bayern auszuüben. Zum Antragsverfahren, zur Rückzahlung der Zuwendung und zum Nachweis der Verwendung gelten die Regelungen der MedStipR entsprechend. Die Bewilligung der Förderung erfolgt bei Vorliegen der Voraussetzungen nach der zeitlichen Reihenfolge des Antragseingangs. Die Auszahlung erfolgt halbjährlich nach Vorlage der aktuellen Immatrikulationsbescheinigung. Ausgeschlossen von der Förderung sind Studierende, die eine anderweitige studienbezogene Förderung erhalten und sich im Rahmen dieser Förderung zu einer ärztlichen Tätigkeit im ländlichen Raum Bayerns nach ihrer Facharztweiterbildung verpflichtet haben. Während des Förderzeitraums können die Studierenden keine weitere Förderung des Freistaates Bayern (insbesondere nach der MedStipR) erhalten. Mit den zur Verfügung stehenden Ausgabemitteln können Bescheide mit einer Laufzeit von sechs Jahren erlassen werden.“

2. Bei Kap. 14 04 werden die Ansätze in 2025
 - a) bei Tit. 684 57

von	2.878,5 Tsd. €
um	150,0 Tsd. €
auf	3.028,5 Tsd. €
 - b) bei Tit. 893 67

von	200,0 Tsd. €
um	690,0 Tsd. €
auf	890,0 Tsd. €
 - c) bei Tit. 893 69

von	300,0 Tsd. €
um	200,0 Tsd. €
auf	500,0 Tsd. €
 - d) bei Tit. 684 70

von	7.758,1 Tsd. €
um	280,0 Tsd. €
auf	8.038,1 Tsd. €
 - e) bei Tit. 893 70

von	0,0 Tsd. €
um	345,0 Tsd. €
auf	345,0 Tsd. €
 - f) bei Tit. 684 75

von	250,0 Tsd. €
um	115,0 Tsd. €
auf	365,0 Tsd. €

- g) bei Tit. 633 86
von 15.100,0 Tsd. €
um 200,0 Tsd. €
auf 15.300,0 Tsd. €
erhöht sowie
- h) ein neuer Titel 893 01 „Bauliche Ertüchtigung Caritaszentrum Dillingen“
ausgebracht und mit 70,0 Tsd. Euro dotiert und
- i) ein neuer Titel 893 02 „Errichtung Tagespflege Ökumenische Sozialstation
im Landkreis Dillingen e. V.“ ausgebracht und mit 150,0 Tsd. Euro dotiert
und
- j) bei Titel 883 86 folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Bei diesem
Titel sind insbesondere die Ausgaben für die zweckgebunden zu bewilligende
Zuwendung für Erwerb und Ausbau des Pfarrhofs im Ortsteil Hausen der
Gemeinde Salgen in Höhe von bis zu 360,0 Tsd. Euro nachzuweisen.“
3. Bei Kap. 14 05 werden die Ansätze
in 2025
- a) bei Tit. 684 53
von 0,0 Tsd. €
um 100,0 Tsd. €
auf 100,0 Tsd. €
- b) bei Tit. 684 60
von 8.365,7 Tsd. €
um 40,0 Tsd. €
auf 8.405,7 Tsd. €
- c) bei Tit. 684 62
von 450,0 Tsd. €
um 50,0 Tsd. €
auf 500,0 Tsd. €
- d) bei Tit. 892 62
von 0,0 Tsd. €
um 50,0 Tsd. €
auf 50,0 Tsd. €
- e) bei Tit. 547 70
von 0,0 Tsd. €
um 45,0 Tsd. €
auf 45,0 Tsd. €
sowie
- f) bei Tit. 686 70
von 330,0 Tsd. €
um 10,0 Tsd. €
auf 340,0 Tsd. €
erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 14 03, Kap. 14 04
und Kap. 14 05 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert
(Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund
der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen
Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungs-
ermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung
des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Systematische Analyse von MD-Urteilen mittels MD-Tracker und Speak2gether-Sprachverständigung
(Kap. 14 03 Tit. 633 75)
Drs. 19/4934
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung von Maßnahmen zur verstärkten Sensibilisierung und Vernetzung zu "Young Carers"
(Kap. 14 04 Tit. 684 57)
Drs. 19/4935
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung von psychosozialen Maßnahmen
(Kap. 14 05 Tit. 684 62)
Drs. 19/4936
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung tiergestützter Therapie
(Kap. 14 05 Tit. 892 62)
Drs. 19/4937
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Interventionskonzept zur Stärkung der Gesundheitskompetenz im Setting Kita
(Kap. 14 03 Tit. 633 66)
Drs. 19/4938
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Verein "Hilfreiche Medizin für alle": Unterstützung für TCM-Projekt
(Kap. 14 03 Tit. 686 64)
Drs. 19/4940

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Virtuelles Kinderkrankenhaus
(Kap. 14 03 Tit. 686 97)
Drs. 19/4941
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Tremor-Therapie für Parkinson-Patientinnen und Patienten
(Kap. 14 03 neuer Tit. 893 01)
Drs. 19/4942
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kinderhospizarbeit
(Kap. 14 04 Tit. 893 67)
Drs. 19/4943
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Versorgungsplattform Kronach
(Kap. 14 04 Tit. 633 86)
Drs. 19/4944
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Modellprojekte zum Bürokratieabbau in der stationären und ambulanten Pflege
(Kap. 14 04 Tit. 684 70)
Drs. 19/4945
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Modellprojekt und Unterstützung für frontotemporale Demenz
(Kap. 14 04 Tit. 684 75)
Drs. 19/4946

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Akademie Barbara Stamm
(Kap. 14 04 Tit. 893 70)
Drs. 19/4947
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Caritaszentrum Dillingen
(Kap. 14 04 neuer Tit. 893 01)
Drs. 19/4948
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Tagespflege Ökumenische Sozialstation im Landkreis Dillingen e.V.
(Kap. 14 04 neuer Tit. 893 02)
Drs. 19/4949
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Hepatitis eliminieren
(Kap. 14 05 Tit. 684 53)
Drs. 19/4950
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Konzeption einer Wanderausstellung zum Thema „Homöopathie“
(Kap. 14 05 Tit. 686 70)
Drs. 19/4951
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Ernährung und Gesundheitsförderung für Post-COVID Patienten
(Kap. 14 05 Tit. 547 70)
Drs. 19/4952

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Gestaltung von Pflege und Betreuung im sozialen Nahraum, Initiative 2024
(Kap. 14 04 Tit. 883 86)
Drs. 19/4986
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Palliativ- und Hospizversorgung
(Kap. 14 04 Tit. 893 69)
Drs. 19/4995
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Übernahme von Studiengebühren für ein Medizinstudium im EU-Ausland
(Kap. 14 03 neuer Tit. 686 05)
Drs. 19/5183
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Mädchenberatung im Rahmen des „Nürnberger Modells“
(Kap. 14 05 Tit. 684 60)
Drs. 19/5184

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit in Krankenhäusern
(Kap. 14 03 TG 77)
Drs. 19/4918
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – flächendeckender Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 14 04 Tit. 633 57)
Drs. 19/4919

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - Praxisanleitung in der akademischen Pflegeausbildung finanzieren
(Kap. 14 04 TG 72 - 73)
Drs. 19/4920
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - Ersatzneubau von Pflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 19/4921
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „Pflegesonah“
(Kap. 14 04 Tit. TG 86)
Drs. 19/4922
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Modernisierung von Pflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 19/4923
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - Rückkehrbonus für Pflegekräfte
(Kap. 14 04 neue TG)
Drs. 19/4924
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur - Beteiligung der Selbsthilfe an der Psychiatrieplanung
(Kap. 14 05 TG Tit. 686 63)
Drs. 19/4925
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Keine Umschichtung von Personalmitteln aus dem Gesundheitsministerium in die Staatskanzlei
(Kap. 14 01 Tit. 422 01 und 428 01)
Drs. 19/4926

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung von Maßnahmen der Suchtprävention bei der Beratungsstelle INCA
(Kap. 14 05 Tit. 684 60)
Drs. 19/4927
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kontrolleinheit für Cannabis-Anbauvereinigungen
(Kap. 14 23 TG 64)
Drs. 19/4928
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Finanzielle Sicherheit für die häusliche Pflege und ambulante Pflege
(Kap. 14 04 neue TG)
Drs. 19/4929
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Finanzielle Sicherheit für Krankenhäuser
(Kap. 14 02 neue TG)
Drs. 19/4930
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Verbesserung der IT-Sicherheit in bayerischen Krankenhäusern
(Kap. 14 02 neue TG)
Drs. 19/4931
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Unterstützungsfonds für die Beerdigungskosten verstorbener Kinder
(Kap. 14 02 neue TG)
Drs. 19/4932
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schutz und Unterstützung des bayerischen Pflegepersonals
(Kap. 14 02 neuer Tit.)
Drs. 19/4933

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 53. Sitzung am 26. Februar 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: Ablehnungmit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 2 zu 14/12/19-H 1108.14-1/43

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Nachtragshaushalt 2025

zum

Entwurf des Einzelplans 14

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit,
Pflege und Prävention

14 03 Gesundheitsversorgung

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A	Betrag der Nachschubliste	Neuer Betrag 2025
			B		
			vorlage (+/-)		
			Tsd. €		Tsd. €
1	2	3	4	5	6
Einnahmen					
Titelgruppen					
<u>336 80-3</u>	312	80 Einnahmen aus dem Transformationsfonds des Bundes Zuweisungen aus dem Transformationsfonds gemäß § 12b KHG <i>Vgl. Vermerk zu TG 80 (Ausgaben).</i> <i>Rückzahlungen an den Bund dürfen von der Einnahme abge- setzt werden.</i>	A B	0,0	---
Summe der Titelgruppe			A B	- -	- -
<u>231 83-6</u>	312	83 - 84 Abwicklung Härtefallfonds Bayern - Ausgleichszah- lungen an Krankenhäuser für Sachkostensteigerungen so- wie nach § 26f KHG Zuweisungen des Bundes für Ausgleichszahlungen gemäß § 26f KHG <i>Vgl. Vermerk zu 682 83.</i> <i>Rückzahlungen an den Bund dürfen von der Einnahme abge- setzt werden.</i>	A B	0,0	---
Summe der Titelgruppe			A B	- -	- -
Gesamteinnahmen			A B	1.079,4 -	- 1.079,4
Ausgaben					
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen					
<u>684 01-7</u>	312	Abwicklung Härtefallfonds Bayern - Ausgleichszahlungen an Einrichtungen der Vorsorge und Rehabilitation <i>Rückzahlungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>	A B	0,0	---
Titelgruppen					
<u>428 79-5</u>	314	79 Förderprogramm kleinere Krankenhäuser, Verbesse- rung der Rahmenbedingungen im Krankenhausbereich <i>Titel der TG 79 gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i> <i>Titel der TG 79 einseitig deckungsfähig zu Gunsten TG 80.</i> <i>Die Deckungsfähigkeit umfasst auch die Verpflichtungser- mächtigungen.</i> Entgelte der Arbeitnehmer	A B	400,0 0,0	400,0 400,0
Summe der Titelgruppe			A B	15.000,0 -	- 15.000,0

14 03

Gesundheitsversorgung

Erläuterungen

Zu 14 03/80 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterung zu TG 80 (Ausgaben).

Zu 14 03/83 - 84 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterung zu TG 83 - 84 (Ausgaben).

Zu 14 03/684 01

Der Leertitel dient der Abwicklung der in den Vorjahren bei Kap. 13 23 Tit. 684 86 eingegangenen Verpflichtungen.

Zu 14 03/79

Aus den Mitteln können auch Projekte kofinanziert werden, die mit Mitteln aus dem Transformationsfonds gemäß § 12b KHG gefördert werden.

14 03 Gesundheitsversorgung

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A B vorlage (+/-) Tsd. €	B Regierungs- Betrag 2025 Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
		80 Förderungen aus dem Transformationsfonds gemäß § 12b KHG <i>Titel der TG 80 gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Titel der TG 80 einseitig deckungsfähig zu Lasten TG 79. Die Deckungsfähigkeit umfasst auch die Verpflichtungsermächtigungen. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 336 80.</i>				
<u>661 80-8</u>	312	Schuldendiensthilfen an kommunale Krankenhäuser	A B		0,0	---
<u>663 80-6</u>	312	Schuldendiensthilfen an freigemeinnützige und private Krankenhäuser	A B		0,0	---
<u>682 80-3</u>	312	Zuschüsse und Zuweisungen an kommunale Krankenhäuser	A B		0,0	---
<u>684 80-1</u>	312	Zuschüsse an freigemeinnützige und private Krankenhäuser	A B		0,0	---
<u>891 80-0</u>	312	Zuschüsse und Zuweisungen an kommunale Krankenhäuser für Investitionen	A B		0,0	---
<u>893 80-8</u>	312	Zuschüsse an freigemeinnützige und private Krankenhäuser für Investitionen	A B		0,0	---
		Summe der Titelgruppe	A B	- -	- -	- -
		83 - 84 Abwicklung Härtefallfonds Bayern - Ausgleichszahlungen an Krankenhäuser für Sachkostensteigerungen sowie nach § 26f KHG <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 682 83. Rückzahlungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>				
<u>428 84-8</u>	312	Entgelte der Arbeitnehmer	A B		0,0	---
<u>547 83-5</u>	312	Fachbezogene Sachausgaben zur Umsetzung der Ausgleichszahlungen nach § 26f KHG	A B		0,0	---
<u>682 83-0</u>	312	Ausgleichszahlungen an kommunale, freigemeinnützige und private Krankenhäuser nach § 26f KHG <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei 231 83.</i>	A B		0,0	---
<u>682 84-9</u>	312	Ausgleichszahlungen an kommunale, freigemeinnützige und private Krankenhäuser für Sachkostensteigerungen	A B		0,0	---
		Summe der Titelgruppe	A B	- -	- -	- -
		Gesamtausgaben	A B	99.315,2 -110,0	- -	99.205,2

Erläuterungen

Zu 14 03/80

Aus dem mit Art. 2 Nr. 5 des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes beim Bundesamt für Soziale Sicherung errichteten Transformationsfonds können die Länder für bestimmte Vorhaben zur Anpassung der Strukturen in der Krankenhausversorgung an die durch das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz vom 5. Dezember 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 400) bewirkten Rechtsänderung Fördermittel beantragen. Vorausgesetzt wird eine Kofinanzierung durch das jeweilige Land. Die Titelgruppe dient der Verausgabung der Bundesmittel für Projekte, die über das Förderprogramm zur Unterstützung kleinerer Krankenhäuser und zum Erhalt von Gesundheitsversorgungsstrukturen im ländlichen Raum kofinanziert werden.

Zu 14 03/83 - 84

Die Leertitelgruppe dient der Abwicklung der in den Vorjahren bei Kap. 13 23 TG 83 - 84 eingegangenen Verpflichtungen.

14 03 Gesundheitsversorgung

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 1.079,4 B -	-	1.079,4
		Gesamteinnahmen	A 1.079,4 B -	-	1.079,4
		Personalausgaben	A 1.760,2 B -	-	1.760,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 1.770,4 B -	-	1.770,4
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 68.521,1 B +4.890,0	-	73.411,1
		Sonstige Sachinvestitionen	A 163,5 B -	-	163,5
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 27.100,0 B -5.000,0	-	22.100,0
		Gesamtausgaben	A 99.315,2 B -110,0	-	99.205,2
		Zuschuss	A 98.235,8		98.125,8
		Überschuss	B 110,0		

14 04 Pflege und Hospiz

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
<u>684 03-3</u>	235	Abwicklung Härtefallfonds Bayern - Ausgleichszahlungen für Pflegeeinrichtungen <i>Rückzahlungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>	A B	0,0	---
		Gesamtausgaben	A 649.818,8 B -350.000,0	-	299.818,8
		Abschluss			
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 15.407,0 B -1.000,0	-	14.407,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 569.911,8 B -349.000,0	-	220.911,8
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 64.500,0 B -	-	64.500,0
		Gesamtausgaben	A 649.818,8 B -350.000,0	-	299.818,8
		Zuschuss	A 649.818,8		299.818,8
		Überschuss	B 350.000,0		

Erläuterungen

Zu 14 04/684 03

Der Leertitel dient der Abwicklung der in den Vorjahren bei Kap. 13 23 Tit. 684 85 eingegangenen Verpflichtungen.

14 05 Prävention und Gesundheitsschutz

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
Einnahmen					
Titelgruppen					
56 Technische Modernisierung der Gesundheitsverwaltung					
<i>Vermerk unverändert.</i>					
232 56-3	314	Erstattungen der Länder	A B	0,0	---
Summe der Titelgruppe					
A -					
B -					
66 Bayerisches Logistikzentrum Gesundheitssicherheit (BLZG)					
<i>Vermerk unverändert.</i>					
132 66-2	314	Einnahmen aus Veräußerungen	A B	0,0	---
<i>Vermerk unverändert.</i>					
Summe der Titelgruppe					
A -					
B -					
Gesamteinnahmen					
A -					
B +20,0					
Ausgaben					
56 Technische Modernisierung der Gesundheitsverwaltung					
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>					
<i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten TG 58.</i>					
<i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahmen bei 231 56, 232 56 und 236 56.</i>					
<i>Für neue IT-Verfahren und wesentliche Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen kann aus den Titeln der TG bei den Kapiteln 06 04 und 06 21 die TG 60 verstärkt werden.</i>					
428 56-7	314	Entgelte der Arbeitnehmer	A B	0,0	---
Summe der Titelgruppe					
A 300,0					
B -					
66 Bayerisches Logistikzentrum Gesundheitssicherheit (BLZG)					
<i>Vermerk unverändert.</i>					
514 66-0	314	Verbrauchsmaterial, Beschaffung und Bevorratung von Medikamenten und Impfstoffen, Haltung von Dienstfahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung	A B	0,0	3.500,0
<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. € 13.000,0</i>					
<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2025 in Höhe von 13.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>					
<i>2026 bis 2028 jährlich Tsd. € 3.500,0</i>					
<i>2029 Tsd. € 2.500,0</i>					

14 05

Prävention und Gesundheitsschutz

Erläuterungen

Zu 14 05/232 56

Leertitel zur Vereinnahmung von Finanzierungsbeiträgen der Länder.

Zu 14 05/66 (Einnahmen und Ausgaben)

Mit Ministerratsbeschluss vom 13. Januar 2025 wurde das Pandemiezentallager in Bayerisches Logistikzentrum Gesundheitssicherheit (BLZG) umbenannt.

Zu 14 05/514 66

Zum Abschluss der Verträge zur Umsetzung des Vorhaltekonzpts sind zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.

14 05 Prävention und Gesundheitsschutz

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A B	Bisheriger Betrag 2025 Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3		4	5	6
518 66-6	314	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume, Maschinen und Geräte sowie Leasing von Dienstfahrzeugen <i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. € 17.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2025 in Höhe von 17.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2026 bis 2029 jährlich Tsd. € 3.500,0</i> <i>2030 Tsd. € 3.000,0</i>	A B	5.000,0 +0,0	0,0	5.000,0
		Summe der Titelgruppe	A B	10.000,0 -	-	10.000,0
		95 - 98 Abwicklung Sonderfonds Corona-Pandemie im Bereich Gesundheit und Pflege <i>Vermerk unverändert.</i>				
518 96-0	314	Mieten und Pachten (einschl. Nebenkosten) für Grundstücke, Gebäude und Räume	A B	* * * -	0,0	---
		Summe der Titelgruppe	A B	- -	-	-
		Gesamtausgaben	A B	84.082,5 +8.156,5	-	92.239,0
		Abschluss				
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	- +20,0	-	20,0
		Gesamteinnahmen	A B	- +20,0	-	20,0
		Personalausgaben	A B	1.254,9 +8.126,5	-	9.381,4
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	29.362,7 +30,0	-	29.392,7
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	52.964,9 -	-	52.964,9
		Sonstige Sachinvestitionen	A B	500,0 -	-	500,0
		Gesamtausgaben	A B	84.082,5 +8.156,5	-	92.239,0
		Zuschuss	A B	84.082,5 8.136,5		92.219,0

Erläuterungen

Zu 14 05/518 66

Zum Abschluss des Mietvertrags für ein geeignetes Logistiklager sind zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.

Zu 14 05/518 96

Es fallen noch Zahlungen für Nebenkostenabrechnungen an.

Epl. 14 Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss Epl. 14			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 2.913,2 B -	-	2.913,2
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 12.570,9 B +20,0	-	12.590,9
		Gesamteinnahmen	A 15.484,1 B +20,0	-	15.504,1
		Personalausgaben	A 146.937,2 B +7.695,6	-	154.632,8
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 70.828,0 B -58,0	-	70.770,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 55.057,5			
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 692.723,4 B -344.110,0	-	348.613,4
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 93.895,1			
		Baumaßnahmen	A 500,0 B -	-	500,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 1.000,0			
		Sonstige Sachinvestitionen	A 5.001,4 B +688,0	-	5.689,4
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 700,0			
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 91.600,0 B -5.000,0	-	86.600,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 95.050,0			
		Besondere Finanzierungsausgaben	A -38.566,0 B -	-	-38.566,0
		Gesamtausgaben	A 969.024,0 B -340.784,4	-	628.239,6
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 245.702,6			
		Zuschuss	A 953.539,9		612.735,5
		Überschuss	B 340.804,4		



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

Berichterstatter: **Maximilian Bötl**
Mitberichterstatter: **Harry Scheuenstuhl**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 04 01 Tit. 531 11 wird der Ansatz in 2025
von 350,0 Tsd. €
um 50,0 Tsd. €
auf 400,0 Tsd. €
erhöht.
2. Bei Kap. 04 02 Tit. 534 01 wird der Ansatz in 2025
von 200,0 Tsd. €
um 300,0 Tsd. €
auf 500,0 Tsd. €
erhöht.
3. Bei Kap. 04 04 werden die Ansätze in 2025
 - a) bei Tit. 525 01
von 4.230,0 Tsd. €
um 100,0 Tsd. €
auf 4.330,0 Tsd. €
 - b) bei Tit. 533 08
von 0,0 Tsd. €
um 80,0 Tsd. €
auf 80,0 Tsd. €
 - c) bei Tit. 686 03
von 10.911,0 Tsd. €
um 200,0 Tsd. €
auf 11.111,0 Tsd. €
sowie

- d) bei Tit. 812 33
von 20,0 Tsd. €
um 100,0 Tsd. €
auf 120,0 Tsd. €
erhöht.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Präventionskampagne gegen Cybermobbing
(Kap. 04 01 Tit. 531 11)
Drs. 19/4964
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Nachwuchsgewinnung in der bayerischen Justiz
(Kap. 04 02 Tit. 534 01)
Drs. 19/4965
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zusätzliche Fortbildungsmittel für die Bewährungshilfe
(Kap. 04 04 Tit. 525 01)
Drs. 19/4966
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zusätzliche Fortbildungsmittel für Schöffinnen und Schöffen
(Kap. 04 04 Tit. 533 08)
Drs. 19/4967

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Psychotherapeutischen Fachambulanzen
(Kap. 04 04 Tit. 686 03)
Drs. 19/4968
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Weitere Verbesserung der Ausbildungsbedingungen an der Bayerischen Justizakademie in Pegnitz
(Kap. 04 04 Tit. 812 33)
Drs. 19/4969

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Mittel für die Finanzierung der Stellenhebung von 246 Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern von BesGr. A 8 nach BesGr. A 9
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/4953
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bewährungshilfe stärken I - Personalnotstand beheben, Eingangsamts A 11 einführen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/4954
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bewährungshilfe stärken II - Mittel für Qualitätsentwicklungsprozess
(Kap. 04 04 Tit. 533 02)
Drs. 19/4955
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Konsequenzen aus den Vorkommissen in der JVA Augsburg-Gablingen - Mittel für die Finanzierung von 226 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in den Justizvollzugsanstalten in Bayern für einen guten Behandlungsvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 19/4956

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Aufbau einer Landesantidiskriminierungsstelle
(Kap. 04 01 neue TG)
Drs. 19/4957
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Psychiatrisches und psychotherapeutisches Personal in den Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 428 21)
Drs. 19/4958
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schulungen für den Umgang mit psychotischen Gefangenen
(Kap. 04 05 Tit. 525 01)
Drs. 19/4959
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zusätzliche psychiatrische Station für die Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 neuer Tit.)
Drs. 19/4960
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: IT-Ausstattung der Gerichte und der Justizverwaltung verbessern
(Kap. 04 04 Tit. 511 99)
Drs. 19/4961
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Aus- und Fortbildung der Beamten (Richter) und Arbeitnehmer
(Kap. 04 04 Tit. 525 01)
Drs. 19/4962
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: 200 neue Stellen in den Justizvollzugsanstalten - Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 19/4963

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 54. Sitzung am 26. Februar 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: Ablehnungmit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Berichterstatter: **Bernhard Pohl**

Mitberichterstatter: **Claudia Köhler**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 07 03 werden die Ansätze in 2025
 - a) bei Tit. 686 52
von 12.000,0 Tsd. €
um 40,0 Tsd. €
auf 12.040,0 Tsd. €
 - b) bei Tit. 685 55
von 1.400,0 Tsd. €
um 50,0 Tsd. €
auf 1.450,0 Tsd. €
 - c) bei Tit. 685 78
von 590,0 Tsd. €
um 290,0 Tsd. €
auf 880,0 Tsd. €
sowie
 - d) bei Tit. 894 78
von 0,0 Tsd. €
um 50,0 Tsd. €
auf 50,0 Tsd. €
erhöht.
2. Bei Kapitel 07 04 wird ein neuer Titel 547 03 „Sachausgaben im Rahmen des Zukunftskonzepts „Via Carolina 2040““ ausgebracht und mit 600,0 Tsd. Euro dotiert.
3. Bei Kap. 07 05 werden die Ansätze in 2025
 - a) bei Tit. 686 75
von 4.000,0 Tsd. €
um 50,0 Tsd. €
auf 4.050,0 Tsd. €

- b) bei Tit. 633 78
von 210,0 Tsd. €
um 20,0 Tsd. €
auf 230,0 Tsd. €
- c) bei Tit. 686 79
von 10.040,7 Tsd. €
um 90,0 Tsd. €
auf 10.130,7 Tsd. €
erhöht sowie folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel werden als Förderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO ohne Anwendung von Förderrichtlinien bewilligt“ und
- d) es wird ein neuer Titel 892 76 „Zuschüsse zur Anschaffung von Nutzfahrzeugen mit Wasserstoffantrieb in Bayern“ ausgebracht und mit 350,0 Tsd. Euro dotiert.
4. Bei Kap. 07 07 Tit. 893 85 wird der Ansatz in 2025
von 0,0 Tsd. €
um 10,0 Tsd. €
auf 10,0 Tsd. €
erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 07 02, Kap. 07 03, Kap. 07 05, Kap. 07 07 und Kap. 07 09 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Forschungszentrum Kekutex in Rehau - Unterstützung beim Aufbau eines Labornetzwerks
(Kap. 07 03 Tit. 685 55)
Drs. 19/5222
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Stärkung des Müllerberufs mit Virtual-Reality-Brille
(Kap. 07 03 Tit. 686 52)
Drs. 19/5223

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: CommAwards von CommClubs Bayern e.V.
(Kap. 07 03 Tit. 894 78)
Drs. 19/5224
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Geschichtspark Bärnau-Tachau - Naturdorf Bärnau Förderung für Verein Via Carolina e.V.
(Kap. 07 04 neuer Tit. 547 03)
Drs. 19/5225
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: KLIMA³ Klima- und Energieagentur der Landkreise Fürstentum Bruck, Starnberg und Landsberg am Lech gGmbH
(Kap. 07 05 Tit. 633 78)
Drs. 19/5226
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Unterstützung der „Lernwerkstatt Natur“ des Jagd- und Naturschutz-Vereins Altötting
(Kap. 07 07 Tit. 893 85)
Drs. 19/5227
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kultur- und Kreativwirtschaft im Oberallgäu
(Kap. 07 03 Tit. 685 78)
Drs. 19/5237
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Reallabor Energieversorgung vor Ort
(Kap. 07 05 Tit. 686 75)
Drs. 19/5238

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Machbarkeitsstudie Vernetzung Wirtschaftsförderung (Kap. 07 05 Tit. 686 79) Drs. 19/5239
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Nutzfahrzeuge mit Wasserstoffantrieb auf die Straße bringen (Kap. 07 05 neuer Tit. 892 76) Drs. 19/5240

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Nachrüstung Energiespeicher und Energiemanagementsysteme (Kap. 07 05 neuer Tit.) Drs. 19/5210
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Bürgerschaftsprogramm Geothermie (Kap. 07 05 neuer Tit.) Drs. 19/5211
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Kommunalkredite für Nahwärmenetze (Kap. 07 05 neuer Tit.) Drs. 19/5212
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Bayerische Automobilwirtschaft stärken I – F&E-Förderung für Fahrzeugdigitalisierung und Autonomes Fahren ausbauen (Kap. 07 02 Tit. 683 57) Drs. 19/5213
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Bayerische Automobilwirtschaft stärken II – Neue F&E-Förderung für Batterietechnologie aufsetzen (Kap. 07 02 Tit. 683 60) Drs. 19/5214

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bayerische Automobilwirtschaft stärken III – Neue Qualifizierungsoffensive für die Fachkräfte der digitalen Zukunft starten
(Kap. 07 02 Tit. 686 85)
Drs. 19/5215
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bayerische Automobilwirtschaft stärken IV – Neue Investitionsoffensive beim Ausbau der E-Ladeinfrastruktur für PKW und LKW in Bayern starten
(Kap. 07 03 Tit. 892 98)
Drs. 19/5216
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Handwerk und Mittelstand stärken – Digitalbonus ausweiten
(Kap. 07 03 Tit. 683 01)
Drs. 19/5217
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zukunft gemeinsam gestalten: Regionale Transformationsnetzwerke für Bayerns Wirtschaft
(Kap. 07 03 Tit. 685 65)
Drs. 19/5218
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Keine Kürzungen an Bayerns industrieller Zukunft: Klimaneutralität in der Industrie und strategische Autonomie bei Halbleitern weiter fördern
(Kap. 07 03 Tit. 892 01)
Drs. 19/5219
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung von Raumfahrttechnologien - Verteilung der Mittel einer Verpflichtungsermächtigung auf die Haushaltsjahre 2025 mit 2028
(Kap. 07 03 Tit. 893 79)
Drs. 19/5220
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Mehr finanzielle Unterstützung und Risikoabsicherung für Geothermieprojekte
(Kap. 07 05 Tit. 894 76)
Drs. 19/5221

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschüsse an private Unternehmen zur Dekarbonisierung in der Industrie und auf Basis des European Chips Act
(Kap. 07 03 Tit. 892 01)
Drs. 19/5228
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen zur Förderung der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
(Kap. 07 03 Tit. 892 98)
Drs. 19/5229
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschüsse an private Unternehmen zum Ausbau der bayerischen Halbleiterindustrie auf Basis des European Chips Act
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 19/5230
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des TCTF-Förderprogrammes
(Kap. 07 04 Tit. 892 01)
Drs. 19/5231
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung von Maßnahmen im Energiebereich
(Kap. 07 05 TG 73 - 78)
Drs. 19/5232
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionszuschüsse zur Wiederinbetriebnahme der Kernkraftwerke Gundremmingen C und Isar
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 19/5233
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionszuschüsse zum Bau neuer Gaskraftwerke
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 19/5234

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionszuschüsse zum Bau neuer Kleinwasserkraftwerke
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 19/5235
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionszuschüsse für das Programm "Biogas ans Netz"
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 19/5236

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 55. Sitzung am 10. März 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 2 zu – 15/13/14/16/18 – H 1108.9-1/38/1

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Nachtragshaushalt 2025

zum

Entwurf des Einzelplans 07

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft,
Landesentwicklung und Energie

07 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 07

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Sächliche Verwaltungsausgaben			
546 45-9	011	Umsatzsteuer <i>Vermerk unverändert.</i>	A 300,0 B	+200,0	500,0
		Gesamtausgaben	A -25.160,1 B +33.700,0	+200,0	8.739,9
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 9.800,0 B -	-	9.800,0
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 10,0 B -	-	10,0
		Gesamteinnahmen	A 9.810,0 B -	-	9.810,0
		Personalausgaben	A 44.594,2 B -	-	44.594,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 874,2 B -	+200,0	1.074,2
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 64.632,0 B -	-	64.632,0
		Baumaßnahmen	A 105,0 B -	-	105,0
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 35.368,0 B -	-	35.368,0
		Besondere Finanzierungsausgaben	A -170.733,5 B +33.700,0	-	-137.033,5
		Gesamtausgaben	A -25.160,1 B +33.700,0	+200,0	8.739,9
		Zuschuss	B 33.700,0	200,0	
		Überschuss	A 34.970,1		1.070,1

07 02

Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 07

Erläuterungen

Zu 07 02/546 45

Mehr 200,0 Tsd. € zur Anpassung an die Ist-Ausgaben. Im Geschäftsbereich des StMWi werden umsatzsteuerpflichtige Leistungen durch das Landesamt für Maß und Gewicht erbracht. Die Einnahmen werden dort im selben Umfang erhöht (07 09/111 01).

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
Ausgaben					
Titelgruppen					
60 - 61 Ausgaben zur Förderung der Wirtschaftsforschung					
<i>Vermerk unverändert.</i>					
686 60-7	165	Zuschüsse zur Förderung der Wirtschaftsforschung <i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. € 16.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2025 in</i> <i>Höhe von 16.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den</i> <i>Haushaltsjahren</i> <i>2026 bis 2027 jährlich Tsd. € 6.000,0</i> <i>2028 Tsd. € 4.000,0</i>	A 7.740,0 B	0,0	7.740,0
Summe der Titelgruppe			A 11.742,7 B -	-	11.742,7
Gesamtausgaben			A 939.945,8 B +178.411,4	-	1.118.357,2

07 03

Allgemeine Wirtschaftsförderung

Erläuterungen

Zu 07 03/686 60

Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung um 12,0 Mio. €, für die zweite Förderperiode für das Stammzellenforschungsinstitut ISAR Bioscience in Planegg. Die Verpflichtungsermächtigung wurde versehentlich nicht im Regierungsentwurf berücksichtigt.

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 122,7 B -122,7	-	-
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 154.047,8 B -	-	154.047,8
		Gesamteinnahmen	A 154.170,5 B -122,7	-	154.047,8
		Personalausgaben	A 1.400,0 B -	-	1.400,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 10.937,0 B -	-	10.937,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 679.070,4 B -	-	679.070,4
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 248.435,7 B +178.411,4	-	426.847,1
		Besondere Finanzierungsausgaben	A 102,7 B -	-	102,7
		Gesamtausgaben	A 939.945,8 B +178.411,4	-	1.118.357,2
		Zuschuss	A 785.775,3 B 178.534,1		964.309,4

07 05 Energiewirtschaft und Landesentwicklung

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
Ausgaben					
Titelgruppen					
73 - 78 Förderung von Maßnahmen im Energiebereich					
<i>Vermerk unverändert.</i>					
547 75-4	642	Fachbezogene Sachausgaben <i>Vermerk unverändert.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. € 9.325,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2025 in</i> <i>Höhe von 9.325,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den</i> <i>Haushaltsjahren</i> 2026 Tsd. € 6.325,0 2027 Tsd. € 2.000,0 2028 Tsd. € 1.000,0	A 13.044,0 B -2.050,0	-170,0	10.824,0
Summe der Titelgruppe			A 226.314,4 B -79.840,4	-170,0	146.304,0
Gesamtausgaben			A 249.876,1 B -79.840,4	-170,0	169.865,7

Erläuterungen

Zu 07 05/547 75

Vgl. Erläuterungen bei Kap. 07 07 Tit. 547 02.

07 05 Energiewirtschaft und Landesentwicklung

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 173,8 B -	-	173,8
		Gesamteinnahmen	A 173,8 B -	-	173,8
		Personalausgaben	A 5.602,5 B -	-	5.602,5
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 21.875,1 B -2.050,0	-170,0	19.655,1
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 41.114,7 B -110,0	-	41.004,7
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 181.067,4 B -77.680,4	-	103.387,0
		Besondere Finanzierungsausgaben	A 216,4 B -	-	216,4
		Gesamtausgaben	A 249.876,1 B -79.840,4	-170,0	169.865,7
		Zuschuss	A 249.702,3		169.691,9
		Überschuss	B 79.840,4	170,0	

07 07 Jagd und Bayerische Staatsforsten

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Sächliche Verwaltungsausgaben			
547 02-8	531	Sachaufwand im Rahmen von Prüfungen <i>Vermerk unverändert.</i>	A 266,0 B	+170,0	436,0
		Gesamtausgaben	A 1.687,2 B +550,0	+170,0	2.407,2
		Abschluss			
		Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A 1.200,0 B -	-	1.200,0
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 800,0 B -	-	800,0
		Gesamteinnahmen	A 2.000,0 B -	-	2.000,0
		Personalausgaben	A 4,3 B -	-	4,3
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 332,9 B +50,0	+170,0	552,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 1.350,0 B +500,0	-	1.850,0
		Gesamtausgaben	A 1.687,2 B +550,0	+170,0	2.407,2
		Zuschuss	B 550,0	170,0	407,2
		Überschuss	A 312,8		

Erläuterungen

Zu 07 07/547 02

Mehr 170,0 Tsd. € zur Anpassung an die Ist-Ausgaben für die Jägerprüfungen. Umsetzung von Kap. 07 05 Tit. 547 75.

07 09 Landesamt für Maß und Gewicht

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Einnahmen			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.			
111 01-1	611	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	A 20.300,0 B	+200,0	20.500,0
		Gesamteinnahmen	A 20.990,2 B -	+200,0	21.190,2
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 20.687,2 B -	+200,0	20.887,2
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 303,0 B -	-	303,0
		Gesamteinnahmen	A 20.990,2 B -	+200,0	21.190,2
		Personalausgaben	A 14.489,5 B +510,4	-	14.999,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 5.453,5 B -	-	5.453,5
		Baumaßnahmen	A 2.050,0 B -	-	2.050,0
		Sonstige Sachinvestitionen	A 2.294,9 B -	-	2.294,9
		Gesamtausgaben	A 24.287,9 B +510,4	-	24.798,3
		Zuschuss	A 3.297,7 B 510,4		3.608,1
		Überschuss		200,0	

Erläuterungen

Zu 07 09/111 01

Vgl. Erläuterungen zu Kap. 07 02 Tit. 546 45.

Epl. 07 Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
Abschluss Epl. 07					
		Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A 1.200,0 B -	-	1.200,0
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 33.383,7 B +116.544,3	+200,0	150.128,0
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 156.360,8 B -	-	156.360,8
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A 127.092,4 B -	-	127.092,4
		Gesamteinnahmen	A 318.036,9 B +116.544,3	+200,0	434.781,2
		Personalausgaben	A 122.311,3 B +4.010,4	-	126.321,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 95.346,8 B -2.000,0	+200,0	93.546,8
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 28.606,0			
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 789.188,3 B +138.557,0	-	927.745,3
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 232.363,7			
		Baumaßnahmen	A 9.155,0 B -	-	9.155,0
		Sonstige Sachinvestitionen	A 5.093,9 B -	-	5.093,9
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 933,0			
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 787.066,2 B +93.231,0	-	880.297,2
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 681.751,4			
		Besondere Finanzierungsausgaben	A -170.414,4 B +33.700,0	-	-136.714,4
		Gesamtausgaben	A 1.637.747,1 B +267.498,4	+200,0	1.905.445,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 943.654,1			
		Zuschuss	A 1.319.710,2 B 150.954,1		1.470.664,3



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

Berichterstatter: **Felix Freiherr von Zobel**

Mitberichterstatter: **Harry Scheuenstuhl**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 12 02 werden die Ansätze in 2025
 - a) bei Tit. 686 74

von	1.122,1 Tsd. €
um	140,0 Tsd. €
auf	1.262,1 Tsd. €

erhöht sowie
 - b) ein neuer Titel 883 74 „Zuweisungen an die Gemeinde Gablingen für die Aufwertung und den Erhalt des Alten Wasserturms Lützelburg als Hotspot für die Umweltbildung“ ausgebracht und mit 60,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel werden als Förderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO ohne Anwendung von Förderrichtlinien bewilligt.“ und
 - c) ein neuer Titel 686 02 „Zuschüsse für Nachhaltigkeitsprojekte des Rehab Republic e. V. München“ ausgebracht und mit 25,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel werden als Einzelförderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO bewilligt. Die Mittel sind übertragbar.“ und
 - d) ein neuer Titel 883 03 „Förderung von Ersatzbau und Ausstellung der Fischerhütte Grabenstätt“ ausgebracht und mit 600,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel werden als Förderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO ohne Anwendung von Förderrichtlinien bewilligt.“ und
 - e) ein neuer Titel 883 04 „Förderung der Aufwertung der Marktweiheranlage Oberviechtach“ ausgebracht und mit 200,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel werden als Förderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO ohne Anwendung von Förderrichtlinien bewilligt.“ und

- f) ein neuer Titel 883 05 „Förderung der Neugestaltung des Infozentrums Naturpark Altmühltal im historischen Stadtschloss Treuchtlingen“ ausgebracht und mit 50,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel werden als Förderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO ohne Anwendung von Förderrichtlinien bewilligt.“ und
 - g) ein neuer Titel 883 06 „Förderung von Investitionen für das Ökologische Bildungszentrum München“ ausgebracht und mit 25,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel werden als Förderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO ohne Anwendung von Förderrichtlinien bewilligt.“ und
 - h) ein neuer Titel 883 07 „Förderung der Errichtung eines Gastronomie-Pavillons zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Freilandmuseum Oberpfalz“ ausgebracht und mit 240,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel werden als Förderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO ohne Anwendung von Förderrichtlinien bewilligt.“ und
 - i) ein neuer Titel 883 08 „Ergänzende Förderung der Errichtung eines Aussichtsturms in Form eines Kreuz-Turms in der Gemeinde Langdorf“ ausgebracht und mit 100,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel werden als Förderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO ohne Anwendung von Förderrichtlinien bewilligt.“ und
 - j) ein neuer Titel 893 03 „Förderung der Neugestaltung der Ausstellung im Auenzentrum Neuburg-Ingolstadt“ ausgebracht und mit 40,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel werden als Förderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO ohne Anwendung von Förderrichtlinien bewilligt.“ und
 - k) ein neuer Titel 893 04 „Ergänzende Förderung der Sanierung des Aussichtsturms Brotjacklriegel in der Region Sonnenwald“ ausgebracht und mit 115,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel werden als Förderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO ohne Anwendung von Förderrichtlinien bewilligt.“
2. Bei Kap. 12 04 werden die Ansätze in 2025
- a) bei Tit. 685 72
 - von 115.257,7 Tsd. €
 - um 160,0 Tsd. €
 - auf 115.417,7 Tsd. €
 - b) bei Tit. 883 75
 - von 5.363,7 Tsd. €
 - um 200,0 Tsd. €
 - auf 5.563,7 Tsd. €
 - c) bei Tit. 633 77
 - von 2.825,0 Tsd. €
 - um 40,0 Tsd. €
 - auf 2.865,0 Tsd. €
 - d) bei Tit. 682 82
 - von 1.400,0 Tsd. €
 - um 200,0 Tsd. €
 - auf 1.600,0 Tsd. €erhöht sowie
 - e) ein neuer Titel 684 77 „Finanzieller Ausgleich in Verbindung mit dem Betrieb der Materialseilbahn zur Versorgung der Neuen Bamberger Hütte der DAV-Sektion Bamberg e. V. (Billigkeitsleistung gem. Art. 53 BayHO)“ ausgebracht und mit 15,0 Tsd. Euro dotiert und folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Erläuterungen sind verbindlich.“ Die Erläuterungen

werden wie folgt gefasst: „Mittel aus diesem Ansatz können unter Beachtung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit auf Antrag bewilligt werden. Dabei dürfen die bewilligten Mittel die nachgewiesenen Ausgaben nicht übersteigen. Zweckgebundene Spenden o. Ä. sind zu berücksichtigen und werden mit den bewilligten Mitteln verrechnet (Grundsatz der Subsidiarität von Billigkeitsleistungen).“

3. Bei Kap. 12 09 Tit. 812 81 wird der Ansatz in 2025
von 0,0 Tsd. €
um 80,0 Tsd. €
auf 80,0 Tsd. €
erhöht.
4. Bei Kap. 12 77 werden die Ansätze in 2025
 - a) bei Tit. 785 90
von 6.810,9 Tsd. €
um 200,0 Tsd. €
auf 7.010,9 Tsd. €
erhöht sowie
 - b) ein neuer Titel 534 01 „Erstellung eines digitalen Zwillings der Paar“ ausgebracht und mit 445,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel sind übertragbar.“ und
 - c) ein neuer Titel 547 01 „Ausgaben für den Praxis-Check Wassercent bzw. Ausgaben im Zusammenhang mit der Einführung eines bayerischen Wasserentnahmeentgelts“ ausgebracht und mit 30,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel sind übertragbar.“ und
 - a) ein neuer Titel 671 02 „Ausgleichszahlungen zur Erstattung entgangener Förderleistungen für die Zweckverbände zur Wasserversorgung Unteres Inntal und Ruhstorfer Gruppe (Billigkeitsleistung gem. Art. 53 BayHO)“ ausgebracht und mit 190,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Erläuterung ist verbindlich. Die Mittel sind übertragbar“ sowie die Erläuterungen wie folgt gefasst: „Mittel aus diesem Ansatz können unter Beachtung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit auf Antrag bewilligt werden. Dabei dürfen die jeweils für den Zweckverband Wasserversorgung Unteres Inntal und für den Zweckverband Wasserversorgung Ruhstorfer Gruppe bewilligten Mittel den Betrag der nachgewiesenen entgangenen Förderung nicht übersteigen (Grundsatz der Subsidiarität von Billigkeitsleistungen). Maßgeblich für die Ermittlung der entgangenen Förderung ist dabei die unterschiedliche Handhabung der Antragstellung nach RZWas 2021 im Vergleich zur RZWas 2018. Der erlittene finanzielle Schaden beträgt entsprechend des Fördersatzes somit 70 % der kassenwirksamen Rechnungen, die vor Erlass des jeweiligen Zuwendungsbescheids bezahlt wurden.“ und
 - b) ein neuer Titel 684 02 „Ausgleichszahlung an den TC Hengersberg e. V. für die von diesem im Rahmen des „Ausgleichszahlung an den TC Hengersberg e. V. für die von diesem im Rahmen des „Hochwasserschutz Hengersberger Ohe links“ zu erbringende Kostenbeteiligung für die notwendige Verlegung des Abwasserkanals (Billigkeitsleistung gem. Art. 53 BayHO)“ ausgebracht und mit 90,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Erläuterungen sind verbindlich. Die Mittel sind übertragbar.“ sowie die Erläuterungen wie folgt gefasst: „Mittel aus diesem Ansatz können unter Beachtung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit auf Antrag bewilligt werden. Dabei dürfen die bewilligten Mittel die nachgewiesenen Ausgaben nicht übersteigen. Zweckgebundene Spenden o. Ä. sind zu berücksichtigen und werden mit den bewilligten Mitteln verrechnet (Grundsatz der Subsidiarität von Billigkeitsleistungen)“ und

- c) ein neuer Titel 883 03 „Zuweisung an die Gemeinde Pfatter“ ausgebracht und mit 100,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel werden als Förderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO ohne Anwendung von Förderrichtlinien bewilligt.“ und
- d) ein neuer Titel 883 07 „Maßnahmen gegen die Verlandung im Lech“ ausgebracht und mit 100,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel werden als Förderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO ohne Anwendung von Förderrichtlinien bewilligt.“ und
- e) ein neuer Titel 883 08 „Zuweisung für ein Pilotvorhaben – Förderung der energieeffizienten Optimierung der technischen Ausstattung eines Wasserhauses“ ausgebracht und mit 150,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel werden als Förderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO ohne Anwendung von Förderrichtlinien bewilligt.“ und
- f) ein neuer Titel 883 09 „Zuwendung an die Gemeinde Marxheim für die Erneuerung der Brücke am Altwasser der Donau“ ausgebracht und mit 100,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel werden als Förderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO ohne Anwendung von Förderrichtlinien bewilligt.“ und
- g) ein neuer Titel 883 10 „Förderung Pilotprojekt Grundwasseranreicherung Makofener Weiher“ ausgebracht und mit 70,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel werden als Förderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO ohne Anwendung von Förderrichtlinien bewilligt.“

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 12 08 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: rehab republic e. V. München
(Kap. 12 02 neuer Tit. 686 02)
Drs. 19/5258
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: MINT-Campus Dachau e. V. - Schülerforschungszentrum
(Kap. 12 02 Tit. 686 74)
Drs. 19/5259

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Fischerhütte Grabenstätt
(Kap. 12 02 neuer Tit. 883 03)
Drs. 19/5260
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Aufwertung Marktweiheranlage Oberviechtach
(Kap. 12 02 neuer Tit. 883 04)
Drs. 19/5261
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Ökologisches Bildungszentrum (ÖBZ) München
(Kap. 12 02 neuer Tit. 883 06)
Drs. 19/5262
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Freilandmuseum Oberpfalz
(Kap. 12 02 neuer Tit. 883 07)
Drs. 19/5263
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Erlebnisweg „Biodiversität“ Kirchensittenbach
(Kap. 12 04 Tit. 633 77)
Drs. 19/5264
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Unterstützung bifa Umweltinstitut Augsburg
(Kap. 12 04 Tit. 682 82)
Drs. 19/5265

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Wiedervernässung Arracher Moor
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 19/5266
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Klimaschutz durch nachhaltige Mobilität im ländlichen Raum Oberfrankens
(Kap. 12 04 Tit. 883 75)
Drs. 19/5267
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Energieeffiziente und klimafreundliche LED-Beleuchtung - Ertüchtigung der Sporthalle
(Kap. 12 04 Tit. 883 75)
Drs. 19/5268
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schutz vor Hochwasser und Starkregen: Digitaler Zwilling des Einzugsbereichs entlang der Paar
(Kap. 12 77 neuer Tit. 534 01)
Drs. 19/5269
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Wasserversorgung der Zukunft mit kommunal übergreifendem Versorgungskonzept sichern - Ausgleich entgangener Förderleistungen
(Kap. 12 77 neuer Tit. 671 02)
Drs. 19/5270
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Pilotvorhaben - energieeffiziente Optimierung der technischen Ausstattung eines Wasserhauses
(Kap. 12 77 neuer Tit. 883 08)
Drs. 19/5271

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Naturbildung: Praxisnah vom Praktiker
(Kap. 12 02 Tit. 686 74)
Drs. 19/5272
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Neugestaltung Infozentrum „Naturpark Altmühltal“
(Kap. 12 02 neuer Tit. 883 05)
Drs. 19/5273
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Naturvielfalt am Wasserturm Lützelburg
(Kap. 12 02 neuer Tit. 883 74)
Drs. 19/5274
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Neugestaltung der Ausstellung im Auenzentrum Neuburg/Ingolstadt
(Kap. 12 02 neuer Tit. 893 03)
Drs. 19/5275
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Wildhecke in der Freiluftschneise zwischen Gersthofen und Augsburg
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 19/5276
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Neue Bamberger Hütte (Kitzbüheler Alpen) - Sicherstellung des Betriebs der Materialeiseilbahn
(Kap. 12 04 neuer Tit. 684 77)
Drs. 19/5277

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Erdbodenhaus - die neue Heimat der Bodenprofilsammlung Bayerns am GEO-Zentrum an der Kontinentalen Tiefbohrung (KTB)
(Kap. 12 09 Tit. 812 81)
Drs. 19/5278
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Hochwasserschutz: Ausräumung der Flutmulden im Stadtgebiet Donauwörth
(Kap. 12 77 Tit. 785 90)
Drs. 19/5279
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Ausgleich einer bestehenden Altverpflichtung für Hochwasserschutz in Hengersberg
(Kap. 12 77 neuer Tit. 684 02)
Drs. 19/5280
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuweisung zur Erstellung eines dritten Brunnens in der Gemeinde Pfatter zur Absenkung des Grundwasserspiegels
(Kap. 12 77 neuer Tit. 883 03)
Drs. 19/5281
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Erstellung eines Konzepts gegen die Verlandungen an der Lechstaustufe Lechbruck und im Foggensee bei Füssen sowie Umsetzung erster Maßnahmen
(Kap. 12 77 neuer Tit. 883 07)
Drs. 19/5282
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Aussichtsturm Schöneck in der Gemeinde Langdorf
(Kap. 12 02 neuer Tit. 883 08)
Drs. 19/5467

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Sanierung Aussichtsturm Brotjacklriegel
(Kap. 12 02 neuer Tit. 893 04)
Drs. 19/5468
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Praxis-Check Wassercent - Ausgaben im Zusammenhang mit der Einführung des bayerischen Wasserentnahmeentgelts
(Kap. 12 77 neuer Tit. 547 01)
Drs. 19/5483
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Brücke Marxheim
(Kap. 12 77 neuer Tit. 883 09)
Drs. 19/5489

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Mittel für Maßnahmen auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege
(Kap. 12 04 Tit. 547 72)
Drs. 19/5241
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung
(Kap. 12 04 Tit. 883 75)
Drs. 19/5242
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionskostenzuschuss für die Katzenstation des Tierheims Höchstädt (Lkr. Dillingen)
(Kap. 12 08 Tit. 893 02)
Drs. 19/5243

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: RZWas-Härtefallförderung für die Sanierung der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in den Kommunen aufstocken und dem Bedarf anpassen
(Kap. 12 77 Tit. 883 97)
Drs. 19/5244
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Sonderprogramm Hochwasserschutz im ländlichen Raum
(Kap. 12 77 neue TG)
Drs. 19/5245
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Mehr Souveränität für Verbraucher in Bayern – Verbraucherschutzorganisation personell und vor Gericht stärken
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 19/5246
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Naturschutz und Landschaftspflege für Bayern sicherstellen
(Kap. 12 04 Tit. 547 72)
Drs. 19/5247
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bürgerwillen respektieren – Bayerns Artenvielfalt wieder aufblühen lassen
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 19/5248
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Den Tierschutz in Bayern endlich ernst nehmen – Handlungsfähige Tierheime garantieren
(Kap. 12 08 Tit. 686 01)
Drs. 19/5249
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Den Tierschutz in Bayern endlich ernst nehmen – Ausbau und Modernisierung von Tierheimen voranbringen
(Kap. 12 08 Tit. 893 02)
Drs. 19/5250

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern erhalten – Umweltforschung stärken
(Kap. 12 09 Tit. 547 08)
Drs. 19/5251
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Den Tierschutz in Bayern endlich ernst nehmen – Kontrollbehörden stärken
(Kap. 12 24 Tit. 422 01)
Drs. 19/5252
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bayerns Wasserzukunft personell absichern – Wasserwirtschaftsämtler stärken
(Kap. 12 77 Tit. 422 01)
Drs. 19/5253
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Mehr Klarheit für Bayerns Landwirte – Ausbau der Grundwassermessstellen absichern
(Kap. 12 77 Tit. 784 78)
Drs. 19/5254
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bayerns Wasserzukunft ökonomisch absichern – Wasserentgelt einführen
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 19/5255
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) in Bayern
(Kap. 12 02 Tit. 684 01)
Drs. 19/5256
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Maßnahmen auf dem Gebiet des Klimaschutzes und der Klimaanpassung, insbesondere Klimapolitik, -dialog und allgemeine Klimaforschung
(Kap. 12 04 Tit. 547 75)
Drs. 19/5257

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 56. Sitzung am 12. März 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: Ablehnungmit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 4 zu – 15/13/14/16/18 – H 1108.9-1/38/1

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Nachtragshaushalt 2025

zum

Entwurf des Einzelplans 12

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und
Verbraucherschutz

12 08 Besondere Fachaufgaben - Veterinärwesen

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
683 01-1	523	Erstattung des Aufwands für die Hygienekontrollen in Milcherzeugerbetrieben nach den Verordnungen (EG) Nr. 852/2004 und Nr. 853/2004, der Verordnung (EU) 2017/625 und der Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 <i>Vermerk unverändert.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. € 1.050,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2025 in Höhe von 1.050,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2026 Tsd. € 300,0</i> <i>2027 Tsd. € 300,0</i> <i>2028 Tsd. € 300,0</i> <i>2029 Tsd. € 150,0</i>	A 260,0 B	+40,0	300,0
685 09-1	523	Erstattungen an die Bayer. Tierseuchenkasse für die Tierkörperbeseitigung gemäß AGTierNebG <i>Vermerk unverändert.</i>	A 7.330,0 B -100,0	-40,0	7.190,0
		Investitionsförderungsmaßnahmen			
893 01-7	523	Förderung des Baus einer Reptilienauffangstation <i>Vermerk unverändert.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. € 16.224,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2025 in Höhe von 16.224,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2026 Tsd. € 9.556,0</i> <i>2027 Tsd. € 4.445,0</i> <i>2028 Tsd. € 2.223,0</i>	A 1.000,0 B -100,0	0,0	900,0
		Gesamtausgaben	A 39.021,9 B -780,0	-	38.241,9

12 08

Besondere Fachaufgaben - Veterinärwesen

Erläuterungen

Zu 12 08/683 01

Mehr wegen Umsetzung von 12 08/685 09 nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Mehr Verpflichtungsermächtigung nach dem voraussichtlichen Bedarf zur Ermöglichung der erforderlichen Beauftragung.

Zu 12 08/685 09

Weniger infolge Umsetzung zu 12 08/683 01 nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 12 08/893 01

Mehr Verpflichtungsermächtigung nach dem voraussichtlichen Bedarf zur Bewilligung einer Zuwendung für den geplanten Neubau. Die Abfinanzierung erfolgt im Rahmen verfügbarer Mittel bzw. bleibt künftigen Haushaltsverhandlungen vorbehalten.

12 08 Besondere Fachaufgaben - Veterinärwesen

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 114,0 B -	-	114,0
		Gesamteinnahmen	A 114,0 B -	-	114,0
		Personalausgaben	A 2.729,2 B -	-	2.729,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 5.231,0 B +1.073,0	-	6.304,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 28.696,7 B -1.753,0	-	26.943,7
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 2.200,0 B -100,0	-	2.100,0
		Besondere Finanzierungsausgaben	A 165,0 B -	-	165,0
		Gesamtausgaben	A 39.021,9 B -780,0	-	38.241,9
		Zuschuss	A 38.907,9		38.127,9
		Überschuss	B 780,0		

Epl. 12 Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A B	Bisheriger Betrag 2025 Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3		4	5	6
		Abschluss Epl. 12				
		Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A B	36.000,0 -	-	36.000,0
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	22.045,2 -	-	22.045,2
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	34.810,0 -	-	34.810,0
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	19.571,3 -	-	19.571,3
		Gesamteinnahmen	A B	112.426,5 -	-	112.426,5
		Personalausgaben	A B	597.359,4 +718,2	-	598.077,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	145.206,8 -1.074,5	-	144.132,3
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 17.181,1				
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	192.240,8 -2.565,0	-	189.675,8
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 89.974,3				
		Baumaßnahmen	A B	215.163,7 +40.000,0	-	255.163,7
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 168.785,1				
		Sonstige Sachinvestitionen	A B	15.863,8 -	-	15.863,8
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 5.865,0				
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	114.569,4 -987,5	-	113.581,9
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 49.561,5				
		Besondere Finanzierungsausgaben	A B	-28.231,6 +5.750,0	-	-22.481,6
		Gesamtausgaben	A B	1.252.172,3 +41.841,2	-	1.294.013,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 331.367,0				
		Zuschuss	A B	1.139.745,8 41.841,2		1.181.587,0



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

Berichterstatter: **Werner Stieglitz**
Mitberichterstatter: **Andreas Winhart**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 08 03 werden die Ansätze in 2025
 - a) bei Tit. 681 12

von	300,0 Tsd. €
um	200,0 Tsd. €
auf	500,0 Tsd. €
 - b) bei Tit. 686 03

von	360,0 Tsd. €
um	50,0 Tsd. €
auf	410,0 Tsd. €
 - c) bei Tit. 683 53

von	3.716,5 Tsd. €
um	200,0 Tsd. €
auf	3.916,5 Tsd. €
 - d) bei Tit. 686 53

von	0,0 Tsd. €
um	230,0 Tsd. €
auf	230,0 Tsd. €
 - e) bei Tit. 892 53

von	0,0 Tsd. €
um	140,0 Tsd. €
auf	140,0 Tsd. €
 - f) bei Tit. 684 80

von	2.990,0 Tsd. €
um	15,0 Tsd. €
auf	3.005,0 Tsd. €

- g) bei Tit. 686 80
von 3.268,0 Tsd. €
um 200,0 Tsd. €
auf 3.468,0 Tsd. €
- h) bei Tit. 547 90
von 913,0 Tsd. €
um 550,0 Tsd. €
auf 1.463,0 Tsd. €
- i) bei Tit. 892 90
von 1.500,0 Tsd. €
um 40,0 Tsd. €
auf 1.540,0 Tsd. €
- j) bei Tit. 683 96
von 3.317,6 Tsd. €
um 120,0 Tsd. €
auf 3.437,6 Tsd. €
- k) bei Tit. 892 96
von 42,5 Tsd. €
um 80,0 Tsd. €
auf 122,5 Tsd. €
erhöht sowie
- l) ein neuer Titel 697 05 „Unterstützung des Imkervereins Hersbruck e. V. bei der Errichtung des „Komm-Mach-Mit-Imkerei-Zentrums“ ausgebracht und mit 20,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel sind übertragbar.“ und
- m) ein neuer Titel 883 01 „Zuschuss an ILE CerchovPlus und ILE Künisches Gebirge und ILE Fränkische Schweiz “ ausgebracht und mit 290,0 Tsd. Euro dotiert und
- n) ein neuer Titel 883 02 „Zuschuss zur Erneuerung des Stegs an der Ohmühle“ ausgebracht und mit 390,0 Tsd. Euro dotiert und
- o) ein neuer Titel 887 03 „Zuschuss für Ankauf sowie Erhalt und Umbau des Nassangers in Trieb“ ausgebracht und mit 200,0 Tsd. Euro dotiert und
- p) ein neuer Titel 887 04 „Zuschuss zur Ausstattung des Kooperatorenhauses in Beidl“ ausgebracht und mit 20,0 Tsd. Euro dotiert und
- q) ein neuer Titel 887 05 „Zuschuss an die Gemeinde Malching für die Gestaltung des Dorfplatzes“ ausgebracht und mit 140,0 Tsd. Euro dotiert und
- r) ein neuer Titel 887 06 „Beitrag zur ländlichen Entwicklung“ ausgebracht und mit 3.095,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel werden als Förderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO ohne Anwendung von Förderrichtlinien und zusätzlich zu bestehenden Förderungen bewilligt.“ und
- s) ein neuer Titel 887 07 „Zuschuss für die Herzstück Horgau eG – Bürger-schaftliches Pilotprojekt“ ausgebracht und mit 355,0 Tsd. Euro dotiert und
- t) ein neuer Titel 887 08 „Zuschuss zum Dorfgemeinschaftshaus Prutting“ ausgebracht und mit 180,0 Tsd. Euro dotiert und
- u) ein neuer Titel 887 09 „Zuschuss zur Sanierung der Naturbühne Trebgast“ ausgebracht und mit 120,0 Tsd. Euro dotiert und
- v) ein neuer Titel 887 10 „Zuschuss zur Umsetzung des Gemeindeentwicklungskonzepts Ochsenfurt“ ausgebracht und mit 500,0 Tsd. Euro dotiert und
- w) ein neuer Titel 887 11 „Zuschüsse an die Gemeinden Vorra, Loitzendorf und Leiblfing im Rahmen der Dorferneuerung“ ausgebracht und mit 580,0 Tsd. Euro dotiert.

2. Bei Kap. 08 09 werden die Ansätze in 2025
 - a) bei Tit. 883 78
 - von 22.129,7 Tsd. €
 - um 1.015,0 Tsd. €
 - auf 23.144,7 Tsd. €erhöht sowie
 - b) ein neuer Titel 883 04 „Zuweisung an die Gemeinden Eltmann, Sand am Main, Knetzgau, Oberaurach und Rahenebrach zum Umbau des Marswaldspielplatzes im Steigerwald zu einem Erlebnisspielplatz“ ausgebracht und mit 500,0 Tsd. Euro dotiert.
3. Bei Kap. 08 06 Tit. 887 67 wird der Ansatz in 2025
 - von 44.996,7 Tsd. €
 - um 2.282,0 Tsd. €
 - auf 47.278,7 Tsd. €erhöht.
4. Bei Kap. 08 09 Tit. 686 78 wird der Ansatz in 2025
 - von 16.500,0 Tsd. €
 - um 280,0 Tsd. €
 - auf 16.780,0 Tsd. €erhöht.
5. Bei Kap. 08 10 werden die Ansätze in 2025
 - a) bei Tit. 547 60
 - von 7.941,9 Tsd. €
 - um 120,0 Tsd. €
 - auf 8.061,9 Tsd. €sowie
 - b) bei Tit. 812 60
 - von 601,4 Tsd. €
 - um 150,0 Tsd. €
 - auf 751,4 Tsd. €erhöht.
6. Bei Kap. 08 20 Tit. 428 51 wird der Ansatz in 2025
 - von 3.182,6 Tsd. €
 - um 230,0 Tsd. €
 - auf 3.412,6 Tsd. €erhöht.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Pulled Pork - KI-gestützte Supply Chain
(Kap. 08 03 Tit. 547 90)
Drs. 19/5299
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Rottaler und Leutstettener Pferde
(Kap. 08 03 Tit. 683 96)
Drs. 19/5300
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Aufwertung des Wisentgeheges im Donaumoos
(Kap. 08 03 Tit. 892 53)
Drs. 19/5301
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schulungsprogramm zur Teichbewirtschaftung
(Kap. 08 03 Tit. 686 80)
Drs. 19/5302
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Imkerverein Hersbruck
(Kap. 08 03 neuer Tit. 697 05)
Drs. 19/5303
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) - Steg an der Ohmühle
(Kap. 08 03 neuer Tit. 883 02)
Drs. 19/5304

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Beitrag zur ländlichen Entwicklung
(Kap. 08 03 neuer Tit. 887 06)
Drs. 19/5305
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Herzstück Horgau eG - Bürgerschaftliches Pilotprojekt
(Kap. 08 03 neuer Tit. 887 07)
Drs. 19/5306
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Dorfgemeinschaftshaus Prutting
(Kap. 08 03 neuer Tit. 887 08)
Drs. 19/5307
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Naturbühne Trebgast
(Kap. 08 03 neuer Tit. 887 09)
Drs. 19/5308
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Umsetzung des Gemeindeentwicklungskonzeptes Ochsenfurt
(Kap. 08 03 neuer Tit. 887 10)
Drs. 19/5309
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Erlebnisspielplatz Marswald im Steigerwald
(Kap. 08 09 neuer Tit. 883 04)
Drs. 19/5310

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Verstärkung der Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden, in Anlehnung an RÖFE
(Kap. 08 09 Tit. 883 78)
Drs. 19/5311
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Landwirtschaftliche Familienberatung (LFB)
(Kap. 08 03 Tit. 681 12)
Drs. 19/5312
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Arnikaakademie Teuschnitz
(Kap. 08 03 Tit. 683 53)
Drs. 19/5313
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bildungszentren ländlicher Raum (Landvolkshochschule Niederalteich)
(Kap. 08 03 Tit. 684 80)
Drs. 19/5314
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Erlebnisraum für Landwirtschaft, Ernährung und Natur (Grünes Zentrum Puch)
(Kap. 08 03 Tit. 686 03)
Drs. 19/5315
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Beratungsstelle Gründung landwirtschaftlicher Wasserverbände
(Kap. 08 03 Tit. 686 53)
Drs. 19/5316

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Regionale Vermarktung
(Kap. 08 03 Tit. 892 90)
Drs. 19/5317
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE): Zuschuss an ILE CerchovPlus und ILE Künisches Gebirge
(Kap. 08 03 neuer Tit. 883 01)
Drs. 19/5318
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Dorferneuerung Lichtenfels
(Kap. 08 03 neuer Tit. 887 03)
Drs. 19/5319
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Dorferneuerung Kooperatorenhaus Beidl
(Kap. 08 03 neuer Tit. 887 04)
Drs. 19/5320
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Dorferneuerung Malching
(Kap. 08 03 neuer Tit. 887 05)
Drs. 19/5321
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Verstärkung der Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in Anlehnung an RÖFE
(Kap. 08 09 Tit. 883 78)
Drs. 19/5322

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Forschungsprojekt "Nutzung der genomischen Untersuchung zur Verbesserung der Zucht des Gelben Frankenviehs (Deutsches Gelbvieh)"
(Kap. 08 10 Tit. 547 60)
Drs. 19/5323
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Weiterentwicklung des AgroMissionHub
(Kap. 08 10 Tit. 812 60)
Drs. 19/5324
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Teichbauberatung
(Kap. 08 20 Tit. 428 51)
Drs. 19/5325
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Olympia-Reitanlage München-Riem
(Kap. 08 03 Tit. 892 96)
Drs. 19/5641
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Dorferneuerungen Einzelmaßnahmen
(Kap. 08 03 neuer Tit. 887 11)
Drs. 19/5642
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Dorferneuerung
(Kap. 08 06 Tit. 887 67)
Drs. 19/5643

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung der Tourismusverbände
(Kap. 08 09 Tit. 686 78)
Drs. 19/5644

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: EU-Schulprogramm an gestiegenes Preisniveau anpassen
(Kap. 08 06 Tit. 683 01)
Drs. 19/5283
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Vielfältige Fruchtfolge zum Humuserhalt K33
(Kap. 08 06 Tit. 683 75)
Drs. 19/5284
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schützt die Bienen - Koordinationsstelle Asiatische Hornisse
(Kap. 08 72 neuer Tit.)
Drs. 19/5285
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Den ökologischen Landbau attraktiver gestalten
(Kap. 08 03 Tit. 683 55)
Drs. 19/5286
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung von New-Food-Initiativen
(Kap. 08 03 Tit. 684 59)
Drs. 19/5287
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Direktvermarktung und regionale Wertschöpfung stärken
(Kap. 08 03 Tit. 892 90)
Drs. 19/5288

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Für mehr Tierwohl - zusätzliche Mittel für höhere Standards im Stall
(Kap. 08 03 Tit. 892 96)
Drs. 19/5289
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kommunen beim Waldumbau angemessen unterstützen
(Kap. 08 05 Tit. 891 97)
Drs. 19/5290
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Private Waldbesitzer beim Waldumbau angemessen unterstützen
(Kap. 08 05 Tit. 892 97)
Drs. 19/5291
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schulfruchtprogramm ausweiten - auch Krippenkinder brauchen kostenloses Obst!
(Kap. 08 06 Tit. 683 01)
Drs. 19/5292
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, A-rif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Produktivität und Umweltverträglichkeit erhöhen – Agrarforschung ausbauen
(Kap. 08 10 Tit. 428 60)
Drs. 19/5293
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Invasive Arten besser erforschen
(Kap. 08 10 Tit. 683 60)
Drs. 19/5294
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, A-rif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schlagkräftige Forstverwaltungen für einen beschleunigten Waldumbau
(Kap. 08 40 Tit. 428 02)
Drs. 19/5295
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Maßnahmen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und des Klimas in der Landwirtschaft, insbesondere Moorschutz
(Kap. 08 03 Tit. 547 53)
Drs. 19/5296

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kompensation von Wolfsschäden umfassend sicherstellen
(Kap. 08 05 TG 88 neuer Tit.)
Drs. 19/5297

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderprogramm für kleine Skiliftbetreiber
(Kap. 08 09 neuer Tit.)
Drs. 19/5298

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 57. Sitzung am 12. März 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

Berichterstatter: **Harald Kühn**
Mitberichterstatter: **Andreas Jurca**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 02 03 werden die Ansätze in 2025
 - a) bei Tit. 686 03

von	50,0 Tsd. €
um	290,0 Tsd. €
auf	340,0 Tsd. €
 - b) bei Tit. 682 53

von	276,4 Tsd. €
um	50,0 Tsd. €
auf	326,4 Tsd. €
 - c) bei Tit. 685 53

von	12.000,0 Tsd. €
um	20,0 Tsd. €
auf	12.020,0 Tsd. €

sowie
 - d) bei Tit. 687 53

von	2.876,5 Tsd. €
um	60,0 Tsd. €
auf	2.936,5 Tsd. €

erhöht.
2. Bei Kap. 02 05 Tit. 893 01 wird der Ansatz in 2025

von	65,0 Tsd. €
um	45,0 Tsd. €
auf	110,0 Tsd. €

erhöht.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Eine Welt Netzwerk Bayern e. V. (Kap. 02 03 Tit. 682 53) Drs. 19/5348
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Technische Investitionen der Akademie für Neue Medien (Kap. 02 05 Tit. 893 01) Drs. 19/5349
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Entwicklungspolitische Zusammenarbeit - Förderung des Berufsbildungszentrums Bergzucht Training & Development (Kap. 02 03 Tit. 685 53) Drs. 19/5353
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Dokumentationszentrum der Gebirgsschützen (Kap. 02 03 Tit. 686 03) Drs. 19/5354
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Förderung des europäischen politischen Dialogs - Projekte der Europa-Union Landesverband Bayern (Kap. 02 03 Tit. 687 53) Drs. 19/5355

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Umsetzung von Personalmitteln
(Kap. 02 01 Tit. 422 01 und 428 30)
Drs. 19/5345
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bürokratie in der Staatskanzlei abbauen
(Kap. 02 03 Tit. 526 12)
Drs. 19/5346
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Information statt Berlin-Bashing in der Staatskanzlei
(Kap. 02 03 Tit. 531 22)
Drs. 19/5347
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kein Abzug der Mitarbeiter aus dem Gesundheitsministerium
(Kap. 02 01 Tit. 422 01 u. 428 30)
Drs. 19/5350
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 19/5351
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaats Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)
Drs. 19/5352

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 59. Sitzung am 13. März 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: Ablehnungmit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 09 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

Berichterstatter: **Michael Hofmann**

Mitberichterstatter: **Johann Müller**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 09 03 werden die Ansätze in 2025
 - a) bei Tit. 883 05
 - von 10.000,0 Tsd. €
 - um 900,0 Tsd. €
 - auf 10.900,0 Tsd. €erhöht sowie
 - b) ein neuer Titel 633 01 „Zuweisungen an die Stadt Kronach für die Einrichtung einer Anlaufstelle im Rahmen des Modellprojekts generationenübergreifendes Wohnen in Kronach“ ausgebracht und mit 100,0 Tsd. Euro dotiert und
 - c) ein neuer Titel 883 11 „Zuweisung an die Stadt Landshut für die Förderung von Planungsleistungen Westtangente Landshut“ ausgebracht und mit 800,0 Tsd. Euro dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel werden als Förderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO ohne Anwendung von Förderrichtlinien bewilligt. Abweichend von den VV zu Art. 44 BayHO Ziff. 1.3 ist es für die Bewilligung der Zuwendung unerheblich, ob mit den Planungen bereits begonnen wurde.“ und
 - d) ein neuer Titel 883 12 „Zuschüsse zur Überdachung des Freibades mit einer Traglufthalle in Weißenhorn“ ausgebracht und mit 250,0 Tsd. Euro dotiert und
 - e) ein neuer Titel 883 13 „Zuweisungen an Gemeinden für besondere bauliche Maßnahmen“ ausgebracht und mit 440,0 Tsd. Euro dotiert und
 - f) ein neuer Titel 893 01 „Zuschüsse zur Wiederherstellung des Schwimmbads Lebenshilfe Gebelkofen“ ausgebracht und mit 100,0 Tsd. Euro dotiert und
 - g) ein neuer Titel 893 02 „Zuschuss für Kommunbräu Rehau e. V.“ ausgebracht und mit 100,0 Tsd. Euro dotiert.

2. Bei Kap. 09 04 Tit. 893 68 wird der Ansatz in 2025
von 3.000,0 Tsd. €
um 600,0 Tsd. €
auf 3.600,0 Tsd. €
erhöht.
3. Bei Kap. 09 05 Tit. 883 88 wird der Ansatz in 2025
von 0,0 Tsd. €
um 1.800,0 Tsd. €
auf 1.800,0 Tsd. €
erhöht.
4. Bei Kap. 09 06 werden die Ansätze in 2025
 - a) bei Tit. 685 75
von 339,0 Tsd. €
um 290,0 Tsd. €
auf 629,0 Tsd. €
 - b) bei Tit. 883 81
von 11.380,0 Tsd. €
um 295,0 Tsd. €
auf 11.675,0 Tsd. €
erhöht sowie
 - c) ein neuer Titel 892 02 „Zuschüsse für Verkehrsbetriebe und Infrastrukturunternehmen zur Verbesserung der Konnektivität auf der Strecke“ ausgebracht und mit 1.000,0 Tsd. Euro dotiert.
5. Bei Kap. 09 09 Tit. 891 60 wird der Ansatz in 2025
von 1.200,0 Tsd. €
um 1.090,0 Tsd. €
auf 2.290,0 Tsd. €
erhöht.
6. Bei Kap. 09 40 werden die Ansätze in 2025
 - a) bei Tit. 750 00
von 500.000,0 Tsd. €
um 100,0 Tsd. €
auf 500.100,0 Tsd. €
sowie
 - b) bei Tit. 773 70
von 26.000,0 Tsd. €
um 15,0 Tsd. €
auf 26.015,0 Tsd. €
erhöht.
7. Bei Anlage A Tit. 772 03 wird der Ansatz in 2025
von 139.596,4 Tsd. €
um 100,0 Tsd. €
auf 139.696,4 Tsd. €
erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 09 01, Kap. 09 04, Kap. 09 06, Kap. 09 09, Kap. 09 40 und der Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen entsprechend der Nachschublisten der Staatsregierung geändert (Anlagen).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Studentenwohnheime (Kap. 09 04 Tit. 893 68) Drs. 19/5343
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Machbarkeitsstudie Innquerung Eggfling-Obernberg (Kap. 09 06 Tit. 883 81) Drs. 19/5344
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Zuweisung an die Stadt Landshut für die Förderung von Planungsleistungen Westtangente Landshut (Kap. 09 03 neuer Tit. 883 11) Drs. 19/5459
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Pilotprojekt Traglufthalle (Weißenhorn) (Kap. 09 03 neuer Tit. 883 12) Drs. 19/5460
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Wiederherstellung Schwimmbad Lebenshilfe Gebelkofen nach Überflutung (Kap. 09 03 neuer Tit. 893 01) Drs. 19/5461

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Wohnraum für Auszubildende
(Kap. 09 04 Tit. 893 68)
Drs. 19/5462
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Verkehrsplanung Großraum München - Machbarkeitsstudie MegaHub & U2-Verlängerung in den östlichen Landkreis München
(Kap. 09 06 Tit. 685 75)
Drs. 19/5463
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Verbesserung der Konnektivität auf der Strecke der Südostbayernbahn
(Kap. 09 06 neuer Tit. 892 02)
Drs. 19/5464
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: E-Flugstrecke
(Kap. 09 09 Tit. 891 60)
Drs. 19/5465
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Sanierung der Weinbergsmauer Würzburg-Randersacker
(Kap. 09 40 Tit. 772 03)
Drs. 19/5466
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Sanierung kommunaler Schwimmbäder
(Kap. 09 03 Tit. 883 05)
Drs. 19/5493

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Modellprojekt generationenübergreifendes Wohnen in Kronach
(Kap. 09 03 neuer Tit. 633 01)
Drs. 19/5494
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bauliche Einzelmaßnahmen - Zuweisungen an Gemeinden
(Kap. 09 03 neuer Tit. 883 13)
Drs. 19/5495
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschuss für Kommunbräu Rehau e.V.
(Kap. 09 03 neuer Tit. 893 02)
Drs. 19/5496
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Städtebauförderung - Zuschüsse an Gemeinden
(Kap. 09 05 Tit. 883 88)
Drs. 19/5497
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Machbarkeitsstudie Tram Nordtangente München
(Kap. 09 06 Tit. 685 75)
Drs. 19/5498

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Pilotförderung: Machbarkeitsstudie zu gemeinsamen Schwimmbädern im Landkreis Fürth als Modell für kommunale Zusammenarbeit
(Kap. 09 02 Tit. 526 11)
Drs. 19/5326

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schwimmbadförderung deutlich aufstocken
(Kap. 09 03 Tit. 883 05)
Drs. 19/5327
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kommunale Wohnraumförderung aufstocken - Wohnen muss bezahlbar sein
(Kap. 09 04 neuer Tit.)
Drs. 19/5328
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Ausgleich der Mehrausgaben für Notvergaben - Zuschüsse für ÖPNV des Landkreises und der Stadt Ansbach
(Kap. 09 06 Tit. 633 60)
Drs. 19/5329
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Barrierefreier Ausbau der Bahnhöfe im Landkreis Wunsiedel
(Kap. 09 07 Tit. 891 74)
Drs. 19/5330
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schwimmbadförderung erhöhen
(Kap. 09 03 Tit. 883 05)
Drs. 19/5331
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Soziale Wohnraumförderung massiv erhöhen
(Kap. 09 04 Tit. 863 69)
Drs. 19/5332
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Energetische Modernisierung und barrierefreien/-armen Umbau von Wohngebäuden fördern
(Kap. 09 04 Tit. 893 03)
Drs. 19/5333

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Auszubildende schaffen
(Kap. 09 04 Tit. 893 68)
Drs. 19/5334
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Radverkehr stärken
(Kap. 09 06 Tit. 883 81)
Drs. 19/5335
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Barrierefreien Ausbau von bayerischen Bahnhöfen beschleunigen
(Kap. 09 06 Tit. 891 52)
Drs. 19/5336
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Elektrifizierung des bayerischen Schienennetzes beschleunigen
(Kap. 09 07 Tit. 891 75)
Drs. 19/5337
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Aufstockung des Personals in den Staatlichen Bauämtern
(Kap. 09 40 Tit. 422 01 und Tit. 428 01)
Drs. 19/5338
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Harry Scheuenstuhl, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)
Drs. 19/5339
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden für das Ermäßigungsticket
(Kap. 09 06 Tit. 633 62)
Drs. 19/5340
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Deutschlandticket
(Kap. 09 06 TG 64)
Drs. 19/5341

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Haltung von Dienstfahrzeugen
(Kap. 09 40 Tit. 514 01)
Drs. 19/5342

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 58. Sitzung am 13. März 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 3 zu – 15/13/14/16/18 – H 1108.9-1/38/1

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Nachtragshaushalt 2025

zum

Entwurf des Einzelplans 09

Bayerisches Staatsministerium für Wohnen,
Bau und Verkehr

09 01 Ministerium

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Baumaßnahmen			
710 00-0	011	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S)	A --- B	0,0	---
		Gesamtausgaben	A 57.002,6 B -	-	57.002,6
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 276,0 B -	-	276,0
		Gesamteinnahmen	A 276,0 B -	-	276,0
		Personalausgaben	A 51.253,3 B -	-	51.253,3
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 5.119,3 B -	-	5.119,3
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 350,0 B -	-	350,0
		Sonstige Sachinvestitionen	A 280,0 B -	-	280,0
		Gesamtausgaben	A 57.002,6 B -	-	57.002,6
		Zuschuss	A 56.726,6		56.726,6

09 01
Ministerium

Erläuterungen

Zu 09 01/710 00

Vgl. Erläuterung zu Tit. 711 02 in Anlage S.

09 04 Wohnraumförderung

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Es dürfen Ausgaben, die aus Bundesmitteln finanziert werden, bis zu sechs Wochen aus Landesmitteln vorfinanziert werden.			
		Ausgaben			
		Investitionsförderungsmaßnahmen			
893 04-9	411	Zuschüsse für die Bayerische Eigenheimzulage <i>Vermerk unverändert.</i>	A * * * B	0,0	---
		Gesamtausgaben	A 1.478.505,2 B +8.500,0	-	1.487.005,2
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 410,0 B -	-	410,0
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 288.100,0 B -	-	288.100,0
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A 324.795,5 B -	-	324.795,5
		Gesamteinnahmen	A 613.305,5 B -	-	613.305,5
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 3.000,0 B -	-	3.000,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 622.800,0 B -	-	622.800,0
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 852.705,2 B +8.500,0	-	861.205,2
		Gesamtausgaben	A 1.478.505,2 B +8.500,0	-	1.487.005,2
		Zuschuss	A 865.199,7 B 8.500,0		873.699,7

09 04**Wohnraumförderung**

Erläuterungen

Zu 09 04/893 04

Wiederaufnahme der im Haushaltsjahr als wegfallend gekennzeichneten Haushaltsstelle. Es muss weiterhin mit Auszahlungen aufgrund der Abrechnung einzelner noch zu prüfender Ansprüche gerechnet werden.

09 06 Öffentlicher Verkehr, Radverkehr

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
Ausgaben					
Titelgruppen					
62 - 63 Öffentlicher Personennahverkehr (Ermäßigungs- und Jugendticket)					
<i>Vermerk unverändert.</i>					
633 63-7	741	Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Einführung eines verbundweiten 365-Euro-Tickets <i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. € 63.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A 55.000,0 B -55.000,0	0,0	---
Summe der Titelgruppe			A 55.000,0 B -	-	55.000,0
70 Digitalisierung und Vernetzung, bayernweite Verbundstrukturen					
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>					
<i>Vgl. Vermerk bei TG 60.</i>					
<i>Gegenseitig deckungsfähig mit 09 09 TG 80.</i>					
Summe der Titelgruppe			A 28.300,0 B -	-	28.300,0
Gesamtausgaben			A 1.063.739,2 B +2.000,0	-	1.065.739,2

09 06

Öffentlicher Verkehr, Radverkehr

Erläuterungen

Zu 09 06/633 63

Die Aufnahme der Verpflichtungsermächtigung 2025 in Höhe von 63.000,0 Tsd. € wird zur Verlängerung des Ausgleichs der Mindereinnahmen für das 365-Euro-Ticket für Schülerinnen, Schüler und Auszubildende im Schuljahr 2025/2026 benötigt. Hierdurch wird der Ministerratsbeschluss vom 21. Januar 2025 umgesetzt. Die Abfinanzierung der ab dem Jahr 2026 fällig werdenden Verpflichtungen bleibt den entsprechenden künftigen Haushaltsaufstellungen vorbehalten.

Zu 09 06/70

Der bestehende einseitige Deckungsvermerk zu Lasten von Kap. 09 09 TG 80 wird in einen gegenseitigen Deckungsvermerk umgewandelt. Die Erweiterung des Deckungsvermerks dient der Beschleunigung der Abwicklung im Bereich der Güterverkehrszentren im Haushaltsjahr 2025.

09 06 Öffentlicher Verkehr, Radverkehr

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss			
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 317.689,0 B -	-	317.689,0
		Gesamteinnahmen	A 317.689,0 B -	-	317.689,0
		Personalausgaben	A 140,2 B -	-	140,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 1.049,0 B -	-	1.049,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 876.239,0 B +2.000,0	-	878.239,0
		Baumaßnahmen	A 2.000,0 B -	-	2.000,0
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 184.311,0 B -	-	184.311,0
		Gesamtausgaben	A 1.063.739,2 B +2.000,0	-	1.065.739,2
		Zuschuss	A 746.050,2 B 2.000,0		748.050,2

09 09 Luft- und Güterverkehr, Wasserstraße

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
Ausgaben					
Titelgruppen					
90 - 91 Wasserstraßen und Häfen					
881 90-7	731	Zuweisungen an den Bund für die Kanalisierung der Donau gemäß Vertrag vom 16.09.1966 <i>Einseitig deckungsfähig mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat zugunsten 547 90 und bis 3.000,0 Tsd. € zugunsten 883 90 und 892 91. Vgl. Vermerk bei 883 90.</i>	A 16.500,0 B	0,0	16.500,0
883 90-5	731	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Errichtung von Güterumschlaghäfen <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten 547 90, 671 90 und 891 90. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 331 90. Vgl. Vermerk bei 881 90. Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. € 1.700,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2025 in Höhe von 1.700,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2026 Tsd. € 1.300,0 2027 Tsd. € 400,0</i>	A 1.577,5 B	0,0	1.577,5
892 91-3	731	Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen in die Hafeninfrastruktur im Bereich von Großraum- und Schwerlasttransporten <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 331 91. Vgl. Vermerk bei 881 90.</i>	A --- B	0,0	---
Summe der Titelgruppe			A 18.077,5 B -	-	18.077,5
Gesamtausgaben			A 195.728,8 B -	-	195.728,8

09 09**Luft- und Güterverkehr, Wasserstraße**

Erläuterungen

Zu 09 09/881 90

Die Erweiterung des Deckungsvermerks bis 3.000,0 Tsd. € zugunsten Tit. 883 90 und Tit. 892 91 dient der Beschleunigung größerer Vorhaben für das Haushaltsjahr 2025.

Zu 09 09/883 90

Vgl. Erläuterung zu 881 90.

Zu 09 09/892 91

Vgl. Erläuterung zu 881 90.

09 09 Luft- und Güterverkehr, Wasserstraße

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 165.339,0 B -	-	165.339,0
		Gesamteinnahmen	A 165.339,0 B -	-	165.339,0
		Personalausgaben	A 3.678,8 B -	-	3.678,8
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 114.595,5 B -	-	114.595,5
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 130,0 B -	-	130,0
		Sonstige Sachinvestitionen	A 50.109,0 B -	-	50.109,0
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 27.215,5 B -	-	27.215,5
		Gesamtausgaben	A 195.728,8 B -	-	195.728,8
		Zuschuss	A 30.389,8		30.389,8

09 40 Staatliche Bauämter

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 01-1	012	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vermerk unverändert.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. € 3.396,9</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2025 in</i> <i>Höhe von 3.396,9 Tsd. € werden fällig frühestens in den</i> <i>Haushaltsjahren</i>	A 2.223,0 B	0,0	2.223,0
		2026 Tsd. € 650,1 2027 Tsd. € 664,4 2028 Tsd. € 679,0 2029 Tsd. € 694,0 2030 Tsd. € 709,4			
		Gesamtausgaben	A 1.150.244,2 B +3.650,0	-	1.153.894,2
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 3.604,5 B +100,0	-	3.704,5
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 186.538,5 B +10.000,0	-	196.538,5
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A 33.000,0 B -	-	33.000,0
		Gesamteinnahmen	A 223.143,0 B +10.100,0	-	233.243,0
		Personalausgaben	A 404.974,6 B -	-	404.974,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 72.933,1 B +650,0	-	73.583,1
		Baumaßnahmen	A 664.787,5 B +3.000,0	-	667.787,5
		Sonstige Sachinvestitionen	A 7.549,0 B -	-	7.549,0
		Gesamtausgaben	A 1.150.244,2 B +3.650,0	-	1.153.894,2
		Zuschuss	A 927.101,2		920.651,2
		Überschuss	B 6.450,0		

Erläuterungen

Zu 09 40/518 01

Die bestehende Anmietung des Staatlichen Bauamtes München 2 im Gebäude Hopfenstraße 4-6, 80335 München, soll verlängert werden, da die Büroflächen weiterhin benötigt werden.

Epl. 09 Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss Epl. 09			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 593.571,5 B +100,0	-	593.671,5
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 2.598.743,4 B +10.000,0	-	2.608.743,4
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A 511.639,5 B -	-	511.639,5
		Gesamteinnahmen	A 3.703.954,4 B +10.100,0	-	3.714.054,4
		Personalausgaben	A 605.852,7 B +280,0	-	606.132,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 244.709,7 B +820,0	-	245.529,7
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 42.896,9			
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 3.486.083,0 B +2.000,0	-	3.488.083,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 1.887.693,6			
		Baumaßnahmen	A 710.064,1 B +3.000,0	-	713.064,1
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 366.990,0			
		Sonstige Sachinvestitionen	A 65.613,8 B -	-	65.613,8
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 36.300,0			
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 1.646.764,1 B +8.500,0	-	1.655.264,1
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 2.218.066,8			
		Besondere Finanzierungsausgaben	A -93.984,7 B -	-	-93.984,7
		Gesamtausgaben	A 6.665.102,7 B +14.600,0	-	6.679.702,7
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 4.551.947,3			
		Zuschuss	A 2.961.148,3 B 4.500,0		2.965.648,3

**Epl. 09 Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr
Anlage S**

Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen

mit mehr als 3 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall
für den Bereich des

Epl. 09

Epl. 09
Anlage S

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
09 01		Ministerium			
711 02-7	011	Bayer. Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr Energetische Sanierung	A * * * B	0,0	---
		Summe Kapitel 09 01	A - B -	-	-
		Summe Epl. 09	A 12.800,0 B -	-	12.800,0

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamt- kosten Tsd. €	bis 31.12.2022 verausgabt Tsd. €	ab 2026 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
23.05.2011 31.07.2018	54.345,0	52.083,5	-	Erneute Aufnahme des ursprünglich für 2025 zum Wegfall vorgesehenen Haushaltstitels. Die Abrechnung der Maßnahme hat sich verzögert, so dass im Haushaltsjahr 2025 noch Rechnungen zu begleichen sind. Die genehmigten Gesamtkosten bleiben unverändert.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

Berichterstatter: **Stefan Frühbeißer**
Mitberichterstatter: **Volkmar Halbleib**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 05 03 Tit. 684 71 wird der Ansatz
in 2025
von 19.000,0 Tsd. €
um 2.000,0 Tsd. €
auf 21.000,0 Tsd. €
erhöht.
2. Bei Kap. 05 04 werden die Ansätze
in 2025
 - a) bei Tit. 681 07
von 1.159,6 Tsd. €
um 150,0 Tsd. €
auf 1.309,6 Tsd. €
 - b) bei Tit. 685 05
von 120,0 Tsd. €
um 315,0 Tsd. €
auf 435,0 Tsd. €
 - c) bei Tit. 684 90
von 880,0 Tsd. €
um 250,0 Tsd. €
auf 1.130,0 Tsd. €
erhöht sowie
 - d) ein neuer Titel 893 02 „Billigkeitsleistungen an das Schulwerk der Diözese Augsburg zur Behebung von Schäden an Schulgebäuden durch das Hochwasser 2024“ ausgebracht und mit 1.650,0 Tsd. Euro dotiert und
 - e) ein neuer Titel 893 03 „Sonderförderung des Schulwerks der Diözese Augsburg zur baulichen Umsetzung eines Modellprojektes zum Thema Selbstorganisiertes Lernen“ ausgebracht und mit 1.000,0 Tsd. Euro dotiert.

3. Bei Kap. 05 05 werden die Ansätze in 2025
- a) bei Tit. 429 61
 - von 0,0 Tsd. €
 - um 250,0 Tsd. €
 - auf 250,0 Tsd. €
 - b) bei Tit. 684 61
 - von 897,3 Tsd. €
 - um 1.056,0 Tsd. €
 - auf 1.953,3 Tsd. €
 - c) bei Tit. 684 68
 - von 318,7 Tsd. €
 - um 100,0 Tsd. €
 - auf 418,7 Tsd. €
 - sowie
 - d) bei Tit. 684 82
 - von 320,0 Tsd. €
 - um 521,0 Tsd. €
 - auf 841,0 Tsd. €
 - erhöht.
4. Bei Kap. 05 06 Tit. 531 71 wird der Ansatz in 2025
- von 780,0 Tsd. €
 - um 30,0 Tsd. €
 - auf 810,0 Tsd. €
 - erhöht.
5. Bei Kap. 05 12 werden die Ansätze in 2025
- a) bei Tit. 547 05
 - von 500,0 Tsd. €
 - um 60,0 Tsd. €
 - auf 560,0 Tsd. €
 - erhöht sowie
 - b) ein neuer Titel 883 03 „Sonderförderung der Gemeinde Painten zur Erweiterung des Außenbereichs der Grund- und Mittelschule mit einem Naturklassenzimmer“ ausgebracht und mit 50,0 Tsd. Euro dotiert.
6. Bei Kap. 05 19 wird in 2025 ein neuer Titel 883 03 „Sonderförderung des Landkreises Fürstfeldbruck für die Instandsetzung der Sternwarte des Max-Born-Gymnasiums Germering“ ausgebracht und mit 50,0 Tsd. Euro dotiert.
7. Bei Kap. 05 50 Tit. 684 22 wird der Ansatz in 2025
- von 110,0 Tsd. €
 - um 175,0 Tsd. €
 - auf 285,0 Tsd. €
- erhöht sowie folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Erläuterungen sind verbindlich.“ Die Erläuterungen werden wie folgt gefasst: „Von den Mitteln sind abweichend von den ansonsten bestehenden Fördergrenzen bis zu 25,0 Tsd. Euro zur Förderung der Erneuerung der Orgel in der Pfarrkirche St. Vitus in Gempfung sowie bis zu 150,0 Tsd. Euro zur Förderung der Sanierung der Orgel in der Klosterkirche Raithenhaslach (St. Georg) zu verwenden. Der jeweilige Zuschuss soll ggf. zusätzlich zu anderweitigen staatlichen oder sonstigen Zuwendungen ggf. auch zur Bestreitung des Eigenanteils gewährt werden.“

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 05 04, Kap. 05 12 und Kap. 05 19 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Musikbegeisterte Grundschulen - Stärkung der Kooperation mit externen Partnern
(Kap. 05 04 Tit. 681 07)
Drs. 19/5373
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schwimmen lernen im Grundschulbereich
(Kap. 05 04 Tit. 684 90)
Drs. 19/5374
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kirchliche Schulen: Ausbau der von Hochwasser betroffenen Schulgebäude
(Kap. 05 04 neuer Tit. 893 02)
Drs. 19/5375
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Selbstorganisiertes Lernen
(Kap. 05 04 neuer Tit. 893 03)
Drs. 19/5376

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zertifizierung von Multiplikatoren zur Stärkung der Antisemitismusprävention im Schulbereich
(Kap. 05 05 Tit. 429 61)
Drs. 19/5377
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Badehaus: Die Rückkehr der Föhrenwalder
(Kap. 05 05 Tit. 684 61)
Drs. 19/5378
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Nachrichtenportal haGalil
(Kap. 05 05 Tit. 684 61)
Drs. 19/5379
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Denkmallandschaft Hesselberg
(Kap. 05 05 Tit. 684 61)
Drs. 19/5380
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Ausstellungen "Geliebte Gabi"
(Kap. 05 05 Tit. 684 61)
Drs. 19/5381
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Michael Hofmann, Klaus Holetschek, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Lese-Förderprogramm für schwache Schüler der Sekundarstufe I
(Kap. 05 04 Tit. 685 05)
Drs. 19/5382

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Erinnerungskultur
(Kap. 05 05 Tit. 684 61)
Drs. 19/5383
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Projektförderung von Jugendkunstschulen
(Kap. 05 05 Tit. 684 68)
Drs. 19/5384
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Europäische Janusz Korczak Akademie, Muslimisches Bildungswerk Bayern und sonstige Einrichtungen der Erwachsenenbildung
(Kap. 05 05 Tit. 684 82)
Drs. 19/5385
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Verfassung des Freistaates Bayern und Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
(Kap. 05 06 Tit. 531 71)
Drs. 19/5386
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Lesen mit "Willi Wortbär" und Einsatz der "MobiLE" App
(Kap. 05 12 Tit. 547 05)
Drs. 19/5387
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Naturklassenzimmer in Painten
(Kap. 05 12 neuer Tit. 883 03)
Drs. 19/5388

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Sternwarte Max-Born-Gymnasium Germering
(Kap. 05 19 neuer Tit. 883 03)
Drs. 19/5389
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Orgelsanierung St. Vitus in Gempfung und Orgel Klosterkirche Raithenhaslach (St. Georg)
(Kap. 05 50 Tit. 684 22)
Drs. 19/5390
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Sonderpädagogische Förderschulen - Härterege lung
(Kap. 05 03 Tit. 684 71)
Drs. 19/5482

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kürzungen am Startchancenprogramm zurücknehmen
(Kap. 05 04 Tit. 428 53 u. 547 52)
Drs. 19/5356
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionsmittel für das Startchancen-Programm 2025 bereitstellen
(Kap. 05 04 Tit. 883 54)
Drs. 19/5357
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Medienbudget an Schulen auskömmlich gestalten
(Kap. 05 04 Tit. 893 77)
Drs. 19/5358
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Berufsfachschule für Kinderpflege in Nördlingen (Lkr. Donau-Ries)
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 19/5360

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Arbeitshefte in die Lernmittelfreiheit aufnehmen
(Kap. 05 03 TG 88)
Drs. 19/5361
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bayerisches Programm für die schnellere Ausstattung von Schülerinnen und Schülern mit digitalen Endgeräten
(Kap. 05 03 TG 88)
Drs. 19/5362
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Programme und digitale Hilfsmittel in die Lernmittelfreiheit aufnehmen
(Kap 05 03 TG 88)
Drs. 19/5363
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Modellprojekt kostenloses Mittagessen im Rahmen des Startchancenprogramms
(Kap. 05 04 TG 52 - 53 neuer Tit.)
Drs. 19/5364
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kostenübernahme für pädagogische Programme in Schullandheimen durch den Freistaat
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 19/5365
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schülerinnen und Schüler stärken und Lehrerinnen und Lehrer entlasten - Multiprofessionelle Teams und Schulsozialarbeit auf- und ausbauen (75 Stellen EGr. E 10)
(Kap. 05 12 - 05 19 Tit. 428 01)
Drs. 19/5366
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Stärkung des Mobilen Sonderpädagogischen Dienstes (MSD) (100 Stellen BesGr. A 13)
(Kap. 05 13 Tit. 422 01)
Drs. 19/5367

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen sicherstellen (75 Stellen BesGr. A 13)
(Kap. 05 15 - 05 17 Tit. 422 01)
Drs. 19/5368
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Ramona Storm, Markus Walbrunn und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I - Gastschulbeiträge für die Beschulung von abgelehnten Asylbewerberkindern
(Kap. 05 03 Tit. 633 05)
Drs. 19/5369
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Ramona Storm, Markus Walbrunn und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II - Erstattungen an Sonstige zur Umsetzung des Konzepts kooperativer Klassen zur Berufsvorbereitung
(Kap. 05 15 Tit. 671 03)
Drs. 19/5370
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Ramona Storm, Markus Walbrunn und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: IT-Fachkräfteversorgung für Bayerns Schulen
(Kap. 05 03 neue TG)
Drs. 19/5371
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Ramona Storm, Markus Walbrunn und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Ausgaben für das Kriseninterventions- und Bewältigungsteam bayerischer Schulpsychologen (KIBBS)
(Kap. 05 04 Tit. 547 01)
Drs. 19/5372

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 59. Sitzung am 13. März 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 1 zu – 15/13/14/16/18 – H 1108.9-1/38/1

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Nachtragshaushalt 2025

zum

Entwurf des Einzelplans 05

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht
und Kultus

05 04 Allgemeine Bewilligungen - Unterricht und Erziehung (ohne Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungs-
gesetz)

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A	Betrag der Nachschubliste	Neuer Betrag 2025
			Bisheriger Betrag 2025 Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €		
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
684 29-1	128	Billigkeitsleistungen nach Art. 53 BayHO für private Berufsfachschulen für Medizinische Technologen, die keine Kooperationsvereinbarung mit Krankenhäusern schließen können <i>Vermerk unverändert.</i>	A * * * B +0,0	0,0	---
		Gesamtausgaben	A 1.468.311,2 B +310,9	-	1.468.622,1
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 350,0 B -	-	350,0
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 99.825,0 B +5.000,0	-	104.825,0
		Gesamteinnahmen	A 100.175,0 B +5.000,0	-	105.175,0
		Personalausgaben	A 608.408,8 B +334,1	-	608.742,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 106.383,3 B -965,9	-	105.417,4
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 565.104,7 B +942,7	-	566.047,4
		Sonstige Sachinvestitionen	A 2.914,4 B -	-	2.914,4
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 185.500,0 B -	-	185.500,0
		Gesamtausgaben	A 1.468.311,2 B +310,9	-	1.468.622,1
		Zuschuss	A 1.368.136,2		1.363.447,1
		Überschuss	B 4.689,1		

05 04

Allgemeine Bewilligungen - Unterricht und Erziehung (ohne Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz)

Erläuterungen

Zu 05 04/684 29

Private Berufsfachschulen für Medizinische Technologen, die keine Kooperationsvereinbarung nach § 76 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Gesetz über die Berufe in der medizinischen Technologie (MTBG) i.V.m. §§ 2, 17 a Krankenhausgesetz (KHG) mit Krankenhäusern schließen können, sollen zur Sicherstellung der schulischen Ausbildung eine schülerbezogene Pauschale als Billigkeitsleistung nach Art. 53 BayHO erhalten, da die bundesrechtliche Finanzierungsstruktur keine Refinanzierung dieser Kosten vorsieht.

05 12 Öffentliche Grund- und Mittelschulen

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
Ausgaben					
Personalausgaben					
427 21-4	114	Vergütungen an die Kirchen und Religionsgemeinschaften für die Erteilung des Religionsunterrichts an den öffentlichen Grund- und Mittelschulen und an den öffentlichen Förderzentren (Grund- und Mittelschulstufe)	A 64.000,0 B	-500,0	63.500,0
428 20-4	114	Vergütungen für Lehramtsbewerberinnen und Lehramtsbewerber aus anderen EU-Staaten während der Teilnahme an Anpassungslehrgängen <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 05 02 Tit. 428 20. Einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 422 26. Die Mittel dürfen bei Bedarf zu Lasten freier Stellen bei Tit. 422 01 und 428 02 verstärkt werden.</i>	A --- B	+500,0	500,0
Gesamtausgaben					
			A 3.017.137,6 B -1.400,0	-	3.015.737,6
Abschluss					
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.			A 90,0 B -	-	90,0
Gesamteinnahmen					
			A 90,0 B -	-	90,0
Personalausgaben			A 3.005.622,7 B -1.400,0	-	3.004.222,7
Sächliche Verwaltungsausgaben			A 9.957,9 B -	-	9.957,9
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			A 1.557,0 B -	-	1.557,0
Gesamtausgaben					
			A 3.017.137,6 B -1.400,0	-	3.015.737,6
Zuschuss					
			A 3.017.047,6		3.015.647,6
Überschuss					
			B 1.400,0		

05 12

Öffentliche Grund- und Mittelschulen

Erläuterungen

Zu 05 12/427 21

Umsetzung nach Tit. 428 20.

Zu 05 12/428 20

Umsetzung von Tit. 427 21.

05 19 Staatliche Gymnasien

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Personalausgaben			
428 20-9	114	Entgelte für Lehramtsbewerberinnen und Lehramtsbewerber aus anderen EU-Staaten während der Teilnahme an Anpassungslehrgängen <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 05 02 Tit. 428 20. Einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 422 26. Die Mittel dürfen bei Bedarf zu Lasten freier Stellen bei Tit. 422 01 verstärkt werden.</i>	A 265,0 B	0,0	265,0
		Gesamtausgaben	A 1.794.594,3 B +600,0	-	1.795.194,3
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 6.129,1 B -	-	6.129,1
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 385,0 B -	-	385,0
		Gesamteinnahmen	A 6.514,1 B -	-	6.514,1
		Personalausgaben	A 1.742.079,9 B -	-	1.742.079,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 14.004,0 B +600,0	-	14.604,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 13.295,2 B -	-	13.295,2
		Baumaßnahmen	A 8.500,0 B -	-	8.500,0
		Sonstige Sachinvestitionen	A 1.715,2 B -	-	1.715,2
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 15.000,0 B -	-	15.000,0
		Gesamtausgaben	A 1.794.594,3 B +600,0	-	1.795.194,3
		Zuschuss	A 1.788.080,2 B 600,0		1.788.680,2

Epl. 05 Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss Epl. 05			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 18.407,1 B +50,0	-	18.457,1
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 108.322,4 B +5.000,0	-	113.322,4
		Gesamteinnahmen	A 126.729,5 B +5.050,0	-	131.779,5
		Personalausgaben	A 13.240.868,8 B -432,6	-	13.240.436,2
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 8.684,2			
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 191.514,2 B -535,9	-	190.978,3
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 167.505,0			
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 3.285.806,1 B +23.702,7	-	3.309.508,8
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 429.035,3			
		Baumaßnahmen	A 46.656,7 B -	-	46.656,7
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 52.779,6			
		Sonstige Sachinvestitionen	A 11.586,9 B -	-	11.586,9
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 33.630,0			
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 291.068,0 B +1.000,0	-	292.068,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 57.000,0			
		Besondere Finanzierungsausgaben	A -96.408,9 B -	-	-96.408,9
		Gesamtausgaben	A 16.971.091,8 B +23.734,2	-	16.994.826,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 748.634,1			
		Zuschuss	A 16.844.362,3 B 18.684,2		16.863.046,5



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 03 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

Berichterstatter: **Daniel Artmann**

Mitberichterstatter: **Andreas Jurca**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 03 03 werden die Ansätze in 2025

- a) bei Tit. 547 07
 - von 155,0 Tsd. €
 - um 20,0 Tsd. €
 - auf 175,0 Tsd. €
- b) bei Tit. 684 08
 - von 0,0 Tsd. €
 - um 2.186,0 Tsd. €
 - auf 2.186,0 Tsd. €
- c) bei Tit. 883 02
 - von 0,0 Tsd. €
 - um 500,0 Tsd. €
 - auf 500,0 Tsd. €
- d) bei Tit. 684 91
 - von 38.228,7 Tsd. €
 - um 12,0 Tsd. €
 - auf 38.240,7 Tsd. €
- e) bei Tit. 893 09
 - von 0,0 Tsd. €
 - um 827,5 Tsd. €
 - auf 827,5 Tsd. €

erhöht sowie folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel werden als Förderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO ohne Anwendung von Förderrichtlinien und zusätzlich zu bestehenden Förderungen bewilligt.“ und

- f) bei Tit. 893 91
von 25.082,1 Tsd. €
um 1.975,0 Tsd. €
auf 27.057,1 Tsd. €
erhöht sowie folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel werden als Förderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO ohne Anwendung von Förderrichtlinien und zusätzlich zu bestehenden Förderungen bewilligt.“ und
- g) ein neuer Titel 883 09 „Zuweisungen für Sonderinvestitionsprojekte im Sport“ ausgebracht und mit 470,0 Tsd. € dotiert.
2. Bei Kap. 03 12 Tit. 633 56 wird der Ansatz in 2025
von 900,0 Tsd. €
um 10,0 Tsd. €
auf 910,0 Tsd. €
erhöht.
3. Bei Kap. 03 15 Tit. 812 99 wird der Ansatz in 2025
von 682,8 Tsd. €
um 200,0 Tsd. €
auf 882,8 Tsd. €
erhöht.
4. Bei Kap. 03 18 Tit. 812 01 wird der Ansatz in 2025
von 16.440,7 Tsd. €
um 4.350,0 Tsd. €
auf 20.790,7 Tsd. €
erhöht.
5. Bei Kap. 03 23 wird in 2025
- a) ein neuer Titel 547 04 „Förderung vom Ehrenamt bei der Freiwilligen Feuerwehr“ ausgebracht und mit 300,0 Tsd. € dotiert sowie
- b) ein neuer Titel 883 04 „Förderung interkommunaler Fähigkeiten für Tiefbaueinsätze der Feuerwehr Tittling, Landkreis Passau“ ausgebracht und mit 377,0 Tsd. € dotiert.
6. Bei Kap. 03 24 werden die Ansätze in 2025
- a) bei Tit. 633 05
von 450,0 Tsd. €
um 20,0 Tsd. €
auf 470,0 Tsd. €
- b) bei Tit. 812 05
von 25.000,0 Tsd. €
um 650,0 Tsd. €
auf 25.650,0 Tsd. €
- c) bei Tit. 812 06
von 0,0 Tsd. €
um 400,0 Tsd. €
auf 400,0 Tsd. €
- d) bei Tit. 883 05
von 1.300,0 Tsd. €
um 50,0 Tsd. €
auf 1.350,0 Tsd. €

- e) bei Tit. 887 88
 - von 0,0 Tsd. €
 - um 600,0 Tsd. €
 - auf 600,0 Tsd. €
- f) bei Tit. 633 89
 - von 749,0 Tsd. €
 - um 20,0 Tsd. €
 - auf 769,0 Tsd. €erhöht sowie
- g) ein neuer Titel 632 01 „Zuweisungen an Hochschulen und Universitäten für Studien zur Verbesserung des Katastrophenschutzes“ ausgebracht und mit 355,0 Tsd. € dotiert und
- h) ein neuer Titel 671 09 „Zuschuss für First Responder Johanniter“ ausgebracht und 10,0 Tsd. € dotiert und
- i) ein neuer Titel 893 06 „Förderung des Vereins zur Erforschung der Wirksamkeit der Hagelbekämpfung im Raum Rosenheim e. V.“ ausgebracht und mit 800,0 Tsd. € dotiert und
- j) ein neuer Titel 894 04 „Zuschuss zur Errichtung eines Landesschulungszentrums der DLRG Bayern“ ausgebracht und mit 500,0 Tsd. € dotiert und
- k) ein neuer Titel 894 05 „Pilot-Wasserrettungsfahrzeug Wasserwacht Bayern“ ausgebracht und mit 350,0 Tsd. € dotiert und
- l) ein neuer Titel 894 06 „Einsatzbekleidung für ehrenamtliche Bergretter“ ausgebracht und mit 500,0 Tsd. € dotiert und
- m) ein neuer Titel 894 07 „Zuschuss für den Neubau von Wachhäusern von Wasserrettung und Bergwacht“ ausgebracht und mit 165,0 Tsd. € dotiert.

Ferner werden die Ansätze, Verpflichtungsermächtigungen und Haushaltsvermerke bei Kap. 03 02, Kap. 03 03, Kap. 03 06, Kap. 03 08, Kap. 03 12, Kap. 03 13 und Kap. 03 24 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlagen).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Cheerleading Bad Reichenhall
(Kap. 03 03 Tit. 684 08)
Drs. 19/5520

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Fanprojekt und Maßnahmen zur Antisemitismusbekämpfung im Bereich Fußball
(Kap. 03 03 Tit. 684 08)
Drs. 19/5521
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung inklusives Segeln Prien
(Kap. 03 03 Tit. 684 91)
Drs. 19/5522
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Sonderinvestitionsprojekte Sport I
(Kap. 03 03 Tit. 893 09)
Drs. 19/5523
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Sonderinvestitionsprojekte Sport II
(Kap. 03 03 Tit. 893 91)
Drs. 19/5524
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Wohnraum Für Alle - Integration braucht ein Zuhause
(Kap. 03 12 Tit. 633 56)
Drs. 19/5525
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung vom Ehrenamt bei der Freiwilligen Feuerwehr
(Kap. 03 23 neuer Tit. 547 04)
Drs. 19/5526

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung interkommunaler Fertigkeiten für Tiefbaueinsätze der Feuerwehren
(Kap. 03 23 neuer Tit. 883 04)
Drs. 19/5527
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung Machbarkeitsstudie Landwirtschaft im Katastrophenschutz
(Kap. 03 24 neuer Tit. 632 01)
Drs. 19/5528
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zelt der Religionen in Bamberg
(Kap. 03 03 Tit. 547 07)
Drs. 19/5529
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Sonderprojekte Sport
(Kap. 03 03 Tit. 684 08)
Drs. 19/5530
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Skiflugschanze Oberstdorf
(Kap. 03 03 Tit. 883 02)
Drs. 19/5531
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Aufbau Ringerstützpunkt in Untergriesbach und BMX-Bahn Esselbach
(Kap. 03 03 Tit. 893 91)
Drs. 19/5532

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Erweiterung der KI-Fähigkeiten beim Landesamt für Verfassungsschutz
(Kap. 03 15 Tit. 812 99)
Drs. 19/5533
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Maßnahmen Innere Sicherheit
(Kap. 03 18 Tit. 812 01)
Drs. 19/5534
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Einbeziehung von Kliniken im Rahmen von Großübungen im Katastrophenschutz
(Kap. 03 24 Tit. 633 05)
Drs. 19/5535
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Region der Lebensretter e. V.
(Kap. 03 24 Tit. 633 89)
Drs. 19/5536
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: First Responder Johanniter Memmingen
(Kap. 03 24 neuer Tit. 671 09)
Drs. 19/5537
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Abrollbehälter für grenzüberschreitende Einsatzkoordinierung
(Kap. 03 24 Tit. 812 05)
Drs. 19/5538

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Defibrillatoren und Etablierung eines Defi-Katasters für Bayern
(Kap. 03 24 Tit. 812 06)
Drs. 19/5539
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Stärkung des Katastrophenschutzes im Landkreis Günzburg durch dezentrale Unterbringung von Einsatzmitteln
(Kap. 03 24 Tit. 883 05)
Drs. 19/5540
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Integrierte Leitstelle Oberpfalz-Nord
(Kap. 03 24 Tit. 887 88)
Drs. 19/5541
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Hagelflieger in Südostbayern
(Kap. 03 24 neuer Tit. 893 06)
Drs. 19/5542
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Neubau eines Landesschulungszentrum DLRG in Scheinfeld
(Kap. 03 24 neuer Tit. 894 04)
Drs. 19/5543
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Neues Wasserrettungsfahrzeug für die Wasserwacht Bayern
(Kap. 03 24 neuer Tit. 894 05)
Drs. 19/5544

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bergwacht: Einsatzbekleidung für ehrenamtliche Bergretter
(Kap. 03 24 neuer Tit. 894 06)
Drs. 19/5545
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Surfwellen Rosenheim und Multi-Sport-Feld Plankenfels
(Kap. 03 03 neuer Tit. 883 09)
Drs. 19/5771
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Sonderinvestitionen im Sportbereich
(Kap. 03 03 Tit. 893 09)
Drs. 19/5772
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Rettungsstation am Märzenbaggersee und gemeinsame Station für die Bergrettung und Wasserwacht am Kochelsee
(Kap. 03 24 neuer Tit. 894 07)
Drs. 19/5773

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kommunale Integrationszentren einführen und fördern
(Kap. 03 12 Tit. 633 54)
Drs. 19/5502
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Polizeistation Tittling retten
(Kap. 03 18 Tit. 701 01)
Drs. 19/5503

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Arif Taşdelen, Christiane Feichtmeier u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Grundförderung für SOBY
(Kap. 03 03 neue TG)
Drs. 19/5504
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Christiane Feichtmeier u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Mehr Richterinnen und Richter an Verwaltungsgerichten nach jahrelangem Stillstand
(Kap. 03 06 Tit. 422 01)
Drs. 19/5505
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Verstärkung der Ausländerbehörden
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 19/5506
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Arif Taşdelen, Christiane Feichtmeier u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Interkulturelle Arbeit muslimischer Gemeinden und Verbände in Bayern unterstützen
(Kap. 03 12 Tit. 684 52)
Drs. 19/5507
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Flächendeckend Taser für die Polizei einführen
(Kap. 03 18 Tit. 511 22)
Drs. 19/5508
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Dienstkleidungszuschüsse für Polizistinnen und Polizisten erhöhen
(Kap. 03 18 Tit. 514 12)
Drs. 19/5509
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Sanierungsstau bei Feuerwehrhäusern auflösen
(Kap. 03 23 Tit. 883 02)
Drs. 19/5510

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Arif Taşdelen, Christiane Feichtmeier u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung (Kap. 03 12 Tit. 684 54)
Drs. 19/5511
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Arif Taşdelen, Christiane Feichtmeier u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migrantinnen- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY) (Kap. 03 12 neue TG)
Drs. 19/5512
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Umbenennung des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration (Kap. 03 01 neuer Tit.)
Drs. 19/5513
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung - Kosten des Integrationsbeauftragten (Kap. 03 03 Tit. 536 02)
Drs. 19/5514
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bündnis für Toleranz (Kap. 03 03 Tit. 547 07)
Drs. 19/5515
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Maßnahmen zur Unterstützung des Engagements für Einsatzveteranen (Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 19/5516
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Anschaffung von Schnitzschutzschals für die Bayerische Polizei (Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 19/5517

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bayerisches Zentrum für Remigration
(Kap. 03 11 neuer Tit.)
Drs. 19/5518
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds
(Kap. 03 13 Tit. 514 01, 514 21, 517 01, 517 11, 518 01, 533 02, 633 01, 633 10 und 671 01)
Drs. 19/5519

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 60. Sitzung am 17. März 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 2 zu 11/12/14/17/18-H 1120-16/23

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Nachtragshaushalt 2025

zum

Entwurf des Einzelplans 03

Bayerisches Staatsministerium des Innern,
für Sport und Integration

03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Sächliche Verwaltungsausgaben			
<u>547 09-1</u>	045	Ausgaben und Zuweisungen für Einsatzkosten einschließlich Ersatzbeschaffungen von Ausrüstungsgegenständen für die Hochwasserkatastrophe 2024 <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der anteiligen Einnahme bei 13 03/271 01.</i>	A B	0,0	---
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
685 07-5	012	Erstattung des Aufwands für die der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) durch die MeldDV übertragenen Aufgaben <i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. € 2.800,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	5.057,0 0,0	5.057,0
		Besondere Finanzierungsausgaben			
972 06-8	881	Globale Minderausgabe zum Haushaltsabgleich <i>Vermerk unverändert.</i>	A B	-90.300,0 -800,0	-91.100,0
		Gesamtausgaben	A B	1.805.583,0 -800,0	1.804.783,0

Erläuterungen

Zu 03 02/547 09

Der Freistaat Bayern erhält für die Einsatzkosten der Hochwasserkatastrophe 2024 Mittel aus dem EU-Solidaritätsfonds, die im Einzelplan 13 (Kap. 13 03 Tit. 271 01) vereinnahmt werden. Die Mittel für Ausgaben und Zuweisungen für Einsatzkosten einschließlich Ersatzbeschaffung von Ausrüstungsgegenständen für die Hochwasserkatastrophe 2024 werden dem StMI gem. Art. 9 DBestHG zur Verfügung gestellt.

Zu 03 02/685 07

Für die Anpassung der Vereinbarung mit der AKDB zur Finanzierung der zentralen Pass- und Personalausweisregisterdaten-bestände (Zentrales Lichtbildregister) war für das Jahr 2024 eine Verpflichtungsermächtigung i. H. v. 1.400,0 Tsd. € veranschlagt. Da die Vereinbarung jedoch nicht mehr im Jahr 2024 abgeschlossen werden konnte und jetzt eine längere Laufzeit (bis 31.12.2027) festgelegt werden soll, ist für das Jahr 2025 erneut eine Verpflichtungsermächtigung (nun i. H. v. 2.800,0 Tsd. €) in den Haushalt einzustellen.

Zu 03 02/972 06

Mehr 800,0 Tsd. € zur Gegenfinanzierung der Beteiligung des Freistaates Bayern an der Bewerbung der Landeshauptstadt München um Olympische und Paralympische Spiele bei 03 03/547 15.

03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss			
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 478,1 B -	-	478,1
		Gesamteinnahmen	A 478,1 B -	-	478,1
		Personalausgaben	A 1.867.761,1 B -	-	1.867.761,1
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 13.937,8 B -	-	13.937,8
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 5.057,0 B -	-	5.057,0
		Baumaßnahmen	A 9.774,3 B -	-	9.774,3
		Besondere Finanzierungsausgaben	A -90.947,2 B -	-800,0	-91.747,2
		Gesamtausgaben	A 1.805.583,0 B -	-800,0	1.804.783,0
		Zuschuss	A 1.805.104,9		1.804.304,9
		Überschuss		800,0	

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A	B	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €	
			Bisheriger Betrag 2025 Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €				
1	2	3			4	5	6
Ausgaben							
Sächliche Verwaltungsausgaben							
531 21-1	012	Öffentlichkeitsarbeit <i>Vermerk unverändert.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. € 150,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A	652,0	0,0	652,0	
			B				
547 15-1	322	Finanzierungsanteil Bayerns an der Bewerbung der Landeshauptstadt München um Olympische und Paralympische Spiele in München/Bayern Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A		+800,0	800,0	
			B				
633 04-9	322	Zuweisung an die Landeshauptstadt München zur Ausrichtung der European Championships 2022 <i>Vermerk unverändert.</i>	A	* * *	0,0	---	
			B				
Gesamtausgaben			A	464.472,0	+800,0	445.022,0	
			B	-20.250,0			

Erläuterungen

Zu 03 03/531 21

Für die Ausschreibung eines Rahmenvertrags für einen externen Dienstleister im Bereich Veranstaltungsmanagement war für das Jahr 2024 eine Verpflichtungsermächtigung i. H. v. 150,0 Tsd. € veranschlagt. Da der Vertrag jedoch nicht mehr im Jahr 2024 abgeschlossen werden konnte, ist die Verpflichtungsermächtigung erneut für das Jahr 2025 in den Haushalt einzustellen.

Zu 03 03/547 15

Der Freistaat Bayern unterstützt das Vorhaben der Landeshauptstadt München, sich um Olympische und Paralympische Sommerspiele in München/Bayern zu bewerben. Hierfür ist die Erstellung eines ersten Konzeptentwurfs für die Bewerbung notwendig sowie weitere damit in Zusammenhang stehende Maßnahmen (z. B. Weiterentwicklung des Konzepts, öffentlichkeitswirksame Maßnahmen etc.). Die Gegenfinanzierung erfolgt durch eine entsprechende Erhöhung der globalen Minderausgabe bei 03 02/972 06.

Zu 03 03/633 04

Der Leertitel wird für die Abwicklung der Abschlusszahlung in 2025 benötigt. Die Finanzierung erfolgt aus Ausgabe-resten.

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 7.989,5 B -	-	7.989,5
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 81.717,7 B -	-	81.717,7
		Gesamteinnahmen	A 89.707,2 B -	-	89.707,2
		Personalausgaben	A 13.606,7 B -	-	13.606,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 91.509,4 B -	+800,0	92.309,4
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 142.058,0 B -250,0	-	141.808,0
		Baumaßnahmen	A 78.579,9 B -	-	78.579,9
		Sonstige Sachinvestitionen	A 22.009,9 B -	-	22.009,9
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 116.708,1 B -20.000,0	-	96.708,1
		Gesamtausgaben	A 464.472,0 B -20.250,0	+800,0	445.022,0
		Zuschuss	A 374.764,8	800,0	355.314,8
		Überschuss	B 20.250,0		

03 06 Verwaltungsgerichte

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		VV Nr. 3.2.3.2 zu Art. 64 BayHO findet bei der Bewirtschaftung der Kap. 03 06, 03 08 und 03 11 für Erstattungen zu Gunsten 03 13 keine Anwendung und es findet zu Gunsten 03 13 keine Aufteilung der Ausgaben für Bau- und Bauunterhaltsmaßnahmen nach VV Nr. 3.2.3.1 zu Art. 64 BayHO statt.			
		Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 01-5	051	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. € 13.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A 2.505,0 B	0,0	2.505,0
		Gesamtausgaben	A 52.714,9 B -		52.714,9
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 6.069,6 B -		6.069,6
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 0,9 B -		0,9
		Gesamteinnahmen	A 6.070,5 B -		6.070,5
		Personalausgaben	A 42.004,8 B -		42.004,8
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 8.979,9 B -		8.979,9
		Baumaßnahmen	A 820,0 B -		820,0
		Sonstige Sachinvestitionen	A 910,2 B -		910,2
		Gesamtausgaben	A 52.714,9 B -		52.714,9
		Zuschuss	A 46.644,4		46.644,4

Erläuterungen

Zu 03 06/518 01

Die Verpflichtungsermächtigung i. H. v. 13.000,0 Tsd. € ist für eine Anmietung zur Errichtung eines Verwaltungsgerichts in Plattling (Teil des Konzepts „Behördenverlagerung 2030“) erforderlich.

03 08 Regierungen

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Die budgetierten Ausgabemittel der HGr. 5 und 8 der Kap. 03 08 und 03 11 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Hälfte der Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 119 01, 119 49 und 124 01 dieses Kapitels erhöhen oder vermindern die Ausgabebefugnis der in Nr. 12.1 DBestHG genannten Ansätze in diesem Kapitel. VV Nr. 3.2.3.2 zu Art. 64 BayHO findet bei der Bewirtschaftung der Kap. 03 06, 03 08 und 03 11 für Erstattungen zu Gunsten 03 13 keine Anwendung und es findet zu Gunsten 03 13 keine Aufteilung der Ausgaben für Bau- und Bauunterhaltungsmaßnahmen nach VV Nr. 3.2.3.1 zu Art. 64 BayHO statt.			
		Personalausgaben			
428 11-8	012	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	A 85.600,0 B	+7.000,0	92.600,0
		Gesamtausgaben	A 360.800,9 B +1.474,3	+7.000,0	369.275,2

Erläuterungen

Zu 03 08/428 11

Aufgrund der voraussichtlichen Entwicklung der Istaussgaben bei den Personalausgaben für die Unterbringungsverwaltung besteht ein Mehrbedarf i. H. v. 7.000,0 Tsd. €. Die Finanzierung erfolgt durch Umsetzung von 03 13/518 01.

03 08 Regierungen

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 23.036,9 B +2.000,0	-	25.036,9
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 86,4 B -	-	86,4
		Gesamteinnahmen	A 23.123,3 B +2.000,0	-	25.123,3
		Personalausgaben	A 307.246,9 B +1.474,3	+7.000,0	315.721,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 37.575,0 B -	-	37.575,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 31,5 B -	-	31,5
		Baumaßnahmen	A 10.898,0 B -	-	10.898,0
		Sonstige Sachinvestitionen	A 5.049,5 B -	-	5.049,5
		Gesamtausgaben	A 360.800,9 B +1.474,3	+7.000,0	369.275,2
		Zuschuss	A 337.677,6	7.000,0	344.151,9
		Überschuss	B 525,7		

03 12 Integration von Zuwanderern und weiterer Integrationsbedürftiger sowie Beratung und Betreuung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
Ausgaben					
Die Ausgabetitel (mit Ausnahme der Tit. 633 01 und 633 04, der TG 52, TG 54-56, TG 58 und TG 61) sind innerhalb des Kapitels gegenseitig deckungsfähig und gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgabetiteln des Kap. 03 13 (mit Ausnahme der Tit. 526 21, 531 21, 540 01, 633 09, 633 11, 633 12, 633 13 und 684 03).					
Sächliche Verwaltungsausgaben					
518 01-3	246	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. € 40.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2025 in Höhe von 40.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2026 Tsd. € 5.000,0</i> <i>2027 Tsd. € 5.000,0</i> <i>2028 Tsd. € 5.000,0</i> <i>2029 Tsd. € 5.000,0</i> <i>2030 Tsd. € 20.000,0</i>	A 19.218,0 B +5.765,8	-4.700,0	20.283,8
Titelgruppen					
54 - 56 Beratung und Betreuung von Asylbewerbern, sonstigen Ausländern und bleibeberechtigten Zuwanderern <i>Vermerk unverändert.</i>					
684 54-7	291	Zuschüsse zur Förderung der Flüchtlings- und Integrationsberatung <i>Vermerk unverändert.</i>	A 31.250,0 B	+4.700,0	35.950,0
Summe der Titelgruppe			A 38.650,0 B -	+4.700,0	43.350,0
Gesamtausgaben			A 90.474,6 B +15.222,6	-	105.697,2

03 12

Integration von Zuwanderern und weiterer Integrationsbedürftiger sowie Beratung und Betreuung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern**Erläuterungen****Zu 03 12/518 01**

Weniger 4.700,0 Tsd. € wegen Umsetzung zu 684 54.

Zu 03 12/684 54

Mehrbedarf zur Ausfinanzierung der im Vollzug der Beratungs- und Integrationsrichtlinie erlassenen Förderbescheide. Die Finanzierung erfolgt durch Umsetzung von 518 01.

03 12 Integration von Zuwanderern und weiterer Integrationsbedürftiger sowie Beratung und Betreuung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 5.319,4 B +2.560,9	-	7.880,3
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 118,5 B -	-	118,5
		Gesamteinnahmen	A 5.437,9 B +2.560,9	-	7.998,8
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 40.220,6 B +15.020,8	-4.700,0	50.541,4
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 49.699,0 B -	+4.700,0	54.399,0
		Sonstige Sachinvestitionen	A 555,0 B +201,8	-	756,8
		Gesamtausgaben	A 90.474,6 B +15.222,6	-	105.697,2
		Zuschuss	A 85.036,7 B 12.661,7		97.698,4

03 13 Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
Ausgaben					
<p>Die Ausgabetitel (mit Ausnahme der Tit. 526 21, 531 21, 540 01, 633 09, 633 11, 633 12, 633 13 und 684 03) sind innerhalb des Kapitels gegenseitig deckungsfähig und gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgabetiteln des Kap. 03 12 (mit Ausnahme der Tit. 633 01 und 633 04, der TG 52, TG 54-56, TG 58 und TG 61).</p> <p>VV Nr. 3.2.3.2 zu Art. 64 BayHO findet bei der Bewirtschaftung der Kap. 03 06, 03 08 und 03 11 für Erstattungen zu Gunsten 03 13 keine Anwendung und es findet zu Gunsten 03 13 keine Aufteilung der Ausgaben für Bau- und Bauunterhaltungsmaßnahmen nach VV Nr. 3.2.3.1 zu Art. 64 BayHO statt.</p>					
Sächliche Verwaltungsausgaben					
518 01-1	235	<p>Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. € 600.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2025 in Höhe von 600.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i></p> <p>2026 Tsd. € 80.000,0 2027 Tsd. € 80.000,0 2028 Tsd. € 80.000,0 2029 Tsd. € 80.000,0 2030 Tsd. € 280.000,0</p>	<p>A 343.500,0 B +147.653,0</p>	-7.000,0	484.153,0
Gesamtausgaben			A 1.892.072,2	-7.000,0	2.365.072,2
			B +480.000,0		

03 13

Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Erläuterungen

Zu 03 13/518 01

Weniger 7.000,0 Tsd. € wegen Umsetzung zu 03 08/428 11.

03 13 Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 22.560,0 B +14.646,8	-	37.206,8
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 90,0 B +10,0	-	100,0
		Gesamteinnahmen	A 22.650,0 B +14.656,8	-	37.306,8
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 1.159.558,6 B +366.314,8	-7.000,0	1.518.873,4
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 682.080,1 B +75.110,7	-	757.190,8
		Baumaßnahmen	A 9.000,0 B -550,0	-	8.450,0
		Sonstige Sachinvestitionen	A 41.433,5 B +39.124,5	-	80.558,0
		Gesamtausgaben	A 1.892.072,2 B +480.000,0	-7.000,0	2.365.072,2
		Zuschuss	A 1.869.422,2 B 465.343,2		2.327.765,4
		Überschuss		7.000,0	

03 24 Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
Ausgaben					
Die Titel 511 01, 511 04, 525 05, 547 04, 633 05, 685 03, 701 01, 812 05, 883 04, 883 05, 893 05 und 894 03 sind gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.					
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen					
633 01-8	045	Zuweisungen zu den Einsatzkosten für die Bewältigung von Großschadenslagen <i>Vermerk unverändert.</i>	A --- B	+81,5	81,5
Sonstige Sachinvestitionen					
812 05-7	045	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs-gegenständen aus dem - Sonderinvestitionsprogramm Katastrophenschutz Bayern 2030 - <i>Vermerk unverändert.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. € 33.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A 25.000,0 B	-81,5	24.918,5
Gesamtausgaben			A 90.118,4 B -500,0	-	89.618,4

03 24

Rettenngsdienst und Katastrophenschutz**Erläuterungen****Zu 03 24/633 01**

Schaffung einer haushaltsrechtlichen Ermächtigung für die Gewährung einer Billigkeitsleistung (Art. 53 BayHO) nach den Richtlinien zur Beteiligung des Freistaates Bayern an den Kosten des Unwetterereignisses am 26. und 27. August 2023 im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen. Hierfür wurden im Jahr 2024 bereits 92,2 Tsd. € aus 02 03/681 01 ausbezahlt. Die Veranschlagung der Mittel i. H. v. 81,5 Tsd. € ist erforderlich, um weiteren Anträgen betroffener Kommunen entsprechen zu können. Die Finanzierung erfolgt durch Umsetzung von 812 05.

Zu 03 24/812 05

Weniger 81,5 Tsd. € wegen Umsetzung zu 633 01.

03 24 Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss			
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 2.577,3 B -	-	2.577,3
		Gesamteinnahmen	A 2.577,3 B -	-	2.577,3
		Personalausgaben	A 2.478,7 B -	-	2.478,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 8.457,1 B -	-	8.457,1
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 6.997,6 B -	+81,5	7.079,1
		Baumaßnahmen	A 75,0 B -	-	75,0
		Sonstige Sachinvestitionen	A 25.700,0 B +1.000,0	-81,5	26.618,5
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 46.410,0 B -1.500,0	-	44.910,0
		Gesamtausgaben	A 90.118,4 B -500,0	-	89.618,4
		Zuschuss	A 87.541,1		87.041,1
		Überschuss	B 500,0		

Epl. 03 Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss Epl. 03			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 604.206,1 B +64.457,7	-	668.663,8
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 86.603,6 B +10,0	-	86.613,6
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A 3.607,0 B -118,9	-	3.488,1
		Gesamteinnahmen	A 694.416,7 B +64.348,8	-	758.765,5
		Personalausgaben	A 5.137.657,3 B +1.355,4	+7.000,0	5.146.012,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 1.831.533,7 B +382.085,6	-10.900,0	2.202.719,3
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 827.800,0			
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 894.349,5 B +74.860,7	+4.781,5	973.991,7
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 38.648,5			
		Baumaßnahmen	A 206.153,4 B -550,0	-	205.603,4
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 112.791,8			
		Sonstige Sachinvestitionen	A 206.007,5 B +40.326,3	-81,5	246.252,3
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 147.254,0			
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 228.702,9 B -21.500,0	-	207.202,9
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 178.816,5			
		Besondere Finanzierungsausgaben	A -90.940,8 B -	-800,0	-91.740,8
		Gesamtausgaben	A 8.413.463,5 B +476.578,0	-	8.890.041,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 1.305.310,8			
		Zuschuss	A 7.719.046,8 B 412.229,2		8.131.276,0



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

Berichterstatter: **Manuel Knoll**
Mitberichterstatter: **Kerstin Celina**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 10 03 werden die Ansätze in 2025
 - a) bei Tit. 684 61

von	0,0 Tsd. €
um	58,0 Tsd. €
auf	58,0 Tsd. €
 - b) bei Tit. 684 72

von	4.470,7 Tsd. €
um	625,0 Tsd. €
auf	5.095,7 Tsd. €

erhöht sowie
 - c) ein neuer Titel 684 03 „Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen zur Entwicklung von Modellen zur nachhaltigen Stärkung der Finanzkraft“ ausgebracht und mit 300,0 Tsd. € dotiert.
2. Bei Kap. 10 05 werden die Ansätze in 2025
 - a) bei Tit. 893 02

von	0,0 Tsd. €
um	300,0 Tsd. €
auf	300,0 Tsd. €
 - b) bei Tit. 686 77

von	335,0 Tsd. €
um	50,0 Tsd. €
auf	385,0 Tsd. €
 - c) bei Tit. 684 78

von	17.443,8 Tsd. €
um	60,0 Tsd. €
auf	17.503,8 Tsd. €

erhöht sowie

- d) ein neuer Titel 893 03 „Zuschüsse für Investitionen in die technische Infrastruktur an die Noris gGmbH“ ausgebracht und mit 200,0 Tsd. € dotiert.
3. Bei Kap. 10 06 werden die Ansätze in 2025
- a) bei Tit. 686 01
von 2.105,0 Tsd. €
um 80,0 Tsd. €
auf 2.185,0 Tsd. €
- b) bei Tit. 686 21
von 795,0 Tsd. €
um 571,0 Tsd. €
auf 1.366,0 Tsd. €
erhöht sowie
- c) ein neuer Titel 883 01 „Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Schaffung eines „Haus der Heimat“ in Landshut“ ausgebracht und mit 500,0 Tsd. € dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Einseitig deckungsfähig bis zu 700,0 Tsd. € zulasten Tit. 893 04.“
4. Bei Kap. 10 07 werden die Ansätze in 2025
- a) bei Tit. 686 03
von 0,0 Tsd. €
um 75,0 Tsd. €
auf 75,0 Tsd. €
- b) bei Tit. 684 60
von 5.180,0 Tsd. €
um 25,0 Tsd. €
auf 5.205,0 Tsd. €
- c) bei Tit. 684 67
von 600,0 Tsd. €
um 70,0 Tsd. €
auf 670,0 Tsd. €
- d) bei Tit. 684 68
von 325,0 Tsd. €
um 100,0 Tsd. €
auf 425,0 Tsd. €
- e) bei Tit. 893 68
von 1.511,0 Tsd. €
um 100,0 Tsd. €
auf 1.611,0 Tsd. €
- f) bei Tit. 684 73
von 7.179,4 Tsd. €
um 50,0 Tsd. €
auf 7.229,4 Tsd. €
- g) bei Tit. 893 73
von 0,0 Tsd. €
um 115,0 Tsd. €
auf 115,0 Tsd. €
- h) bei Tit. 686 75
von 850,0 Tsd. €
um 130,0 Tsd. €
auf 980,0 Tsd. €

- i) bei Tit. 684 76
 - von 32.795,1 Tsd. €
 - um 835,0 Tsd. €
 - auf 33.630,1 Tsd. €
 - j) bei Tit. 684 78
 - von 20.727,4 Tsd. €
 - um 2.099,0 Tsd. €
 - auf 22.826,4 Tsd. €
 - k) bei Tit. 893 78
 - von 5.650,0 Tsd. €
 - um 1.200,0 Tsd. €
 - auf 6.850,0 Tsd. €
 - l) bei Tit. 893 79
 - von 2.500,0 Tsd. €
 - um 450,0 Tsd. €
 - auf 2.950,0 Tsd. €
 - m) bei Tit. 684 83
 - von 0,0 Tsd. €
 - um 140,0 Tsd. €
 - auf 140,0 Tsd. €erhöht sowie
 - n) ein neuer Titel 883 67 „Zuweisung für Investitionen an die Gemeinde Durach“ ausgebracht und mit 300,0 Tsd. € dotiert.
5. Bei Kap. 10 56 Tit. 519 01 wird der Ansatz in 2025
- von 0,0 Tsd. €
 - um 30,0 Tsd. €
 - auf 30,0 Tsd. €
- erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 10 01, Kap. 10 02, Kap. 10 03, Kap. 10 05 und Kap. 10 07 und Kap. 10 20 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung zur Verstärkung des Modellprojekts "Social Startup-Hub Bayern"
(Kap. 10 05 Tit. 686 77)
Drs. 19/5595

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern
(Kap. 10 07 Tit. 684 60)
Drs. 19/5596
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschüsse zur Förderung und Fortentwicklung der Jugendhilfe
(Kap. 10 07 Tit. 684 76)
Drs. 19/5597
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 684 78)
Drs. 19/5598
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschüsse an Sonstige für Investitionen
(Kap. 10 07 Tit. 893 78)
Drs. 19/5599
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Michael Hofmann, Klaus Holetschek, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: KulturRaum München - Projekt gegen Einsamkeit
(Kap. 10 03 Tit. 684 61)
Drs. 19/5600
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bahnhofsmissionen und Frauen Pension Augsburg (Sozialdienst katholischer Frauen e.V.)
(Kap. 10 03 Tit. 684 72)
Drs. 19/5601

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Privatkapital für Sozialorganisationen organisieren
(Kap. 10 03 neuer Tit. 684 03)
Drs. 19/5602
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Unterstützung der Special-Olympics
(Kap. 10 05 Tit. 684 78)
Drs. 19/5603
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Dachsanierung Gehörlosenverband GMU
(Kap. 10 05 Tit. 893 02)
Drs. 19/5604
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Landesnetzwerk der bayerischen Mehrgenerationenhäuser
(Kap. 10 07 Tit. 684 67)
Drs. 19/5605
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: MehrWERT Demokratie - Projekt in Schullandheimen
(Kap. 10 07 Tit. 684 68)
Drs. 19/5606
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Sternenkinder Memmingen e.V.
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 19/5607

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: JFF - Ausbau für eine weitere kompetente Begleitung der Bildungsarbeit in Bayern
(Kap. 10 07 Tit. 684 76)
Drs. 19/5608
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Ring der politischen Jugend
(Kap. 10 07 Tit. 684 78)
Drs. 19/5609
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Jugendarbeit
(Kap. 10 07 Tit. 684 78)
Drs. 19/5610
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Landesmediendienste
(Kap. 10 07 Tit. 686 03)
Drs. 19/5611
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Projektbüro beim Jugendnetzwerk Lambda Bayern
(Kap. 10 07 Tit. 686 75)
Drs. 19/5612
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Ausstattung der Aktionsscheune des Schullandheims Hobbach-Bauersberg
(Kap. 10 07 Tit. 893 68)
Drs. 19/5613

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Nicolaidis YoungWings Stiftung
(Kap. 10 07 Tit. 893 73)
Drs. 19/5614
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung von Heimen, Tagesstätten und ähnlichen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung
(Kap. 10 07 Tit. 893 79)
Drs. 19/5615
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Noris Inklusion gGmbH - Digitalisierung
(Kap. 10 05 neuer Tit. 893 03)
Drs. 19/5679
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Internationale Frauen für den Arbeitsmarkt
(Kap. 10 07 Tit. 684 83)
Drs. 19/5680
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Jugendarbeit - Zuschüsse an Sonstige für Investitionen
(Kap. 10 07 Tit. 893 78)
Drs. 19/5681
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Durach - Schaffung eines neuen generationenübergreifenden Treffpunkts
(Kap. 10 07 neuer Tit. 883 67)
Drs. 19/5682

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Vertriebenenarbeit - Verbände
(Kap. 10 06 Tit. 686 01)
Drs. 19/5783
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Vertriebenenarbeit - Projektförderungen
(Kap. 10 06 Tit. 686 21)
Drs. 19/5784
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Vertriebenenarbeit - Haus der Heimat Landshut
(Kap. 10 06 neuer Tit. 883 01)
Drs. 19/5785
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Vertriebenenarbeit - Haus des Deutschen Ostens, Gaststätte
(Kap. 10 56 Tit. 519 01)
Drs. 19/5786

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schwangerenberatung stärken
(Kap. 10 07 Tit. 633 77)
Drs. 19/5563
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Staatliche Kita-Finanzierung erhöhen für mehr Qualität und Verlässlichkeit
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 19/5564

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Frauenhäusern und Fachberatungsstellen helfen und Gewaltschutz stärken
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 19/5565
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schaffung einer Fachberatungsstelle bei häuslicher Gewalt Nordoberpfalz
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 19/5566
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Keine Kürzung des Zuschusses an das Frauenhaus München
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 19/5567
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Vollküchen für Grundschulen mit Ganztagsangebot
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 19/5568
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Erhalt des Walchenseecamps
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 19/5569
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Rettung der inklusiven Kindertagesstätte „Aktion Vorschulerziehung e.V.“ in Lauf an der Pegnitz
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 19/5570
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Landesprogramm für die Finanzierung von Ganztageskoordinatoren auf kommunaler Ebene
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 19/5571

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Auf dem Weg zum bayerischen Gehörlosengeld – Einmalzahlung für gehörlose und hochgradig schwerhörige Menschen in Bayern
(Kap. 10 03 Tit. 681 02)
Drs. 19/5572
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Flächendeckender Ausbau der Beratungs- und Unterstützungsangebote für wohnungs- und obdachlose Menschen
(Kap. 10 03 Tit. 684 72)
Drs. 19/5573
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Harry Scheuenstuhl, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung der zwölf Bahnhofsmissionen in Bayern
(Kap. 10 03 Tit. 684 72)
Drs. 19/5574
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur - inklusiver Wohnraum für Menschen mit Behinderung durch Konversion von Komplexeinrichtungen
(Kap. 10 05 Tit. 893 01)
Drs. 19/5575
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Überbrückungshilfe für die Freiwilligendienste in Bayern aufgrund des fehlenden Abiturjahrgangs 2025
(Kap. 10 05 TG 73)
Drs. 19/5576
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur - Schlichtungsstelle beim Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 05 TG 78 - 79)
Drs. 19/5577
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur - Förderung von Einrichtungen für Menschen mit einer seelischen Behinderung
(Kap. 10 05 TG 78 - 79)
Drs. 19/5578

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur - Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit!
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 19/5579
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Jugendsozialarbeit an Schulen auskömmlich finanzieren - Pauschalen anheben
(Kap. 10 07 Tit. 684 76)
Drs. 19/5580
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: "Stabsstelle Queer" zur Umsetzung des Aktionsplans Queer
(Kap. 10 07 Tit. 428 61)
Drs. 19/5581
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Für Bayerns Kitas I - Sonderinvestitionsprogramm zur Schaffung qualitativ hochwertiger Bildungs- und Betreuungsangebote
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
Drs. 19/5582
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Für Bayerns Kitas II - Betriebskostenförderung jetzt erhöhen
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 19/5583
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Für Bayerns Kitas III - Stützsystem ausbauen und nachhaltig finanzieren
(Kap. 10 07 Tit. 633 95)
Drs. 19/5584
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Für Bayerns Kitas IV - Ausbau des Sprach-Kita-Programms
(Kap. 10 07 Tit. 633 95)
Drs. 19/5585
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Für aufsuchende Seniorenarbeit
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 19/5586

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Integration des Deutschland-Tickets in Juleica
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 19/5587
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Jugendarbeit in Bayern braucht ein stabiles Fundament
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 19/5588
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Ausbau der Täterarbeit zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 19/5589
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer (Radikalisierungsprävention)
(Kap. 10 01 Tit. 428 21)
Drs. 19/5590
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Erstattungen an Kommunen für Personal und Vormundschaftskosten im Bereich der Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen
(Kap. 10 07 Tit. 633 03)
Drs. 19/5591
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Erstattungen an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer unbegleiteter Minderjähriger
(Kap. 10 07 Tit. 633 04)
Drs. 19/5592
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Streichung der Kosten für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer junger Volljähriger
(Kap. 10 07 Tit. 633 06)
Drs. 19/5593
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention
(Kap. 10 07 TG 60)
Drs. 19/5594

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 62. Sitzung am 18. März 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: Ablehnungmit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 3 zu 11/12/14/17/18-H 1120-16/23

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Nachtragshaushalt 2025

zum

Entwurf des Einzelplans 10

Bayerisches Staatsministerium für Familie,
Arbeit und Soziales

10 01 Ministerium

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A B	Bisheriger Betrag 2025 Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3		4	5	6
		Ausgaben				
		Sächliche Verwaltungsausgaben				
514 01-5	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	A B	103,1	0,0	103,1
		Gesamtausgaben	A B	39.364,6 +528,0	-	39.892,6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	111,5 -	-	111,5
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	4,0 -	-	4,0
		Gesamteinnahmen	A B	115,5 -	-	115,5
		Personalausgaben	A B	33.153,4 +528,0	-	33.681,4
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	6.096,8 -	-	6.096,8
		Sonstige Sachinvestitionen	A B	114,4 -	-	114,4
		Gesamtausgaben	A B	39.364,6 +528,0	-	39.892,6
		Zuschuss	A B	39.249,1 528,0		39.777,1

10 01
Ministerium

Erläuterungen

Zu 10 01/514 01

Erhöhung des Fahrzeugsolls um 1 Personenkraftwagen (bisher 11, künftig 12).

10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Sächliche Verwaltungsausgaben			
546 45-3	219	Umsatzsteuer <i>Vermerk unverändert.</i>	A 118,0 B	-90,0	28,0
		Besondere Finanzierungsausgaben			
972 03-6	881	Globale Minderausgabe <i>Vermerk unverändert.</i>	A -31.478,1 B	-1.000,0	-32.478,1
972 06-3	881	Globale Minderausgabe zum Haushaltsabgleich <i>Vermerk unverändert.</i>	A -23.400,0 B	0,0	-23.400,0
		Gesamtausgaben	A 73.983,9 B -	-1.090,0	72.893,9
		Abschluss			
		Personalausgaben	A 111.339,0 B -	-	111.339,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 11.532,8 B -	-90,0	11.442,8
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 1.000,0 B -	-	1.000,0
		Baumaßnahmen	A 1.816,1 B -	-	1.816,1
		Sonstige Sachinvestitionen	A 3.148,8 B -	-	3.148,8
		Besondere Finanzierungsausgaben	A -54.852,8 B -	-1.000,0	-55.852,8
		Gesamtausgaben	A 73.983,9 B -	-1.090,0	72.893,9
		Zuschuss	A 73.983,9		72.893,9
		Überschuss		1.090,0	

10 02
Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10

Erläuterungen

Zu 10 02/546 45, 10 20/119 49, 129 05, 261 01, 261 02, 261 04, 282 01, 428 30, 531 11, 536 02, 536 03

Die Änderungen sind durch die Nichtanwendung des § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) veranlasst.

Zu 10 02/972 03

Mehr 1.000,0 Tsd. € zur Gegenfinanzierung der zusätzlichen Mittel bei 10 03/681 04 für Geldleistungen an Berechtigte im Zusammenhang mit dem Bayerischen Opferfonds.

Zu 10 02/972 06

Anpassung der Zweckbestimmung an die einheitliche Formulierung in allen Einzelplänen.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
<u>681 04-5</u>	291	Geldleistungen an Berechtigte im Zusammenhang mit dem Bayerischen Opferfonds <i>Die Mittel sind übertragbar. Rückentnahmen fließen den Ausgaben zu.</i>	A B	+1.000,0	1.000,0
		Gesamtausgaben	A 2.039.204,0 B +15.795,7	+1.000,0	2.055.999,7
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 167.537,1 B -	-	167.537,1
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 1.421.408,2 B +4.170,7	-	1.425.578,9
		Gesamteinnahmen	A 1.588.945,3 B +4.170,7	-	1.593.116,0
		Personalausgaben	A 4,0 B -	-	4,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 6.107,4 B -	-	6.107,4
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 1.935.579,8 B +15.795,7	+1.000,0	1.952.375,5
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 97.411,3 B -	-	97.411,3
		Besondere Finanzierungsausgaben	A 101,5 B -	-	101,5
		Gesamtausgaben	A 2.039.204,0 B +15.795,7	+1.000,0	2.055.999,7
		Zuschuss	A 450.258,7 B 11.625,0	1.000,0	462.883,7

10 03**Allgemeine Bewilligungen**

Erläuterungen

Zu 10 03/681 04

Der Freistaat Bayern tritt in besonderer Weise für Familien ein und möchte als Zeichen der Solidarität und des tief empfundenen Mitgefühls für Fälle wie der Messerattacke auf eine Gruppe von Kindergartenkindern am 22. Januar 2025 in Aschaffenburg und vergleichbare Härtefälle eine Unterstützung für Familien leisten, die Opfer dieser Gewalttaten werden. Hierzu wird ein Bayerischer Opferfonds eingerichtet, der als Billigkeitsleistung gemäß Art. 53 BayHO vorgesehene pauschalierte Einmalzahlungen leistet.

Mehr 1.000,0 Tsd. € wegen erstmaliger Veranschlagung.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Titelgruppen			
		78 - 79 Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation <i>Titel der TG (mit Ausnahme 536 78) gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Einseitig deckungsfähig bis zu 130,0 Tsd. € zu Gunsten 536 78.</i> <i>Einseitig deckungsfähig zusammen mit 10 07 TG 73 und 10 07 TG 74 bis zu insgesamt 430,0 Tsd. € zu Gunsten 10 65 TG 81.</i> <i>Einseitig deckungsfähig zusammen mit 10 07 TG 73 und 10 07 TG 74 bis zu insgesamt 50,0 Tsd. € zu Gunsten 10 66 TG 81.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>			
		Summe der Titelgruppe	A 37.000,0 B +2.600,0	-	39.600,0
		Gesamtausgaben	A 861.509,9 B +2.600,0	-	864.109,9

10 05

Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Erläuterungen

Zu 10 05/78 - 79

Betragsmäßige Anpassung des TG-Vermerks an den Vermerk bei 536 78.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss			
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 796.900,0 B -	-	796.900,0
		Gesamteinnahmen	A 796.900,0 B -	-	796.900,0
		Personalausgaben	A 15,0 B -	-	15,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 3.433,8 B -380,0	-	3.053,8
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 821.140,7 B +2.600,0	-	823.740,7
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 36.920,4 B +380,0	-	37.300,4
		Gesamtausgaben	A 861.509,9 B +2.600,0	-	864.109,9
		Zuschuss	A 64.609,9 B 2.600,0		67.209,9

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
633 07-2	271	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Ersatz entfallender Elternbeiträge in der Kindertagesbetreuung aufgrund der Betreuungsverbote (Beitragsersatz)	A * * * B	0,0	0,0
		Gesamtausgaben	A 4.696.295,8 B +72.734,5	-	4.769.030,3
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 52,0 B -	-	52,0
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 13.793,0 B -	-	13.793,0
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A 93.364,2 B -	-	93.364,2
		Gesamteinnahmen	A 107.209,2 B -	-	107.209,2
		Personalausgaben	A 612,0 B -110,0	-	502,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 9.915,6 B -12,0	-	9.903,6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 4.529.426,7 B +72.856,5	-	4.602.283,2
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 156.341,5 B -	-	156.341,5
		Gesamtausgaben	A 4.696.295,8 B +72.734,5	-	4.769.030,3
		Zuschuss	A 4.589.086,6 B 72.734,5		4.661.821,1

10 07

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Erläuterungen

Zu 10 07/633 07

Fortführung des Leertitels zur Abrechnung noch offener Anträge für den Ersatz entfallender Elternbeiträge in der Kindertagesbetreuung aufgrund der Betreuungsverbote.

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.					
119 49-8	219	Vermischte Einnahmen	A 16,4 B	-1,7	14,7
129 05-8	219	Energieeinspeisevergütungen	A 9,5 B	-2,3	7,2
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Aus- nahme für Investitionen					
261 01-0	219	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	A 12,0 B	-1,0	11,0
261 02-9	219	Erstattung von Verwaltungs- und Personalausgaben	A 148,8 B	-23,8	125,0
261 04-7	219	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland <i>Vermerk unverändert.</i>	A 141,8 B	-22,6	119,2
282 01-5	219	Zweckgebundene Förderungs- und Kostenbeiträge Dritter <i>Vermerk unverändert.</i>	A 308,6 B	-38,6	270,0
Gesamteinnahmen			A 711,4 B -	-90,0	621,4
Ausgaben					
Personalausgaben					
428 30-5	219	Entgelte der Arbeitnehmer (Arbeitnehmer-Budget) <i>Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 428 21. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 261 04.</i>	A 34.850,0 B +532,0	0,0	35.382,0
Sächliche Verwaltungsausgaben					
531 11-2	266	Fachveröffentlichungen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei 119 01.</i>	A 22,2 B	0,0	22,2
536 02-8	266	Kosten von Fortbildungsmaßnahmen für Fachkräfte in der Ju- gendhilfe <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 282 01, soweit sie nicht bei 536 03 in Anspruch genommen wird.</i>	A 378,0 B	0,0	378,0
536 03-7	266	Kosten für Fachtagungen und sonstige Arbeitstagungen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 282 01, soweit sie nicht bei 536 02 in Anspruch genommen wird.</i>	A 103,7 B	0,0	103,7
Gesamtausgaben			A 142.773,2 B +2.608,0	-	145.381,2

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025		Betrag der Nachschubliste	Neuer Betrag 2025
			B Regierungsvorlage (+/-) Tsd. €	Tsd. €		
1	2	3	4		5	6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 100,2 B -		-4,0	96,2
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 611,2 B -		-86,0	525,2
		Gesamteinnahmen	A 711,4 B -		-90,0	621,4
		Personalausgaben	A 104.148,7 B +532,0		-	104.680,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 34.027,1 B +2.076,0		-	36.103,1
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 129,5 B -		-	129,5
		Baumaßnahmen	A 4.040,0 B -		-	4.040,0
		Sonstige Sachinvestitionen	A 427,9 B -		-	427,9
		Gesamtausgaben	A 142.773,2 B +2.608,0		-	145.381,2
		Zuschuss	A 142.061,8 B 2.608,0		90,0	144.759,8

Epl. 10 Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss Epl. 10			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 179.877,1 B -	-4,0	179.873,1
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 2.273.046,4 B +4.170,7	-86,0	2.277.131,1
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A 93.364,2 B -	-	93.364,2
		Gesamteinnahmen	A 2.546.287,7 B +4.170,7	-90,0	2.550.368,4
		Personalausgaben	A 324.523,4 B +950,0	-	325.473,4
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 126.030,5 B +1.746,0	-90,0	127.686,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 9.264,6			
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 7.754.352,1 B +104.142,2	+1.000,0	7.859.494,3
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 80.143,8			
		Baumaßnahmen	A 8.356,1 B -	-	8.356,1
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 11.540,0			
		Sonstige Sachinvestitionen	A 4.150,4 B -	-	4.150,4
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 1.500,0			
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 335.773,2 B +380,0	-	336.153,2
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 197.098,9			
		Besondere Finanzierungsausgaben	A -54.751,3 B -	-1.000,0	-55.751,3
		Gesamtausgaben	A 8.498.434,4 B +107.218,2	-90,0	8.605.562,6
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 299.547,3			
		Zuschuss	A 5.952.146,7 B 103.047,5		6.055.194,2



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst

Berichterstatter: **Barbara Becker**
Mitberichterstatter: **Volkmar Halbleib**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 15 02 wird
in 2025
 - a) ein neuer Titel 429 49 „Sonstige Personalausgaben Curiosity Science Center“ ausgebracht und mit 200,0 Tsd. € dotiert und
 - b) ein neuer Titel 547 49 „Sächliche Verwaltungsausgaben für Curiosity Science Center“ ausgebracht und mit 200,0 Tsd. € dotiert.
2. Bei Kap. 15 03 werden die Ansätze
in 2025
 - a) bei Tit. 686 73
von 300,0 Tsd. €
um 268,0 Tsd. €
auf 568,0 Tsd. €
erhöht sowie
 - b) ein neuer Titel 686 29 „Einmaliger Zuschuss an Center for Applied Research e. V. in Würzburg“ ausgebracht und mit 1.150,0 Tsd. € dotiert und
 - c) ein neuer Titel 686 30 „Zuwendungen an die Forschungsstelle für Kultur und Erinnerung“ ausgebracht und mit 50,0 Tsd. € dotiert.
3. Bei Kap. 15 05 werden die Ansätze
in 2025
 - a) bei Tit. 883 71
von 0,0 Tsd. €
um 3.017,5 Tsd. €
auf 3.017,5 Tsd. €
 - b) bei Tit. 893 71
von 0,0 Tsd. €
um 4.721,0 Tsd. €
auf 4.721,0 Tsd. €

- c) bei Tit. 684 71
von 0,0 Tsd. €
um 4.095,0 Tsd. €
auf 4.095,0 Tsd. €
erhöht sowie folgender Haushaltsvermerk aufgenommen „Die Mittel werden als Förderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO ohne Anwendung von Förderrichtlinien und zusätzlich zu bestehenden Förderungen bewilligt.“
4. Bei Kap. 15 06 werden die Ansätze in 2025
- a) bei Tit. 686 03
von 0,0 Tsd. €
um 20,0 Tsd. €
auf 20,0 Tsd. €
erhöht sowie
- b) ein neuer Titel 686 15 „Zuschüsse an die Hochschule für Philosophie zur Jubiläumsveranstaltung“ ausgebracht und mit 60,0 Tsd. € dotiert.
5. Bei Kap. 15 07 wird in 2025
- a) ein neuer Titel 429 48 „Sonstige Personalausgaben für Protecting Health – pro HEALTH“ ausgebracht und mit 200,0 Tsd. € dotiert und
- b) ein neuer Titel 429 49 „Sonstige Personalausgaben für die Kooperation mit der Kommission für Bayerische Landesgeschichte“ ausgebracht und mit 350,0 Tsd. € dotiert und
- c) ein neuer Titel 547 49 „Sächliche Verwaltungsausgaben für das Buiatrikum“ ausgebracht und mit 6,0 Tsd. € dotiert.
6. Bei Kap. 15 12 wird in 2025
- a) ein neuer Titel 547 48 „Sächliche Verwaltungsausgaben für das Forschungszentrum Weihenstephan für Brau- und Lebensmittelqualität“ ausgebracht und mit 80,0 Tsd. € dotiert und
- b) ein neuer Titel 812 48 „Ausgaben für Investitionen des AgroMissionHubs“ ausgebracht und mit 150,0 Tsd. € dotiert und
- c) ein neuer Titel 429 49 „Sonstige Personalausgaben für die School of Computation“ ausgebracht und mit 1.100,0 Tsd. € dotiert und
- d) ein neuer Titel 547 49 „Sächliche Verwaltungsausgaben zum Aufbau von Venture Labs“ ausgebracht und mit 100,0 Tsd. € dotiert und
- e) ein neuer Titel 812 49 „Ausgaben für Investitionen im Zusammenhang mit dem Hyperloop“ ausgebracht und mit 100,0 Tsd. € dotiert.
7. Bei Kap. 15 13 wird in 2025
- a) ein neuer Titel 682 03 „Zuschuss für laufende Zwecke in Lehre und Forschung, sowie für sonstige Trägerausgaben der Klinik für Orthopädie und Sportorthopädie“ ausgebracht und mit 290,0 Tsd. € dotiert und
- b) ein neuer Titel 891 06 „Zuschuss für Investitionen in ein Intravitales Mikroskop“ ausgebracht und mit 350,0 Tsd. € dotiert.

8. Bei Kap. 15 19 wird in 2025
 - a) ein neuer Titel 701 02 „Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Rechtsmedizinischen Instituts“ ausgebracht und mit 500,0 Tsd. € dotiert und
 - b) ein neuer Titel 429 49 „Sonstige Personalausgaben zur Rückgewinnung von Wirkstoffen aus Altarzneimitteln“ ausgebracht und mit 65,0 Tsd. € dotiert.
9. Bei Kap. 15 21 wird in 2025
 - a) ein neuer Titel 429 49 „Sonstige Personalausgaben am Zentrum für Erinnerungskultur“ ausgebracht und mit 325,0 Tsd. € dotiert und
 - b) ein neuer Titel 547 49 „Sächliche Verwaltungsausgaben für wissenschaftliche Tagungen“ ausgebracht und mit 25,0 Tsd. € dotiert.
10. Bei Kap. 15 23 wird in 2025 ein neuer Titel 429 49 „Sonstige Personalausgaben für die Lehrstühle für Sicherheitspolitik und Deutsche Literatur und Sprache in Bayern“ ausgebracht und mit 200,0 Tsd. € dotiert.
11. Bei Kap. 15 26 wird in 2025 ein neuer Titel 547 49 „Sächliche Verwaltungsausgaben zum Schutz von Bodendenkmälern“ ausgebracht und mit 30,0 Tsd. € dotiert.
12. Bei Kap. 15 27 wird in 2025 ein neuer Titel 429 49 „Sonstige Personalausgaben für die Kooperation mit der Reiner- und-Elisabeth-Kunze-Stiftung“ ausgebracht und mit 125,0 Tsd. € dotiert.
13. Bei Kap. 15 32 wird in 2025
 - a) ein neuer Titel 429 49 „Sonstige Personalausgaben für Gründungsförderungen und Automatisierte Verkehrssysteme“ ausgebracht und mit 620,0 Tsd. € dotiert und
 - b) ein neuer Titel 547 49 „Sächliche Verwaltungsausgaben für Gründungsförderungen“ ausgebracht und mit 80,0 Tsd. € dotiert.
14. Bei Kap. 15 36 wird in 2025 ein neuer Titel 429 49 „Sonstige Personalausgaben in der Hebammen-Ausbildung“ ausgebracht und mit 50,0 Tsd. € dotiert.
15. Bei Kap. 15 37 wird in 2025 ein neuer Titel 547 49 „Sächliche Verwaltungsausgaben für unvorhersehbare Schadensereignisse“ ausgebracht und mit 130,0 Tsd. € dotiert.
16. Bei Kap. 15 39 wird in 2025 ein neuer Titel 429 49 „Sonstige Personalausgaben im Zusammenhang mit der Entrepreneurship Education (EE) Konferenz in München“ ausgebracht und mit 23,0 Tsd. € dotiert.
17. Bei Kap. 15 40 wird in 2025
 - a) ein neuer Titel 429 49 „Sonstige Personalausgaben im Zusammenhang mit AZURE“ ausgebracht und mit 150,0 Tsd. € dotiert und
 - b) ein neuer Titel 547 49 „Sächliche Verwaltungsausgaben zur Stärkung der Wissenschaftskommunikation“ ausgebracht und mit 90,0 Tsd. € dotiert.
18. Bei Kap. 15 42 wird in 2025 ein neuer Titel 429 49 „Sonstige Personalausgaben für das Forschungsprojekt Hagelabwehr RO-BERTA“ ausgebracht und mit 240,0 Tsd. € dotiert.
19. Bei Kap. 15 43 wird in 2025 ein neuer Titel 812 48 „Ausgaben für Investitionen des AgroMissionHubs“ ausgebracht und mit 150,0 Tsd. € dotiert.
20. Bei Kap. 15 45 wird in 2025 ein neuer Titel 547 49 „Sächliche Verwaltungsausgaben für das SAP-Labor 2.0 und das Technologietransferzentrum (TTZ) Weiherhammer“ ausgebracht und mit 235,0 Tsd. € dotiert.

21. Bei Kap. 15 46 wird in 2025 ein neuer Titel 547 49 „Sächliche Verwaltungsausgaben für die Forschung an Sprachassistenten für Senioren“ ausgebracht und mit 250,0 Tsd. € dotiert.
22. Bei Kap. 15 48 wird in 2025 ein neuer Titel 429 49 „Sonstige Personalausgaben am Studienstandort Neuburg an der Donau“ ausgebracht und mit 575,0 Tsd. € dotiert.
23. Bei Kap. 15 51 wird in 2025 ein neuer Titel 459 49 Sonstige Personalausgaben“ ausgebracht und mit 550,0 Tsd. € dotiert und folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Die Mittel werden als Förderung auf Basis von Art. 23 und 44 BayHO ohne Anwendung von Förderrichtlinien und zusätzlich zu bestehenden Förderungen bewilligt.“

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 15 02, Kap. 15 05, Kap. 15 12, Kap. 15 18, Kap. 15 21, Kap. 15 28, Kap. 15 40, Kap. 15 81 und der Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlagen).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Ilse Aigner, Klaus Holetschek, Michael Hofmann u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen und Projekte im Kulturbereich
(Kap. 15 05 Tit. 684 71)
Drs. 19/5560
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Ilse Aigner, Klaus Holetschek, Michael Hofmann u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen
(Kap. 15 05 Tit. 883 71)
Drs. 19/5561
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Ilse Aigner, Klaus Holetschek, Michael Hofmann u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschüsse an Sonstige für Investitionen
(Kap. 15 05 Tit. 893 71)
Drs. 19/5562

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen und Projekte im Kulturbereich
(Kap. 15 05 Tit. 684 71)
Drs. 19/5649
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Beitrag für Kulturbühnen
(Kap. 15 05 Tit. 883 71)
Drs. 19/5650
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Fränkische Schweiz-Museum Tüchersfeld
(Kap. 15 05 Tit. 883 71)
Drs. 19/5651
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Funddepot als lokales Depot der Archäologischen Staatssammlung am LIMESEUM Ruffenhofen
(Kap. 15 05 Tit. 883 71)
Drs. 19/5652
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bürger- und Familienzentrum mit integriertem Museum in Naila
(Kap. 15 05 Tit. 883 71)
Drs. 19/5653
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Basilika St. Benedikt Benediktbeuern
(Kap. 15 05 Tit. 893 71)
Drs. 19/5654

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Andreaskirche in Weißenburg
(Kap. 15 05 Tit. 893 71)
Drs. 19/5655
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Sanierung der Marienkapelle Pinzberg
(Kap. 15 05 Tit. 893 71)
Drs. 19/5656
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung der Aufnahme eines Erststudiums
(Kap. 15 06 Tit. 686 03)
Drs. 19/5657
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Umgestaltung des Zugangs zum Forschungszentrum Weihenstephan für Brau- und Lebensmittelqualität
(Kap. 15 12 neuer Tit. 547 48)
Drs. 19/5658
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Dokumentations- und Lernort NS Ordensburg Sonthofen: Wissenschaftliche Tagung
(Kap. 15 21 neuer Tit. 547 49)
Drs. 19/5659
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Archäologische Ausgrabungen im Stadtgebiet Pfreimd
(Kap. 15 26 neuer Tit. 547 49)
Drs. 19/5660

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Fortsetzung des Forschungsprojekts AZURE "Warum Unternehmen (keine) Azubis finden?"
(Kap. 15 40 neuer Tit. 429 49)
Drs. 19/5661
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Technische Hochschule Rosenheim - Forschungsprojekt Hagelabwehr RO-BERTA
(Kap. 15 42 neuer Tit. 429 49)
Drs. 19/5662
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Menschenaffe *Danuvius guggenmosi* / *Buronijs manfredschmidii* - Fortsetzung der Grabungen in der Hammerschmiede in Pforzen bei Kaufbeuren
(Kap. 15 51 neuer Tit. 459 49)
Drs. 19/5663
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Topothek
(Kap. 15 90 neuer Tit. 547 08)
Drs. 19/5664
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschüsse und Preisgelder an Sonstige
(Kap. 15 03 Tit. 686 73)
Drs. 19/5685
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Pro Health - Laserforschung hilft in der Medizin
(Kap. 15 07 neuer Tit. 429 48)
Drs. 19/5686

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: LMU-Förderung von Studierenden im Bereich der Rindermedizin
(Kap. 15 07 neuer Tit. 547 49)
Drs. 19/5687
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: TUM, weitere Venture Labs - Machbarkeitsstudie Hyperloop
(Kap. 15 12 neuer Tit. 812 49 und neuer Tit. 547 49)
Drs. 19/5688
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Klinikum der TUM, Klinik für Orthopädie und Sportorthopädie, SMART
(Kap. 15 13 neuer Tit. 682 03)
Drs. 19/5689
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Klinikum der TUM, „Das Pankreas-Karzinom besser verstehen“ - Zuschuss für ein Intravitales Mikroskop
(Kap. 15 13 neuer Tit. 891 06)
Drs. 19/5690
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Universität Augsburg (UA)
(Kap. 15 23 neuer Tit. 429 49)
Drs. 19/5691
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Technische Hochschule Aschaffenburg - Gründungsförderung und Automatisierte Verkehrssysteme
(Kap. 15 32 neuer Tit. 429 49 und neuer Tit. 547 49)
Drs. 19/5692

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: TH Deggendorf, TTZ Grafenau
(Kap. 15 46 neuer Tit. 547 49)
Drs. 19/5693
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: TH Ingolstadt, Nachhaltigkeits-Campus in Neuburg an der Donau
(Kap. 15 48 neuer Tit. 429 49)
Drs. 19/5694
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Curiosity Science Center
(Kap. 15 02 neuer Tit. 429 49 und neuer Tit. 547 49)
Drs. 19/5695
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: TH Würzburg-Schweinfurt, Gebäudeübergang CAE e.V.
(Kap. 15 03 neuer Tit. 686 29)
Drs. 19/5696
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Hochschule für Philosophie - Zuschuss für Jubiläumsveranstaltungen
(Kap. 15 06 neuer Tit. 686 15)
Drs. 19/5697
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: LMU München: Die Freiheiten Bayerns; Historisches Ortsnamenbuch und Handbuch für Bayerische Landesgeschichte
(Kap. 15 07 neuer Tit. 429 49)
Drs. 19/5698

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Universität Erlangen-Nürnberg (FAU)
(Kap. 15 19 neuer Tit. 429 49 und neuer Tit. 701 02)
Drs. 19/5699
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Uni Passau, Lebenswelten in Diktaturen und in Freiheit - Werk und Wirken des Dichters Reiner Kunze
(Kap. 15 27 neuer Tit. 429 49)
Drs. 19/5700
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Hochschule Coburg: Förderung der Zusammenarbeit
(Kap. 15 36 neuer Tit. 429 49)
Drs. 19/5701
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Hochschule für angewandte Wissenschaften Kempten
(Kap. 15 37 neuer Tit. 547 49)
Drs. 19/5702
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Hochschule München, Tagung für Entrepreneurship
(Kap. 15 39 neuer Tit. 429 49)
Drs. 19/5703
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: "Campus 2 public" - Wissenschaftskommunikation stärken!
(Kap. 15 40 neuer Tit. 547 49)
Drs. 19/5704

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: HAW Weihenstephan-Triesdorf und TUM - Weiterentwicklung des Agro-MissionHub
(Kap. 15 43 neuer Tit. 812 48 und Kap. 15 12 neuer Tit. 812 48)
Drs. 19/5705
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: OTH Amberg-Weiden, SAP-Labor 2.0 am Standort Weiden und TTZ Weihenhammer
(Kap. 15 45 neuer Tit. 547 49)
Drs. 19/5706
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen
(Kap. 15 05 Tit. 883 71)
Drs. 19/5797
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushalt 2025;
hier: School of Computation, Information and Technology (CIT)
(Kap. 15 12 Tit. 429 49)
Drs. 19/5798
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Universität Regensburg - Zentrum für Erinnerungskultur (Kap. 15 21 Tit. 429 49)
Zuschuss für Institut für Südosteuropaforschung (IOS)
(Kap. 15 03 Tit. 686 30)
Drs. 19/5799

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuweisung zur Unterstützung des Theaters Hof
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 19/5546

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bauunterhalt der Hochschulen
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 19/5548
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Katja Weitzel, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung der Sing- und Musikschulen
(Kap. 15 05 Tit. 633 80)
Drs. 19/5550
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Katja Weitzel, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschuss an ArbeiterKind.de gGmbH
(Kap. 15 06 Tit. 686 03)
Drs. 19/5551
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Katja Weitzel, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Umsetzung einer nachhaltigen Strategie gegen Antisemitismus an den bayerischen Hochschulen
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 19/5552
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Katja Weitzel, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung im Bereich der Digitalisierung
(Kap. 15 06 TG 89)
Drs. 19/5553
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Katja Weitzel u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der Lehre und der anwendungsbezogenen Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften
(Kap. 15 49 TG 73)
Drs. 19/5554
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Katja Weitzel, Volkmар Halbleib u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuweisungen für Investitionen an den Entschädigungsfonds nach dem Denkmalschutzgesetz
(Kap. 15 74 Tit. 884 01)
Drs. 19/5555
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Katja Weitzel, Volkmар Halbleib u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kunst- und Geschichtsdenkmäler
(Kap. 15 74 Tit. 893 75)
Drs. 19/5556

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Ausgaben für Modellprojekte „Klimaneutrale unmittelbare Staatsverwaltung“
(Kap. 15 02 Tit. 547 02)
Drs. 19/5557
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung eines Dual-Fluid-Reaktors
(Kap. 15 02 neuer Tit.)
Drs. 19/5558
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zuschuss an das Bayerische Nationalmuseum
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 19/5559

Die Änderungsanträge Drs. 19/5547 und Drs. 19/5549 wurde aufgrund der Aufnahme des Änderungsantrags Drs. 19/5685 in die Beschlussempfehlung für erledigt erklärt.

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 61. Sitzung am 18. März 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: Ablehnungmit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 5 zu 11/12/14/17/18-H 1120-16/23

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Nachtragshaushalt 2025

zum

Entwurf des Einzelplans 15

Bayerisches Staatsministerium für Wissen-
schaft und Kunst

15 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 15

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Sächliche Verwaltungsausgaben			
547 26-4	235	Sächliche Verwaltungsausgaben für Aufträge an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder Inklusionsbetriebe <i>Einseitig deckungsfähig zulasten der Kapitel 15 07 bis 15 27, 15 32 bis 15 48 und 15 59 bis 15 64.</i>	A 166,8 B	0,0	166,8
		Gesamtausgaben	A 1.084.214,5 B -99.900,0	-	984.314,5
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 172,1 B -	-	172,1
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 23.185,7 B -	-	23.185,7
		Gesamteinnahmen	A 23.357,8 B -	-	23.357,8
		Personalausgaben	A 1.013.684,6 B -	-	1.013.684,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 118.705,3 B +100,0	-	118.805,3
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 11.626,8 B -	-	11.626,8
		Baumaßnahmen	A 32.429,8 B -	-	32.429,8
		Sonstige Sachinvestitionen	A 71.210,1 B -	-	71.210,1
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 580,4 B -	-	580,4
		Besondere Finanzierungsausgaben	A -164.022,5 B -100.000,0	-	-264.022,5
		Gesamtausgaben	A 1.084.214,5 B -99.900,0	-	984.314,5
		Zuschuss	A 1.060.856,7		960.956,7
		Überschuss	B 99.900,0		

15 02
Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 15

Erläuterungen

Zu 15 02/547 26

Die Anpassung des Haushaltsvermerks ist aufgrund der Umstellung der Hochschulhaushalte auf verdichtete Titelstruktur erforderlich.

15 05 Allgemeine Bewilligungen - Kunst

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.					
124 01-7	182	<p>Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Nach Art. 63 Abs. 5 i.V.m. Abs. 3 S. 2 BayHO</i> <i>a) wird das staatseigene Schlossgebäude Alteglofsheim dem Zweckverband "Musikakademie Alteglofsheim" für Zwecke der Musikakademie zu einem verbilligten Mietpreis überlassen. Die Mietpreishöhe beträgt 51,1 Tsd. € jährlich. Der Zweckverband kann zur Erfüllung seiner Aufgaben rd. 120 qm unentgeltlich an den Verband für Popkultur in Bayern e.V. überlassen;</i> <i>b) werden der Stiftung Haus der Kunst, gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH, dem Künstlerverbund im Haus der Kunst e.V. und der Gesellschaft der Freunde der Stiftung Haus der Kunst e.V. Räumlichkeiten im sog. Haus der Kunst in München nebst den zugehörigen Parkplätzen zum Betrieb der Kunstaussstellungshalle mietzinsfrei (Grundmiete) überlassen,</i> <i>c) können dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels - Landesverband Bayern Service GmbH Räumlichkeiten im sog. Haus der Kunst in München zur Durchführung der Münchner Bücherschau zu einem vergünstigten Mietzins überlassen werden.</i></p>	<p>A 51,1 B</p>	<p>0,0</p>	<p>51,1</p>
Gesamteinnahmen			<p>A 173,8 B -</p>	<p>-</p>	<p>173,8</p>
Ausgaben					
Titelgruppen					
<p>71 Zuschüsse für einzelne Kulturprojekte <i>Aus den Mitteln können die Ansätze des Kapitels 15 05 sowie der Kapitel 15 59 bis 15 93 nach Bedarf verstärkt werden. Die Mittel sind gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i></p>					

15 05

Allgemeine Bewilligungen - Kunst

Erläuterungen

Zu 15 05/124 01

Die traditionsreiche Münchner Bücherschau präsentiert jährlich die literarische Produktion von 300 Verlagen in Bayern und ist damit das Schaufenster der Verlagsstadt München. Mit der Platzierung der Münchner Bücherschau im innovativen Haus der Kunst zu vergünstigten Konditionen soll eine langfristige Perspektive für die Präsentation Bayerns als traditioneller Verlagsstandort geschaffen werden. Die Bücherschau bietet mit ihrem Kulturpublikum zudem Möglichkeiten für spartenübergreifende Synergien und die Erschließung eines neuen Publikums für das Haus der Kunst.

Zu 15 05/71

Die Anpassung des Haushaltsvermerks ist zur Sicherstellung der Flexibilität im Haushaltsvollzug notwendig.

15 05 Allgemeine Bewilligungen - Kunst

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		85 Energiehilfen Kunst und Kultur			
<u>547 85-5</u>	187	Sächliche Verwaltungsausgaben für den Vollzug des Härtefallfonds Bayern einschließlich Beratung <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten der TG 81-82.</i>	A B	0,0	---
		Summe der Titelgruppe	A B	- -	- -
		Gesamtausgaben	A B	262.305,5 +11.981,3	- 274.286,8
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	121,1 -	- 121,1
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	52,7 -	- 52,7
		Gesamteinnahmen	A B	173,8 -	- 173,8
		Personalausgaben	A B	19.548,2 -	- 19.548,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	10.284,3 +33,0	- 10.317,3
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	201.648,3 +11.426,0	- 213.074,3
		Baumaßnahmen	A B	7.490,1 -	- 7.490,1
		Sonstige Sachinvestitionen	A B	4.072,3 -	- 4.072,3
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	19.262,3 +522,3	- 19.784,6
		Gesamtausgaben	A B	262.305,5 +11.981,3	- 274.286,8
		Zuschuss	A B	262.131,7 11.981,3	- 274.113,0

15 05
Allgemeine Bewilligungen - Kunst

Erläuterungen

Zu 15 05/547 85

Der Titel ist erforderlich zur weiteren Abwicklung von Maßnahmen im Rahmen der Energiehilfen Kunst und Kultur.

15 12 Technische Universität München

1	2	3	4	5	6
Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
		Die Nr. 2 der Vorbemerkungen zum Epl. 15 - zu den Hochschulhaushalten mit verdichteter Titelstruktur - ist verbindlich.			
		Ausgaben			
		Die Ausgabebefugnis bei Tit. 429 01, 547 40, 701 01 und 812 40 erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 111 40. Vgl. Vermerk zu Kap. 15 28 TG 73, TG 88, TG 90, TG 91 und TG 99.			
		Sonstige Sachinvestitionen			
812 40-3	133	Ausgaben für Investitionen <i>Vermerk unverändert.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. € 60.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A 25.817,4 B	0,0	25.817,4
		Gesamtausgaben	A 963.732,8 B +6.709,3	-	970.442,1
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 23.752,0 B -	-	23.752,0
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 360.760,0 B -	-	360.760,0
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A 530,0 B -	-	530,0
		Gesamteinnahmen	A 385.042,0 B -	-	385.042,0
		Personalausgaben	A 501.552,3 B -	-	501.552,3
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 367.114,5 B +6.709,3	-	373.823,8
		Baumaßnahmen	A 61.248,6 B -	-	61.248,6
		Sonstige Sachinvestitionen	A 33.817,4 B -	-	33.817,4
		Gesamtausgaben	A 963.732,8 B +6.709,3	-	970.442,1
		Zuschuss	A 578.690,8 B 6.709,3		585.400,1

Erläuterungen

Zu 15 12/812 40

Die Verpflichtungsermächtigung ist für die Beschaffung eines Interimsbaus des Department of Aerospace and Geodesy am Standort Taufkirchen / Ottobrunn notwendig. Der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags hat in seiner Sitzung vom 23. Januar 2025 im Rahmen eines Konsultationsverfahrens bereits der überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung sowie deren Inanspruchnahme zugestimmt. Die Verpflichtungsermächtigung wird nunmehr regulär im Nachtragshaushalt veranschlagt.

15 18 Klinikum der Universität Würzburg

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Baumaßnahmen			
710 00-1	132	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. € 50.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A --- B ---	0,0	---
		Gesamtausgaben	A 131.536,1 B +726,6	-	132.262,7
		Abschluss			
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 100.570,4 B +726,6	-	101.297,0
		Baumaßnahmen	A - B -	-	-
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 30.965,7 B -	-	30.965,7
		Gesamtausgaben	A 131.536,1 B +726,6	-	132.262,7
		Zuschuss	A 131.536,1 B 726,6		132.262,7

15 21 Universität Regensburg

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Die Nr. 2 der Vorbemerkungen zum Epl. 15 - zu den Hochschulhaushalten mit verdichteter Titelstruktur - ist verbindlich.			
		Ausgaben			
		Die Ausgabebefugnis bei Tit. 429 01, 547 40, 701 01 und 812 40 erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Minder-einnahme bei 111 40. Vgl. Vermerk zu Kap. 15 28 TG 73, TG 88, TG 90, TG 91 und TG 99.			
		Sächliche Verwaltungsausgaben			
547 40-6	133	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Vermerk unverändert.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. € 199,7</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A 26.334,0 B +34,6	0,0	26.368,6
		Gesamtausgaben	A 268.979,0 B +34,6	-	269.013,6
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 1.748,7 B -	-	1.748,7
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 55.500,0 B -	-	55.500,0
		Gesamteinnahmen	A 57.248,7 B -	-	57.248,7
		Personalausgaben	A 183.714,6 B -	-	183.714,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 51.048,0 B +34,6	-	51.082,6
		Baumaßnahmen	A 31.367,6 B -	-	31.367,6
		Sonstige Sachinvestitionen	A 2.848,8 B -	-	2.848,8
		Gesamtausgaben	A 268.979,0 B +34,6	-	269.013,6
		Zuschuss	A 211.730,3 B 34,6		211.764,9

Erläuterungen

Zu 15 21/547 40

Die Verpflichtungsermächtigung ist zum Abschluss eines Leasinggeschäfts notwendig.

15 28 Sammelansätze für die Universitäten

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Sonstige Sachinvestitionen			
812 01-6	133	Erwerb von beweglichen Sachen für die strukturelle Erneuerung in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern im Zusammenhang mit der Besetzung von Lehrstühlen (Lehrstuhlerneuerungsprogramm) <i>Die Ausgaben sind beim jeweils zutreffenden Tit. 812 40 der Universitätskapitel rechnungsmäßig nachzuweisen.</i>	A --- B ---	0,0	---
		Gesamtausgaben	A 203.944,5 B -		203.944,5
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 2,1 B -		2,1
		Gesamteinnahmen	A 2,1 B -		2,1
		Personalausgaben	A 69.855,7 B -		69.855,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 4.163,6 B -		4.163,6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 65.073,9 B -		65.073,9
		Baumaßnahmen	A 3.206,5 B -		3.206,5
		Sonstige Sachinvestitionen	A 37.533,6 B -		37.533,6
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 24.111,2 B -		24.111,2
		Gesamtausgaben	A 203.944,5 B -		203.944,5
		Zuschuss	A 203.942,4		203.942,4

15 28
Sammelansätze für die Universitäten

Erläuterungen

Zu 15 28/812 01

Der Gegenvermerk in der Anlage S ist bereits im DHH 2024/2025 entfallen. Der Deckungsvermerk in die Anlage S ist daher ebenfalls zu löschen.

15 40 Technische Hochschule Nürnberg Georg-Simon-Ohm

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Die Nr. 2 der Vorbemerkungen zum Epl. 15 - zu den Hochschulhaushalten mit verdichteter Titelstruktur - ist verbindlich.			
		Ausgaben			
		Die Ausgabebefugnis bei Tit. 429 01, 547 40, 701 01 und 812 40 erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 111 40. Vgl. Vermerk zu Kap. 15 49 Tit. 701 01, TG 73, TG 78, TG 90 und TG 99. Tit. 429 01, 547 40 und 812 40 sind einseitig deckungsfähig zugunsten Kap. 15 49 TG 52 und TG 89.			
		Baumaßnahmen			
710 00-5	133	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S)	A 500,0 B	0,0	500,0
		Gesamtausgaben	A 79.131,1 B +1.610,0	-	80.741,1
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 203,0 B -	-	203,0
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 13.700,0 B -	-	13.700,0
		Gesamteinnahmen	A 13.903,0 B -	-	13.903,0
		Personalausgaben	A 59.967,9 B -	-	59.967,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 17.419,7 B +1.610,0	-	19.029,7
		Baumaßnahmen	A 500,0 B -	-	500,0
		Sonstige Sachinvestitionen	A 1.243,5 B -	-	1.243,5
		Gesamtausgaben	A 79.131,1 B +1.610,0	-	80.741,1
		Zuschuss	A 65.228,1 B 1.610,0		66.838,1

15 81 Bayer. Staatsoper

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		Haushaltsvermerke zu den Kap. 15 81 bis 15 83. Die Nrn. 12.2 und 12.3.1 DBestHG finden keine Anwendung.			
		Baumaßnahmen			
710 00-9	181	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S)	A 2.500,0 B	0,0	2.500,0
		Gesamtausgaben	A 125.160,1 B +878,0	-	126.038,1
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 23.466,7 B -	-	23.466,7
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 3.000,0 B -	-	3.000,0
		Gesamteinnahmen	A 26.466,7 B -	-	26.466,7
		Personalausgaben	A 96.383,8 B +878,0	-	97.261,8
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 21.685,5 B -	-	21.685,5
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 122,3 B -	-	122,3
		Baumaßnahmen	A 2.911,5 B -	-	2.911,5
		Sonstige Sachinvestitionen	A 4.057,0 B -	-	4.057,0
		Gesamtausgaben	A 125.160,1 B +878,0	-	126.038,1
		Zuschuss	A 98.693,4 B 878,0		99.571,4

Epl. 15 Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Abschluss Epl. 15			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 107.218,1 B -	-	107.218,1
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 1.775.227,7 B +2.470,6	-	1.777.698,3
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A 195.744,5 B -	-	195.744,5
		Gesamteinnahmen	A 2.078.190,3 B +2.470,6	-	2.080.660,9
		Personalausgaben	A 4.721.511,9 B +5.491,2	-	4.727.003,1
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 270,0			
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 1.398.895,7 B +10.647,1	-	1.409.542,8
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 56.446,9			
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 1.663.989,3 B +15.870,0	-	1.679.859,3
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 11.324,0			
		Baumaßnahmen	A 556.553,5 B +100.000,0	-	656.553,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 909.100,0			
		Sonstige Sachinvestitionen	A 291.359,4 B +440,0	-	291.799,4
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 80.703,5			
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 533.849,7 B +2.022,3	-	535.872,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 77.840,7			
		Besondere Finanzierungsausgaben	A -163.965,9 B -100.000,0	-	-263.965,9
		Gesamtausgaben	A 9.002.193,6 B +34.470,6	-	9.036.664,2
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 1.135.685,1			
		Zuschuss	A 6.924.003,3 B 32.000,0		6.956.003,3

**Epl. 15 Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
Anlage S**

Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen

mit mehr als 3 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall
für den Bereich des

Epl. 15

Epl. 15
Anlage S

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A B Bisheriger Betrag 2025 Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
15 18		Klinikum der Universität Würzburg			
744 41-2	132	Neubau eines Zentrums für Herzinsuffizienz <i>Vermerk unverändert.</i>	A * * * B	0,0	---
		Summe Kapitel 15 18	A - B -	-	-
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 50.000,0			
15 40		Technische Hochschule Nürnberg Georg-Simon-Ohm			
731 32-2	133	Sanierung der Entwässerungsanlagen Stammgelände (Standort Keßlerplatz)	A * * * B	0,0	---
		Summe Kapitel 15 40	A 500,0 B -	-	500,0
15 81		Bayer. Staatsoper			
711 24-0	181	Erneuerung der Brandmelde- und Alarmierungsanlagen Natio- naltheater und Betriebs- und Probengebäude Bayerisches Staatsballett	A * * * B	0,0	---
		Summe Kapitel 15 81	A 2.500,0 B -	-	2.500,0
		Summe Epl. 15	A 500.000,0 B +100.000,0	-	600.000,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 900.000,0			

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamt- kosten Tsd. €	bis 31.12.2022 verausgabt Tsd. €	ab 2026 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
06.06.2013 13.09.2019	50.600,0	50.081,2	-	Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.
18.05.2015	3.220,0	1.323,2	-	Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.
19.10.2016	5.000,0	3.664,7	-	Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung

Berichterstatter: **Patrick Grossmann**

Mitberichterstatter: **Tim Pargent**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 13 03 wird in 2025 ein neuer Titel 811 01 „Erwerb eines Dienstfahrzeuges zum Zwecke der Nachwuchswerbung“ ausgebracht und mit 200,0 Tsd. € dotiert. Es wird folgender Haushaltsvermerk aufgenommen: „Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 525 01, 525 02 und 534 01“.
2. Bei Kap. 13 04 Tit. 519 01 wird der Ansatz
in 2025
von 9.000,0 Tsd. €
um 940,0 Tsd. €
auf 9.940,0 Tsd. €
erhöht.
3. Bei Kap. 13 10 Tit. 613 31 wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 50.000,0 Tsd. €, fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr, ausgebracht.

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 13 03, Kap. 13 05 und Kap. 13 06 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt,

- die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen und
- den Ansatz bei Kap. 13 02 Tit. 546 49 (Vermischte Verwaltungsausgaben und zum Ausgleich der Schlusssumme des Haushaltsplans und beim Haushaltsabschluss) entsprechend anzupassen

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: "SeiDabay-Mobil"; Roadshow durch Bayern
(Kap. 13 03 Tit. 534 01 und neuer Tit. 811 01)
Drs. 19/5633
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Franziskanerkloster Berchtesgaden
(Kap. 13 04 Tit. 519 01)
Drs. 19/5790
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen
(Kap. 13 10 Tit. 613 31)
Drs. 19/5829

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: sogenannte Fraktionsreserve auflösen
(Kap. 13 02 Tit. 893 06)
Drs. 19/5616
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Sonderfinanzierung für kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs (FSW) streichen und einsparen
(Kap. 13 03 Tit. 883 05)
Drs. 19/5617
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Rücklagenentnahme
(Kap. 13 06 Tit. 359 01)
Drs. 19/5618
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kommunen stärken - Schlüsselmasse erhöhen
(Kap. 13 10 Tit. 613 01)
Drs. 19/5619

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Staatliche Aufgaben in den Landratsämtern finanzieren
(Kap. 13 10 Tit. 613 04)
Drs. 19/5620
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen
(Kap. 13 10 Tit. 613 31)
Drs. 19/5621
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kommunen stärken - Bezirke angemessen ausstatten
(Kap. 13 10 Tit. 633 08)
Drs. 19/5622
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Subventionierung für kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs (FSW) streichen und einsparen
(Kap. 13 10 Tit. 883 08)
Drs. 19/5623
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Kommunen stärken - Schulbau und Schulsanierung
(Kap. 13 10 Tit. 883 11)
Drs. 19/5624
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt durch bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung
(Kap. 13 01)
Drs. 19/5625
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Streichung der Mittel für die Regierungsfractionen
(Kap. 13 02 Tit. 893 06)
Drs. 19/5626
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Entnahme aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage
(Kap. 13 06 Tit. 359 01)
Drs. 19/5627

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Harry Scheuenstuhl, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Aufstockung der Mittel für die Härtefallregelung im Rahmen der aktuellen Richtlinie für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben
(Kap. 13 10 Tit. 883 04)
Drs. 19/5628
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - eine echte Krankenhausmilliarde für die Bayerischen Krankenhäuser
(Kap. 13 10 Tit. 891 72)
Drs. 19/5629
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Verzicht auf Tilgung
(Kap. 13 19 Tit. 325 52)
Drs. 19/5630
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Verstärkung von Investitionsmaßnahmen
(Kap. 13 02 Tit. 893 06)
Drs. 19/5631
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schuldentilgung
(Kap. 13 06 Tit. 325 64)
Drs. 19/5632

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 63. Sitzung am 20. März 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 4 zu 11/12/14/17/18-H 1120-16/23

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Nachtragshaushalt 2025

zum

Entwurf des Einzelplans 13

Allgemeine Finanzverwaltung

13 03 Besondere Bewilligungen für den Gesamthaushalt

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025		Betrag der Nachschubliste	Neuer Betrag 2025
			B Regierungsvorlage (+/-) Tsd. €	Tsd. €		
1	2	3	4		5	6
		Einnahmen				
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
<u>271 01-8</u>	045	Erstattungen aus dem EU-Solidaritätsfonds für die Hochwasserkatastrophe 2024 <i>Rückzahlungen sind von der Einnahme abzusetzen.</i>	A		0,0	---
		Gesamteinnahmen	A	6.830,0		
			B	-	-	6.830,0
		Ausgaben				
		Investitionsförderungsmaßnahmen				
894 07-9	165	Zuschuss an die Bayerische Transformations- und Forschungstiftung	A	9.500,0	0,0	9.500,0
		Gesamtausgaben	A	135.530,7		
			B	+48.000,0	-	183.530,7

13 03

Besondere Bewilligungen für den Gesamthaushalt

Erläuterungen

Zu 13 03/271 01

Zur teilweisen Refinanzierung der Kosten, die durch das Hochwasser von Ende Mai bzw. Anfang Juni 2024 entstanden sind, hat der Freistaat Bayern zusammen mit Baden-Württemberg eine finanzielle Unterstützung aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union beantragt. Vom Staatsministerium der Finanzen und für Heimat können anderen Ressorts Haushaltsmittel zugewiesen werden.

Zu 13 03/894 07

Der Ministerrat hat am 10. Dezember 2024 den Entwurf eines „Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Bayerischen Forschungsstiftung und des Bayer. Ministergesetzes“ beschlossen, der unter anderem die Umbenennung der Stiftung in „Bayerische Transformations- und Forschungsstiftung“ sowie eine Erweiterung des bisherigen Stiftungszwecks „Forschung“ um den Bereich „Transformation“ zur Unterstützung von Unternehmen im Freistaat bei der Bewältigung des Wandels der wirtschaftlichen und technischen Rahmenbedingungen vorsieht. Vorbehaltlich der Beschlussfassung im Bayerischen Landtag wird der Zuschuss 2025 zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben im Bereich „Forschung“ sowie ggf. zur Finanzierung von Aufwendungen für die allgemeine Verwaltung (Art. 4 TFoStG) von der künftigen „Bayerische Transformations- und Forschungsstiftung“ benötigt.

13 03 Besondere Bewilligungen für den Gesamthaushalt

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025		Betrag der Nachschubliste	Neuer Betrag 2025
			B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Tsd. €		
1	2	3	4		5	6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 10,0 B -	-	-	10,0
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 6.820,0 B -	-	-	6.820,0
		Gesamteinnahmen	A 6.830,0 B -	-	-	6.830,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 2.240,7 B -	-	-	2.240,7
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 11.326,0 B +48.000,0	-	-	59.326,0
		Baumaßnahmen	A 1.010,0 B -	-	-	1.010,0
		Sonstige Sachinvestitionen	A 10,0 B -	-	-	10,0
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 120.944,0 B -	-	-	120.944,0
		Gesamtausgaben	A 135.530,7 B +48.000,0	-	-	183.530,7
		Zuschuss	A 128.700,7 B 48.000,0	-	-	176.700,7

13 05 Wirtschaftliche Unternehmen

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Ausgaben			
		<i>Vermerk unverändert.</i>			
		Sächliche Verwaltungsausgaben			
<u>533 02-6</u>	681	Sächliche Ausgaben im Zusammenhang mit Stabilisierungsmaßnahmen im Sinne des BayFoG und der Abwicklung des BayernFonds und der Bayerischen Finanzagentur GmbH <i>Einseitig deckungsfähig zulasten 526 13. Zu 533 02 und 871 01: Gegenseitig deckungsfähig.</i>	A B	0,0	---
		Gesamtausgaben	A B	75.181,8 -	75.181,8
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	337.606,8 +40.340,0	377.946,8
		Gesamteinnahmen	A B	337.606,8 +40.340,0	377.946,8
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	830,0 -	830,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	22.693,9 -	22.693,9
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	51.657,9 -	51.657,9
		Gesamtausgaben	A B	75.181,8 -	75.181,8
		Überschuss	A B	262.425,0 40.340,0	302.765,0

13 05

Wirtschaftliche Unternehmen

Erläuterungen

Zu 13 05/533 02

Im Zusammenhang mit laufenden Gerichtsverfahren aufgrund von Stabilisierungsmaßnahmen nach dem BayFoG kann die Rückzahlung von zuvor vereinnahmten Kostenerstattungen erforderlich werden. Zudem ist im Rahmen der Abwicklung des BayernFonds und der Bayerischen Finanzagentur GmbH nicht vollständig auszuschließen, dass aktuell nicht vorhersehbare Ausgaben anfallen.

13 06 Kapital und Schulden

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Einnahmen			
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen			
359 01-6	851	Entnahme aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage (80 01/919 01) <i>Vermerk unverändert.</i>	A 2.631.405,4 B +1.762.193,7	-379,0	4.393.220,1
		Gesamteinnahmen	A 2.960.714,3 B +1.765.271,7	-379,0	4.725.607,0
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 329.042,4 B +3.078,0	-	332.120,4
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A 2.631.671,9 B +1.762.193,7	-379,0	4.393.486,6
		Gesamteinnahmen	A 2.960.714,3 B +1.765.271,7	-379,0	4.725.607,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 300,1 B -	-	300,1
		Ausgaben für den Schuldendienst	A 488.918,0 B -	-	488.918,0
		Sonstige Sachinvestitionen	A 20,0 B -	-	20,0
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 71.800,0 B -	-	71.800,0
		Besondere Finanzierungsausgaben	A 460.741,5 B -460.475,0	-	266,5
		Gesamtausgaben	A 1.021.779,6 B -460.475,0	-	561.304,6
		Zuschuss		379,0	
		Überschuss	A 1.938.934,7 B 2.225.746,7		4.164.302,4

13 06
Kapital und Schulden**Erläuterungen****Zu 13 06/359 01**

Die Rücklagenentnahme 2025 stellt sich wie folgt dar:

	RegE 2025	+/-	Neuer Betrag 2025
Rücklagenentnahme	Tsd. €		Tsd. €
- zum Haushaltsabgleich	2.869.359,1	-379,0	2.868.980,1
- zur teilweisen Finanzierung des Zuwanderungs- und Integrationsfonds	1.501.800,0	-	1.501.800,0
- Entnahme der nicht benötigten Mittel für Schadensfälle im Rahmen des Transformationsfonds bei der LfA Förderbank Bayern	22.440,0	-	22.440,0
Zusammen	4.393.599,1	-379,0	4.393.220,1

Epl. 13 Allgemeine Finanzverwaltung

Titel	FK Z	Zweckbestimmung	A Bisheriger Betrag 2025 B Regierungs- vorlage (+/-) Tsd. €	Betrag der Nachschubliste Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
Abschluss Epl. 13					
		Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A 58.708.331,1 B -1.840.541,8	-	56.867.789,3
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 867.426,7 B +168.718,0	-	1.036.144,7
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 1.726.697,4 B -	-	1.726.697,4
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A 3.037.442,5 B +1.841.846,2	-379,0	4.878.909,7
		Gesamteinnahmen	A 64.339.897,7 B +170.022,4	-379,0	64.509.541,1
		Personalausgaben	A 715.645,6 B -	-	715.645,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	A 36.989,9 B +25,0	-	37.014,9
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 11.900,0			
		Ausgaben für den Schuldendienst	A 897.918,0 B -	-	897.918,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 8.558.619,3 B +476.435,2	-	9.035.054,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 2.000,0			
		Baumaßnahmen	A 16.010,0 B -	-	16.010,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 13.600,0			
		Sonstige Sachinvestitionen	A 30,0 B -	-	30,0
		Investitionsförderungsmaßnahmen	A 3.565.973,2 B +90.000,0	-	3.655.973,2
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 1.925.244,9			
		Besondere Finanzierungsausgaben	A 29.970,3 B -834.475,0	-	-804.504,7
		Gesamtausgaben	A 13.821.156,3 B -268.014,8	-	13.553.141,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2025 Tsd. €</i> 1.952.744,9			
		Zuschuss		379,0	
		Überschuss	A 50.518.741,4 B 438.037,2		50.956.399,6



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 19/4008

**zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024/2025
(Nachtragshaushaltsgesetz 2025 - NHG 2025)**

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/5636

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024/2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025 - NHG 2025)
hier: Aufhebung des Art. 6b
(Drs. 19/4008)**

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/5637

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024/2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025 - NHG 2025)
hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre
(Drs. 19/4008)**

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/5638

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024/2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025 - NHG 2025)
hier: Kein Stellenmoratorium und keine pauschale Reduzierung von Stellen
(Drs. 19/4008)**

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/5639

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024/2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025 - NHG 2025)
hier: Art. 6i - Stellenhebungen in der Steuerverwaltung
(Drs. 19/4008)**

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)

Drs. 19/5640

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024/2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025 - NHG 2025); hier: Stellenhebungen im Öffentlichen Dienst (Drs. 19/4008)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nr. 1 Buchst. a (Änderung des Art. 1) wird die Angabe „76 829 740 200“ durch die Angabe „76 829 461 200“ ersetzt.
- b) Nach Nr. 3 wird folgende Nr. 4 eingefügt:
 ,4. Art. 6i wird wie folgt gefasst:

„Art. 6i

Stellenhebungen im Haushaltsjahr 2025

(1) ¹Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags durch Stellenplanüberleitung im Stellenplan des Haushaltsjahres 2025 kostenneutrale Stellenhebungen in Höhe von bis zu insgesamt 5 000 000 € vorzunehmen. ²Die Jahreskosten in Höhe von 5 000 000 € verteilen sich wie folgt auf die Einzelpläne:

Einzelplan	Jahreskosten
02	20 000 €
03	2 099 000 €
04	698 000 €
05	40 000 €
06	1 085 000 €
07	32 000 €
08	168 000 €
09	124 000 €
10	103 000 €
11	16 000 €
12	123 000 €
14	47 000 €
15	432 000 €
16	13 000 €.

³Stellenhebungen im Einzelplan 13 (Allgemeine Finanzverwaltung), die im Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat liegen, können aus dem in Satz 2 festgelegten Anteil des Einzelplans 06 erfolgen.

(2) Die Stellenhebungen gemäß Abs. 1 sind durch die entsprechende Einsparung von Stellen, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 der Stellenbindung unterliegen, zu finanzieren.

(3) ¹Die im Jahr 2025 gemäß Abs. 1 kostenneutral gehobenen Stellen dürfen ab dem 1. November 2025 in ihrer neuen Wertigkeit in Anspruch genommen werden. ²Die Einsparung gemäß Abs. 2 erfolgt zu dem in Satz 1 genannten Zeitpunkt.

(4) Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat kann die für die Stellenhebungen nach den Abs. 1 und 3 benötigten Ausgabemittel in andere Einzelpläne oder andere Haushaltsstellen umsetzen.“

c) Die bisherige Nr. 4 wird Nr. 5.

d) Die bisherige Nr. 5 wird Nr. 6 und Buchst. d (Änderung des Art. 8) wird wie folgt geändert:

aa) Im Satzteil vor Abs. 17 wird die Angabe „und 24“ durch die Angabe „bis 26“ ersetzt.

bb) In Abs. 24 wird die Angabe „ ‘ “ am Ende gestrichen.

cc) Die folgenden Abs. 25 und 26 werden angefügt:

„(25) ¹Die Staatsministerien der Finanzen und für Heimat sowie für Gesundheit, Pflege und Prävention werden ermächtigt, im Zusammenhang mit den Anträgen auf Auszahlung von Fördermitteln aus dem Transformationsfonds nach § 12b des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) gegenüber dem Bund die Erklärung der Verpflichtung abzugeben, die Voraussetzungen des § 12b Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 Buchst. a KHG einzuhalten. ²Die Ermächtigung nach Satz 1 kann von den Staatsministerien nach Satz 1 an für den Vollzug der Förderung zuständige nachgeordnete Behörden des Freistaates Bayern weitergegeben werden.

(26) ¹Das Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention wird ermächtigt, zur Sicherstellung der Betriebsfähigkeit und zur Vorhaltung einer Sonderisolierstation entsprechende Verträge mit Kliniken und Universitätskliniken abzuschließen und darin eine Verpflichtung zur Übernahme der nicht durch Behandlungsvergütungen und die Vergütung von Vorhaltungskosten durch die Sozialleistungsträger gedeckten Kosten einschließlich Erlösausfälle bis zu einem Betrag in Höhe von 70 000 000 € jährlich zu übernehmen. ²Das Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention wird ferner ermächtigt, im Falle einer unvorhergesehenen Abmeldung der in Satz 1 genannten Sonderisolierstation für den Zeitraum des Vertretungsfalls im Rahmen der Ermächtigung nach Satz 1 eine entsprechende Vereinbarung mit anderen Kliniken, Klinikträgern oder Ländern zu schließen.“

- Nach § 1 wird folgender § 2 (Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes) eingefügt:

§ 2
Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Nach Art. 108 Abs. 10 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch § 1 Abs. 17 der Verordnung vom 4. Juni 2024 (GVBl. S. 98), Art. 12 des Gesetzes vom 21. Juni 2024 (GVBl. S. 114) sowie durch die §§ 1, 2, 3, 4 und 5 des Gesetzes vom 8. Juli 2024 (GVBl. S. 170) geändert worden ist, wird folgender Abs. 11 eingefügt:

„(11) ¹Ergibt sich bei Berechtigten, die am 31. März 2014 Anspruch auf Besoldung bei begrenzter Dienstfähigkeit hatten oder im Zeitraum zwischen dem 1. April 2014 und dem 31. Juli 2015 erstmals erworben haben, auf Grund der zum 1. April 2014 wirksam gewordenen Neufassung der Art. 7 und 59 eine Verringerung ihrer Bezüge, wird der Unterschiedsbetrag weitergewährt. ²Der Unterschiedsbetrag nach Satz 1 vermindert sich jedoch, soweit sich die Besoldung des Berechtigten insbesondere auf Grund

1. linearer Bezügeanpassung,
2. Beförderung,
3. Stufenaufstieg nach Art. 30 Abs. 2 oder
4. Veränderung des Umfangs der begrenzten Dienstfähigkeit erhöht. ³Die Neufestsetzung der Besoldung erfolgt von Amts wegen.“ ‘

3. Der bisherige § 2 wird § 3.
4. Der bisherige § 3 wird § 4 und in Satz 2 wird die Angabe „§ 2“ durch die Angabe „§ 3“ ersetzt.

Berichterstatter zu 1: **Maximilian Bötl**
Berichterstatterin zu 2: **Claudia Köhler**
Berichterstatter zu 3-5: **Volkmar Halbleib**
Berichterstatter zu 6: **Bernhard Pohl**
Mitberichterstatterin zu 1, 6: **Claudia Köhler**
Mitberichterstatter zu 2-5: **Maximilian Bötl**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf endberaten
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 19/5636, Drs. 19/5637, Drs. 19/5638, Drs. 19/5639 und Drs. 19/5640 in seiner 63. Sitzung am 20. März 2025 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/5640 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/5636, 19/5637, 19/5638 und 19/5639 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 19/5636, Drs. 19/5637, Drs. 19/5638, Drs. 19/5639 und Drs. 19/5640 in seiner 23. Sitzung am 3. April 2025 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass in den neuen § 4 Satz 2 als Datum des Inkrafttretens der „1. Mai 2025“ eingesetzt wird.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/5640 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/5636, 19/5637, 19/5638 und 19/5639 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst

Dem Einzelplan 15 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/5934) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

Dem Einzelplan 02 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/5922) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Nachtragshaushaltsplan 2025;
Einzelplan 03
für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern,
für Sport und Integration**

Dem Einzelplan 03 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/5923) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

Dem Einzelplan 04 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/5924) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

Dem Einzelplan 05 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/5925) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

Dem Einzelplan 06 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/5926) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Dem Einzelplan 07 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/5927) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

Dem Einzelplan 08 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/5928) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 09 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

Dem Einzelplan 09 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/5929) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

Dem Einzelplan 10 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/5930) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

Dem Einzelplan 12 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/5931) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung

Dem Einzelplan 13 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/5932) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt,

- die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen und
- den Ansatz bei Kap. 13 02 Tit. 546 49 (Vermischte Verwaltungsausgaben und zum Ausgleich der Schlusssumme des Haushaltsplans und beim Haushaltsabschluss) entsprechend anzupassen.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention

Dem Einzelplan 14 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/5933) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 16 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales

Dem Einzelplan 16 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/5935) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 19/4008, 19/6189

Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024/2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025 – NHG 2025)

[Beschluss zum Nachtragshaushaltsgesetz 2025](#)

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Plenarprotokoll Nr. 48 vom 09.04.2025

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 8 **München, den 30. April** **2025**

Datum	Inhalt	Seite
28.4.2025	Gesetz zur Änderung des Bayerischen Krankenhausgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Krankenhausgesetzes 2126-8-G, 2126-8-1-G	98
28.4.2025	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Bayerischen Forschungsstiftung und des Bayerischen Ministergesetzes 282-2-11-W, 1102-1-F	102
28.4.2025	Gesetz zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2025) 605-1-F, 605-10-F	105
28.4.2025	Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024/2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025 – NHG 2025) 630-2-26-F, 2032-1-1-F, 2170-9-G	107
7.4.2025	Entschädigung und Kostenpauschale für die Mitglieder des Bayerischen Landtags 1100-1-2-I	118

2126-8-G, 2126-8-1-G

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Krankenhausgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Krankenhausgesetzes

vom 28. April 2025

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Änderung des Bayerischen Krankenhausgesetzes

Das Bayerische Krankenhausgesetz (BayKrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. März 2007 (GVBl. S. 288, BayRS 2126-8-G), das zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 632) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 11 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „auf Antrag“ gestrichen.
- b) In Satz 4 wird das Wort „und“ durch die Wörter „einschließlich der Vergabe von Aufträgen zur Objektüberwachung und -betreuung sowie“ ersetzt.
- c) Satz 5 wird wie folgt gefasst:

„⁵Die zuständige Behörde soll auf Antrag einem vorzeitigen Maßnahmebeginn zustimmen, wenn der Krankenhausträger mit der Maßnahme nicht begonnen hat, bevor er von der zuständigen Behörde nach Durchführung des fachlichen Prüfungsverfahrens das Prüfungsergebnis erhalten hat, er sein Einverständnis zu diesem Prüfungsergebnis sowie zur Übernahme der Vorfinanzierungskosten erklärt und die Gesamtfinanzierung nach Abs. 2 Satz 1 auf Basis dieses Prüfungsergebnisses nachweist.“
- d) In Satz 6 wird das Wort „vorzeitigen“ durch das Wort „früheren“ ersetzt und die Wörter „auch vor fachlicher Billigung nach Abs. 2 Satz 3“ werden gestrichen.

2. Art. 15 Abs. 4 wird aufgehoben.

3. Art. 19 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 1 werden nach dem Wort „wenn“ die Wörter „und soweit“ und nach dem Wort „bereitgestellt“ die Wörter „und dort die Fördermittelzweckbindung nach Art. 18 Abs. 1 übernommen“ eingefügt.
- b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 2 wird wie folgt geändert:
 - aaa) In Nr. 1 wird nach dem Wort „sind“ das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.
 - bbb) In Nr. 2 wird der Punkt am Ende durch das Wort „oder“ ersetzt.

ccc) Folgende Nr. 3 wird angefügt:

- „3. bei einer nur teilweisen Schließung eines Krankenhauses umsetzbare Anlagegüter veräußert werden und der Krankenhausträger den Veräußerungserlös seinen pauschalen Fördermitteln nach Art. 12 zuführt.“

bb) Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„³Liegt das Ausscheiden im krankenhausplanerischen Interesse, soll vom Widerruf abgesehen werden, wenn und soweit

1. Anlagegüter einer anderen, im sozialstaatlichen Interesse liegenden Zweckbestimmung zugeführt werden und durch die neue Nutzung eine Refinanzierung geförderter Investitionen nicht gegeben ist,
2. Anlagegüter für andere förderfähige kommunale Zwecke oder zur Erfüllung einer anderen kommunalen Aufgabe verwendet werden und durch die neue Nutzung eine Refinanzierung geförderter Investitionen nicht gegeben ist oder
3. in sachlichem und zeitlichem Zusammenhang mit dem Ausscheiden aus dem Krankenhausplan an demselben oder einem anderen Krankenhausstandort grundsätzlich nach Art. 11 förderfähige, bedarfsnotwendige Krankenhausinvestitionen eigenfinanziert werden und dort die Fördermittelzweckbindung nach Art. 18 Abs. 1 übernommen wird.“

c) Abs. 4 wird wie folgt geändert:

aa) Der Wortlaut wird Satz 1.

bb) Folgender Satz 2 wird angefügt:

„²Zur Vermeidung einer unbilligen Härte kann von der Geltendmachung des Zinsanspruchs abgesehen werden, wenn der Krankenhausträger den zu erstattenden Betrag innerhalb der von der zuständigen Behörde festgesetzten Frist leistet.“

4. Art. 20 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 Nr. 3 werden die Wörter „schriftliche Erklärung“ durch die Wörter „Erklärung in Textform“ ersetzt.
- b) Folgender Abs. 3 wird angefügt:

„(3) Die Abs. 1 und 2 gelten entsprechend, wenn und soweit ein Krankenhausträger von einem anderen Krankenhausträger den Betrieb einer abtrennbaren akutstationären Versorgungseinrichtung einschließlich der geförderten Anlagegüter übernimmt und am bisherigen Standort als separates Krankenhaus oder unter Eingliederung in sein bestehendes Krankenhaus weiterbetreibt.“

5. Art. 30 wird wie folgt gefasst:

„Art. 30

Übergangsbestimmung

Bei Krankenhäusern, die vor dem 1. Mai 2025 vollständig aus dem Krankenhausplan ausgeschieden sind, wird Art. 15 Abs. 4 in der am 30. April 2025 geltenden Fassung weiterhin angewandt, sofern der Krankenhausträger dies beantragt.“

§ 2**Änderung der
Verordnung zur Durchführung des
Bayerischen Krankenhausgesetzes**

Die Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Krankenhausgesetzes (DVBayKrG) vom 14. Dezember 2007 (GVBl. S. 989, BayRS 2126-8-1-G), die zuletzt durch § 1 Abs. 45 der Verordnung vom 4. Juni 2024 (GVBl. S. 98) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Der Wortlaut wird Satz 1.

bb) Folgender Satz 2 wird angefügt:

„²Bei Kontingentmaßnahmen werden die Fördermittel mit der Feststellung der Aufnahme in das Regierungskontingent bewilligt.“

b) In Abs. 2 Satz 2 wird nach dem Wort „Bewilligung“ das Wort „erst“ und nach dem Wort „Kalenderjahres“ werden die Wörter „ , soweit die Bewilligung auf Verpflichtungsermächtigungen nach Art. 16 der Bayerischen Haushaltsordnung entfällt“ eingefügt.

2. In § 3 Abs. 1 Satz 2 wird das Wort „zwei“ durch das Wort „drei“ ersetzt.

3. Dem § 4 Abs. 2 wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Übersteigt die Anpassung voraussichtlich einen Betrag von 10 v.H. des Festbetrags oder 2 500 000 €, kann nach Beendigung der Maßnahme der übersteigende Betrag auf Antrag im Rahmen der Mittelverteilung des Jahreskrankenhausbauprogramms nach Art. 10 Abs. 1 BayKrG berücksichtigt und nach dessen Maßgabe in Form von Abschlagszahlungen vorab gewährt werden.“

4. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nr. 2 werden die Wörter „mit Nachweis der aus Förderleistungen erzielten Zinsen“ gestrichen.

bb) Nr. 3 wird wie folgt gefasst:

„3. eine Übersicht, mit der die Einhaltung der Vergabevorschriften nach § 16 Abs. 1 Satz 1 bis 3 dargelegt wird.“

b) In Abs. 4 Satz 1 werden die Wörter „Verdingungs- und Vergabegrundsätze nach § 16“ durch die Wörter „Vergabevorschriften nach § 16 Abs. 1 Satz 1 bis 3“ ersetzt.

5. § 16 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 16

Vergabe von Aufträgen“.

- b) Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) ¹Vor der Vergabe von Aufträgen, bei denen die für Kommunen jeweils geltende Wertgrenze für Direktaufträge voraussichtlich überschritten wird, hat der Krankenhausträger in der Regel mindestens drei fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zur Abgabe eines Angebots aufzufordern. ²Unter den eingegangenen Angeboten ist das wirtschaftlichste Angebot zu berücksichtigen. ³Die Leistungsbeschreibung, die Angebotseinholung, die eingegangenen Angebote und die Auswahlentscheidung samt etwaiger Wertungskriterien sind zu dokumentieren. ⁴Rechtliche Bestimmungen, die Krankenhausträger zur Anwendung von weitergehenden Vergabevorschriften verpflichten, bleiben unberührt.“

- c) In Abs. 2 werden nach der Angabe „Abs. 1“ die Wörter „Satz 1 bis 3“ eingefügt.

6. § 21 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) ¹Für Einzelvorhaben nach Art. 11 BayKrG, für die bis zum 30. April 2025 bereits ein Bescheid über die fachliche Billigung, aber noch kein Abschlussbescheid nach § 5 Abs. 4 Satz 2 bekanntgegeben worden ist, besteht für die Krankenhausträger ein Wahlrecht, ob für das gesamte Einzelvorhaben § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und § 16 in der am 30. April 2025 oder am 1. Mai 2025 geltenden Fassung angewandt werden soll. ²Das Wahlrecht ist mit der Vorlage des Verwendungsnachweises nach § 5 Abs. 1 auszuüben. ³Wurde der Verwendungsnachweis bereits bei der zuständigen Behörde eingereicht, kann das Wahlrecht nachträglich bis spätestens zur Bekanntgabe des Abschlussbescheids ausgeübt werden. ⁴Übt ein Krankenhausträger sein Wahlrecht nicht fristgerecht aus, wird § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und § 16 in der am 30. April 2025 geltenden Fassung angewandt.“

- b) Abs. 5 wird aufgehoben.

§ 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Mai 2025 in Kraft.

München, den 28. April 2025

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Markus S ö d e r

282-2-11-W, 1102-1-F

**Gesetz
zur Änderung des
Gesetzes über die Errichtung der
Bayerischen Forschungsstiftung und des
Bayerischen Ministergesetzes**

vom 28. April 2025

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

**Änderung des
Gesetzes über die Errichtung der
Bayerischen Forschungsstiftung**

Das Gesetz über die Errichtung der Bayerischen Forschungsstiftung vom 24. Juli 1990 (GVBl. S. 241, BayRS 282-2-11-W), das zuletzt durch § 1 Abs. 282 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98, 599) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Gesetz
über die Bayerische Transformations- und
Forschungsstiftung (TFoStG)“.

2. Art. 1 wird wie folgt gefasst:

„Art. 1
Verbrauchsstiftung

Die mit Inkrafttreten dieses Gesetzes errichtete rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts besteht ab dem 1. Mai 2025 als Verbrauchsstiftung für mindestens zehn Jahre und führt den Namen „Bayerische Transformations- und Forschungsstiftung“.

3. Art. 2 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Der Wortlaut wird Satz 1 und in dem Satzteil vor Nr. 1 werden nach dem Wort „hat“ die Wörter „im Bereich Forschung“ eingefügt.

- bb) Folgender Satz 2 wird angefügt:

„²Das Nähere regelt die Satzung.“

- b) Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) ¹Die Stiftung hat im Bereich Transformation den Zweck, Unternehmen im Freistaat Bayern ergänzend zu staatlichen Förderungen vor allem zur Bewältigung des Wandels der wirtschaftlichen und technologischen Rahmenbedingungen zu unterstützen. ²Gefördert werden sollen standortrelevante Transformationsvorhaben

in ganz Bayern. ³Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.“

4. Der Wortlaut des Art. 3 wird wie folgt gefasst:

„(1) Das Stiftungsvermögen besteht aus

1. dem zum Ablauf des 30. April 2025 vorhandenen Kapitalstocks samt nach diesem Tag eintretenden Wertveränderungen und
2. Zustiftungen ab dem 1. Mai 2025 mit dem Zweck der Verwendung für Vorhaben der Transformation.

(2) ¹Das Stiftungsvermögen soll für die Förderung standortrelevanter Transformationsvorhaben im Sinne des Art. 2 Abs. 2 Satz 2 verbraucht werden. ²Das Nähere regelt die Satzung.“

5. Der Wortlaut des Art. 4 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Stiftung erfüllt ihre Aufgabe im Bereich Forschung aus den zum Ablauf des 30. April 2025 vorhandenen Stiftungsmitteln, vom Freistaat Bayern gewährten Zuschüssen, etwaigen Zustiftungen, die nicht unter Art. 3 Abs. 1 fallen, sowie aus den laufenden Erträgen des Stiftungsvermögens.

(2) Aus den Mitteln nach Abs. 1 werden auch die Aufwendungen für die allgemeine Verwaltung getragen, soweit nicht in der Satzung eine anderweitige Regelung getroffen wird.“

6. Art. 5 wird wie folgt geändert:

- a) Der Wortlaut wird Satz 1.
- b) Die folgenden Sätze 2 und 3 werden angefügt:

„²Sie treffen ihre Entscheidungen mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen. ³Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.“

7. Art. 6 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 2 werden nach dem Wort „Richtlinien“ die Wörter „im Bereich Forschung“ eingefügt.
- b) Folgender Satz 3 wird angefügt:

„³Im Übrigen werden die Aufgaben durch die Satzung geregelt.“

8. Art. 7 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) ¹Der Stiftungsvorstand kann Richtlinien im Bereich Transformation für die Vergabe von Stiftungsmitteln erlassen. ²Der Stiftungsvorstand führt die Geschäfte der laufenden Verwaltung. ³Im Bereich Forschung führt er diese entsprechend den Richtlinien und Beschlüssen des Stiftungsrats. ⁴Soweit der Bereich einzelner Staatsministerien im Bereich Forschung berührt ist, entscheidet der Stiftungsvorstand einstimmig. ⁵Der Vorsitzende des Stiftungsvorstands vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich.“

9. Art. 8 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) ¹Der wissenschaftliche Beirat wird nur im Bereich Forschung tätig. ²Er hat die Aufgabe, die Stiftung in Forschungs- und Technologiefragen zu beraten und einzelne Vorhaben zu begutachten.“

10. Art. 12 wird wie folgt geändert:

- a) Dem Wortlaut wird folgender Satz 1 vorangestellt:

„1Abweichend von Art. 16 Abs. 1 des Bayerischen Stiftungsgesetzes finden die §§ 80 bis 88 des Bürgerlichen Gesetzbuchs keine entsprechende Anwendung.“

- b) Der bisherige Wortlaut wird Satz 2 und die Wörter „Stiftungsgesetzes (BayRS 282-1-1-K) in seiner jeweils gültigen Fassung“ werden durch die Wörter „Bayerischen Stiftungsgesetzes“ ersetzt.

§ 2

Änderung des Bayerischen Ministergesetzes

In Art. 3b Abs. 1 Satz 1 Satzteil nach Nr. 4 des Bayerischen Ministergesetzes (BayMinG) in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 1102-1-F) veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 9. Dezember 2024 (GVBl. S. 570) geändert worden ist, werden die Wörter „Bayerische Landesstiftung und an die Bayerische Forschungsstiftung zu gleichen Teilen“ durch die Wörter „Bayerische Transformations- und Forschungsstiftung für den Bereich Forschung“ ersetzt.

§ 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Mai 2025 in Kraft.

München, den 28. April 2025

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Markus S ö d e r

605-1-F, 605-10-F

**Gesetz
zur Änderung des
Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der
Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2025)**

vom 28. April 2025

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

**Änderung des
Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes**

Das Bayerische Finanzausgleichsgesetz (BayFAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 2013 (GVBl. S. 210, BayRS 605-1-F), das zuletzt durch die §§ 5 und 6 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 632) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 wird die Angabe „12,75“ durch die Angabe „13“ ersetzt und nach dem Wort „Körperschaftsteuer,“ wird das Wort „Mindeststeuer,“ eingefügt.
- b) Satz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nr. 5 wird aufgehoben.
 - bb) Nr. 6 wird Nr. 5.
 - cc) Nach Nr. 5 werden die folgenden Nrn. 6 und 7 eingefügt:
 - „6. zum Ausgleich für Belastungen aus dem Startchancen-Programm an Schulen bestimmt sind, maßgebend ist der im Verbundzeitraum im Staatshaushalt bei Kap. 13 01 Tit. 015 08 vereinnahmte Betrag,
 7. zum Ausgleich für Belastungen aus dem Wärmeplanungsgesetz bestimmt sind, maßgebend ist der im Verbundzeitraum im Staatshaushalt bei Kap. 13 01 Tit. 015 09 vereinnahmte Betrag,“.
 - dd) Die bisherige Nr. 7 wird Nr. 8.

2. Dem Art. 13e wird folgender Satz 4 angefügt:

„4Abweichend von Satz 2 können im Jahr 2025 unter Berücksichtigung der Dringlichkeit bis zu 60 Prozent der Mittel nach Satz 1 für Zuweisungen zum Bau von Wasserversorgungsanlagen verwendet werden.“

3. Art. 25 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift wird das Wort „ , Außerkräfttreten“ gestrichen.
- b) In Abs. 1 wird die Absatzbezeichnung „(1)“ gestrichen.
- c) Abs. 2 wird aufgehoben.

§ 2**Änderung der
Bayerischen Durchführungsverordnung
Finanzausgleichsgesetz**

In § 7 der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (FAGDV) vom 19. Juli 2002 (GVBl. S. 418, BayRS 605-10-F), die zuletzt durch § 7 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 632) geändert worden ist, wird nach der Angabe „4“ die Angabe „ , 5“ eingefügt.

§ 3**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2025 in Kraft.

München, den 28. April 2025

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Markus S ö d e r

630-2-26-F, 2032-1-1-F, 2170-9-G

Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024/2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025 – NHG 2025)

vom 28. April 2025

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Änderung des Haushaltsgesetzes 2024/2025

Das Haushaltsgesetz 2024/2025 (HG 2024/2025) vom 21. Juni 2024 (GVBl. S. 114, BayRS 630-2-26-F) wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nr. 2 wird die Angabe „76 419 117 000“ durch die Angabe „76 829 461 200“ ersetzt.
- b) Gleichzeitig wird der Haushaltsplan nach Maßgabe des diesem Gesetz als Anlage beigefügten Nachtragshaushaltsplans geändert.

2. Art. 6 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 3 Nr. 1 Buchst. a Satz 1 Doppelbuchst. aa wird nach dem Spiegelstrich 3 folgender Spiegelstrich eingefügt:

„– durch Dienstanfänger (Titel 422 21 bis 422 25),“.

- b) In Abs. 8 Satz 2 Halbsatz 2 wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und nach dem Wort „Regierungen“ werden die Wörter „sowie für die Anwärter des bautechnischen und umweltfachlichen Verwaltungsdienstes im Fachgebiet Straßenbau in der 3. und 4. Qualifikationsebene im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr“ eingefügt.

- c) Die folgenden Abs. 18 bis 20 werden angefügt:

„(18) ¹Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den betroffenen obersten Dienstbehörden, Stellen und die entsprechenden Personalmittel zur Deckung des personellen Bedarfs für den Öffentlichen Gesundheitsdienst umzusetzen und die Stellen bei Bedarf kostenneutral umzuwandeln. ²Stellen im Sinne des Satzes 1 sind Stellen, die der Stellenbindung gemäß Abs. 1 Satz 1 unterliegen oder für die der Abschluss unbefristeter Arbeitsverhältnisse zugelassen ist.“

(19) Im Stellenplan werden im Einzelplan 09 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr) im Kapitel 09 09 (Luft- und Güterverkehr, Wasserstraße) bei Titel 422 70 (Planmäßige Beamte)

1. zwei Planstellen der BesGr A 9 (Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin), drei Planstellen der BesGr A 10 (Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin) und drei Planstellen der BesGr A 11 (Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau) zur Anpassung der Stellen an die Mittel und

2. folgender neuer allgemeiner Vermerk zum Titel:

„3 Planstellen der BesGr A 11, 2 Planstellen der BesGr A 10 und 2 Planstellen der BesGr A 9 gesperrt.“

ausgebracht.

(20) Im Stellenplan werden im Einzelplan 16 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Digitales) im Kapitel 16 01 (Ministerium)

1. bei Titel 422 01 Buchst. b (Planmäßige Beamte Unternehmenskonto, Unternehmensportal, sonstige Wirtschafts- und Verwaltungsleistungen) eine Planstelle der BesGr A 11 (Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau), sechs Planstellen der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin), zwei Planstellen der BesGr A 14 (Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin) und drei Planstellen der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin) im Vollzug des kw-Vermerks eingespart und
 2. bei Titel 422 01 Buchst. a (Planmäßige Beamte) eine Planstelle der BesGr A 11 (Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau), eine Planstelle der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin), zwei Planstellen der BesGr A 14 (Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin) und drei Planstellen der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin) durch Umwandlung aus Mitteln kostenneutral ausgebracht.¹
3. Art. 6b wird wie folgt gefasst:

„Art. 6b

Konsolidierungsmaßnahmen im Personalbereich,
Stellenmoratorium, Stelleneinzug

(1) Für den Doppelhaushalt 2026/2027 werden für das Haushaltsjahr 2026 keine kostenwirksamen neuen Stellen vorgesehen.

(2) Der Stellenbestand soll mittelfristig, voraussichtlich beginnend mit dem Doppelhaushalt 2026/2027, durch strikte Aufgabenüberprüfung, Einsatz von moderner Technik und konsequenten Bürokratieabbau bis 2030 um 5 000 Stellen reduziert werden.“

4. Art. 6i wird wie folgt gefasst:

„Art. 6i

Stellenhebungen im Haushaltsjahr 2025

(1) ¹Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags durch Stellenplanüberleitung im Stellenplan des Haushaltsjahres 2025 kostenneutrale Stellenhebungen in Höhe von bis zu insgesamt 5 000 000 € vorzunehmen.

²Die Jahreskosten in Höhe von 5 000 000 € verteilen sich wie folgt auf die Einzelpläne:

Einzelplan	Jahreskosten
02	20 000 €
03	2 099 000 €
04	698 000 €
05	40 000 €
06	1 085 000 €
07	32 000 €
08	168 000 €
09	124 000 €
10	103 000 €
11	16 000 €

12	123 000 €
14	47 000 €
15	432 000 €
16	13 000 €.

³Stellenhebungen im Einzelplan 13 (Allgemeine Finanzverwaltung), die im Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat liegen, können aus dem in Satz 2 festgelegten Anteil des Einzelplans 06 erfolgen.

(2) Die Stellenhebungen gemäß Abs. 1 sind durch die entsprechende Einsparung von Stellen, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 der Stellenbindung unterliegen, zu finanzieren.

(3) ¹Die im Jahr 2025 gemäß Abs. 1 kostenneutral gehobenen Stellen dürfen ab dem 1. November 2025 in ihrer neuen Wertigkeit in Anspruch genommen werden. ²Die Einsparung gemäß Abs. 2 erfolgt zu dem in Satz 1 genannten Zeitpunkt.

(4) Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat kann die für die Stellenhebungen nach den Abs. 1 und 3 benötigten Ausgabemittel in andere Einzelpläne oder andere Haushaltsstellen umsetzen.“

5. Nach Art. 6l wird folgender Art. 6m eingefügt:

„Art. 6m

Stellenhebungen an Förderschulen, Beruflichen Schulen,
Realschulen und Gymnasien

¹Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags durch Stellenplanüberleitung im Stellenplan des Einzelplans 05 des Haushaltsjahres 2025 in den Kapiteln 05 13 bis 05 19 Stellenhebungen für Lehrer bei den funktionslosen Beförderungsbüroangestellten in Höhe von insgesamt 5 000 000 € Jahreskosten vorzunehmen. ²Die kostenwirksam gehobenen Stellen dürfen ab 1. November 2025 in ihrer neuen Wertigkeit in Anspruch genommen werden.“

6. Art. 8 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nr. 6 wird die Angabe „11,“ gestrichen.

bb) In Nr. 7 wird die Angabe „5,“ gestrichen.

b) Abs. 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 Satzteil nach Nr. 6 wird das Wort „Kapitaldienstgarantie“ durch das Wort „Finanzierungsgarantie“ ersetzt.

bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Jahre“ die Wörter „ , im Fall des Satzes 1 Nr. 3 maximal 32 Jahre,“ eingefügt.

cc) In Satz 3 wird die Angabe „(Wiedereinsatzgarantie)“ gestrichen.

c) In Abs. 6 werden nach dem Wort „Erbbaurecht“ die Wörter „sowie die auf die Dauer von 60 Jahren befristete unentgeltliche Ausübung des Nutzungsrechts in einem Umfang von bis zu 37 Stellplätzen in der Quartiersgarage“ eingefügt.

d) Die folgenden Abs. 17 bis 26 werden angefügt:

„(17) Das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie wird ermächtigt, der Stiftung Bayerische Gedenkstätten zur Erweiterung der KZ-Gedenkstätte Mühldorfer Hart um den Bereich der ehemaligen Bunkeranlagen und des Trümmerfeldes der Bunkerbögen das Eigentum an den erforderlichen Teilflächen aus den Flurstück-Nrn. 2319/1, 2320, 2321, 2322/2, 2322, 2323, 2324, 2325 und 2326 der Gemarkung Ampfing sowie aus den Flurstück-Nrn. 944, 945, 946 und 968 der Gemarkung Mettenheim mit insgesamt rund 30 000 m² unentgeltlich zu übertragen.

(18) Das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr wird ermächtigt, der Stadibau – Gesellschaft für den Staatsbedienstetenwohnungsbau in Bayern mit beschränkter Haftung an den staatseigenen Grundstücken Flurstück-Nrn. 1985/43 zu 1 142 m², 1985/44 zu 1 147 m² und 1983/2 zu 1 583 m² jeweils Gemarkung Moosach, Flurstück-Nrn. 205 zu 1 886 m², 212/2 zu 1 235 m², 212/3 zu 1 747 m², 369/13 zu 1 144 m² und 369/14 zu 1 000 m² jeweils Gemarkung Untermenzing sowie Flurstück-Nrn. 338/3 zu 2 158 m², 338/5 zu 2 864 m², 342/4 zu 2 765 m², 343/5 zu 2 186 m², 343/7 zu 2 597 m², 344/6 zu 2 611 m², 344/7 zu 3 321 m², 357/20 zu 578 m² und 359 zu 2 680 m² jeweils Gemarkung Obermenzing jeweils ein auf die Dauer von 60 Jahren befristetes, unentgeltliches Erbbaurecht für Zwecke des Staatsbedienstetenwohnungsbaus einzuräumen.

(19) Das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr wird ermächtigt, der Stadibau – Gesellschaft für den Staatsbedienstetenwohnungsbau in Bayern mit beschränkter Haftung an dem staatseigenen Grundstück Flurstück-Nr. 5615 der Gemarkung München, Sektion 3, zu 1 419 m² ein auf die Dauer von 60 Jahren befristetes, unentgeltliches Erbbaurecht für Zwecke des Staatsbedienstetenwohnungsbaus einzuräumen.

(20) ¹Das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr wird ermächtigt, der Stadibau – Gesellschaft für den Staatsbedienstetenwohnungsbau in Bayern mit beschränkter Haftung an den staatseigenen Grundstücken Flurstück-Nr. 554/5 der Gemarkung Dachau mit 3 840 m², Flurstück-Nrn. 12844/7, 12844/23 und 12844/24 jeweils der Gemarkung München, Sektion 7, mit insgesamt 3 781 m² und Flurstück-Nrn. 5637 und 5638 jeweils der Gemarkung München, Sektion 3, mit insgesamt 765 m² jeweils ein auf die Dauer von 60 Jahren befristetes, unentgeltliches Erbbaurecht sowie die auf die Dauer von 60 Jahren befristete unentgeltliche Ausübung des Nutzungsrechts in einem Umfang von bis zu 20 Stellplätzen für Zwecke des Staatsbedienstetenwohnungsbaus einzuräumen. ²Auf die Zahlung von Ablösesummen hinsichtlich etwaiger Gebäuderestwerte auf diesen Grundstücken kann verzichtet werden.

(21) Das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr wird ermächtigt, für die Umsetzung der Maßnahme zur Verlängerung der S-Bahn-Linie 7 von Wolfratshausen nach Geretsried eine Garantieerklärung für den Bundesanteil nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz in Höhe von bis zu 170 000 000 € abzugeben.

(22) Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, gegenüber der LfA Förderbank Bayern eine Garantie in Höhe von bis zu 1 000 000 000 € zur Absicherung von Risiken aus dem Engagement in Risikokapitalfonds zu übernehmen, die nicht durch einen vorrangig in Anspruch zu nehmenden Haftungstock abgedeckt sind.

(23) Das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr wird ermächtigt, eine selbstschuldnerische Bürgschaft zugunsten der BayernHeim Gesellschaft mit beschränkter Haftung bis zu einer Höhe von 144 000 000 € für die Darlehen des Unternehmens einschließlich der damit zusammenhängenden Zinsen gegenüber den Kredit gewährenden Banken bis zur Endfälligkeit der verbürgten Kredite, maximal jedoch bis zum 31. Dezember 2029, zu übernehmen.

(24) ¹Das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst wird ermächtigt, das Eigentum an zum Grundstockvermögen gehörigen und in seiner Verwaltung befindlichen Kulturgütern, die entsprechend der „Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz“ von 1999 als NS-verfolgungsbedingt entzogen zu gelten haben, den Berechtigten unentgeltlich zu übertragen. ²Dies umfasst auch Rückgaben aufgrund von Empfehlungen der Beratenden Kommission und in deren Nachfolge von Schiedssprüchen des Schiedsgerichts NS-Raubgut im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz. ³Auf der Grundlage von Schiedssprüchen des

Schiedsgerichts NS-Raubgut kann das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst Kulturgüter auch teilweise restituieren und dazu anteilig Miteigentum an die Berechtigten übertragen, um einen gemeinsamen Verkauf unter Teilung des Erlöses vorzunehmen.

(25) ¹Die Staatsministerien der Finanzen und für Heimat sowie für Gesundheit, Pflege und Prävention werden ermächtigt, im Zusammenhang mit den Anträgen auf Auszahlung von Fördermitteln aus dem Transformationsfonds nach § 12b des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) gegenüber dem Bund die Erklärung der Verpflichtung abzugeben, die Voraussetzungen des § 12b Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 Buchst. a KHG einzuhalten. ²Die Ermächtigung nach Satz 1 kann von den Staatsministerien nach Satz 1 an für den Vollzug der Förderung zuständige nachgeordnete Behörden des Freistaates Bayern weitergegeben werden.

(26) ¹Das Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention wird ermächtigt, zur Sicherstellung der Betriebsfähigkeit und zur Vorhaltung einer Sonderisolerstation entsprechende Verträge mit Kliniken und Universitätskliniken abzuschließen und darin eine Verpflichtung zur Übernahme der nicht durch Behandlungvergütungen und die Vergütung von Vorhaltungskosten durch die Sozialleistungsträger gedeckten Kosten einschließlich Erlösausfälle bis zu einem Betrag in Höhe von 70 000 000 € jährlich zu übernehmen. ²Das Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention wird ferner ermächtigt, im Falle einer unvorhergesehenen Abmeldung der in Satz 1 genannten Sonderisolerstation für den Zeitraum des Vertretungsfalls im Rahmen der Ermächtigung nach Satz 1 eine entsprechende Vereinbarung mit anderen Kliniken, Klinikträgern oder Ländern zu schließen.⁴

§ 2

Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Nach Art. 108 Abs. 10 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch § 1 Abs. 17 der Verordnung vom 4. Juni 2024 (GVBl. S. 98), Art. 12 des Gesetzes vom 21. Juni 2024 (GVBl. S. 114) sowie durch die §§ 1, 2, 3, 4 und 5 des Gesetzes vom 8. Juli 2024 (GVBl. S. 170) geändert worden ist, wird folgender Abs. 11 eingefügt:

„(11) ¹Ergibt sich bei Berechtigten, die am 31. März 2014 Anspruch auf Besoldung bei begrenzter Dienstfähigkeit hatten oder im Zeitraum zwischen dem 1. April 2014 und dem 31. Juli 2015 erstmals erworben haben, auf Grund der zum 1. April 2014 wirksam gewordenen Neufassung der Art. 7 und 59 eine Verringerung ihrer Bezüge, wird der Unterschiedsbetrag weitergewährt. ²Der Unterschiedsbetrag nach Satz 1 vermindert sich jedoch, soweit sich die Besoldung des Berechtigten insbesondere auf Grund

1. linearer Bezügeanpassung,
2. Beförderung,
3. Stufenaufstieg nach Art. 30 Abs. 2 oder
4. Veränderung des Umfangs der begrenzten Dienstfähigkeit

erhöht. ³Die Neufestsetzung der Besoldung erfolgt von Amts wegen.“

§ 3

Änderung des Bayerischen Landespflegegeldgesetzes

Das Bayerische Landespflegegeldgesetz (BayLPfIGG) vom 24. Juli 2018 (GVBl. S. 613, 625, BayRS 2170-9-G), das durch Art. 10a des Gesetzes vom 24. Mai 2019 (GVBl. S. 266) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 Satz 2 werden die Wörter „für das erste Jahr des Bezugs der Zeitpunkt der Antragstellung, danach“ gestrichen.
- b) Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Pflegegeldjahr ist der Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember eines Jahres.“

2. Art. 6 Abs. 1 und 2 wird wie folgt gefasst:

„(1) ¹Art. 2 Abs. 1 Satz 2 findet keine Anwendung auf Anträge, die bis zum 31. Dezember 2025 gestellt werden.
²Für diese Anträge ist der Zeitpunkt der Antragstellung maßgeblich.

(2) Abweichend von Art. 2 Abs. 2 endet das am 1. Oktober 2024 begonnene Pflegegeldjahr am 31. Dezember 2025.“

3. Folgender Art. 7 wird angefügt:

„Art. 7

Inkrafttreten

Dieses Gesetz trat am 1. Mai 2018 in Kraft und wurde als § 4 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018 – 2. NHG 2018) vom 24. Juli 2018 (GVBl. S. 613) verkündet.“

§ 4

Inkrafttreten

¹Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2025 in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 tritt § 3 am 1. Mai 2025 in Kraft.

München, den 28. April 2025

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Markus S ö d e r

Anlage

Nachtragshaushaltsplan des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2025

G e s a m t p l a n

- Teil I: Haushaltsübersicht
einschließlich Übersicht über die
Verpflichtungsermächtigungen
- Teil II: Finanzierungsübersicht
- Teil III: Kreditfinanzierungsplan

Nachtragshaushalt 2025
Gesamtplan

Einzelplan	Bezeichnung	Einnahmen		
		Bisheriger Betrag 2025	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-)	Neuer Betrag 2025
		Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
1	2	3	4	5
01	Bayerischer Landtag	1.049,9	–	1.049,9
02	Bayerischer Ministerpräsident und Bayerische Staatskanzlei	495,5	–	495,5
03	Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration	694.416,7	+64.348,8	758.765,5
04	Bayerisches Staatsministerium der Justiz	1.442.526,5	+5.000,0	1.447.526,5
05	Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus	126.729,5	+5.050,0	131.779,5
06	Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat	556.618,5	+33.540,0	590.158,5
07	Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie	318.036,9	+116.744,3	434.781,2
08	Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus	480.450,6	–	480.450,6
09	Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	3.703.954,4	+10.100,0	3.714.054,4
10	Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales	2.546.287,7	+4.080,7	2.550.368,4
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof	11,9	–	11,9
12	Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	112.426,5	–	112.426,5
13	Allgemeine Finanzverwaltung	64.339.897,7	+169.643,4	64.509.541,1
14	Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention	15.484,1	+20,0	15.504,1
15	Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	2.078.190,3	+2.470,6	2.080.660,9
16	Bayerisches Staatsministerium für Digitales	2.540,3	-653,6	1.886,7
	Summe	76.419.117,0	+410.344,2	76.829.461,2

Teil I: Haushaltsübersicht 2025

Ausgaben			Überschuss (+), Zuschuss (-)	Verpflichtungsermächtigungen			Einzelplan
Bisheriger Betrag 2025	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-)	Neuer Betrag 2025		Bisheriger Betrag 2025	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-)	Neuer Betrag 2025	
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	
6	7	8	9	10	11	12	13
196.751,1	–	196.751,1	-195.701,2	3.000,0	–	3.000,0	01
175.293,1	+895,9	176.189,0	-175.693,5	22.874,0	–	22.874,0	02
8.413.463,5	+492.225,5	8.905.689,0	-8.146.923,5	1.274.360,8	+30.950,0	1.305.310,8	03
3.256.749,4	+14.130,0	3.270.879,4	-1.823.352,9	648.265,8	+20.660,0	668.925,8	04
16.971.091,8	+31.391,2	17.002.483,0	-16.870.703,5	721.604,1	+27.030,0	748.634,1	05
3.472.821,2	+12.066,0	3.484.887,2	-2.894.728,7	874.054,7	+151.129,0	1.025.183,7	06
1.637.747,1	+269.248,4	1.906.995,5	-1.472.214,3	659.324,9	+284.329,2	943.654,1	07
1.938.634,7	+41.792,0	1.980.426,7	-1.499.976,1	349.137,7	+7.000,0	356.137,7	08
6.665.102,7	+22.480,0	6.687.582,7	-2.973.528,3	2.641.257,8	+1.910.689,5	4.551.947,3	09
8.498.434,4	+115.591,2	8.614.025,6	-6.063.657,2	274.147,3	+25.400,0	299.547,3	10
47.460,2	–	47.460,2	-47.448,3	–	–	–	11
1.252.172,3	+45.606,2	1.297.778,5	-1.185.352,0	275.415,5	+55.951,5	331.367,0	12
13.821.156,3	-356.874,8	13.464.281,5	+51.045.259,6	1.002.744,9	+1.000.000,0	2.002.744,9	13
969.024,0	-334.664,4	634.359,6	-618.855,5	214.102,6	+31.600,0	245.702,6	14
9.002.193,6	+55.391,1	9.057.584,7	-6.976.923,8	1.004.365,0	+131.320,1	1.135.685,1	15
101.021,6	+1.065,9	102.087,5	-100.200,8	48.080,5	+35.472,4	83.552,9	16
76.419.117,0	+410.344,2	76.829.461,2	–	10.012.735,6	+3.711.531,7	13.724.267,3	

Nachtragshaushalt 2025
Gesamtplan

Teil III: Kreditfinanzierungsplan für das Haushaltsjahr 2025

	Bisheriger Betrag 2025	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-)	Neuer Betrag 2025
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
1. Kredite am Kreditmarkt			
1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt			
1.1.1 im allgemeinen Haushalt	70.000,0	–	70.000,0
1.1.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	95.000,0	–	95.000,0
1.1.3 im Sonderfonds Corona-Pandemie	950.000,0	–	950.000,0
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)			
1.2.1 im allgemeinen Haushalt	70.000,0	–	70.000,0
1.2.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	95.000,0	–	95.000,0
1.2.3 im Sonderfonds Corona-Pandemie	1.000.000,0	–	1.000.000,0
1.3 Saldo (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)	-50.000,0	–	-50.000,0
2. Kredite im öffentlichen Bereich			
2.1 Einnahmen aus zweckbestimmten Krediten von Gebietskörperschaften u. Ä.	–	–	–
2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften u. Ä.	18.108,0	–	18.108,0
2.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 2.1 abzüglich Nr. 2.2)	-18.108,0	–	-18.108,0
3. Kreditaufnahmen insgesamt			
3.1 Bruttokreditaufnahme (Nr. 1.1 und Nr. 2.1)	1.115.000,0	–	1.115.000,0
3.2 Ausgaben zur Schuldentilgung (Nr. 1.2 und Nr. 2.2)	1.183.108,0	–	1.183.108,0
3.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 1.3 und Nr. 2.3)	-68.108,0	–	-68.108,0

1100-1-2-I

Entschädigung und Kostenpauschale für die Mitglieder des Bayerischen Landtags

Bekanntmachung der Präsidentin des Bayerischen Landtags

vom 7. April 2025

Auf Grund des Art. 5 Abs. 3 Satz 4 und des Art. 6 Abs. 2 Satz 5 des Bayerischen Abgeordnetengesetzes (BayAbgG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. März 1996 (GVBl. S. 82, BayRS 1100-1-I), das zuletzt durch die §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 14. Mai 2024 (GVBl. S. 78) geändert worden ist, macht die Präsidentin des Bayerischen Landtags bekannt:

Nach Art. 5 Abs. 3 Satz 3 und Art. 6 Abs. 2 Satz 4 des Bayerischen Abgeordnetengesetzes (BayAbgG) hat das Landesamt für Statistik jeweils die für die Anpassung von Entschädigung und Kostenpauschale maßgebenden Einkommens- und Preisentwicklungsraten mitzuteilen. Die Entschädigung der Abgeordneten verändert sich entsprechend der Entwicklung der Einkommen, die Kostenpauschale verändert sich entsprechend der Preisentwicklungsrate.

In der entsprechenden Mitteilung des Landesamts werden – wobei die Veränderungen zwischen dem 3. Quartal 2023 und dem 3. Quartal 2024 bzw. dem Juli 2023 und dem Juli 2024 maßgeblich sind – die Einkommensentwicklungsrate mit + 4,0 % und die Preisentwicklungsrate mit + 2,5 % beziffert.

Demnach betragen ab **1. Juli 2025**

- | | |
|--|--------------|
| 1. die Entschädigung
(Art. 5 Abs. 1 BayAbgG) | 10 177,78 €, |
| 2. die Kostenpauschale
(Art. 6 Abs. 2 BayAbgG) | 4 332,70 €. |

München, den 7. April 2025

Die Präsidentin des Bayerischen Landtags

Ilse A i g n e r

Herausgeber/Redaktion: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt (GVBl.) wird nach Bedarf ausgegeben, in der Regel zweimal im Monat. Zur Herstellung des GVBl. wird Recycling-Papier verwendet.

Druck: Druckerei Reindl, Goethestr. 18, 85055 Ingolstadt.

Vertrieb: Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, Arnulfstraße 122, 80636 München
Tel. 0 89 / 29 01 42 - 59 / 69, Telefax 0 89 / 29 01 42 90.

Bezug: Die amtliche Fassung des GVBl. können Sie über den Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH beziehen. Der Preis des Jahresabonnements für die amtliche Fassung des GVBl. beträgt ab dem 1. Januar 2019 **90,00 €** inkl. MwSt. und Versandkosten. Einzelausgaben können zum Preis von 3,50 € inkl. MwSt. zzgl. Versand beim Verlag angefordert werden. Für Abonnementkündigungen gilt eine Frist von vier Wochen zum nächsten Ersten eines Monats (bei Vorauszahlung zum Ende des verrechneten Bezugszeitraums).

Widerrufsrecht: Der Verlag räumt ein Widerrufsrecht von einer Woche ab Absendung der Bestellung ein.

Zur Wahrung der Frist genügt das rechtzeitige Absenden des Widerrufs (Poststempel) an:

Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, Vertrieb, Postfach 20 04 63, 80004 München

Bankverbindung: UniCredit Bank AG, IBAN: DE25 3022 0190 0036 9850 20

ISSN 0005-7134

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH

Arnulfstraße 122, 80636 München

PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, B 1612